

1851

No. 3443 Allgemeine Zeitung



Zwischen Historie und Herausforderung

Die IHK Cottbus 1851 - 2018

Thomas Flemming

Zwischen Historie und Herausforderung

Die IHK Cottbus 1851 – 2012



Thomas Flemming

Herausgegeben von der Industrie- und Handelskammer Cottbus
mit freundlicher Unterstützung der Stadtgeschichtlichen Sammlungen Cottbus

Der Autor

Thomas Flemming, Dr. phil., geb. 1957 in Bochum, studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie. Er arbeitet als Historiker und Publizist in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zu zeitgeschichtlichen Themen, unter anderem „Die Berliner Mauer. Geschichte eines politischen Bauwerks“ (1999), „Der 17. Juni 1953 . Kein Tag der deutschen Einheit“, Berlin 2003, „Berlin im Kalten Krieg. Der Kampf um die geteilte Stadt“, Berlin 2008, „Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte“, München 2008 (zus. mit Johannes Bähr und Ralf Banken) und „Gustav W. Heinemann. Ein Deutscher Citoyen. Biographie.“, Essen 2014



Inhaltsverzeichnis

Die IHK Cottbus 1851 – 2012.....1	Gleichschaltung und „Führerprinzip“ 75
Liebe Leserin, Lieber Leser 6	Aufschwung durch Staatsintervention..... 79
Dr. Manfred Stolpe, Ministerpräsident, Land Brandenburg..... 7	Arisierungen 85
Gründung mit Hindernissen 9	Eingebunden in die Kriegswirtschaft.....88
Aufbauphase der Handelskammer13	Einsatz von Zwangsarbeitern 92
Wirtschaftliche Interessenvertretung in Deutschland.....15	Auflösung der IHK..... 94
Erste Aktivitäten der Handelskammer zu Cottbus17	Unter der Kontrolle der SED..... 98
Aktivitäten der Handelskammer zu Cottbus ...19	Nie mehr Befehlsempfänger? 100
Jahrelanger Kampf um Eisenbahnanschluss .20	„Neuer Kurs“ - Förderung der Privatwirtschaft..... 106
Erweiterung des Kammerbezirks..... 25	Industrie- und Handelskammer der DDR.... 107
Einsatz für bessere Post- und Fernsprechverbindungen 26	„Staatliche Beteiligung“ und „Kommissionshandel“ 109
Märkte, Messen, Ausstellungen 32	Das „Kohle- und Energieprogramm“ – Beispiel einer künstlichen Industrialisierung 112
Modernisierung des Geld- und Kreditwesens 34	„Transmissionsriemen“ der SED – Kammerarbeit nach 1960..... 113
Arbeitskämpfe 36	Verstaatlichungswelle 1972 117
Forderung nach Ausbau der Wasserstraßen... 37	Der „traurige Rest“ - Handels- und Gewerbekammer 119
Freie Unternehmerverbände – Partner und Konkurrenten der Kammer40	Sprung in die Marktwirtschaft 121
Erneute Ausdehnung des Bezirks 42	Der Strukturwandel..... 124
Einsatz für verbesserte Berufsausbildung 44	150 Jahre IHK Cottbus133
Streitschlichtung und Qualitätskontrolle 47	Geschäftsbeziehungen zu Polen/ EU-Osterweiterung..... 134
Zollkonflikte..... 49	Amtsverzicht von IHK-Präsident Kothe 136
Kaiserreich und Erster Weltkrieg51	Umstrukturierung für mehr Transparenz137
Die Handelskammer Cottbus im Ersten Weltkrieg..... 54	Neuer Hauptgeschäftsführer..... 138
Die IHK in der Weimarer Republik 56	Neue Regionalausschüsse 140
Inflation und Stabilisierung 60	Service-Leistungen für die Unternehmen..... 140
Zusammenlegung der Handelskammern Sorau und Cottbus61	Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009..... 141
Kritik an Parlament und Regierung – Die IHK in der Weltwirtschaftskrise..... 70	„Stark für den Aufschwung“ 142
IHK-Präsident Hans Kehrl: Die NS-Karriere eines Wirtschaftstechnokraten 72	Kommunikation – „IHK Cottbus :besser für alle“ 143
	Ehrenamt – Ausschüsse 144
	Förderpolitik – „Stärken stärken“145

Für mehr Innovationen – Netzwerke und „Innovationscluster“	146	Förderung der Exportwirtschaft	171
Hochschullandschaft	147	Geschäftsbeziehungen nach Russland und China.....	172
Kooperation Hochschule - Wirtschaft	148	Wechsel im Amt des IHK-Präsidenten	175
Bildung und Ausbildung.....	148	Tiefgreifender Strukturwandel.....	177
Von der Lehrstellen- zur Bewerberlücke	150	„Innovationsregion Lausitz GmbH“ (iRL) - ein Motor des Strukturwandels.....	177
Einsatz für eine leistungsstarke Infrastruktur	152	„Lausitzpapiere“ geben Impulse für Strukturwandel	179
Schienenverkehr	152	IHK-Engagement zur Fachkräftesicherung...	179
Straßen.....	153	Duales Studium im Aufwind	180
Wasserstraßen	154	Gründung der BTU Cottbus-Senftenberg	181
Flughafen BER - Destaster um einen Hoffnungsträger.....	155	Integration von Geflüchteten	181
Schadensbegrenzung für regionale Wirtschaft	156	Der Handel in Zeiten der Digitalisierung	182
Digitalisierung	156	Interview mit Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Krüger.	183
Gescheiterte Fusion mit IHK Ostbrandenburg	157	„Die Kammer ist politischer geworden.“.....	183
Rücktritt des IHK-Präsidenten	158	Wahl zu Vollversammlung 2017	185
Transparenzoffensive	158	Mehr finanzieller Spielraum durch Abbau von Rücklagen	186
Straffung der Organisationsstruktur	159	Neuer Hauptgeschäftsführer für die IHK Cottbus	186
Energiewende – für die Lausitz eine besondere Herausforderung.....	159	Handelskammer Cottbus:	191
Stärkeres politisches Profil der IHK Cottbus.	161	Industrie- und Handelskammer der Provinz Mark Brandenburg, Hauptgeschäftsstelle Potsdam (1945 - 1953):.....	191
Ausblick	162	Bezirksgeschäftsstelle Cottbus:	191
Zentrale Themen der IHK-Arbeit in der vergangenen Dekade	164	IHK der DDR, Bezirksdirektion Cottbus	192
Strukturwandel und Digitalisierung – Wirtschaft und IHK Cottbus vor großen Herausforderungen.....	165	Präsidenten Industrie- und Handelskammer Cottbus:	192
Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.....	166	Hauptgeschäftsführer:	192
Wasserwege	166	Anmerkungen	193
Schienenwege	167	Inhaltsverzeichnis	196
Straßen-Infrastruktur.....	168		
Für ein flächendeckendes Breitbandnetz.....	170		

Vorbemerkung

Die erste Auflage dieser Chronik der IHK Cottbus erschien im Jahr 2001 aus Anlass des 150jährigen Kammer-Jubiläums. Für die vorliegende Neuauflage als E-Book wurde sie an mehreren Stellen erweitert und vertieft.

Seit Erscheinen der ersten Auflage hat sich in der IHK Cottbus selbst wie auch in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Südbrandenburgs Vieles getan. Die aktualisierte Neuauflage der Chronik enthält darum zusätzlich einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen der Jahre 2002 bis 2018.

In diesen Zeitraum fällt beispielsweise die Erweiterung des Geschäftsstellennetzes der IHK Cottbus im Zeichen einer verstärkten Regionalisierung. Innerhalb der Kammer selbst gab es organisatorische und personelle Veränderungen, sowohl im Ehren- als auch im Hauptamt.

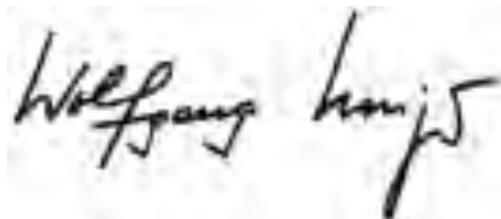
Durch verstärkte Nutzung des Internets und ein neues Kommunikationskonzept unter dem Slogan „IHK Cottbus :besser für alle“ intensivierte die IHK Cottbus den Kontakt zu den Unternehmen. Desgleichen verstärkte die Kammer in diesem Zeitraum ihre politische Präsenz, etwa durch aktives Eintreten für Verbesserungen der Infrastruktur von Straßen, Schienen, Wasserwegen und nicht zuletzt beim Datenverkehr.

Ein weiterer Schwerpunkt der Kammerarbeit galt und gilt den Zukunftsthemen Bildung und Fachkräftesicherung.

Dies sind nur einige Fakten und Ereignisse, die in den vergangenen Jahren die Aktivitäten der IHK Cottbus geprägt haben. Zahlreiche andere finden in der vorliegenden Chronik die gebührende Erwähnung, wobei stets auch das wirtschaftliche und politische Umfeld zur Sprache kommt, in dem die IHK Cottbus in der jüngsten Vergangenheit agierte.

Diese Chronik versteht sich somit auch als Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit der wechselvollen Geschichte der IHK Cottbus innerhalb der Region Südbrandenburg.

Allen interessierten Lesern wünsche ich eine anregende Lektüre.



Dr. Wolfgang Krüger

Liebe Leserin, Lieber Leser

Die Geschichte einer Industrie- und Handelskammer ist immer auch die Geschichte einer Wirtschaftsregion. 150 Jahre Industrie- und Handelskammer Cottbus – von ihrer Gründung im August 1851 bis zum heutigen Tage – sind deshalb nicht zu trennen von dem, was Unternehmerinnen und Unternehmer in Südbrandenburg in dieser Zeit geleistet und wie sie die Entwicklung dieser Region geprägt und vorgebracht haben.

Wir freuen uns, Ihnen mit dem vorliegenden Buch eine gelungene Darstellung der 150-jährigen Geschichte der Industrie- und Handelskammer Cottbus präsentieren zu können, die weit über eine nüchterne Chronologie hinausgeht. Sie ist das Ergebnis mühevoller akribischer Recherchen in Archiven, Bibliotheken und anderswo. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, legen wir Ihnen hiermit die Aufarbeitung eines großen Stückes Wirtschaftsgeschichte in Südbrandenburg vor, das sich zu lesen lohnt.

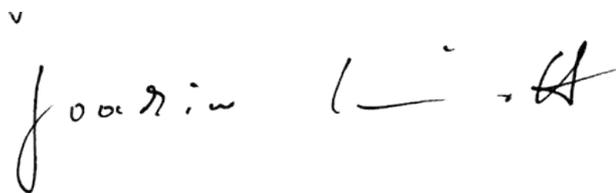
Die Geschichte der Industrie- und Handelskammer Cottbus ist nicht nur eine Erfolgsgeschichte. Auch düstere Kapitel wurden nicht ausgespart. Erfolgreich war die Kammer immer dann, wenn sie sich im wohlverstandenen Sinne für die Interessen ihrer Unternehmerinnen und Unternehmer gegenüber Politik und Verwaltung eingesetzt hat. Und noch etwas ist bemerkenswert: Die Themen der Wirtschaft sind in den letzten 150 Jahren stets gleich geblieben, wenn auch immer wieder unter anderen Vorzeichen. Wurde schon im 19. Jahrhundert um verbesserte Verkehrsverbindungen der Region vor allem auf Wasser und Schiene gerungen, so liegt auch heute in der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur einer der Schwerpunkte unserer Tätigkeit. Ebenso haben die Themen Ausbildung des Berufsnachwuchses, die Anwendung eines vernünftigen Augenmaßes bei Abgaben und Steuern oder die Schaffung nötiger wirtschaftspolitischer Freiräume für das Unternehmertum von damals bis in die Gegenwart ständig im Vordergrund der Arbeit der Industrie- und Handelskammer Cottbus gestanden – und sie tun es bis zum heutigen Tag.

Die Gegenwart begreifen, die Zukunft gestalten kann nur derjenige, der seine Geschichte kennt. Deshalb war es für uns nützlich, mit der Erarbeitung dieser Chronik die zahlreichen Etappen unserer Geschichte noch einmal nachzuvollziehen, die auf der langen Wegstrecke bereits bewältigt wurden. In jeder einzelnen Etappe war es so, dass die Industrie- und Handelskammer über Erreichtes zufrieden sein konnte und doch vieles zu tun blieb. Genau dies soll der für dieses Buch gewählte Titel „Zwischen Historie und Herausforderung“ deutlich machen.

Wir haben allen Anlass, dem Autor, Herrn Thomas Flemming, sowie allen anderen Beteiligten Dank für dieses Buch zu sagen.



Jürgen Kothe, Präsident, IHK Cottbus



Dr. Joachim Linstedt, Hauptgeschäftsführer, IHK Cottbus

Dr. Manfred Stolpe, Ministerpräsident, Land Brandenburg

Die Lausitz ist eine wichtige Industrieregion in Brandenburg. Der Strukturwandel, der sich hier in den vergangenen zehn Jahren vollzog, hat die Kraft aller Beteiligten gekostet. Bei der Umstellung von der Plan- in die Marktwirtschaft sind Tausende Arbeitsplätze auf der Strecke geblieben, traditionelle Wirtschaftszweige brachen zum Teil komplett weg, andere konnten nur unter erheblichen Anstrengungen gehalten werden, neue Branchen siedelten sich an.

Solch ein Prozess braucht Steuerung und Begleitung vor Ort. Gemeinsam mit anderen hat hier die Industrie- und Handelskammer Cottbus Enormes geleistet. Sie ist eine von drei Handelskammern in Brandenburg, ihr Bezirk reicht von der Landesgrenze zu Sachsen bis an den südlichen Stadtrand Berlins, von der Elbe bis an die Grenze zu Polen. Ihre selbst gestellte Aufgabe sieht sie darin, die Interessen der Gesamtheit der Gewerbetreibenden zu vertreten.

Heute wie vor 150 Jahren ist die Industrie- und Handelskammer für die Unternehmen einer der wichtigsten Ansprechpartner. Ihr Leistungsangebot ist breit gefächert. Sie gibt Unterstützung bei der Suche nach qualifizierten Fachkräften. Die Kammer kämpft mit Degen oder Florett – je nachdem, was notwendig ist, wenn es gilt, die eigenen Belange bei kommunalen, landes- und bundespolitischen Entscheidungen durchzusetzen. Die Verbesserung der Verkehrsanbindungen in der Region als Voraussetzung für eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik ist solch ein Thema. Oder auch die Forderung, dass Bauleitplanung und Flächennutzung auf ihre Wirtschaftsfreundlichkeit abgeklopft werden müssen.

Weil es in Deutschland Sache der Wirtschaft ist, für betriebliche Ausbildungsplätze zu sorgen, sieht sich die IHK Cottbus in der Pflicht, jungen Menschen in der Region eine Perspektive zu geben und damit die Abwanderung aufzuhalten. Mit Beständigkeit und pragmatischer Hilfe wirbt sie in den Betrieben dafür, Lehrstellen in Südbrandenburg zu schaffen und zu erhalten. Und die IHK geht selbst mit gutem Beispiel voran – pro Jahr werden vier Auszubildende eingestellt.

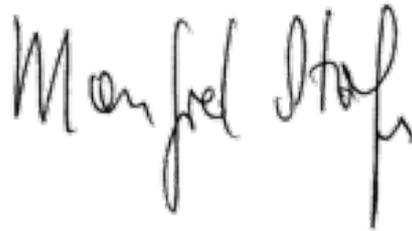
Richtigerweise versteht sich auch die IHK Cottbus seit 150 Jahren als Dienstleister für die Unternehmer. Sämtliche Dienstleistungen der IHK stehen unter der Überschrift Wirtschaftsförderung: Sie informiert über Marktchancen im Ausland, hilft Existenzgründern, ihr Gewerbe aufzubauen und unterrichtet über Finanzhilfen und Förderprogramme. Einzelhändler können wichtige Vergleichskennziffern erhalten, und das Verarbeitende Gewerbe kann sich zu Fragen der Energie und der Forschungsförderung informieren.

Der Kammerbezirk ist Grenzregion. Die Osterweiterung der Europäischen Union wird eine ganze Reihe von positiven Effekten für die Wirtschaft in den Grenzregionen auslösen. Jahrzehntlang konnten sie sich nur in eine Richtung orientieren, waren als „Halbkreisregionen“ in ihrer wirtschaftlichen Entfaltung stark eingeschränkt. Mit der Einbeziehung Polens in die Europäische Union eröffnen sich nun Entwicklungsmöglichkeiten in alle Richtungen – sowohl im Hinblick auf die Beschaffung als auch den Absatz von Waren und Dienstleistungen.

Mit der sich abzeichnenden Verbesserung des Lebensstandards in den mittel- und osteuropäischen Ländern werden sich die Importe dieser Länder weiter erhöhen. Das betrifft sowohl die Nachfrage nach höherwertigen Konsumgütern als auch nach Investitionsgütern zur Modernisierung der Produktion und der Infrastruktur. Aber natürlich können die ökonomischen Vorteile der Osterweiterung nicht allein der

Exportindustrie zugeschrieben werden. In etwa gleichem Umfang profitieren auch die Zulieferunternehmen der Exporteure. Das sind vor allem Klein- und Mittelbetriebe. Als EU-Grenzland ist Brandenburg prädestinierter Akteur, um über die grenzüberschreitende Kooperation mit unserem polnischen Nachbarn Vorarbeiten für die Integration Polens in die Europäische Union und für den europäischen Einigungsprozess insgesamt zu leisten. Auch hierbei wird das Know-how der Kammern gebraucht.

Die Industrie- und Handelskammer Cottbus agiert in der Region für die Region. Für die Landesregierung ist sie ein kompetenter Partner bei der Umsetzung der Wirtschaftspolitik, weil sie mit ihren genauen Analysen und Umfragen an Konzepten und Problemlösungen arbeitet. Sie widmet sich wichtigen Themen der Zeit und scheut sich nicht, Stellung zu beziehen. Besonders dankbar bin ich für die deutliche Position der Kammer zu den Themen Rechtsextremismus und Gewalt. Mit ihrer konsequenten Absage an solche Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat stellt sich die Kammer auf die Seite der deutlichen Mehrheit der brandenburgischen Bevölkerung. Nur gemeinsam können wir in Brandenburg ein gesellschaftliches Klima schaffen, das solche Taten gegen die Menschenwürde und den politischen Anstand verhindert. Die Cottbuser IHK begeht ihr 150. Jubiläum. Sie ist ein unverzichtbarer Partner in der Region!

A handwritten signature in black ink, reading "Manfred Stolpe". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

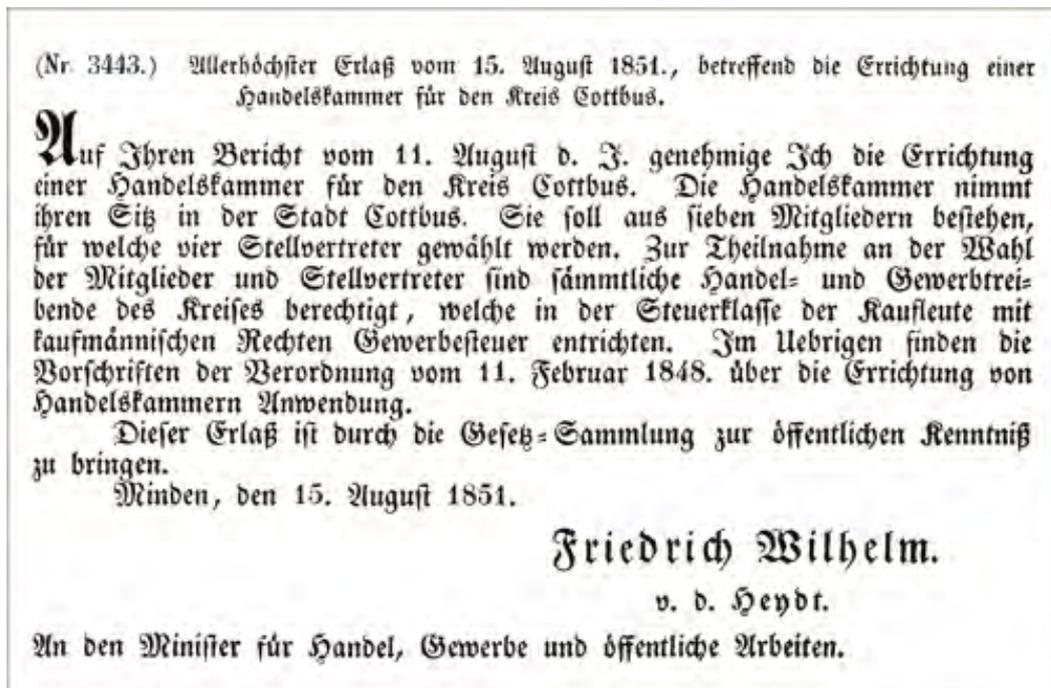
Manfred Stolpe, Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Gründung mit Hindernissen

Die offizielle Geschichte der Industrie- und Handelskammer Cottbus beginnt mit einem allerhöchsten Erlass König Friedrich Wilhelms IV. vom 15. August 1851:

„Auf Ihren Bericht vom 11. August d.J. genehmige ich die Errichtung einer Handelskammer für den Kreis Cottbus. Die Handelskammer nimmt ihren Sitz in der Stadt Cottbus. Sie soll aus sieben Mitgliedern bestehen, für welche vier Stellvertreter gewählt werden.“¹

Noch im November 1851 fanden die ersten Mitglieder-Wahlen statt, und am 16. März 1852 nahm die Handelskammer mit der ersten Plenarsitzung im Cottbuser Rathaus ihre Tätigkeit auf. Vorausgegangen waren zehnjährige Verhandlungen und Gespräche, in denen manches Hindernis aus dem Weg zu räumen war.



Erlass zur Gründung der Handelskammer für den Kreis Cottbus, 15. August 1851

Bereits im Januar 1842 hatte der Magistrat von Cottbus die königliche Regierung in Frankfurt/Oder um die Einrichtung einer Handelskammer ersucht. Zur Begründung erklärte er, dass „die Niederlausitz bei der minderen Productivität ihres Bodens hauptsächlich durch Gewerbe und Handel gehoben werden könne.“² Von einer Handelskammer versprach sich die Niederlausitzer Wirtschaft vor allem eine bessere Vertretung ihrer Interessen gegenüber Behörden und Regierung. Probleme und Wünsche gab es genug. Sie betrafen unter anderem Zölle, Verkehrsverbindungen oder die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Handel und Gewerbe.

Ihren Sitz sollte die Handelskammer in Cottbus haben, „worauf unser Ort als der größte, und den ausgedehntesten Handel treibend, den meisten Anspruch zu machen wohl berechtigt ist“.³

Doch so schnell schossen die Preußen nicht.



Der Cottbuser Altmarkt mit Rathaus (um 1850)

Im Mai 1842 teilte die königliche Regierung erst einmal mit, dass eine Entscheidung noch nicht getroffen werden könne, da „wir zunächst Erkundigungen über die ... Verhältnisse in unseren Provinzen einzuziehen für nötig erachtet haben“⁴. Geprüft werden sollte, ob überhaupt Bedarf für eine Handelskammer bestand, und wie sie finanziert werden könnte. Völlig unklar war auch, welche Ausdehnung der Kammerbezirk haben sollte. Feste Zusagen erhielt der Cottbuser Magistrat – er war die treibende Kraft des Projekts – schließlich von Luckau, Spremberg, Finsterwalde, Lieberose, Peitz, Guben und Sorau, mit denen zusammen ein Statut entworfen und im Dezember 1844 der königlichen Regierung vorgelegt wurde. Dort fand es aber keinen Gefallen, weil ihr unter anderem der Kreis der Wahlberechtigten zu weit gefasst war. Umstritten blieb auch die Frage der Finanzierung, die nach den Vorstellungen des Cottbuser Magistrats von den einzelnen Städten geleistet werden sollte, was die Regierung in Frankfurt/Oder jedoch ablehnte. Sie war für die Kostenübernahme durch Kammer-Mitglieder und Städte. So ging es einige Zeit hin und her.

Das Fehlen einer offiziellen Vertretung von Handel und Gewerbe in der Niederlausitz machte sich inzwischen schmerzlich bemerkbar. Als nämlich 1850 in Berlin eine Anhörung zur Position Preußens bei den anstehenden Verhandlungen über Zolltarife stattfand, war die Lausitzer Kaufmannschaft nicht vertreten, obwohl sie an dieser Frage z.B. wegen ihres Tuchhandels nach Österreich stark interessiert war. Auch die Beratungen über den Schiffahrtsvertrag zwischen dem Zollverein, einem Zusammenschluss deutscher Bundesstaaten (u. a. Preußen, Bayern, Sachsen) zur Wirtschaftlichen Einigung und Belgien erfolgten ohne ihre gutachterliche Stellungnahme.⁵

Handel und Gewerbe in Cottbus forcierten nun zusammen mit dem Magistrat die Gründung einer Handelskammer. Allerdings gab es noch einmal heftige Streitereien um die Zahl der beteiligten Städte und Gemeinden sowie die ihnen zustehenden Mitglieder. Daran scheiterte etwa die Einbeziehung des Kreises Sorau, wo 1871 eine eigene Handelskammer gegründet wurde. Andere Kreise, darunter Lübben, Luckau und Calau, hatten sich inzwischen von dem Vorhaben wieder zurückgezogen, da die dortige Wirtschaft meinte, ihre Interessen selbst ausreichend vertreten zu können. Eine ursprünglich geplante Kammer für die gesamte Niederlausitz kam dadurch nicht zustande, und so wurde die Handelskammer 1851 zunächst nur für den Kreis Cottbus errichtet.

Die Gründung fiel zusammen mit dem Beginn eines außerordentlichen, vor allem von der Textilindustrie, bald auch von der Braunkohle getragenen Aufschwungs in dem in „vorangegangenen Zeiten wirtschaftlich ganz unbedeutenden Lande“ 6. Die Cottbuser Kammer versuchte in der Folgezeit nach Kräften, diesen Aufschwung zu fördern.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Kommerzienrat Julius Krüger, Kaufmann in Cottbus, gewählt; zu seinem Stellvertreter der Kaufmann Friedrich Dreifert. Wahlberechtigt waren alle Handel- und Gewerbetreibenden des Kreises Cottbus, „welche in der Steuerklasse der Kaufleute ... Gewerbesteuer entrichten.“ 7 Insgesamt hatte die erste Handelskammer Cottbus elf Mitglieder, darunter sechs Kaufleute, vier Fabrikanten und ein Buchhändler (Eduard Meyer). Bis auf George Berger aus Peitz waren sie alle in Cottbus ansässig. Ihre Wahl wurde am 24. Januar 1852 von der königlichen Regierung in Frankfurt/Oder offiziell bestätigt.⁸

Genehmigen bzw. „verfügen“ musste der König die Handelskammer, doch die Initiative zu ihrer Gründung ging von Gewerbetreibenden und Magistrat aus. Bereits in ihrer Gründungsgeschichte zeigte sich also der Doppelcharakter der Handelskammer: Einerseits war sie Interessenvertretung der örtlichen Wirtschaft, andererseits ein Beratungsorgan für die Regierung bei der Vorbereitung wirtschaftspolitischer Entscheidungen, dem auch einzelne hoheitliche Aufgaben zufielen.⁹ Diese grundsätzliche Doppelfunktion der Kammern hat sich bis in die Gegenwart erhalten, wobei im Laufe ihrer Geschichte mal der eine Aspekt (Interessenvertretung), mal der andere (Unterstützung für Regierungsstellen) in den Vordergrund trat, je nach den Freiräumen, die den Kammern von der Politik gewährt wurden - oder die sie sich zu verschaffen wussten.

Die Aktivitäten der Cottbuser Kammer hielten sich anfangs in eher bescheidenem Rahmen. So unternahm sie zunächst eine gründliche Bestandsaufnahme der Lage von Handel und Gewerbe im Kreis, die insgesamt durchaus positiv ausfiel. Allerdings hatte die Kammer sogleich auch konkrete Wünsche zur Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen:

- „1) die Verlegung des Wollmarktes zu Cottbus zwischen den Breslauer und Berliner Märkten, ...
- 3) die Ansetzung der im Zollvereine stattfindenden Messen auf ein für allemal bestimmte Kalendertage,
- 4) die zeitgemäße Aenderung der Verordnungen über den Hausirhandel“.¹⁰

Letzteres war ein dringendes Anliegen der örtlichen Buchhändler, da die Konkurrenz durch „fahrende Händler“, darunter sogar Beamte und Gendarmen, welche nebenbei Bücher und Zeitschriften verkauften, ihr Geschäft zu beeinträchtigen drohte.

Als Erfolg durfte die Kammer verbuchen, dass ihr im Juli 1852 für die ersten drei Jahre ein Etat von 100 Talern genehmigt wurde. Dieser Betrag entsprach in etwa dem Jahreslohn eines Landarbeiters.¹¹



Julius Krüger, Gründungsvorsitzender der Handelskammer für den Kreis Cottbus

Zu jener Zeit war Cottbus eine Stadt mit rund 8.700 Einwohnern. Von den insgesamt 806 Wohnhäusern war rund ein Drittel in Massivbau ausgeführt, der Rest bestand aus Fachwerkbauten. Ihr wirtschaftlicher Ruf begründete sich auf der Tuchweberei, einer Vielzahl von Bierbrauereien und dem ausgedehnten Flachs-anbau. Die innerstädtischen Straßen waren noch ungepflastert – wie in der gesamten Niederlausitz – und es gab noch keine Straßenbeleuchtung; dafür aber seit 1848 ein Krankenhaus.¹²

Aufbauphase der Handelskammer

Für die innere Struktur und Verfassung der Handelskammer Cottbus war die königliche „Verordnung über die Errichtung von Handelskammern“ vom 11. Februar 1848 maßgeblich. Laut § 9 dauerte die Amtszeit ihrer Mitglieder drei Jahre. Allerdings wollte man vermeiden, dass alle Mitglieder auf einmal wechselten, so dass die ersten Neuwahlen bereits nach einem Jahr abgehalten wurden.

Die räumliche und materielle Ausstattung der Handelskammer Cottbus war in ihrer Anfangszeit sehr bescheiden. Als Versammlungsort stellte ihr die Stadt das Sitzungszimmer der Stadtverordneten im Rathaus zur Verfügung. Büro und Registratur waren zunächst im Wohnhaus des Vorsitzenden Julius Krüger untergebracht. Für die Akten-Ablage reichte dort aber bereits 1854 der Platz nicht mehr, so dass die Kammer beim Magistrat um die Zuweisung eines Raumes für die Bibliothek und zur Aktenverwahrung bat, der ihr auch gewährt wurde. Die aktuellen Akten verblieben weiterhin in der Wohnung des Vorsitzenden. 1861 lehnte der Magistrat die Überlassung eines weiteren Zimmers an die Handelskammer ab. Das Raumproblem verschärfte sich 1886, als Cottbus kreisfreie Stadt wurde, darum zusätzliche Büroräume wegen vermehrter Verwaltungsaufgaben benötigte und der Handelskammer ihren Raum im Rathaus kündigte. Ihre Sitzungen hielt die Kammer fortan mehrere Jahre lang abwechselnd in den Privaträumen ihrer Mitglieder ab. Die Registratur hatte man durch Aktenvernichtung radikal verkleinert.

Dieser Zustand dauerte bis 1897, als die Handelskammer – deren Bezirk mittlerweile stark gewachsen war – im Haus Kaiser-Wilhelm-Platz 57 (jetzt Brandenburger Platz) erstmals eigene Räume bezog.

Wie erwähnt, betrug der erste Etat der Handelskammer für die Jahre 1852 bis 1854 insgesamt 100 Taler. Die Ausgabenstruktur gewährt einen Einblick in die Arbeitsweise und Aufgaben in der ersten Phase ihrer Tätigkeit.

1. Kosten des Secretariates	24 Thaler
2. Kosten der Registratur	10 Thaler
3. Anfertigung des Jahresberichtes, Druckkosten, Annoncen	25 Thaler
4. Porto	5 Thaler
5. Reisekosten	25 Thaler
6. Diverse Ausgaben, Botenlohn pp.	11 Thaler
Summa	100 Thaler

Die größten Summen wurden demnach für die Herstellung des Jahresberichts und für Reisekosten aufgewendet. Beides diente unmittelbar der Interessenvertretung. Im Jahresbericht wurden immer wieder die Hauptforderungen der regionalen Wirtschaft auch einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht, z.B. nach Eisenbahnanschluss für die Niederlausitz. Unter den Reisen wird die eine oder andere nach Frankfurt/Oder, Berlin und Potsdam gewesen sein, um bestimmte Anliegen der Kammer persönlich vorzutragen.

Die starke Erweiterung sowohl des Bezirks als auch der Aktivitäten der Handelskammer verdeutlicht die Ausgaben-Aufstellung für das Jahr 1901, 50 Jahre nach ihrer Gründung.

„1. Secretariat, Bureauhülfe	5.149,91 Mark
2. Localmiete, Heizung, Beleuchtung, Reinigung	849,61 Mark
3. Porto	450,00 Mark
4. Druckkosten	793,50 Mark
5. Insertionen	239,45 Mark
6. Zeitschriften und Bücher	326,63 Mark
7. Beiträge	228,20 Mark
8. Reisekosten	681,90 Mark
9. Fernsprecher	75,95 Mark
10. Unvorhergesehene Ausgaben	278,24 Mark
Summa	9.073,39 Mark ¹³

Die Kaufkraft dieses Etats entsprach um 1900 etwa dem Jahreslohn von 30 Landarbeitern.

Wirtschaftliche Interessenvertretung in Deutschland

Bevor die weitere Entwicklung der Handelskammer Cottbus betrachtet wird, ein kurzer Blick zurück.

„Es kommt nichts ohne Interessen zu Stande“, meinte der Philosoph Georg Friedrich Wilhelm Hegel Anfang des 19. Jahrhunderts, und der Staatsrechtler Lorenz von Stein (1815 - 1890) stellte fest: „Alle Bewegungen in der Gesellschaft [werden] durch Interesse beherrscht.“¹⁴ Eine so einfache wie fundamentale Erkenntnis. Die zentrale Frage dabei war und ist, auf welche Weise und mit welchen Mitteln die einzelnen Individuen und Gruppen ihre spezifischen Interessen gegenüber anderen Personen, Gruppen oder Institutionen zur Geltung bringen. In der modernen Industriegesellschaft bildeten sich als wichtigste Interessenvertretungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts politische Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände heraus. In dieser Entwicklungstendenz organisierter Interessenvertretung ist auch die Entstehung der Handelskammern zu sehen, wobei ihr bereits erwähnter Doppelcharakter als Vertretung der Wirtschaft und Verbindungsglied zur Regierung ihnen von Anfang an eine Sonderstellung zuwies.

Diesem Doppelcharakter entsprechend liegen die Wurzeln der Handelskammern zum einen in den aus Gilden und Zünften hervorgegangenen „Handlungsvorständen“ des 17. und 18. Jahrhunderts, zum anderen in den vom Staat eingerichteten Kommerzienkollegien, die durch Beratung und Begutachtung Handel und Gewerbe fördern sollten. Als Vorläufer der Handelskammern können auch die kaufmännischen Korporationen in den Städten des Hochmittelalters angesehen werden. In Hamburg beispielsweise kümmerte sich der „Ehrbare Kaufmann“ seit 1665 unter anderem um Zoll, Stapelrechte und die Verbesserung der Handels- und Verkehrsverbindungen.

Frühformen der Handelskammern entstanden im Frankreich des 17. Jahrhunderts, die erste 1599 in Marseille.¹⁵ Im Gefolge der napoleonischen Besatzung wurde diese Form der Wirtschaftsförderung Anfang des 19. Jahrhunderts auch im Rheinland eingeführt. Die ersten deutschen Handelskammern wurden 1803 in Mainz und Köln gegründet. Es folgten die Kammern in Aachen (1804), Frankfurt a. M. (1808), Düsseldorf (1831) und Freiburg (1835). In Bayern wurde die erste Handelskammer 1843 in München eingerichtet. Weiter östlich entstanden die ersten Handelskammern 1844 in Halle und Erfurt, 1848/49 in Breslau und Görlitz, 1850 in Berlin. Bereits im Mai 1861 wurde in Heidelberg der „Deutsche Handelstag“ (DHT) als Dachverband sämtlicher Handelskammern gebildet, der als einen frühen Erfolg unter anderem die Einführung der „Mark“ („Drittel-Thaler“) als allgemeine Währung im 1871 gegründeten Deutschen Reich verbuchen konnte.¹⁶ Im Interesse des Handels wirkte er auch intensiv an der Ausgestaltung des „Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches“ von 1861 und der Erarbeitung seines „Nachfolgers“, des Handelsgesetzbuches von 1897, mit.¹⁷ Der Handelstag tagte einmal im Jahr an unterschiedlichen Orten, unterhielt allerdings in Berlin einen „Bleibenden Ausschuss“ und ein Zentralbüro, das die Informationen aus den Regionen sammelte und die Aktivitäten des Handelstages koordinierte.

Etwa ab 1870 bestanden somit in Deutschland zwei Typen wirtschaftlicher Interessenvertretung, die sich vor allem durch ihre rechtliche Verankerung unterschieden: Zum einen die freien Verbände als staatsunabhängige Organisationen, zum anderen die Handelskammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften, denen eine halbamtliche Stellung zukam. Auf der einen Seite waren sie in die Behördenhierarchie eingebunden,¹⁸ auf der anderen Seite genossen sie – vor allem in Preußen und Norddeutschland – weitgehende Selbstverwaltungsrechte. Ihre Aufgaben umfassten das Sammeln und Weiterleiten von

Wirtschaftsinformationen aus ihrer Region; die Beratung der Regierungsbehörden; die Ausführung von öffentlichen Verwaltungs- und Überwachungstätigkeiten; sodann und vor allem die Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Dieser Aspekt gewann an Gewicht, je größeres Selbstbewusstsein die Kammern gegenüber den Behörden entwickelten. Das konnte nicht ohne Konflikte abgehen, doch blieben sich beide Seiten – Kammern und Verwaltung – der Vorteile einer engen Zusammenarbeit stets bewusst. Der Regierungsbürokratie verschaffte sie genaue und zuverlässige Wirtschaftsinformationen aus erster Hand und die Möglichkeit zum Delegieren bestimmter Verwaltungsaufgaben. Den Fabrikanten und Kaufleuten eröffnete sie einen „fest institutionalisierten Zugang zum politischen Entscheidungsprozeß“.¹⁹

Es kamen jedoch Zeiten und Regimes, unter denen die Kammern kaum mehr als Ausführungsorgane oder auch Erfüllungsgehilfen der Politik waren.

Erste Aktivitäten der Handelskammer zu Cottbus

Mitte des 19. Jahrhunderts war die Niederlausitz noch stark landwirtschaftlich geprägt. Sie war alles andere als eine wohlhabende Gegend, wenn auch der Eindruck eines Reisenden vom Ende des 18. Jahrhunderts über eine Fahrt von Lübbenau nach Guben etwas überzogen sein mochte: „Elendere Gegenden, trostlosere Heiden und Sümpfe, armseligere Dörfer und Landleute sah ich nie als hier.“²⁰ Dabei durfte es nicht bleiben - und es blieb auch nicht dabei. Allerdings war es ein weiter und beschwerlicher Weg, bis die Niederlausitz einen durchweg erfreulicheren Anblick bot.

Die industrielle Revolution setzte hier im Vergleich mit anderen Provinzen des Königreichs Preußen verzögert ein. Jedoch hatte sich insbesondere in Cottbus und Forst seit Anfang des 19. Jahrhunderts eine leistungsstarke Tuch- und Leinenindustrie herausgebildet, die Handelsverbindungen bis nach Österreich, England und ins Osmanische Reich unterhielt.²¹ Der wichtigste Absatzmarkt für Textilien in Massenfertigung waren um 1850 die USA, die jedoch aufgrund von Zollerhöhungen ab 1861 als Abnehmer weitgehend ausfielen. Die Tuchindustrie reagierte darauf unter anderem mit der bevorzugten Herstellung von Qualitätstuchen an Stelle grober Tuche für den Massenbedarf.²² In der Tuchindustrie nahm Cottbus ab 1820 hinter Forst eine Spitzenposition ein. 1840 gab es in Cottbus in dieser Branche rund 1.100 Beschäftigte bei einer Gesamteinwohnerzahl von 8 100. Etwa die Hälfte aller Bewohner von Cottbus war von der Tuch- und Leinenherstellung direkt oder indirekt abhängig.²³

Neben der Tuch- und Leinenherstellung spielten andere Wirtschaftszweige zu jener Zeit in der Niederlausitz eine untergeordnete Rolle, etwa die Schuhproduktion in Calau, die Gerberei in Forst, Papiermühlen in Altdöbern und bei Cottbus oder die Eisenhütte in Peitz (sie wurde 1858 stillgelegt).²⁴

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts hatte die Textilbranche der Niederlausitz durch technische Umwälzungen starke Wachstumsimpulse erhalten. Der Engländer William Cockerill wurde zum Pionier dieser Mechanisierung. 1817 begann er mit Unterstützung der preußischen Regierung seine Aktivitäten in Cottbus, wo ihm der Magistrat im Schlossbezirk mehrere Gebäude (Schlossurm, Fürstenhaus – heute dort des Amts- und Landgerichts) für den Aufbau einer Spinnerei überließ. Dort stellte er 1830 die erste Spinnmaschine mit Dampftrieb in Cottbus auf.²⁵ Auch in der Tuch- und Leinenfertigung begann 1830 der Einsatz von Maschinen, was binnen weniger Jahre zu starken Produktions- und Gewinnsteigerungen führte. So stieg die Tuchproduktion in Cottbus im Zeitraum zwischen 1840 und 1860 von 12.840 auf 42.000 Stück. Auch die Qualität der Tuche konnte durch die Mechanisierung gesteigert werden. 1852, ein Jahr nach Gründung der Handelskammer, wurden in Cottbus 19.700 Stück Tuch an 368 Webstühlen produziert. 1.100 Arbeiter waren in diesem Bereich beschäftigt. 1865 stellten rund 2.700 Arbeiter bereits 90.000 Stück Tuch her. Die ersten mechanischen Webstühle kamen in Cottbus 1854 zum Einsatz. Ihre Zahl stieg kontinuierlich an, so dass 1865 von insgesamt 971 Webstühlen in Cottbus 130 mechanische Stühle waren. 1875 funktionierten von 998 Webstühlen bereits 701 Webstühle mit der neuen Technik.²⁶

Waren dies die technologischen Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung in der Niederlausitz, mussten parallel dazu auch günstige politische und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hier war die Politik, insbesondere die preußische Regierung gefordert, aber auch die Handelskammer als Interessenvertretung der regionalen Wirtschaft.

Cottbus fiel 1815 nach der Niederlage Napoleons in Russland an Brandenburg-Preußen zurück, nachdem es 1807 im Frieden von Tilsit dem Königreich Sachsen zugeschlagen worden war. Die Niederlausitz war seit Anfang des 17. Jahrhunderts Teil von Kursachsen, während das Gebiet um Cottbus seit 1462 - mit der Unterbrechung zwischen 1806 und 1813 - zu Brandenburg-Preußen gehörte. Von Seiten der preußischen Regierung wurde nach 1815 die staatliche Integration des hinzugewonnenen Gebiets eher behutsam betrieben. So wurden auch die Stein-Hardenbergschen Reformen mit einiger Verzögerung übertragen, die völlige Gewerbefreiheit in der Niederlausitz beispielsweise erst 1845 eingeführt. Im übrigen Preußen galt sie bereits seit 1810. Mit Erlass der Allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 war es nun auch in der Niederlausitz mit der alten Zunft Herrlichkeit vorbei, die sich in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker als Fessel für die Entfaltung wirtschaftlicher Aktivitäten erwiesen hatte. Die Innungen bestanden zwar weiter, aber es herrschte keine Pflichtmitgliedschaft mehr.²⁷

Andere Reformprojekte hatte man schon vorher in Angriff genommen, darunter die schrittweise Neuordnung des Steuerwesens ab 1820. Spürbare Verbesserungen gab es nach 1815 auch im Bildungswesen, sowohl bei den Volksschulen als auch bei höheren Lehranstalten.²⁸

Für die Niederlausitzer Juden brachte das Gesetz vom Juli 1847 eine deutliche Besserstellung auf politischem, rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiet.

Der um 1835 einsetzende Aufschwung in der zunehmend mechanisierten Tuchindustrie hatte für bestimmte Gruppen auch negative Auswirkungen. So gerieten traditionelle Tuchmacher und Tuchscherer in Bedrängnis. Ebenso hatten „zünftig“ ausgebildete Gesellen immer häufiger das Nachsehen, da die Tuch- und Leinenfabriken dazu übergingen, un- bzw. angelernte Arbeiter als Tagelöhner zu beschäftigen. In den folgenden Jahren sahen sich auch viele selbstständige Meister genötigt, ihre nicht mehr rentablen Tuch- oder Leinenwebereien aufzugeben und in den expandierenden Tuchfabriken Arbeit zu suchen.

Auf der anderen Seite boten sich aufgrund der technologischen und rechtlichen Entwicklungen auch neue Betätigungsfelder. Beispielsweise konnten nach Aufhebung der „Bannmeile“ städtische Handwerker und Kleinhändler sich nun „kundennah“ auf den Dörfern ansiedeln und ihre Dienstleistungen anbieten.²⁹

Der wirtschaftliche Aufschwung der Region ab 1850 lässt sich auch an den rasch steigenden Einwohnerzahlen von Cottbus ablesen. Zählte die Stadt 1850 noch 8.700 Einwohner, so stieg diese Zahl bis 1867 auf 13.300. 1871 hatte Cottbus bereits 19.000 Einwohner³⁰. Welch überragende Bedeutung zu jener Zeit die Tuchindustrie für Cottbus hatte, zeigt sich unter anderem daran, dass 1864 bei einer Einwohnerzahl von rund 12.100 in dieser Branche 2.460 Personen beschäftigt waren.³¹

Aktivitäten der Handelskammer zu Cottbus

Im zweiten Jahr ihres Bestehens erlebte die Handelskammer eine sich recht turbulent entwickelnde Lausitzer Wirtschaft, deren Auf und Ab im Verlauf des Jahres 1853 der Jahresbericht eindringlich schildert. Auch wegen seines stellenweise fast poetischen Tonfalls sei er hier ausführlich zitiert: „Reich an Aussichten für eine weitere Ausdehnung des Handels und der Fabrikation begann [das Jahr 1853] mit vielen neuen Unternehmungen und Fabrikanlagen. Der Arbeiter fand sein gutes Brod, der Rohproducent seinen reichlichen Lohn; die Hoffnung auf eine ergiebige Ernte begünstigte diesen Zustand und erst als diese Hoffnung sich trügerisch erwies, als das überseeische Exportgeschäft in Manufacturen zu stocken anfang, und ein nie gekannter Geldmangel eintrat, die Banken den Disconto erhöhten, und sich hierzu in Folge der orientalischen Wirren die Furcht vor dem Ausbruche eines allgemeinen europäischen Krieges gesellte, schloß das Jahr mit banger Sorge um die im Dunkel liegende Zukunft.“³² Das alte Lied also - Exportschwäche, Kapitalmangel, Zinsängste, dazu die Sorge um die politische Großwetterlage. Doch sollte sich der Horizont bald wieder aufhellen. 1855 war die akute Schwächeperiode überwunden und auch jene „orientalischen Wirren“ (der Krimkrieg zwischen Russland und Großbritannien) wurden Anfang 1856 beigelegt.

Das Thema „Krieg und Frieden“ taucht übrigens mit großer Regelmäßigkeit in den Jahresberichten auf. Haupttenor dabei: Handel und Gewerbe brauchen friedliche Zustände zur gedeihlichen Entwicklung. Bei aller Rivalität auf den Weltmärkten, allem Unmut über ausländische Zollschränken oder „Dumping“-Preise – kriegstreiberische oder chauvinistische Töne waren von der Handelskammer im 19. Jahrhundert kaum zu hören. Allerdings konnte (und wollte) sie sich den nationalistisch-militaristischen Aufwallungen vor und während des Ersten Weltkrieges nicht entziehen. Ihre Position zum nationalsozialistischen Regime und dessen Kriegswirtschaft steht noch einmal auf einem anderen Blatt. Davon wird später zu berichten sein.

Interessant ist das politische Selbstverständnis der Handelskammer, in dem von Beginn an die Betonung wirtschaftlicher Interessenvertretung und das Verlangen nach Einflussnahme in einem gewissen Spannungsverhältnis standen. Auch hier zeigte sich jener Doppelcharakter der Handelskammer als einer Verbindungsinstanz zwischen Wirtschaft und Staat. Dieses Spannungsverhältnis sprach die Handelskammer Cottbus bereits 1855 in etwas gewundenem Stil an: „Es ist dem Wesen und der ganzen Einrichtung der Handelskammern entgegen, Fragen aus dem Bereiche der Politik zu erörtern; dieß enthebt sie jedoch nicht der Verpflichtung, darauf aufmerksam zu machen, wenn Eingriffe, welche die gedeihliche Entwicklung des Handels und der Industrie bedrohen, auf die besonnene ... Fortentwicklung der inneren staatlichen Verhältnisse gemacht werden, weil Handel und Industrie sofort durch jede innere Störung beunruhigt und in ihrem Gange gehemmt sind.“³³ Eine politische Organisation konnte und wollte die Kammer nicht sein. Aber die Rahmenbedingungen für Handel und Gewerbe mussten stimmen. Darauf immer wieder hinzuweisen und auch konkrete Vorschläge zu machen, ließ sich die Handelskammer nicht nehmen.

Jahrelanger Kampf um Eisenbahnanschluss

In den Anfangsjahren der Kammer bildete das Bemühen um den Ausbau der Verkehrsverbindungen, speziell um den Anschluss an das Eisenbahnnetz, einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. Immer wieder führte sie Klage, dass der Kreis Cottbus von den Eisenbahnverbindungen abgeschnitten war, was als größtes Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen wurde. So hieß es etwa im Jahresbericht für 1854: „Die Ergebnisse des Handels- wie des sonstigen gewerblichen Verkehrs treten im Allgemeinen unserm Rückblick auf das Jahr 1854 in nicht erfreulicher Gestalt entgegen. Der wichtigste Grund [dafür] liegt einzig und allein in dem längst gefühlten Mangel eines Anschlusses an das große Eisenbahnnetz.“ Auch der Ausbau moderner Kommunikationsmittel – insbesondere der Telegraf-Verbindungen – wurde eingefordert, andernfalls „unsere Gegend, - sonst reich an Intelligenz, Handel, Industrie, Gewerbefleiß und Landwirthschaft, - bald gänzlich verarmen und dem Untergange zugeführt werden muß“³⁴. Ein dramatischer Appell an die preußischen Regierungsbehörden, der jedoch keinen unmittelbaren Erfolg hatte. Es dauerte noch bis ins Jahr 1866, bevor auch in Cottbus und der Niederlausitz das Eisenbahnzeitalter begann.³⁵

Zum Zeitpunkt der Kammergründung existierten in der Provinz Brandenburg insgesamt fünf Eisenbahnstrecken, die alle von und nach Berlin verliefen, aber keine durch den damaligen Kammerbezirk. Es waren dies die Strecken Berlin - Potsdam (1838); die Anhalter Bahn (1841); Berlin - Frankfurt/Oder (1842; ab 1846 bis Breslau); Berlin - Stettin (1843) und die Hamburger Bahn (1846).



Umschlagplatz der Pferdebahn Cottbus - Schwielochsee

1846 war nach zweieinhalbjähriger Bauzeit die Eisenbahnstrecke von Breslau über Sorau und Guben nach Frankfurt/Oder eröffnet worden. Die Niederlausitz wurde von dem neuen Verkehrsmittel also nur im Osten gestreift. In Cottbus gab es zu jener Zeit lediglich eine rund vier Meilen (etwa 30 km) lange Pferdebahn zum Schwielochsee. Die von einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 270.000 Talern errichtete Strecke diente dem Weitertransport von Gütern, die wie seit alters her auf Elbe, Oder und Spree verschifft wurden. Im Jahr 1852 betrug das Frachtaufkommen auf diesen Strecken 215.000 Zentner. Der Eisenbahnbau in der Niederlausitz kam zunächst nicht voran. Da halfen auch noch so eindringliche Denkschriften nicht, wie die bereits 1843 von Freiherr von Patow-Mellechen veröffentlichte: „Die Mark Lausitz hat die Wahl, sich ernstlich aufzumachen und als Belohnung gesteigerten Handel, lohnende Industrie, erhöhten Bodenwert zu empfangen oder träge zurückbleibend eine industrielle Vendée [rückständige Agrarregion in Frankreich, T.F.] zu werden.“³⁶

Genauso sah es auch die neu gegründete Handelskammer in Cottbus. Eine ihrer ersten Aktivitäten noch im Jahr 1852 war denn auch die Abfassung einer Denkschrift, in der sie die Notwendigkeit einer Eisenbahnanbindung darlegte. Besonders für die Tuchindustrie mache sich deren Fehlen negativ bemerkbar. Erschwert sei dadurch die Heranschaffung von Rohstoffen, Färbemitteln und Brennmaterial ebenso wie der Absatz der Waren auf Märkten in Europa und Übersee. Dieser Nachteil wiege um so schwerer, als andere preußische Städte mit Tuch- und Wollproduktion wie Brandenburg a. d. Havel, Görlitz und Liegnitz über einen Eisenbahnanschluss und somit über einen gravierenden Wettbewerbsvorteil verfügten. Zur Überwindung dieser „Transportmisere“ unterstützte die Kammer nachdrücklich das Projekt einer Bahnlinie von Guben nach Riesa über Cottbus und Finsterwalde.³⁷ „Dieser Anschluß der hiesigen Gegend ist ... für die Stadt Cottbus, ja den größten Theil der Lausitz eine Lebensfrage.“³⁸



Der Cottbuser Bahnhof um 1880

Das genannte Projekt wurde seit 1844 durch eine in Calau ansässige Eisenbahnkommission – ihr gehörten unter anderen die Bürgermeister von Cottbus, Finsterwalde und Guben an – betrieben. Ein ursprünglich vorgesehener Anschluss in Bad Liebenwerda an die geplante Strecke Jüterbog – Riesa war wieder fallen gelassen worden. Im Mai 1853 stimmte das preußische Handelsministerium dem Vorhaben grundsätzlich zu, lehnte aber eine finanzielle Beteiligung des preußischen Staates ab, da die projektierte Strecke für den allgemeinen Verkehr nicht von hinreichender Bedeutung sei. Dessen ungeachtet beantragte besagte Eisenbahnkommission mit Unterstützung der Handelskammer Cottbus eine königliche

che Konzession, welche im August 1854 auch erteilt wurde. Das Kapital für die Errichtung der Bahnstrecke wollte man bei privaten Investoren sowie Kreisen und Gemeinden beschaffen. Doch führten Unstimmigkeiten über die genaue Streckenführung – so lautete die Konzession auf Burxdorf und nicht Riesa als Endpunkt – dazu, dass die erhofften 3,5 Millionen Taler Zeichnungskapital nicht zusammen kamen.³⁹ Daraufhin überlegte man, die Bahn aus Rentabilitätsgründen über Guben bis nach Warschau zu verlängern. Aber daraus wurde ebenso wenig etwas - wegen militärstrategischer Bedenken versagte die Regierung die Zustimmung - wie aus den Alternativstrecken Berlin - Zittau nach Pardubitz in Böhmen oder Fürstenwalde – Cottbus – Bautzen.

In dieser Zeit der Pläne und Projekte favorisierte die Cottbuser Kammer lange eine Streckenführung Guben – Röderau über Cottbus. In Röderau bei Riesa hätte die Bahn Anschluss an die Strecke Leipzig – Dresden gehabt. Im Jahresbericht 1860 heißt es dazu: „Der Handelsverkehr in unserem Grenzlande kann nur dann einen nachhaltigen Aufschwung nehmen, sobald ein Eisenbahnanschluß nach Sachsen und Oesterreich hin erfolgt sein wird. ... Wir können hier nur die Hoffnung wiederholt aussprechen, daß die betreffenden Hohen Staatsbehörden unsere gerechte Forderung endlich erfüllen und nicht den Vorwurf auf sich laden werden, einen gewerbthätigen Distrikt im Fortschritt gehemmt und seine Steuerkraft gelähmt zu haben.“⁴⁰ Das waren deutliche Worte für den preußischen Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, an den übrigens die Jahresberichte jeweils offiziell adressiert waren.

Zur Verstärkung dieser Forderung veranlasste die Kammer die Abfassung von Petitionen an das preußische Abgeordnetenhaus. Sie erreichte sogar, dass ihr Mitglied, der Kaufmann Robert Lutze und Oberbürgermeister Leopold Jahr im April 1859 den Wunsch persönlich im Amt des preußischen Ministerpräsidenten vortragen konnten. Ein frühes Beispiel für den Versuch der Handelskammer, durch direkten Kontakt Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungen zu nehmen. Von Seiten der Regierungsvertreter wurden bei dem Treffen vor allem militärstrategische Bedenken geäußert, da die geplante Strecke auf sächsischem Gebiet einmünden würde. Aufgrund der wachsenden militärischen Bedeutung der Eisenbahn müsse man Wert darauf legen, dass die ganze Bahn auf preußischem Gebiet verlaufe. Dem hielten die Vertreter der Lausitzer Wirtschaft entgegen, dass für den Warenabsatz eine Eisenbahnverbindung nach Sachsen, Bayern und Böhmen dringend erforderlich sei. Diesem Argument mochte sich Ministerpräsident Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen nicht verschließen und sagte weitere Unterstützung zu. Doch wurde der Strecke Guben – Cottbus – Röderau im März 1860 vom Abgeordnetenhaus eine Absage erteilt. Die strategischen Einwände hatten sich durchgesetzt.⁴¹ Ganz abwegig war diese Überlegung nicht wenn man bedenkt, das Sachsen im Einigungskrieg von 1866 (Schlacht bei Königgrätz) mit Österreich gegen Preußen verbündet war.

Erhebliche Sorge bereiteten der Kammer Ende der 1850er Jahre auch Pläne, die Strecke zwischen Sorrau und Halle – und damit an Cottbus vorbei – verlaufen zu lassen. Zur Stützung ihres Projektes führten die Cottbuser nicht zuletzt Kosten-Argumente gegen die Konkurrenz-Pläne ins Feld: „ ... während unsere Bahn mit dem geringen Kosten-Aufwande von 3 1/2 Millionen Thalern für eine Strecke von 16 1/2 Meilen, und ohne Garantie des Staates hergestellt werden könnte, würde jener ... zu 33 Meilen ... angenommene Bau mindestens 7 1/2 Millionen Thaler erfordern und außerdem durch eine kostspielige Ueberbrückung der Elbe bei Torgau bedeutend vertheuert werden...“⁴²

Das hartnäckige Bitten, Drängen und Fordern der Handelskammer hatte schließlich Erfolg. Realisiert wurde die Eisenbahnstrecke von Berlin über Cottbus nach Görlitz, die im Februar 1866 in Betrieb genommen wurde. Damit verfügten auch Cottbus und die Niederlausitz endlich über einen direkten Anschluss an das Eisenbahnnetz. Die Gefahr, von der wirtschaftlichen Entwicklung im wahrsten Sinne des

Wortes „abgekoppelt“ zu werden, war vorerst gebannt - zumindest, was den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur betraf. Allerdings ist nicht zu verkennen, dass der Eisenbahnanschluss in der Niederlausitz im Vergleich zu anderen Regionen in Preußen und anderen deutschen Staaten reichlich spät erfolgte.⁴³

Das Streckennetz wurde in den folgenden Jahren relativ zügig ausgebaut. Eine bessere Verbindung der Niederlausitz mit den Märkten in Sachsen ermöglichte die Strecke Cottbus – Großenhain, die im April 1870 eröffnet wurde. Wie groß das Interesse an dieser Verbindung war, zeigt auch die Tatsache, dass die Anteilsscheine an der 1866 gegründeten Eisenbahngesellschaft binnen kurzem überzeichnet waren.

Auf der Ost-West-Verbindung Halle – Sorau – Guben verkehrte der erste Zug im Juni 1872. Dies trug dazu bei, dass der Warenaustausch mit Schlesien stark intensiviert werden konnte. Die Eisenbahnprojekte dieser Epoche waren überwiegend privatwirtschaftlich finanziert. Eine zentrale Rolle spielte dabei auch in der Lausitz – insbesondere bei den Strecken Berlin – Cottbus – Görlitz und Halle – Sorau – Guben – der preußische „Eisenbahnkönig“ Bethel Henry Strousberg.⁴⁴

1876 konnte die Verlängerung der Strecke Großenhain – Cottbus nach Frankfurt/Oder in Betrieb genommen werden. Die erste Phase des Eisenbahnbaus in der Niederlausitz kam damit zum Abschluss. Über einen längeren Zeitraum wurde das Streckennetz lediglich durch einige Stichverbindungen ergänzt (etwa Lübbenau – Senftenberg – Kamenz – Zschipkau – Finsterwalde).

Dies bedeutet aber nicht, dass für die Handelskammer das Thema Eisenbahn erledigt war. Vielmehr bemühte sie sich nunmehr, im Interesse der regionalen Wirtschaft auf die Tarif- und Fahrplangestaltung Einfluss zu nehmen.

1874 hatte der Bundesrat des Deutschen Reiches die Erhöhung der Eisenbahntarife um durchschnittlich rund 20 Prozent genehmigt. Zudem wurde von mehreren Gesellschaften ein neuer Verbundtarif mit höheren Frachtsätzen eingeführt, der bei einigen Warengruppen empfindliche Tarifsteigerungen um 30 Prozent, in einigen Fällen sogar bis zu 100 Prozent, zur Folge hatte. Sie fielen zusammen mit dem Ausbruch der „Gründerkrise“ im Herbst 1873, die zu schweren Absatz- und Produktionseinbrüchen führte. Kostensteigerungen im Vertrieb konnten die Hersteller von Tuchen, Glaswaren etc. – nicht zu vergessen die seit 1855 expandierende Braunkohlenförderung – in dieser Lage überhaupt nicht gebrauchen. In einer Denkschrift der Kammer heißt es dazu: „... solche Erhöhungen [sind] für die Tuchfabrikation wie andere Industrien der ganzen Niederlausitz ... so drückend, daß ihre Konkurrenzfähigkeit erheblich leidet.“ Nach jahrelangen Anstrengungen sei die Einbindung der Region in das preußische Eisenbahnnetz endlich gelungen. „Solche Verkehrsverhältnisse müssen fortbestehen, sollen die hiesigen Industrien sich lebensfähig erhalten. Deshalb bleibt es sehr zu wünschen, daß die ... Tariferhöhungen recht



Fettke & Ziegler, Döbern N.L.
Glashüttenwerke

Spezialfabrikation von Gläsern und Apparaten
für Chemie, Physik, Chirurgie, Medizin und Parfümerie,
Bakteriologie, Elektrotechnik, Pharmacie, Photographie

Als im Jahre 1882 die drei Brüder Otto, Gustav und Berthold Fettke und die beiden Brüder Carl und Wilhelm Ziegler gemeinsam die Glashütte Fettke & Ziegler gründeten, ahnten sie gewiß nicht, daß ihr so mühsam errichtetes Werk in verhältnismäßig wenigen Jahren zu einer Firma von Weltruf reifen sollte. Ein Schmelzofen und die dazu erforderliche Schleiferei waren der Anfang und noch acht Jahre hindurch arbeiteten die fünf jungen Fabrikanten inmitten ihrer Arbeiterjahre praktisch mit. Kein Wunder darum, wenn ihr aufopfernder Fleiß und ihre kenntnisreichen Fähigkeiten die Triebkraft des Werkes wurden und ihr Unternehmen mehr und mehr qualitative Spitzenleistungen schuf. Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt erlangte das FZ-Glas (Fettke & Ziegler) binnen weniger Jahre uneingeschränkte Anerkennung. Zu dem ersten Schmelzofen mußte

*„Der Schornstein raucht!“
Anzeige der Firma Fettke & Ziegler in Döbern
mit Blick auf die Fabrikanlagen*

bald einer gründlichen Prüfung unterzogen und demnächst entsprechende Abänderungen und Ermäßigungen angeordnet werden möchten.“⁴⁵

Ab 1876/78 wurden die meisten Eisenbahngesellschaften in Preußen verstaatlicht. Für die Handelskammer änderten sich infolgedessen die Ansprechpartner und teilweise auch die Methoden, um ihre Wünsche und Forderungen vorzubringen. So boten die neu geschaffenen Eisenbahnkonferenzen die Möglichkeit, auf direktem Wege mit den Entscheidungsträgern in Kontakt zu treten. Im Dezember 1874 schickte die Handelskammer Cottbus erstmals Vertreter in dieses Gremium. Gegen die Verstaatlichung selbst erhob die Handelskammer keine grundsätzlichen Einwände, was vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Strousbergschen Unternehmen nach 1871, zahlreicher Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung von Eisenbahnprojekten und der 1873 einsetzenden Gründerkrise nachvollziehbar ist.⁴⁶

Auch auf die Fahrplangestaltung versuchte die Handelskammer im Sinne der Lausitzer Wirtschaft einzuwirken. Hier gelang es ihr in zahlreichen Fällen, eine bessere Abstimmung der einzelnen Zugverbindungen zu erreichen, so dass allzu lange Umsteige-Aufenthalte oder Umwege beseitigt werden konnten. Die Eisenbahn wurde rasch zu einer tragenden Säule des regionalen wie überregionalen Personen- und Güterverkehrs in der Niederlausitz. Im Jahr 1880 betrug die Zahl der in Cottbus ankommenden Personen rund 91.100, im darauffolgenden Jahr waren es rund 96.100. 1881 wurden auf dem Cottbuser Bahnhof Güter in einer Gesamtmenge von rund 21.000 Tonnen entladen, von Cottbus auf den Weg gebracht wurden 12.600 Tonnen. (Jahresbericht der Handelskammer Cottbus für 1881)

Ihre jeweiligen Wünsche und Verbesserungsvorschläge brachte die Kammer mittels schriftlicher Eingaben oder direkt durch ihre Vertreter bei den Bezirkseisenbahnräten und Lokalkonferenzen vor. Wie so vieles in der Kammerarbeit blieb auch dies ein Dauerthema, etwa die Bemühungen aus dem Jahr 1902 um die Beibehaltung einer zusätzlichen Nachtzugverbindung Berlin – Cottbus – Görlitz auch im Winterhalbjahr, die Einrichtung einer Nachtverbindung nach Leipzig oder die Wiedereinführung der verbilligten Sonntagsrückfahrkarte. An letzterem war vor allem das Gastgewerbe in den Erholungsgebieten des Spreewaldes interessiert.⁴⁷

Erweiterung des Kammerbezirks

Wie erwähnt, hatten sich 1851 nach anfänglichem Interesse mehrere Nachbarkreise von Cottbus, namentlich Calau, Forst, Lübben, Luckau, Spremberg und Guben, von dem Projekt einer Handelskammer wieder zurückgezogen. Inzwischen aber waren auch dort Handel und Gewerbe mehrheitlich von der Nützlichkeit einer derartigen Interessenvertretung überzeugt. Vor diesem Hintergrund ersuchte die Handelskammer Cottbus im Jahr 1870 die königliche Regierung in Frankfurt/Oder um Prüfung, ob Forst, Finsterwalde und Spremberg in die Kammer Cottbus aufgenommen werden könnten. Dies lehnte die Regierung jedoch ab.

1877 stellten Guben und Forst den Antrag, eigene Handelskammern errichten zu dürfen. Die Regierung wies dieses Ansinnen zurück, befürwortete vielmehr den Anschluss der beiden Städte an die Handelskammer Cottbus bzw. an die 1871 gegründete Handelskammer in Sorau („Handelskammer für die östliche Niederlausitz“). Sorau, östlich der Neiße gelegen, gehörte seinerzeit zur Neumark, seit 1945 ist es polnisch. Daraufhin zogen Guben und Forst ihre Anträge wieder zurück. Die Erweiterung des Cottbuser Kammerbezirks ließ allerdings noch geraume Zeit auf sich warten.

Erst 1886, als Cottbus einen eigenen Stadtkreis bildete, wurde die Kammer wieder beim königlichen Regierungspräsidenten in Frankfurt/Oder vorstellig und ersuchte um den Anschluss der Kreise Calau, Spremberg und Luckau. Von Amts wegen wurde umgehend eine Konferenz zur Feststellung der Interessenlage einberufen, auf der Vertreter aus Calau und Spremberg ihren Wunsch nach Beitritt bekräftigten. Hingegen sprach sich die Wirtschaft in Forst erneut gegen ein Zusammengehen mit der Cottbuser Handelskammer aus. Es waren dort vor allem die kleineren Unternehmen, die sich – insbesondere aus Scheu vor den Kosten – gegen den Beitritt in eine Handelskammer sperrten.

Mit Wirkung vom 1. April 1888 wurde die Handelskammer Cottbus um die Kreise Calau und Spremberg erweitert. Fortan führte sie die offizielle Bezeichnung „Handelskammer für die Niederlausitz zu Cottbus“. Vorausgegangen war ein ministerieller Erlass vom 3. Dezember 1887, weil die gewünschte Bezirkserweiterung ebenso wie zahlreiche andere Veränderungen innerhalb der Kammerstruktur einer offiziellen Bestätigung bedurfte.

Die Zahl ihrer gewählten Mitglieder wurde von zwölf auf 21 erhöht, wobei der Wahlbezirk Cottbus (Stadt- und Landkreis) neun, Spremberg und Calau je sechs Mitglieder wählten.⁴⁸ (Übrigens wechselte die Kammer im Lauf ihrer Entwicklung noch mehrmals ihre offizielle Bezeichnung. Vergl. die Aufstellung im Anhang.)

Die Gesamtzahl der Gewerbetreibenden des Kammerbezirks betrug zur Zeit der Erweiterung rund 2.000. Eine Statistik weist für das Geschäftsjahr 1894/95 exakt 2.033 Gewerbetreibende aus. In Luckau waren es zusätzlich 851, in Lübben 274 und in Guben 705.⁴⁹

Einsatz für bessere Post- und Fernsprechverbindungen

Neben dem Dauerthema Eisenbahn waren auch Post- und Fernsprechverbindungen von Beginn an ein bevorzugtes Betätigungsfeld der Handelskammer. Zweifellos hatten schnelle und zuverlässige Kommunikationswege eine ebenso große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung wie der Ausbau des Eisenbahnnetzes. Dem galt es von Seiten der Kammer Rechnung zu tragen. Schon wegen seiner geographischen Mittellage in der Lausitz verfügte Cottbus seit jeher über vergleichsweise günstige Postverbindungen zur Beförderung von Post und Personen. So bestanden 1855 regelmäßige Linien nach Berlin, Frankfurt/Oder, Dresden, Finsterwalde, Bautzen und Guben, wo es jeweils Anschlüsse in entferntere Regionen gab. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts wurden Leistungsfähigkeit und Reisekomfort dieser Strecken durch die Anlage so genannter Kunststraßen (gepflasterte Chausseen) deutlich verbessert.

Die Chaussee nach Dresden wurde um 1830, eine weitere in Richtung Guben 1845 fertiggestellt. Doch blieb auf diesem Gebiet noch vieles zu tun, wie die Handelskammer nicht müde wurde zu betonen. So heißt es etwa im Jahresbericht für 1857: „Der Chaussee-Verkehr wird noch immer dadurch beeinträchtigt, daß die nach Schlesien führende Linie nur bis zur Kreisgrenze vollendet, der Weiterbau über Forst nach der Niederschlesisch-Märkischen Bahn hin jedoch seit Jahren unausgeführt geblieben ist.“⁵⁰ In diesem Fall konnte die Hartnäckigkeit der Kammer – neben anderen Faktoren – relativ prompt für Abhilfe sorgen. Der Jahresbericht 1861 teilt mit: „Die Chaussee von hier nach Forst ist im vorigen Jahr vollendet worden...“, so dass es nunmehr von Cottbus aus fünf Chausseen gab: In Richtung Vetschau sowie nach Peitz, Spremberg, Muskau und Forst.⁵¹ Um 1865 gingen von Cottbus täglich 24 planmäßige Postverbindungen mit Personenbeförderung ab. Hinzu kamen mehrere „Extra-Posten“. Die Posthalterei unterhielt rund 45 Pferde und hatte bis zu 13 Postillione in ihren Diensten.⁵²

Technische Innovationen ermöglichten Mitte des 19. Jahrhunderts auch Entwicklungssprünge in der Telekommunikation. Wie im Fall der Eisenbahn sah es die Handelskammer als eine ihrer vordringlichen Aufgaben an, für einen Anschluss der Region an das wachsende Telegrafennetz zu sorgen – mit rascherem Erfolg als bei der Eisenbahn. 1854 hieß es in einem Bericht der Kammer zwar noch: „Der in allen Verhältnissen gesteigerte Verkehr hat in vielen anderen Gegenden unseres Vaterlandes kräftige Hebel in Bewegung gesetzt; denn neue Telegraphen-Linien sind errichtet, Eisenbahnen verlängert, die Dampfschiffahrt ist erweitert worden. Von solchen Segnungen sind wir bisher unberührt geblieben; die Verhältnisse fordern dringend, daß die Communications-Mittel auch in unserem Landestheile nicht länger vernachlässigt werden.“⁵³

Die Handelskammer richtete entsprechende Gesuche an das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und konnte 1858 schließlich vermelden, dass die „Errichtung der hier am 16. Juli v. J. dem öffentlichen Verkehr übergebenen Königlichen Telegraphen-Station ... mit allgemeiner Freude begrüßt worden“ ist. Zwar hielten sich die Cottbuser Bürger mit der Benutzung des Telegrafen in der Wallstraße 7 anfangs noch zurück, doch erwartete die Kammer aufgrund einer „Ermäßigung des Gebührentarifs, welche seit dem 1. Januar ... eingetreten ist, eine vermehrte Nutzung“⁵⁴. Womit sie keineswegs falsch lag. Und ein weiteres Argument für den so dringlich geforderten Eisenbahnanschluss lieferte die neue Telegrafestation gleich mit: Diese leiste zwar „einigermaßen Ersatz für die mangelnde Eisenbahn-Verbindung, kann aber ohne solche zu einer größeren Ausdehnung nicht gelangen, weil Reise- und telegraphischer Verkehr Hand in Hand gehen“.⁵⁵ Es dauerte jedoch noch mehrere Jahre, bis dieser Verbund moderner Kommunikations- und Verkehrswege in der westlichen Niederlausitz hergestellt

war. 1883 wurde in Cottbus ein eigenes Fernsprechnetz in Betrieb genommen, das zunächst 36 Einzelanschlüsse umfasste. Wiederum hatte die Handelskammer auf Drängen mehrerer Unternehmen sich intensiv dafür eingesetzt und „in Verhandlungen mit der hiesigen Kaiserlichen Telegraphen-Verwaltung“ diese Verbesserung der Kommunikationswege mit in die Wege geleitet. (IHK-Jahresbericht 1886) Doch blieb auch auf diesem Feld noch einiges zu tun, insbesondere der Ausbau der überregionalen Fernsprechverbindungen. „Sehr erheblich würde die Zahl der Teilnehmer steigen, wenn die Verbindung mit Berlin hergestellt würde. ... Wir richten daher an die Kaiserliche Telegraphen-Verwaltung das dringenden Ersuchen, dem Projecte baldmöglichst näherzutreten.“ (IHK-Jahresbericht 1886) Neben jenen Themenschwerpunkten Eisenbahnanschluss, Telegrafennetz oder später Kanalbau gab es von Anfang an eine Vielzahl anderer Felder, auf denen die Handelskammer aktiv wurde.

Da war beispielsweise der große Bereich der gesetzlichen Bestimmungen, von denen positive oder negative Wirkungen für die Wirtschaft der Niederlausitz ausgehen konnten. So wandte sich die Kammer Mitte der 1850er Jahre gegen Pläne zur Einführung eines Tabakmonopols, das Anbau, Handel und Verarbeitung von Tabak in der Niederlausitz stark eingeschränkt hätte. Eine steuerliche Abgabe auf den Tabakhandel wurde unter anderem mit dem Hinweis auf den bürokratischen Aufwand für die Erfassung abgelehnt. Auch als staatliche Pläne bekannt wurden, die „allgemeine Wechselfähigkeit“ aufzuheben, also die Praxis kurzfristiger Kredite im Geschäftsverkehr, meldete sich die Kammer zu Wort. „Uns bleibt nur übrig, von unserem Standpunkte dem hinzuzufügen, daß wir die allgemeine Wechselfähigkeit als eine Lebensfrage für Handel und Gewerbe betrachten; daß bei großen und kleinen Kaufgeschäften der Wechsel dem Geschäft selber eine solidere Basis giebt und die Prozesse vermindert...“⁵⁶

Andere Wünsche der Handelskammer und somit der Lausitzer Wirtschaft bezogen sich um die Jahrhundertmitte auf die Vereinheitlichung, zumindest Angleichung der Handelsgesetze für alle deutschen Länder (das Deutsche Reich wurde bekanntlich 1871 gegründet) und die Festsetzung einheitlicher Zinssätze. (Ein vereinheitlichtes Handelsgesetz trat 1860 in Kraft).

Ein leidiges Thema bildete stets auch die Steuergesetzgebung, die immer wieder für Klagen der Wirtschaft sorgte, sofern durch höhere oder neu eingeführte Steuern die Kosten- und Ertragssituation der Unternehmen belastet wurde. Die Handelskammer Cottbus sah sich darum in der Pflicht, bei den staatlichen Entscheidungsträgern auf ein möglichst wirtschaftsfreundliches Steuersystem hinzuwirken. Nicht immer hatte sie mit ihren diesbezüglichen Bemühungen Erfolg, wie etwa das Beispiel des Reichsstempelgesetzes von 1881 zeigte. Mehrere Stellungnahmen und Eingaben des Deutschen Handelstages, an denen auch die Cottbuser Kammer beteiligt war, konnten nicht verhindern, dass insbesondere der Handel durch die Stempelsteuer u.a. auf Wechselgeschäfte finanziell zusätzlich belastet wurde. Sorge bereitete auch die Möglichkeit, dass die Behörden im Rahmen der Stempelsteuer-Erhebung ungewollten Einblick „in die Einzelheiten des Geschäftsverkehrs der Actiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Actien“ erhalten würden. Von Seiten des Deutschen Handelstages als Dachorganisation der Handelskammern drängte man auf eine Reform der Bestimmungen. (IHK-Jahresbericht 1882)

Aktiv wurde die Handelskammer auch in der Frage, ob die „Wuchergesetze“ aufgehoben werden sollten, was der Vorsitzende Krüger und die anderen Mitglieder stark befürworteten, da jene Gesetze die freie Preisbildung behinderten, wie die Kammer in einem entsprechenden Gutachten ausführte, das sie dem „Königlichen Hohen Ministerium“ im September 1855 „pflichtschuldigst unterbreitete“.⁵⁷

Und wenn es dann erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen gab, so sparte man bei der Handelskammer nicht mit Dankesbezeugungen für die „Fürsorge des Hohen Staatsministeriums“, wie etwa 1860 im Falle der Handelsverträge mit Japan und China, „wodurch unserer Industrie ein bedeutendes Verkehrsgebiet neu erschlossen worden ist“.⁵⁸

Industrialisierung in der Niederlausitz

Ab 1855 nahm die Braunkohlenförderung in der Niederlausitz einen steilen Aufstieg und entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten neben der traditionellen Tuchindustrie zur wichtigsten Säule der regionalen Wirtschaft.

Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts war bei Guben Braunkohle gefördert worden, jedoch nur in geringem Umfang. Das erste große Grubenfeld wurde dort 1848 erschlossen; es folgten ab 1852 mehrere Braunkohlengruben, darunter die Gruben „Feller“ (1855), „Segen des Herrn“ bei Klein-Drenzig (1857), „Glückauf“ und „Wilhelm“ (1858). Im Kreis Spremberg begann die Braunkohlenförderung 1845. Bis 1860 nahmen auch bei Calau unter anderen die Gruben „Minna“ bei Särchen, „Emilie“ bei Werchow und „Johann“ bei Selischmühle den Betrieb auf. Im Kreis Luckau wurden in diesem Zeitraum zehn Gruben eingerichtet, darunter „Louise“ und „Friedrich“ (1851). Allerdings stellten in dieser Frühphase auch mehrere Gruben den Betrieb wegen mangelnder Rentabilität nach kurzer Zeit wieder ein.

Insgesamt weist die Statistik jedoch eine rasante Entwicklung der Braunkohlenförderung in der Niederlausitz aus.⁵⁹

	Gruben	Arbeiter	Fördermenge (t)
1850	5	22	6.290
1855	21	243	44.960
1860	26	351	114.500
1865	45	775	283.100
1870	51	927	385.700

Die geologischen Verhältnisse waren günstig, so dass die Förderung der Braunkohle vornehmlich im Tagebau erfolgen konnte. Wichtigste Arbeitsmittel blieben lange Zeit Spaten und Handkarren. Die Belegschaft bestand zunächst mehrheitlich aus Gutsarbeitern und Tagelöhnern. Da die Grubenbesitzer beim Abbau der reichen Vorkommen anfangs wenig sachgerecht und unsystematisch vorgehen, kam es zu zahlreichen Unfällen und der Verwüstung größerer Landflächen. Die ersten Gruben waren zumeist eingessenen Tuchfabriken, Glashütten oder Ziegeleien angegliedert und förderten für den regionalen Bedarf, etwa für Kesselheizungen in der Tuch- und Glasherstellung.

Im Hausbrand wurde die Braunkohle zunächst kaum verwendet, zumal die vorhandenen Öfen dafür erst umgerüstet werden mussten. Der Absatz von Braunkohle in entferntere Gebiete – etwa nach Berlin – war auch durch den fehlenden Eisenbahnanschluss lange behindert. Das änderte sich deutlich, als 1874 die Bahnverbindung Lübbenau – Senftenberg – Kamenz fertiggestellt wurde und das Niederlausitzer Braunkohlenrevier eine direkte Verbindung zur Reichshauptstadt erhielt.

In jener Phase waren die Gruben überwiegend Kleinbetriebe, die von ortsansässigen Unternehmern – häufig Gutsbesitzern – geführt wurden.⁶⁰ Anfang der 1870er Jahre setzte eine Expansionsphase des Bergbaus ein, die sich nach 1890 noch beschleunigte. Die Gruben wurden größer, immer mehr und

gewaltigere Maschinen kamen zum Einsatz. Es entstanden Großbetriebe mit mehreren Hundert Beschäftigten. Entsprechend stieg auch der Kapitalbedarf der Unternehmen, so dass im Zuge dieser Entwicklung auch immer mehr Bergbaugesellschaften wie die Eintracht Braunkohlenwerke und Brikettfabriken (gegr. 1887) und die Ilse Bergbau A.G. (1888) mit mehreren Gruben entstanden.⁶¹ Einige Zahlen mögen diese Entwicklung verdeutlichen. 1882 gab es in der Niederlausitz mit den Revieren Calau, Luckau, Spremberg, Sorau und Guben 47 Braunkohlengruben mit insgesamt 2.226 Arbeitern. 1895 waren es 73 Betriebe mit 5.638 Arbeitern, und im Jahr 1907 existierten 89 Gruben mit 9.049 Arbeitern.

Die Fördermengen erhöhten sich weiter in hohem Tempo: 1875 rund 909.000 Tonnen, 1880 1,1 Mio. Tonnen, im Jahr 1890 3,09 Mio. Tonnen, 1900 9,6 Mio. Tonnen und 1907 bereits 14,98 Mio. Tonnen. Im gesamten Oberbergamtsbereich Halle, zu dem die Niederlausitz gehörte, betrug 1904 die Fördermenge 32,5 Mio. Tonnen, im niederrheinischen Braunkohlenrevier (Oberbergamtsbereich Bonn) 6,7 Mio. Tonnen.⁶²

Die Braunkohlenförderung löste zudem einen typischen „Spin-off-Effekt“ in der Region aus: Sie wirkte als Impulsgeber für andere Wirtschaftszweige. Beim Kohlenabbau wurden beispielsweise Ton- und Quarzsandvorkommen freigelegt, die in expandierenden Ziegeleien und Glashütten verarbeitet wurden. Diese wiederum entwickelten sodann einen steigenden Brennstoffbedarf.

Verstärkt wurde der wirtschaftliche Aufschwung von Brikettfabriken, die ab 1872 in der Niederlausitz entstanden; die erste 1872 im Kreis Calau. Die Brikettherstellung (Pressen von Braunkohlenstaub) erhöhte die Transportfähigkeit der Kohle und damit die Absatzmöglichkeiten. Im Bergrevier Cottbus stieg die Zahl der Brikettfabriken zwischen 1875 und 1893 von drei Betrieben mit sieben Pressen auf insgesamt 25 Werke, in denen 94 Pressen im Einsatz waren. Zur Jahrhundertwende gab es in diesem Gebiet bereits 47 Brikettfabriken. Die Produktionsmenge wuchs zwischen 1875 und 1900 von 15.900 Tonnen auf rund 2,3 Mio. Tonnen. 1907 wurden 4,6 Mio. Tonnen Brikett hergestellt, was rund 35 Prozent der gesamten Produktionsmenge im Deutschen Reich entsprach. Die Reichshauptstadt Berlin wurde zu einem der Hauptabnehmer für Lausitzer Brikett.⁶³ Unübersehbar war die Niederlausitz innerhalb von 30 Jahren aus einem agrarisch strukturierten Landstrich mit bedeutender Tuch- und Leinenindustrie zu einem Zentrum der Braunkohlenförderung und -verarbeitung geworden.

Für die Handelskammer ergaben sich aus der Entwicklung der Braunkohlenindustrie vielfältige Tätigkeitsfelder – vom weiteren Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationswege bis zur Verbesserung der Ausbildungssituation – ein Bereich, der zunehmend an Bedeutung gewinnen sollte. Nicht zuletzt mit Fragen der Braunkohlenvermarktung war die Kammer befasst, wie ein Beispiel von 1898 illustrieren



*Anfänge des Braunkohlen-Abbaus
in der Niederlausitz (um 1870)*

soll. Viele Zwischenhändler waren in den 1880er Jahren dazu übergegangen, Braunkohlenbriketts nicht mehr nach Gewicht, sondern nach Stückzahl zu verkaufen. Bei den Abnehmern rief dies Unmut hervor, da die Lieferungen in punkto Gehalt und Brennwert oft stark variierten, was bei der Abrechnung von Stückzahlen meist zu Lasten der Kunden ging.

In diesem Interessenkonflikt ersuchte der preußische Minister für Handel und Gewerbe die Kammer in Cottbus um eine Stellungnahme. In dem umgehend gelieferten Gutachten der Handelskammer



Verladung von Niederlausitzer Briketts (um 1890)

heißt es dann: „[Briketts] werden von den Fabriken ausschließlich nach Gewicht verkauft. Die als direkte Abnehmer der Fabrik in Betracht kommenden Groß- oder Zwischenhändler geben die Briketts aber an ihre Unterabnehmer ... meistens nach Stückzahl ab, weil der Kleinhändler den Verkauf an das konsumierende Publikum (besonders in Berlin) nur nach Stückzahl bewirkt. Um sein Angebot für den Consumenten möglichst vortheilhaft erscheinen zu lassen, hat der Kleinhändler das Bestreben, für einen bestimmten Preis eine recht hohe Anzahl Briketts zu offeriren. Zu diesem Zwecke muß das von ihm gekaufte Gewichts-Quantum möglichst viel Briketts enthalten. Er übt deshalb auf seinen Lieferanten und dieser wieder auf die Fabrik einen Druck dahin aus, in den Waggon viele, das bedeutet aber, kleinere und schwächere, Briketts zu laden. ... Es ist jetzt dahin gekommen, daß die verschiedenen Werke Briketts von verschiedener Größe, Höhe und Stärke herstellen. ... Nun kauft der Kunde erfahrungsgemäß am liebsten bei dem Händler, der ihm für sein Geld die meisten Briketts liefert. ... Da er als Laie die geringen Größenunterschiede bei oberflächlicher Besichtigung aber nicht ... wahrnehmen kann, wird er gerade da am meisten geschädigt, wo er am Vortheilhaftesten zu kaufen glaubt...“⁶⁴ Mit diesen Argumenten plädierte die Kammer gegenüber dem Ministerium für eine entsprechende Änderung der Handelsvorschriften, was dann auch geschah.

Die im Lausitzer Bergbau benötigten Arbeitskräfte rekrutierten sich in der Anfangsphase vor allem aus der bäuerlichen – überwiegend sorbischen – Landbevölkerung, die sich in den Braunkohlengruben einen Zuerwerb verschafften. Mit Herausbildung von Großbetrieben ab 1872 verstärkte sich der Arbeitskräftebedarf, so dass zunehmend auswärtige Arbeiter zuzogen. Die Einführung des arbeitsintensiven, technisch schwierigeren Tiefbaus erforderte zudem die verstärkte Einstellung von Facharbeitern, die mehrheitlich aus den Kohlerevieren in Oberschlesien und dem Mansfeld kamen. Gesucht wurden „tüchtige Erdarbeiter“, „zuverlässige, nüchterne Heizer und Maschinisten“ oder auch „kräftige fleißige Förderleute“, denen in den Stellenangeboten der Gruben dauerhafte Beschäftigung bei „hohem Accordlohn“ in Aussicht gestellt wurde.⁶⁵ Diese Entwicklungen hatten in den Kernbereichen der Industrialisierung – in Cottbus und den umliegenden Braunkohlerevieren – nach 1870 ein starkes Bevölkerungswachstum zur Folge, während in den ländlichen Räumen der Lausitz die Einwohnerzahlen stagnierten oder sogar zurück gingen.

Dafür einige Beispiele: In Cottbus stieg die Bevölkerungszahl zwischen 1871 und 1890 von 18.900 auf 33.700; im Braunkohlenzentrum Senftenberg von 2.800 (1875) auf 5.100. Hingegen sank die Einwohnerzahl in Peitz zwischen 1875 und 1890 von 4.130 auf 3.440, in der Gemeinde Döbern von 226 auf 206.⁶⁶

Jenem Chronisten ist also insgesamt zuzustimmen, der 1930 in etwas erklärenden Worten über Cottbus schrieb: „Aus einem kleinen, unbedeutenden Provinzstädtchen hatte sich Cottbus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem wohlhabenden Industrieort mit modernen, vorbildlichen Einrichtungen emporgeschwungen.“⁶⁷

Märkte, Messen, Ausstellungen

Die Ware soll zum Kunden. Dazu müssen Hersteller und potenzielle Abnehmer in möglichst direkten Kontakt treten, wie das von alters her auf Märkten und Messen geschieht. Für diese Begegnung zwischen Herstellern und Käufern günstige Bedingungen zu schaffen, gehörte von Anfang an zu den wichtigsten Aufgaben der Handelskammer, wobei die Vorstellungen und Bedürfnisse der einzelnen Branchen recht unterschiedlich sein konnten.

Und so tauchte das Thema denn auch bereits im ersten Jahresbericht der Kammer für 1852 an prominenter Stelle auf. Namens der „betreffenden Gewerbetreibenden“ wurde die Terminierung des Cottbuser Wollmarktes, auf dem sich die einheimischen Tuchfabriken mit ihrem wichtigsten Rohstoff eindeckten, zwischen die Markttag in Breslau und Berlin gefordert. Zudem sollte der Cottbuser Wollmarkt vom Juli auf einen günstigeren Termin verlegt werden, um die Lieferanten- und Kundenströme verstärkt nach Cottbus zu lenken. Im Juli hatten die meisten Abnehmer sich bereits auf anderen Märkten versorgt. Dies wurde vom zuständigen Handelsministerium jedoch abgelehnt, da man dem Cottbuser Markt nur geringe Bedeutung zumaß und das Übergewicht der Märkte in Berlin, Breslau oder Frankfurt/Oder billigte. Erst in den 1870er Jahren wurde der Cottbuser Markt auf einen günstigeren Termin vorgezogen. Eine große Umsatzsteigerung war damit aber nicht verbunden. Die Konkurrenzmärkte blieben dominierend. Nach 1890 wurde der Cottbuser Wollmarkt ganz eingestellt. Auch die wirtschaftliche Bedeutung des Jahrmarktes verringerte sich ab 1880 rapide, da neu gegründete Spezialgeschäfte und Kaufhäuser immer mehr Kunden anlockten.⁶⁸

Zum anderen regte die Handelskammer an, im Bereich des Zollvereins alle stattfindenden Messen dauerhaft auf bestimmte Zeitpunkte zu legen. Sowohl Produzenten als auch Kunden sollte damit die längerfristige Planung ihrer Geschäftstätigkeit ermöglicht werden.⁶⁹ Beide Forderungen gehörten somit zu jenem gewaltigen Projekt des 19. Jahrhunderts, aus wirtschaftlichem Kalkül dem Prinzip von langfristiger Planung durch zahllose Einzelmaßnahmen zum Durchbruch zu verhelfen. Festgelegte Messetermine, auf die man sich lange im Voraus einstellen konnte, waren ein kleiner, nicht ganz unwichtiger Teilaspekt. Und gerade in diesem Bereich, der Schaffung günstiger Wirtschaftsbedingungen, spielten

C. G. Wilke · Guben
Haar-, Velour- und Wollhutfabrik

Die Gründung dieses großen Fabrikunternehmens reicht zurück in das Jahr 1822, als in Guben der ehrbare Meister Carl Gottlob Wilke, der spätere letzte Obermeister der Gubener Hutmacher-Innung, eine Werkstätte zur Herstellung von Wollfäbriken errichtete. Er ist als der eigentliche Erfinder des tragfähigen Wollhutes und somit als der Begründer der heute so bedeutenden deutschen Wollhut-Industrie anzusehen. Sein Erzeugnis fand steigenden Absatz, so daß er bald 100 Arbeiter beschäftigen konnte. 1859 übertrug er seinem zweitältesten Sohn, Friedrich Wilke, der vor der Gubener Hutmacher-Innung inzwischen ebenfalls sein Meisterstück abgelegt hatte, die Leitung der Fabrik. Unter dessen weitestgehender Führung nahm die Fabrik einen achtunggebietenden Aufschwung. 1875 starb der Begründer hochbetagt, nachdem ihm vorher der Kronorden verliehen worden war. Der Ausbau des Unternehmens zu einem Weltwerke ist das Werk seines Sohnes Friedrich Wilke, der 1879 zum Kommerzienrat, 1886 zum Geheimen Kommerzienrat ernannt und 1889 durch die Verleihung des Wilhelm-Ordens ausgezeichnet wurde. Er starb 1908; kurz zuvor hatte ihn seine Vaterstadt Guben zum Ehrenbürger ernannt. Er war eine bekannte und allgemein beliebte Persönlichkeit Gubens und genoß auch weit über Guben hinaus durch seine Wohltätigkeit, vielen Schenkungen und Stiftungen hohe Achtung. Sein ältester Sohn Max Wilke, der jetzige Inhaber, trat 1880 in die Fabrik ein und hat bis zum Tode seines Vaters mit ihm zusammen das große Werk geleitet. 1920 trat der einzige Sohn des jetzigen Inhabers, Siegfried Wilke, in die Firma als Teilhaber ein. Leider setzte eine tödlich verlaufene Erkrankung diesem tatkräftigen, arbeitsfreudigen Leben 1920 ein jähes Ziel. Während seiner Zeit entstand ein großer Neubau, der in diesem Jahre durch Weiterbau seiner Vervollständigung entgegensteht. Schon jetzt werden über 1000 Arbeiter in der mit den modernsten Maschinen und Einrichtungen ausgestatteten Fabrik beschäftigt, und es gibt kaum eine Stadt im ganzen Deutschland, wo nicht Wilke-Hüte zum Verkauf ausliegen; ja, der Wilke-Markenhut ist bekannt und geschätzt in der gesamten Welt.

Werbebroschüre von C.G. Wilke in Guben mit Panoramablick auf das Firmengelände

die Handelskammern eine zentrale Rolle. Sie waren es, die entsprechende Forderungen und Anregungen an die Rahmen setzenden Institutionen des Staates weitergaben - und dabei manches Mal recht dicke Bretter zu bohren hatten.

Sehr schwankend, oft stark zurückhaltend war das Interesse der Cottbuser Wirtschaft, ihre Waren auf Ausstellungen zu präsentieren. Als beispielsweise die Kammer 1876 im Auftrag des Handelsministeriums für eine „internationale Ausstellung in Paris“ (Weltausstellung von 1878) werben sollte, erhielt sie in ihrem Bezirk keine einzige feste Zusage. Die meisten Unternehmen winkten ab, da nach ihren Erfahrungen die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen in Form von Aufträgen und Kundenkontakten stünden. Auch die Aussicht, etwa in Übersee neue Kunden zu gewinnen, rechtfertigte für die meisten Betriebe den Aufwand nicht. Die Handelskammer allerdings war grundsätzlich für eine regere Ausstellungs-beteiligung zur stärkeren Einbindung ihrer Mitglieder in nationale und internationale Märkte und beantragte darum eine Erhöhung staatlicher Zuschüsse. Positive Beispiele sind die beste Werbung. Mit tatkräftiger Unterstützung der Handelskammer fand im März 1894 in den Räumen des Cottbuser Konzerthauses „Kolkwitz“ eine erste „Ausstellung für Gewerbe, Nahrungsmittel und Volksernährung“ statt, deren geschäftlicher Erfolg viele Skeptiker dann doch überzeugte.⁷⁰

Auch um Details des Marktgeschehens hatte sich die Handelskammer von Beginn an zu kümmern; beispielsweise um Maße und Gewichte. Im April 1853 erhielt sie ein Schreiben des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe mit der Bitte um Stellungnahme: „Es ist ... zur Sprache gekommen, daß hin und wieder auch andere Gewichtsstücke von 33, 36, 60, 70 ja selbst ... 130 Pfd. im Verkehr angewendet werden, und daß solche Gewichtsstücke leicht dazu benutzt werden können, um das Publikum zu über-vorthellen, indem eine verhältnismäßig geringe Differenz des Gewichts keinen wahrnehmbaren Unterschied der Größe bringt. Zur Beseitigung solcher Mißstände erscheint es wünschenswerth, die Zahl der eichungsfähigen [d.h. offiziell zugelassenen] Gewichtsstücke ... zu beschränken.“ Die Handelskam-mer Cottbus antwortete: „... haben wir den Wunsch auszusprechen, daß den ... als eichungsfähig ange-gebenen Gewichtsstücken das im Handel sehr oft gebrauchte Zehnpfundstück noch hinzugefügt werde. Außerdem haben wir gegen Erlaß der betreffenden Verordnung kein Bedenken.“⁷¹ Die Zahl der Ge-wichte wurde also zum Schutz der Kunden reduziert.

Modernisierung des Geld- und Kreditwesens

Ein gut funktionierender Kapitalmarkt ist eine Grundvoraussetzung einer jeden Wirtschaft. Der ständigen Entwicklung und Modernisierung des Geld- und Kreditwesens musste die Handelskammer Cottbus darum von Anfang an besondere Aufmerksamkeit widmen. Und gerade in dieser Beziehung hatten Cottbus und die Niederlausitz Mitte des 19. Jahrhunderts einigen Nachholbedarf. 1853 wurde in Cottbus eine königliche Bankagentur eingerichtet, deren Geschäftsfelder anfangs jedoch sehr eingeschränkt waren. Da Cottbus nicht als eigenständiger Bankenplatz – wie Frankfurt/Oder – galt, war unter anderem das Wechsel- und Kreditgeschäft zunächst auf den Raum Cottbus begrenzt (in Cottbus zahlbare Wechsel durften auf keiner anderen Bank diskontiert werden). Dieser Missstand eines nur eingeschränkten Geldverkehrs wurde auch dadurch nicht beseitigt, dass in der westlichen Niederlausitz zwei weitere Bankagenturen eingerichtet wurden, und zwar 1857 in Spremberg und 1859 in Finsterwalde.

Gegenüber den zuständigen Regierungsstellen trat die Handelskammer wiederholt für eine Aufwertung der Cottbuser Bankagentur ein. Schließlich mit Erfolg. Zum 1. November 1862 erhielt Cottbus den Status eines regulären Bankenplatzes, wodurch die Geldgeschäfte des ortsansässigen Handels und Gewerbes erleichtert wurden. Allerdings kümmerten sich die genannten Bankagenturen überwiegend um größere Summen, so dass kleinere Kaufleute und Gewerbetreibende bei ihren Geldgeschäften und Kreditwünschen im Nachteil waren. Abhilfe schuf unter anderem der 1858 gegründete „Vorschußverein“, der Vorschüsse gegen Wechsel bis zu 50 Talern über eine Laufzeit von ein bis drei Monaten gewährte. Ab 1864 wurde dieser Kreditrahmen schrittweise erweitert.⁷²

Eine spürbare Verbesserung des Geld- und Kreditwesens im Raum Cottbus brachte die Gründung der Kreissparkasse im Jahr 1867. (Eine städtische Sparkasse gab es bereits seit 1829.) Ebenfalls 1867 gründete die Berliner Gewerbebank H. Schuster & Co. in Cottbus eine Zweigstelle. 1872 - die Braunkohlenförderung in der Lausitz begann, rasant zu expandieren – wurde die Lausitzer Bank in Cottbus gegründet, womit die Niederlausitz endlich über eine solide Basis für ein funktionstüchtiges System von Geld- und Kreditinstituten verfügte.⁷³

Im Interesse der heimischen Wirtschaft hatte die Handelskammer aber weiterhin eine ganze Reihe von Wünschen und Forderungen, die sich insbesondere auf die Vereinheitlichung des Geldverkehrs bezogen. So erwies sich mit Intensivierung der Lausitzer Handelsbeziehungen über die Grenzen Preußens hinaus beispielsweise das Verbot als hinderlich, fremdes (außerpreußisches) Papiergeld unter einem Wert von zehn Talern als Zahlungsmittel einzusetzen. Kaufleute und Fabrikanten, die außerhalb Preußens Geschäfte machten, saßen deshalb auf einem wachsenden Berg von kleineren Banknoten, die sie nicht ohne weiteres ausgeben konnten. 1865 und 1869 formulierte die Handelskammer gegenüber dem Ministerium den Vorschlag, dass Papiergeld in allen Staaten des Norddeutschen Bundes unbeschränkt als Zahlungsmittel zugelassen werden sollte. Mit Gründung des Deutschen Reiches 1871 hatte sich dieses Verlangen bald erledigt.

Als hemmend für den Geschäftsverkehr erwies sich auch die Art und Weise, wie so genannte Zinscoupons (etwa von internationalen Staatspapieren, Eisenbahngesellschaften, Kreditinstituten) als Zahlungsmittel eingesetzt wurden. Deren Echtheit zu überprüfen, war häufig sehr schwierig, zumal auf den rasch abgenutzten Papieren die Angaben vielfach kaum mehr zu entziffern waren. Die Kammer drängte darauf, dass die Regierung verbindliche Vorschriften über die Qualität von Papier und Druck dieser Coupons – eine Art „Nebengeld“ – erlasse.

Bereits in ihren Anfängen forderte die Handelskammer also mal eine Lockerung oder Abschaffung, mal eine Erweiterung oder Ergänzung gesetzlicher Vorschriften, um Handelshemmnisse zu beseitigen. Den großen „Sprung nach vorn“ brachte in diesen Fragen dann die Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871. So auch in der zentralen Währungsfrage. Um 1860 gab es in den einzelnen deutschen Staaten noch eine Vielzahl unterschiedlicher Währungen, die den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr naturgemäß komplizierten.⁷⁴

In einer Stellungnahme von 1869 an das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe prangerte die Handelskammer diese Zustände an: „Hiesige Verkäufe in Tuch ... sowie andere Erzeugnisse hiesiger Industrie geschehen in preußischem Courant; werden diese Verkäufe nach Frankfurt a.M. gemacht, – einem sehr bedeutenden Zwischenhandelsplatze für Tuch – oder dorthin zur Zahlung angewiesen, so müssen die preußischen Courantfacturen [Zahlungsmittel] ... in süddeutsche Währung umgerechnet und zum Wechselkurs in Thaler zurückgerechnet werden. Es ist dies ein offenbarer Uebelstand, daß eine preußische Industriestadt gezwungen ist, ihre geschäftliche Bilanz mit einer anderen preußischen Handelsstadt auf so weitläufige Weise auszugleichen.“⁷⁵ Die einheitliche Währung kam dann sogar schneller, als die Handelskammer zu hoffen gewagt hatte. Wenige Monate nach Gründung des Deutschen Reiches im Januar 1871 wurde die Mark (Drittel-Taler) – auf Goldbasis – mit Gesetz vom 4. Dezember 1871 als allgemeines Zahlungsmittel eingeführt.⁷⁶ Ein Zusatzgesetz vom Juli 1873 legte die Unterteilung einer Mark in 100 Pfennige fest.

Es blieben aber auch beim Geld noch Probleme genug, darunter auch ganz handfeste. „Die Buntscheckigkeit der preußischen Papiergeldpressen kann nicht größer werden, als sie ist. Die Verschiedenheit der coursirenden und geltenden Werthzeichen und ihr zum Theile schlechter, entwertheter, wie schmutziger und ekelerregender Zustand (wir verweisen bezüglich der Münzen auf die alten 1/12-Thalerstücke ..., die längst aus dem Verkehre verschwunden sein müßten, sowie auf das schmutzige Papiergeld, ... und auf die verletzten und verklebten Noten der kleinen deutschen Zettelbanken) ist für den hiesigen Fabrikdistrict eine förmliche Landplage. Es ist unwürdig für Deutschland, daß deren Umlauf in dieser Beschaffenheit geduldet wird.“ So klagte die Handelskammer zu Cottbus noch 1872 gegenüber dem Ministerium.⁷⁷ Auch war die verwirrende und geschäftshemmende Münzvielfalt mit Einführung der Mark als allgemeine Währung im Jahr 1871 keineswegs sofort beseitigt. Noch 1875 kritisierte die Handelskammer den Umlauf von alten Viergroschenstücken, Silbertalern und „wildem“ Hundertmark-Noten.

Nicht zufriedenstellend war zu jenem Zeitpunkt immer noch der Zustand des Bank- und Kreditwesens im Raum Cottbus. Die Bankagentur war zwar 1876 zu einer Reichsbanknebenstelle erweitert worden, die aber von der Reichsbankstelle in Frankfurt/Oder abhängig und somit in ihren Kompetenzen stark eingeschränkt blieb. Ein Antrag der Handelskammer, angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung von Cottbus dort eine reguläre Reichsbankstelle zu errichten, wurde von der Reichsbank-Direktion 1878 abgelehnt. Hauptargument waren die Kosten. Doch die Kammer ließ nicht locker. Daraufhin forderte Anfang 1883 der Frankfurter Regierungspräsident sie zu einer erneuten Stellungnahme auf. Mit verstärktem Nachdruck wiederholte die Handelskammer ihre Forderung, mit der sie schließlich Erfolg hatte. Die rasch wachsende Wirtschaftskraft und Geschäftstätigkeit des Kammerbezirks überwand das Kostenargument, so dass ab 1. Dezember 1883 Cottbus über eine reguläre Reichsbankstelle verfügte.⁷⁸

In den folgenden Jahren machte sich die Handelskammer stets für die Goldbindung der Währung stark, wobei sie auch den Konflikt mit Großagrariern aus der Region nicht scheute, die sich für eine Abkehr von der Goldwährung aussprachen. Die Kammer war Interessenvertreterin von Handel und Industrie, deren mittel- und langfristigen Perspektiven sie auf dem Weltmarkt sah, und der verlange nun mal „gutes Geld“, das hieß solide fundiertes, am besten im Goldstandard.

Arbeitskämpfe

Die Zeit der Industrialisierung war auch eine Zeit verschärfter sozialer Spannungen, da die stürmische Entwicklung von Industrie und Gewerbe nicht automatisch zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Beschäftigten führte. Vielmehr waren die Arbeitsbedingungen oftmals durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden am Tag gekennzeichnet. Zudem waren die konjunkturellen Schwankungen sehr stark, wie auch die Handelskammer in ihren Jahresberichten immer wieder feststellte. Arbeitskämpfe konnten da nicht ausbleiben. So kam es im Mai 1895 in der Cottbuser Tuchindustrie zum großen Streik, durch den die Tuchweber die Rücknahme von Lohnkürzungen erreichen wollten. Der Stundenlohn für Weber war in Cottbus auf 17 Pfennig gedrückt worden, was die Fabrikanten mit verschärftem Wettbewerb rechtfertigten. Sie reagierten auf die Arbeitsniederlegung mit der Androhung flächendeckender Aussperrungen.

Nun schaltete sich auch Oberbürgermeister Paul Werner in den Konflikt ein, der nach wenigen Tagen mit der Zusicherung geringer Lohnanhebungen beigelegt werden konnte. Doch bereits im folgenden Jahr kam es zu einer Neuauflage des Streiks. Die Forderungen lauteten nun: Verkürzung der Arbeitszeit von 14 auf 11 Stunden pro Tag, Garantie einer Mittagspause von anderthalb Stunden sowie Lohnerhöhungen. Ende Februar 1896 wurden 6.000 Textilarbeiter entlassen, wogegen die Streikenden auf mehreren Massenversammlungen protestierten. Die Unternehmer lenkten schließlich ein und erfüllten einen Großteil der Forderungen, so dass in der Cottbuser Tuchindustrie Ende April 1896 die Arbeit wieder aufgenommen wurde.⁷⁹ Wenige Jahre zuvor, 1886 – 88, war es im Senftenberger Kohlrevier zu schweren Arbeitskämpfen mit Streiks und Aussperrungen gekommen, in deren Verlauf über Senftenberg zeitweise der „kleine Belagerungszustand“ verhängt wurde.

Soweit die wenigen Quellen eine generelle Aussage erlauben, blieb die Handelskammer bei diesen Arbeitskämpfen eher zurückhaltend. „Speerspitzen“ der Unternehmen waren vielmehr die ab 1870 gegründeten freien Interessenverbände, während die Interessen der Arbeiter von Gewerkschaften und Sozialdemokratie – trotz staatlicher Behinderung insbesondere unter dem „Sozialisten-Gesetz“ (1878 - 1890) – vertreten wurden.

Forderung nach Ausbau der Wasserstraßen

Natürliche und künstliche Wasserwege waren seit alters her wichtige Verkehrsadern für die Niederlausitz, auf denen Massengüter wie Getreide, Steine, Holz, Stroh oder Wolle, auch Tuche und Leinen transportiert wurden. An dieser zentralen Bedeutung der Binnenschifffahrt für die regionale Wirtschaft änderte auch der lang ersehnte Anschluss an das Eisenbahnnetz im Jahr 1866 kaum etwas. Dementsprechend gehörten auch Pflege und Ausbau der Wasserwege, insbesondere die Förderung von Kanalbauprojekten, zu den Obliegenheiten der Cottbuser Handelskammer. Cottbus und die Niederlausitz waren Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Spree und den Friedrich-Wilhelm-Kanal mit Breslau, Magdeburg, Halle und den Seehäfen Hamburg, Stettin und Königsberg/Pr. verbunden. Die Waren wurden überwiegend in Goyatz am Schwielochsee umgeschlagen, da die Spree erst ab dort schiffbar war. Cottbus war mit Goyatz seit 1846 durch eine Pferdebahn verbunden. Stark beeinträchtigt wurde der Schiffsverkehr durch die ständige Versandung der Spree. Wiederholt forderte die Handelskammer von den Behörden Abhilfe, mit vergleichsweise raschem Erfolg. So heißt es im Jahresbericht für 1857: „Dankend haben wir anzuerkennen, daß die Königliche Regierung zu Frankfurt a. O. auf unseren Antrag bereitwilligst einen Bagger zur Räumung der seichtesten Stellen am Brieskower See ... bestellte und die Meliorationen des Spreebettes bei Neu-Zittau eifrig fortsetzen ließ, wodurch eine erhebliche Verbesserung der Schifffahrt nach und von Berlin herbeigeführt wird.“⁸⁰



Ansicht von Forst, dessen Stadtbild von Fabrikanlagen bestimmt ist (um 1915)

Ein ständiges Ärgernis bildeten auch diverse Zölle und Abgaben, mit denen der Transport auf dem Wasser belastet war. So wurde an größeren Umschlagplätzen eine so genannte Diskretionsgebühr auf die durchgehende Fracht erhoben, die von den Schiffern selbst, in seltenen Fällen von den Handelshäusern bezahlt werden musste. Gemeinsam mit den Handelskammern in Görlitz, Breslau und Liegnitz wurde die Cottbuser Kammer bereits 1853 bei der Stettiner Kaufmannschaft vorstellig, diese Ertrag mindernde

Praxis zu unterbinden. In Stettin zuckte man jedoch mit den Schultern, worauf sich die Handelskammern mit ihrer Beschwerde direkt an den Handelsminister wandten. Dessen Drängen bewirkte schließlich, dass die „Discretionsgebühren“ schrittweise abgeschafft wurden; ebenso die jahrhundertealten Elbzölle, die 1861 stark ermäßigt und 1870 aufgehoben wurden.⁸¹

Besonderes Interesse zeigten Wirtschaft und Handelskammer am Bau von Kanälen, um die Transportverbindungen der Niederlausitz zu verbessern. Das Klima für derlei Projekte schien besonders günstig, seit ab 1880 in Preußen wie im gesamten Deutschen Reich der Kanalbau zu einem heiß diskutierten Thema wurde. Zur Verbesserung der Transportverhältnisse auf dem Wasser verfolgte die Cottbuser Handelskammer ab 1871 mehrere Kanalprojekte, die allerdings keineswegs rascher als seinerzeit die Eisenbahnpläne vorankamen. So wurde der Plan einer Kanalverbindung von der Oder zur Oberspree (Küstrin – Müggelsee) Ende der 1870er Jahre wieder zu den Akten gelegt. Aufwind erhielten die Kanalpläne der Handelskammer nach 1881, als Reichskanzler Otto von Bismarck den Kanalbau zu einer vorrangigen Staatsaufgabe erklärte (Kanalvorlage von 1883 im preußischen Landtag zum Bau des Dortmund-Ems-Kanals). Dieses Klima nutzend, richtete die Handelskammer im August 1883 eine Petition an die preußische Regierung zur Herstellung einer Kanalverbindung vom Oderhafen Maltsch zum Schwielochsee (Goyatz) über Liegnitz, Sorau, Forst und Cottbus. Die aufstrebende Industrie der Lausitz (Tuche, Braunkohle) könne, so die Argumentation der Kammer, durch verbesserte Transportwege und niedrigere Kosten weiterbefördert werden. Zudem biete der vorgeschlagene Kanal die Möglichkeit, eine direkte Verbindung zum geplanten Elbe-Spree-Kanal herzustellen. Das zuständige Ministerium signalisierte Interesse, und im Juli 1883 beschlossen die betroffenen Handelskammern Cottbus, Liegnitz, Sagan und Sorau (Neumark) ein gemeinsames Vorgehen. In einer Resolution vom November 1883 heißt es über Sinn und Zweck des Projektes: „Die Versammlung erkennt die Nothwendigkeit eines Kanals zur Ausbeutung der schlesischen und niederschlesischen Montanproducte, sowie zur Hebung der Land- und Forstwirtschaft und der übrigen gewerblichen Interessen an. Der Kanal ist zu führen von dem Oderhafen Maltsch nach ... Goyatz (Schwielochsee). Die Versammlung beschließt die Bildung eines Comités, dem die erforderlichen Schritte in der Angelegenheit überlassen werden.“⁸² Die preußische Regierung jedoch konnte sich für dieses Projekt vor allem aus Kostengründen nicht erwärmen – zudem räumte sie dem Mittelland-Kanal Priorität ein – , so dass es schließlich aufgegeben wurde.

Sogleich stürzte sich die Kammer auf ein neues Projekt, das vor allem der Braunkohlenindustrie südlich von Cottbus zugute kommen sollte: einen Elbe-Spree-Kanal von Riesa (Elbe) über Senftenberg, Spremberg und Cottbus zum Schwielochsee. Um diesem Wunsch Nachdruck zu verleihen, trat die Handelskammer Cottbus 1898 mit dem Projekt offensiv an die Öffentlichkeit. Sie veranstaltete eine Versammlung von Wirtschaftsvertretern, die sich nahezu einhellig für einen derartigen Kanal aussprachen. Die Gesamtkosten wurden bei einer Länge von 149 km auf rund 39 Millionen Mark veranschlagt. Eine „Kanal-Kommission“ der Handelskammer Cottbus wurde mit der weiteren Verfolgung des Projekts beauftragt. Diese richtete umgehend eine Petition an den preußischen Landtag, der zu jener Zeit gerade heftig über den Bau des Mittelland-Kanals debattierte. Darin hieß es unter anderem, der Kanal habe „eine große Bedeutung für den ersten Seehafen der preußischen Monarchie, für Stettin, indem er eine Verbindung schafft, die es ermöglicht, nach Sachsen und Mitteldeutschland überseeische Erzeugnisse erheblich billiger als seither zu verfrachten, den Bezug der sächsischen und niederlausitzer Fabrikate zu erleichtern ... kann ebenso der Bezug von Maschinen und sonstigen Fabrikaten aus den Industriebezirken Sachsens und der Niederlausitz erheblich verbilligt werden“.⁸³

Nicht ungeschickt, wie die Handelskammer Cottbus hier die Interessen ihres Bezirks stets zusammen mit denen der sächsischen Industrieregionen erwähnt. Indes, die preußische Regierung hatte seinerzeit andere Sorgen – die erwähnten Querelen um den Mittelland-Kanal – und lehnte den Bau einer Kanal-

Verbindung zwischen Elbe und Schwielochsee ab. Gebaut wurde schließlich der Oder-Spree-Kanal, dessen erstes Teilstück 1890 eröffnet wurde.⁸⁴ Er verlief zwar weit nördlich des Kammerbezirks zwischen Fürstenberg/Oder (Eisenhüttenstadt) und der Dahme südlich von Berlin, doch waren durch den Kanal auch die Transportverbindungen der Lausitz nach Stettin und Schlesien verbessert. Der so heftig umstrittene Mittelland-Kanal übrigens wurde erst 1905 in Angriff genommen, nachdem das Projekt vom preußischen Abgeordnetenhaus 1899 und 1903 auf Betreiben der ostelbischen Großagrarien zunächst abgelehnt worden war.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Handelskammer Cottbus mit ihren Bemühungen, der Niederlausitz eine bessere Anbindung an das Wasserstraßennetz zu verschaffen, weit weniger erfolgreich agierte als rund 30 Jahre zuvor auf dem Gebiet des Eisenbahnbaus. Zu den Gründen zählen das ungleich höhere Investitionsvolumen beim Bau eines Kanals und die erwähnte Priorität für das Projekt Mittelland-Kanal. Allerdings war die Binnenschifffahrt seit Mitte des 19. Jahrhunderts für die Wirtschaftsentwicklung einer Region nicht mehr von so überragender Bedeutung wie das moderne Verkehrsmittel Eisenbahn.

Freie Unternehmerverbände – Partner und Konkurrenten der Kammer

Etwa ab 1870 erwachsen den Handelskammern in Deutschland mit der Bildung freier Unternehmerverbände sowohl Konkurrenten als auch Partner bei der wirtschaftlichen Interessenvertretung. Konkurrenten insofern, als die freien staatsunabhängigen Wirtschaftsverbände gegebenenfalls direkter, ohne politische Rücksichtnahme, ihre Forderungen vorbringen konnten. Partner der Handelskammern waren sie, da beide dieselbe Klientel vertraten. Dabei verfügten die Handelskammern als halbstaatliche Einrichtungen über den großen Vorteil eines quasi-institutionellen Zugangs zu den politischen Entscheidungsträgern. Eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Handelskammern und freien Unternehmerverbänden lag demnach stets im beiderseitigen Interesse. 1875 wurde der „Verein deutscher Tuch- und Wollfabrikanten“ gegründet, unter starker Beteiligung von Lausitzer Unternehmern. 1906 entstand der „Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie“ mit Sitz in Cottbus.⁸⁵

Die rasch expandierenden Bergbaubetriebe der Region schlossen sich 1898 im Niederlausitzer Bergbauverein zusammen, dem 1907 ein Bergbau-Arbeitgeberverband folgte. Die genannten freien Verbände entstanden vor dem Hintergrund tiefgreifender Konjunkturkrisen zwischen 1873 und 1896 und zunehmender sozialer Kämpfe, in denen die Arbeiterschaft Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern trachtete. Dabei konnten die staatsfernen Unternehmerverbände naturgemäß entschlossener und egoistischer agieren als eine Handelskammer, die ihrem Selbstverständnis nach immer auch dem „großen Ganzen“ einer Wirtschaftsregion verpflichtet war. Freie Verbände brauchten da weniger Rücksichten zu nehmen. Das galt auch für den 1907 gegründeten Arbeitgeber-Schutzbund Mitteldeutscher Glasfabriken mit Sitz in Görlitz.

Als Dachverband wurde 1876 der „Centralverband der deutschen Industriellen“ (CDI) gegründet. Die Agrarier schlossen sich 1893 im „Bund der Landwirte“ zusammen. Da der Centralverband von der westdeutschen Schwerindustrie dominiert wurde, gründete die Leichtindustrie 1909 den „Hansabund“ als eigene Interessenvertretung.⁸⁶

Auf der anderen Seite bildete auch die Arbeiterschaft ab Mitte des 19. Jahrhunderts eigene Interessenvertretungen in Form der Gewerkschaften. Diese standen in der Tradition der mittelalterlichen Gesellenvereine und „Gewerke“ des Bergbaus. Eine Vorreiterrolle spielten die Zigarettenmacher und Buchdrucker. Bereits 1848 wurde in Berlin die „Assoziation der Cigarettenmacher“ gegründet. Nach der teilweisen Aufhebung des Koalitionsverbots 1868 schlossen sich immer mehr Berufsgruppen zu „Arbeiterschaften“ bzw. Gewerkschaften zusammen. Sie standen zumeist der 1864 gegründeten Sozialdemokratie nahe und kämpften für soziale Verbesserungen, insbesondere kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne. Ihre schärfste Waffe bildete der Streik. Trotz massiver Unterdrückungsmaßnahmen durch Unternehmer und Staat – gipfelnd im Verbot der Gewerkschaften aufgrund der Sozialistengesetze von 1878 (1890 wieder aufgehoben) – hatten die Gewerkschaften im Zuge der rasanten Industrialisierung starken Zulauf.

Die ab 1890 gegründeten „freien Gewerkschaften“ konnten ihre Mitgliederzahl innerhalb weniger Jahre von 250 000 (1890) auf rund eine Million (1904) steigern. 1913, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, waren in Deutschland bereits 2,5 Millionen Arbeiter in freien Gewerkschaften organisiert, deren Hauptforderung der Achtstundentag war.

In der von Textil und Braunkohle geprägten Niederlausitz erlangten Ende des 19. Jahrhunderts der „Deutsche Textilarbeiterverband“ und – mit einigem Abstand – der „Gewerkverein der Textilarbeiter,

Hirsch-Duncker“ die größte Verbreitung.⁸⁷ Im Unterschied zu den freien Gewerkschaften war dieser von Anfang an nicht klassenkämpferisch, sondern sozialreformerisch eingestellt.

Als politisch agierende Interessenvertretungen entstanden zudem ab 1848 in Deutschland zahlreiche Parteien. Ihre Anfänge reichen teilweise in die Zeit vor der gescheiterten 48er Revolution, bei einigen Gruppierungen bis Ende des 18. Jahrhunderts, zurück. Es bildete sich ein breit gefächertes Spektrum heraus, das schließlich von den Konservativen über den politischen Katholizismus („Zentrum“) und Liberale (Links- und Nationalliberale) bis zu den Sozialdemokraten reichte.⁸⁸ Die Handelskammern verhielten sich im Grundsatz parteipolitisch neutral – nicht zuletzt auf Grund ihrer „halbamtlichen Stellung“ in der Gesellschaft. Die politischen Sympathien ihrer Mitglieder lagen naturgemäß eher bei den Konservativen und (National-)Liberalen.

Das System wirtschaftlicher und politischer Interessenvertretung war mithin seit Mitte des 19. Jahrhunderts sehr vielgestaltig und verzweigt. Und mittendrin die Handelskammern als Anwalt der heimischen Wirtschaft, Mittler zwischen Staat und Gewerbe. Aus den sozialen Kämpfen hielten sie sich weitgehend heraus.

Erneute Ausdehnung des Bezirks

Eine erste Erweiterung des Kammerbezirks war – wie erwähnt – 1888 erfolgt, als Calau und Spremberg hinzukamen. Doch das war erst der Anfang. Im Februar 1898 erhielt Oberbürgermeister Paul Werner von der Handelskammer Cottbus eine Einladung: „Euer Hochwohlgeboren beehren wir uns zu der außerordentlichen Plenarsitzung der ... Handelskammer auf Mittwoch, den 16. Februar d.J. Nachmittags 1 1/4 Uhr im Stadtverordnetensaale, Rathaus, Zimmer No 8 hierselbst ergebenst einzuladen. ... Nach der Sitzung wird ein gemeinschaftliches Mittagessen im Hotel Ansorge hierselbst stattfinden, an welchem wir Ew. Hochwohlgeboren bitten als Gast der Handelskammer teilnehmen zu wollen.“⁸⁹ Es ging aber nicht um ein gemütliches Beisammensein, sondern um die erneute Ausdehnung des Kammerbezirks, diesmal auf die Kreise Luckau und Lübben. Deren Handel- und Gewerbetreibende hatten bekanntlich 1851 die Einrichtung einer Handelskammer noch für überflüssig erklärt und ihre Teilnahme abgesagt. Dies bedauerten sie mittlerweile angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Region und der produktiven Rolle, welche die Handelskammer dabei zu spielen vermochte, insbesondere in den Bereichen Verkehrswege sowie Geld- und Kreditwesen. In Cottbus war man nicht nachtragend, und so vermerkte das Protokoll der Sitzung: „Es wurden nach stattgehabter Berathung einstimmig folgende Bedingungen vereinbart,

1. die Handelskammer führt von jetzt ab die Bezeichnung `Handelskammer für die westliche Niederlausitz in Cottbus'.
2. Zu dem Bezirk der Handelskammer ... treten die Kreise Luckau und Lübben mit dem 1. April 1898 hinzu.“⁹⁰

H. Plaß & Söhne • Kirchhain N.-L.
Ferienprodnr: Amt Kirchhain Nr. 244 Lederfabrik • Wolle Ferienprodnr: Amt Kirchhain Nr. 244

Im Jahre 1871 gründete der Gerbermeister Hermann Plaß die Fabrik aus kleinsten Anfängen. Durch erstklassige Fachkenntnisse und Reellität und durch die Mitarbeit seiner beiden Söhne, welche jetzt Inhaber des Unternehmens sind, war es ihm möglich, das Geschäft auf die jetzige Höhe zu bringen. Die Fabrik ist heute eine der modernsten dieser Branche. Hergestellt werden in der Hauptfache lohgare Schafleder, naturelle Zurichtung.



Anzeige der Leder- und Wollstofffabrik Plaß & Söhne in Kirchhain

Die Zahl der Mitglieder, d.h. der gewählten Unternehmensvertreter, wurde von 21 auf 30 erhöht. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass die Wahlberechtigung für die Handelskammer an die Besteuerung „in einer der Gewerbesteuerklassen I, II, III und IV mit einem Satze von wenigstens 32 Thaler“ gebunden war. Als Beiträge wurden von den Firmen sieben Prozent der Gewerbesteuer erhoben. Dies alles wurde durch Ministererlass vom 8. März 1898 bestätigt.

Zugleich wurde eine neue Geschäftsordnung erlassen, welche die innere Organisation der erweiterten Kammer regelte.

Die Wahl der Vollversammlung erfolgte laut § 3 nach allgemeinem gleichem Wahlrecht, wobei jedes wahlberechtigte Unternehmen über eine Stimme verfügte. Die – nicht öffentlichen – Plenarsitzungen sollten mindestens einmal im Quartal stattfinden, bei Bedarf auch häufiger. Die Hauptlast der Arbeit – andererseits auch die größte Gestaltungsmacht – lag beim Vorsitzenden (entspricht dem heutigen IHK-Präsidenten) und seinem Stellvertreter. Im § 14 heißt es: „Je nach dem Inhalte und der Dringlichkeit erledigt der Vorsitzende selbständig die eingegangenen Schriftstücke, trifft vorläufige Verfügungen, holt Gutachten ein, vollzieht die abgehenden Schreiben, Berichte, Zahlungsanweisungen und Bekanntmachungen...“ Über die Plenarsitzungen war ein genaues Protokoll zu erstellen, wobei in dem „für die Öffentlichkeit bestimmten Auszuge ... Namensnennungen in der Regel unterbleiben“ sollten.

Die vielfältigen Aktivitäten der Kammer hatten inzwischen so stark zugenommen, dass sie in rein ehren- oder nebenamtlicher Arbeit nicht mehr zu bewältigen waren. Aus diesem Grunde wurde zum 1. April 1897 erstmals ein hauptamtlicher Sekretär (vergleichbar dem heutigen Hauptgeschäftsführer) eingestellt. „Derselbe steht dem Vorsitzenden zur Seite und besorgt nach dessen Anordnungen alle vorkommenden Geschäfte.“ (§ 24)⁹¹

Die erweiterte Kammer hatte auch einen größeren Platzbedarf. Es war untragbar geworden, dass die Geschäfte wie seit Jahren üblich von den Privaträumen des jeweiligen Vorsitzenden ausgeführt wurden, und so bezog die Handelskammer für die westliche Niederlausitz im Herbst 1898 eigene, angemietete Räume am Kaiser-Wilhelm-Platz 57.

Einsatz für verbesserte Berufsausbildung

Um 1880 – die Tuchindustrie expandierte, der Braunkohlenbergbau verzeichnete hohe Zuwachsraten – entdeckte die Handelskammer in Cottbus Ausbildung und Unterricht als wichtige Betätigungsfelder. Dass die Qualität der Ausbildung mitentscheidend sei für die zukünftige Wirtschaftskraft der Region, war eigentlich eine Binsenweisheit, der viele Betriebe jedoch nicht allzu große Beachtung schenkten. Hier musste die Handelskammer häufig als Mahner und Anreger auftreten. Für Kaufleute und Handlungsgehilfen hatte der kaufmännische Verein zu Cottbus 1877 einen Kurs für doppelte Buchführung eingerichtet, der auf unerwartet große Resonanz stieß. Mit wachsendem Unmut stellten zahlreiche Handelsunternehmen zu jener Zeit fest, dass die Schulbildung ihrer Lehrlinge den Anforderungen der Geschäftspraxis oft nicht genügte. Um hier Abhilfe zu schaffen, ergriff der „Verein zur Wahrung der kaufmännischen Interessen“ 1879 die Initiative zur Gründung einer Handelsschule in Cottbus. Die Handelskammer sah es nun als ihre Aufgabe an, die verschiedenen Aktivitäten auf dem Ausbildungssektor zu koordinieren, zumal ihr eine deutliche Ausweitung des Ausbildungs- und Unterrichtswesens dringend erforderlich schien.

Die örtliche Unternehmerschaft ließ sich nicht lumpen, und so waren die erforderlichen Geldmittel relativ rasch beschafft. Am 1. Oktober 1881 konnte die Handelsschule den Unterricht aufnehmen. Er fand abends in zwei Klassenräumen des alten Gymnasiums statt, die der Magistrat kostenlos zur Verfügung stellte. Im ersten Jahr ihres Bestehens besuchten rund 65 Schüler die Einrichtung. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Schüler kontinuierlich zu. Da die geringe Teilnehmergebühr (Schulgeld) zur Aufrechterhaltung des Unterrichts nicht ausreichte, musste der Fehlbetrag durch freiwillige Finanzleistungen der Kaufmannschaft erbracht werden.

Zunächst wurden lediglich zwei Klassen eingerichtet. In der unteren erhielten die Lehrlinge eine Art erweiterten „Elementar-Unterricht“ in Deutsch (Schwerpunkt Schreibübungen), Rechnen und Geografie. In der oberen Klasse standen vor allem Englisch, Französisch und Buchführung auf dem Lehrplan.

Mit den Resultaten waren Teilnehmer wie Arbeitgeber sehr zufrieden, so dass Umfang und Inhalte der Handelsschule in den folgenden Jahren kontinuierlich erweitert wurden. 1896 wurden drei aufsteigende Klassen und ein Jahreskurs eingerichtet. Letzterer bot älteren Gehilfen und Kaufleuten mit längerer Berufspraxis die Möglichkeit, ihr Wissen und ihre Kenntnisse zu erweitern. Die Unterrichtsinhalte wurden unter anderem um die Fächer Korrespondenz, Buchführung und – auf freiwilliger Basis – Stenografie ergänzt.

Mit dem Schuljahr 1900/1901 wurde erstmals ein Kurs für junge Frauen eingerichtet, der allerdings zunächst nur halbjährlich lief. Zu jenem Zeitpunkt unterrichteten an der Schule sieben Lehrer rund 120 Schüler/innen. Mittlerweile konnten auch die Kosten der Handelsschule fast in voller Höhe von dem Schulgeld der Kursteilnehmer bestritten werden. Allein in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens wurde sie von über 900 Lehrlingen durchlaufen.

Eine zweite Handelsschule innerhalb des Kammerbezirks bestand seit 1892 in Spremberg. In kleinerem Rahmen erfolgte dort die Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses entsprechend der älteren Cottbuser Einrichtung. 1901 wurden in Spremberg 60 Lehrlinge unterrichtet, darunter auch einige Frauen.⁹²

Im Jahresbericht für 1876 widmete sich die Handelskammer für die westliche Niederlausitz ausführlich der Ausbildung in der Tuchindustrie. Mit Nachdruck forderte sie dabei die Gründung einer Fachschule der Textilindustrie mit angeschlossener Lehrwerkstatt durch den Staat. Ihr Hauptargument lautete,

dass eine betriebseigene Ausbildung wegen der starken Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Tuchindustrie nicht zweckmäßig sei.

Ein derartiges Projekt stieß jedoch beim preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe auf Ablehnung. Dort sah man keinen Bedarf für eine weitere staatliche Lehranstalt und scheute wahrscheinlich auch die zusätzlichen Kosten. Zudem hielt man auf Seiten der preußischen Regierung die Kapazität der bereits bestehenden, staatlich unterstützten Webschule in Spremberg für ausreichend.
(IHK-JB 1882)

Die Cottbuser Tuchindustrie sah das jedoch anders. Viele Unternehmer fürchteten vielmehr um die Qualität der Ausbildung und ihres Arbeiternachwuchses, sollte es bei der geringen Ausbildungskapazität bleiben.

Da die Kammer und ihre Mitgliedsunternehmen bei den Behörden in diesem Fall auf taube Ohren stieß, mussten sie selbst aktiv werden. Relativ rasch gelang es der Cottbuser Kammer, eine Mehrheit der örtlichen Textilfabrikanten vom Nutzen des Projekts zu überzeugen. Durch die lebhaft gezeichneten sogenannten Verpflichtungsscheine für Jahresbeiträge sicherten sie die finanzielle Basis des Schulprojekts, das auch von den städtischen Behörden unterstützt wurde. Am 1. Oktober 1883 wurde die Webschule in Cottbus feierlich eröffnet. Es war eine der ersten höheren Fachschulen für Textilindustrie in Preußen, in ihrer Kapazität und im Umfang ihres Unterrichtsangebots vergleichbar mit den im selben Jahr eröffneten Textilschulen in Berlin, Aachen und Krefeld. Wie schon bei der Handelsschule stellte die Stadt Cottbus Unterrichtsräume und Einrichtungsgegenstände zur Verfügung. Von Beginn an waren auch auf der Webschule die Schülerzahlen über Erwarten hoch. Bereits im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie von 85 Schülern besucht, die in 18 Monate dauernden Abendkursen oder in Tageskursen von halbjährlicher Dauer unterrichtet wurden. Ausbildung als wesentlicher Teil der persönlichen und betrieblichen Entwicklung und Zukunftssicherung stand offenkundig hoch im Kurs. Nicht zuletzt ließ sich die niederlausitzer Textilindustrie die Sicherung ihres qualifizierten Facharbeiter-Nachwuchses etwas kosten. „Die Mittel zur Erhaltung der Anstalt werden, soweit dieselben nicht durch das Schulgeld gedeckt werden, durch freiwillige jährliche Beiträge der Mitglieder des hiesigen Fabrikanten-Vereins aufgebracht“, heißt es im Jahresbericht der Handelskammer für das Jahr 1885.

1898 wurde die Cottbuser Webschule, an der nun auch das preußische Kultusministerium Gefallen gefunden hatte, offiziell in eine „höhere Webschule für die Wollen- und Halbwoollenbranche“ umgewandelt. Im April des selben Jahres bezog sie ein eigenes Schulgebäude, das vom Staat und von der Stadt Cottbus finanziert wurde.

Um die Jahrhundertwende gab es an der Webschule acht Lehrkräfte (vier Lehrer, drei Werkmeister, eine Stopfmeisterin) sowie Hilfspersonal. Seit der Neuorganisation 1898 wurde der Unterricht in vier Abteilungen erteilt, die

1. einen Webereikurs,
2. einen Färbereikurs,
3. einen Appreturkurs und
4. eine Stopfschule

umfassten. Letztere bildete junge Mädchen zu professionellen Stopferinnen aus. Von 1883 bis 1901 durchliefen insgesamt mehr als 920 Schüler/innen die Webschule, darunter 41 Ausländer. Zur Veranschaulichung der sehr praxisbezogenen Lehrinhalte sei beispielhaft der Unterrichtsstoff des Webereikurses genannt: „Bindungslehre und Patronieren, Musterausnehmen, Materiallehre, Maschinenlehre,

praktische Übungen, Zeichnen, Fachrechnen, Fabrikbuchführung, Färbereikunde und Gesetzeskunde.“ Darüber hinaus umfasste der Lehrplan im kaufmännischen Bereich Buchhaltung, Korrespondenz, Handels-, Wechsel- und Warenkunde.⁹³

In Spremberg übrigens, das ab 1888 zum Bezirk der Handelskammer für die Niederlausitz gehörte, bestand bereits seit 1869 eine von ortsansässigen Tuchfabrikanten gegründete Webschule. Sie war damit die älteste Webschule in der Niederlausitz. 1880 wurde für diese Schule ein eigenes Gebäude errichtet und in den folgenden Jahren unter anderem durch die Einrichtung einer Lehrfärberei und eines chemischen Laboratoriums stark erweitert. 1885 erhielt sie den Status einer staatlichen Lehrstätte, verbunden mit finanzieller Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. 1890 wurde auch in Forst eine Webschule eingerichtet.

Hinter dieser Entwicklung der beruflichen Bildung wollte die expandierende Bergbauindustrie in der Niederlausitz nicht zurückstehen. 1891 wurde in Senftenberg eine so genannte Bergvorschule errichtet. Ihre Aufgabe war es, „Schüler für die Hauptbergschule in Eisleben vorzubereiten, gleichzeitig aber auch brauchbare Beamte für kleinere Werke, insbesondere Braunkohlengruben und Brikettfabriken, heranzubilden“.⁹⁴

Zudem bestand in Cottbus auch eine gewerbliche Zeichenschule, die sich Ende des 19. Jahrhunderts eines regen Zuspruchs erfreute.

Streitschlichtung und Qualitätskontrolle

Wo man Geschäfte macht, da wird auch gestritten – über Qualität, Preise, Termine. Das ist nun einmal so und gehört zu den Wesenselementen des freien Marktgeschehens. Fragt sich nur, mit welchen Mitteln dieser Streit ausgetragen wird, und wie lange. Bis zum bitteren Ende? Das könnte für beide Seiten teuer werden.

Da ist es von Nutzen, wenn es neutrale und kompetente Instanzen gibt, die in Streitfällen zu schlichten und zu entscheiden verstehen. Müssen es gleich die Gerichte sein? Das fragten sich um 1890 auch viele Geschäftsleute aus dem Bezirk der Handelskammer für die westliche Niederlausitz und regten die Einrichtung von Sachverständigenkommissionen zur Klärung von geschäftlichen Streitfällen an. Doch es dauerte seine Zeit, bis nach ausführlichen Erörterungen in den Ausschüssen der Handelskammer konkrete Maßnahmen folgten. Die örtlichen Getreidehändler machten den Anfang. Sie legten einen Regelentwurf vor, der nach eingehenden Beratungen von der Kammer und einer Interessentenversammlung gebilligt wurde. Im Mai 1901 wurden auf der Plenarsitzung der Kammer vier Getreidehändler und vier Müller als Sachverständige vereidigt. Ihre Zuständigkeit war zunächst auf Streitigkeiten um Getreide, Hülsenfrüchte, Leinsamen und Ähnliches begrenzt. Die Aufgaben der Sachverständigen werden in § 1 der entsprechenden Bestimmungen erläutert. „Um Processen zwischen Geschäftsleuten vorzubeugen und um Differenzen im Waarengeschäfte auszugleichen, werden Sachverständige gewählt, die auf Antrag einer Partei unparteiliche Gutachten über Beschaffenheit, Menge, Verpackung, sowie etwaigen Minderwerth einer gelieferten Waare zu erstatten haben.“

Zum Verfahren ist ausgeführt: „Die beiden Sachverständigen haben sich innerhalb 24 Stunden nach ihrer Aufforderung [durch den Sekretär der Handelskammer, T.F.] nach vorheriger Benachrichtigung der Parteien an Ort und Stelle zu begeben. Dasselbst haben sie zunächst die Identität des streitigen Objectes festzustellen und ihre Gutachten abzugeben, dessen Tenor sie innerhalb weiterer 24 Stunden der Handelskammer schriftlich mitzutheilen haben.“ (§ 6)⁹⁵ Bei geringen Abweichungen von den Geschäftsvereinbarungen (bis zu einem festgestellten Grad an Minderwertigkeit von 2,5 Prozent) war der Käufer zur Abnahme der Ware (zu reduziertem Preis) verpflichtet. Zu den großen Vorteilen dieses Schiedsverfahrens gehörten schnelle Entscheidungen. An Gebühren wurden drei Mark für jeden Waggon oder alle angefangene 200 Zentner fällig. Auch die Fahrtkosten der Sachverständigen musste die unterlegene Partei ersetzen. Es war ein so einfaches wie effektives Verfahren, wenn man dem damaligen Sekretär der Handelskammer glauben darf: „Vielfach hat schon der Hinweis auf das Bestehen der Kommission genügt, um entstandene Differenzen auch ohne Anrufen derselben auf dem Wege der Vereinbarung beizulegen“.⁹⁶

Ein Dauerthema des Geschäftslebens war und ist die Kontrolle und Sicherung der Warenqualität. Auch die Handelskammer war auf diesem Feld gefordert, sowohl von Seiten der Betriebe als auch durch staatliche Behörden, die beide ein hohes Interesse an dieser Frage hatten. Bei der Suche nach praktikablen Lösungen gab es allerdings Probleme und Verzögerungen, wie etwa das Beispiel der Wollindustrie zeigte.

1870/71 bereitete den deutschen Kammgarnspinnereien die bevorstehende Öffnung des französischen Marktes Sorgen, da es dort im Gegensatz zu Deutschland gesetzliche Bestimmungen über den zulässigen Feuchtigkeitsgehalt von Wolle, Kammgarnen und Ähnlichem gab, ein wichtiges Qualitätskriterium. Diese Art der „Qualitätssicherung“ verschaffte der französischen Wollindustrie einen Wettbewerbsvorteil. Den preußischen Handelsminister veranlasste das zu einer Anfrage bei der Handelskammer für die Niederlausitz, „ob es empfehlenswerth sei, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, durch welche unter

öffentlicher Autorität errichtete Konditioniranstalten berechtigt wären, ... den Feuchtigkeitsgehalt von Seide, Wolle und wollenen Garnen ... zu ermitteln und festzustellen.“ Die Handelskammer sprach sich klar für eine derartige Einrichtung aus, um die „vorhandene Unreellität im Handel mit Wolle“ zu bekämpfen. ⁹⁷Sie beantragte darum die Einrichtung einer entsprechenden „Konditionier-“ [= Prüf] Anstalt in Cottbus. Strittig war jedoch die Finanzierung, so dass das Vorhaben erst einmal auf Eis gelegt wurde. Erst 1893 kam wieder Bewegung in die Sache, als das Handelsministerium von der Handelskammer ein Gutachten über Sinn oder Unsinn einer gesetzlichen Höchstgrenze für den Feuchtigkeitsgehalt von Wolle und anderen Produkten anforderte. Wiederum befürwortete die Kammer eine entsprechende Regelung. Zudem sprach sie sich dafür aus, den Prüfauftrag jener „Konditionieranstalten“ auf die Haltbarkeit der Garne zu erweitern. Schließlich richtete 1896 ein geprüfter Chemiker in Cottbus ein entsprechendes Labor ein, für das die Handelskammer die rechtlichen Bestimmungen (Statuten) formulierte. Allerdings blieb die Nachfrage der heimischen Betriebe nach dieser Prüfdienstleistung hinter den Erwartungen zurück, so dass das Labor 1901 wegen zu geringen Gebührenaufkommens wieder geschlossen wurde. Die Prüfapparaturen wurden von der Stadt Cottbus für die örtliche Webschule angekauft. ⁹⁸

Zollkonflikte

Immer wieder bestand (und besteht) eine gewisse Versuchung, die eigenen Geschäfte durch Zollschranken vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen. Gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war dies ein heiß umkämpftes Thema. Was lag zum Beispiel für die Niederlausitzer Tuchfabrikanten näher, als den Wunsch nach höheren Einfuhrzöllen bei „ihrer“ Handelskammer vorzubringen, mit der Erwartung natürlich, dass diese sich entsprechend engagieren werde. So einfach lagen die Dinge aber nicht. Vielmehr geriet die Handelskammer hier in einen Zielkonflikt zwischen Interessenvertretung für einen Teil ihrer Mitglieder und ökonomischer Vernunft – ein nicht ganz seltener Fall in ihrer Entwicklung, der auch mit jenem mehrfach erwähnten Doppelcharakter der Handelskammer zu tun hatte.

Worum ging es konkret? Um 1875 beklagte sich die Lausitzer Tuchindustrie, dass englische Importware ihr zunehmend zu schaffen mache. Sie verband dies mit der Forderung, den bestehenden Einfuhrzoll von zehn Talern pro Zentner zu erhöhen. Interessant ist nun die Reaktion der Handelskammer. In einer Stellungnahme äußerte sie zwar Verständnis für dieses Ansinnen der Tuchindustrie, lehnte es aber ab – mit einer Begründung von nahezu zeitloser Gültigkeit: „Nach dem bestehenden Handelsvertrage wird deutsche Waare in England zollfrei eingeführt, englische Waare aber in Deutschland mit einem Eingangszoll von 10 Rthlr. pro Centner belastet. Es ist dies eine genügende Berücksichtigung der deutschen Tuchindustrie ... [Ihr] weitere Concessionen zu machen, könnte die Gefahr herbeiführen, den Trieb zu immer besseren Leistungen einzuschläfern; die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie aber darf nicht zurückgehen; es ist nothwendig, daß sie sich steigert.“⁹⁹

Diese Haltung bedeutete aber keineswegs, dass die Kammer sich aus jeder Diskussion um Zolltarife heraushielt. Bereits erwähnt wurde ihr erfolgreicher Kampf um die Abschaffung der Elbzölle (1861) und anderer Abgaben im Schiffsverkehr.

Auch die Benachteiligung deutscher Tuche durch französische Einfuhrzölle gab ihr Anlass zu Protesten. 1870 forderte sie zollfreien Export nach Frankreich – zumindest die Angleichung der deutschen und französischen Zollschranken – um einen realen Wettbewerb mittels Qualität und Preisen zu gewährleisten, allerdings vergeblich. Auch eine Senkung der italienischen Einfuhrzölle auf Tuch hielt die Kammer im Interesse der Lausitzer Wirtschaft für geboten.



Neobarockes Verwaltungsgebäude einer Cottbuser Tuchfabrik

Nicht selten kam es auch vor, dass bei Zoll-Fragen die Lausitzer Tuchindustrie mit anderen Wirtschaftszweigen in Deutschland in Konflikt geriet. So lagen beispielsweise die Interessen der Tuchhersteller und die der deutschen Landwirtschaft zeitweise weit auseinander. Während die Landwirtschaft mit ihrem mächtigen Interessenverband in den 1880er Jahren zum Schutz der eigenen Erzeugnisse für höhere Einfuhrzölle auf Wolle eintrat, lehnte die Lausitzer Textilindustrie das strikt ab, weil sich

dadurch ihr wichtigster Rohstoff erheblich verteuern würde. Allerdings konnte sich die „Schutzzoll-Fraktion“ durch gezielte Lobby-Arbeit zeitweise durchsetzen. Die heimische Textilindustrie reagierte empört auf so viel Interessen-Egoismus eines einzelnen Wirtschaftszweigs. „Wir können ... nicht unterlassen, ... dem Bedauern Ausdruck zu geben, welches wir über die Feindschaft empfinden, die sich von gewissen Seiten gegen den nicht nur gewerblich productiven Mittelstand in immer steigendem Maße zeigt; zum Nachteil für Handel, Industrie und Gewerbe“, heißt es dazu im Jahresbericht der Handelskammer Cottbus 1882.

Doch die nach 1871 abgeschlossenen Handelsverträge fielen nur selten zur Zufriedenheit der Cottbuser Kammer und ihrer Mitglieder aus, obwohl die Regierung ihr ausführlich Gelegenheit gab, ihre Anliegen in Zollfragen vorzubringen.

Kaiserreich und Erster Weltkrieg

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs wechselte in der Handelskammer für die Niederlausitz die Führungsspitze. Auf der Vollversammlung im Januar 1914 wurde Präsident Ludwig Heimberger nach elfjähriger Amtszeit feierlich verabschiedet. Zu seinem Nachfolger wurde der Cottbuser Tuchfabrikant Ludwig Ephraim gewählt. Er sollte diese Position bis 1927 innehaben.

Ephraims Amtszeit umfasste also die Jahre des Epochenumsbruchs nach 1914: vom Ersten Weltkrieg über den Beginn der Weimarer Republik mit Inflation und Massenarbeitslosigkeit bis zur politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung Deutschlands ab 1924. Die tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen jener Jahre stellten die Lausitzer Unternehmen wie auch ihre Interessenvertretungen vor große Herausforderungen. Ludwig Ephraim, 1864 als Sohn jüdischer Eltern in Görlitz geboren, war seit 1904 Alleininhaber der Tuchfabrik M.&O. Sommerfeld in Cottbus, die er zu einem florierenden Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten Anfang der zwanziger Jahre ausbaute. Ephraim, der sich 1904 hatte taufen lassen, wirkte in Cottbus auch vielfach als Mäzen – u.a. für das Cottbuser Stadttheater – und war u.a. Mitbegründer und zeitweiliger Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Niederlausitzer Tuchindustrie. 1920 bis 1923 war er Vorstandsmitglied im Reichsverband der Deutschen Industrie, dem Spitzenverband der deutschen Unternehmerverbände in der Weimarer Republik. Als Stadtverordneter engagierte sich Ephraim neben seiner Tätigkeiten als Unternehmer und IHK-Präsident auch direkt für die Belange der Stadt Cottbus. Nach Ephraims Tod im Jahre 1928 übernahm sein Sohn Otto die Leitung des Familienunternehmens. (Weigelt/ Simon, Zwischen Bleiben und Gehen, S. 10)



*Ludwig Ephraim,
Kammerpräsident in Cottbus
von 1914 bis 1927*

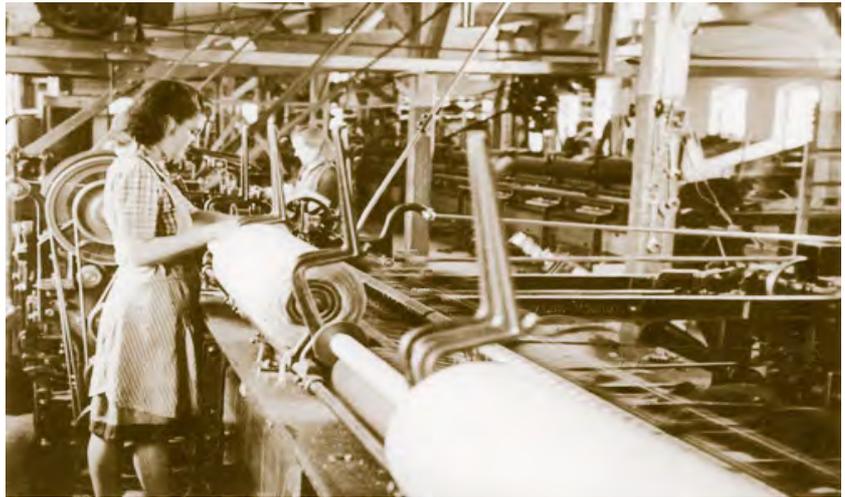
Die Jahrbücher jener Jahre unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs vermitteln einen Eindruck von den vielfältigen Aktivitäten der Handelskammer. So fanden im Jahr 1913 47 Sitzungen statt, davon fünf Plenarsitzungen. Es gab sechs Fachausschüsse, und zwar für

- Textilindustrie,
- Braunkohlenindustrie,
- Glasindustrie,
- Gastgewerbe,
- Kleinhandel und den
- Ausverkaufsausschuss.

Letzterer befasste sich mit der auch damals oft strittigen Ausverkaufspraxis. Zugenommen hatten auch die Aktivitäten der Sachverständigen zur Regelung von Streitfällen. Im Juni 1913 wurden vor der Vollversammlung Sachverständige

- für Stroh, Heu und Häcksel,
- für „chemisch-technische Untersuchungen von Nahrungs- und Genußmitteln“ und
- für das gesamte Baugewerbe neu vereidigt.

Dies alles – und alle anderen Aktivitäten und Verpflichtungen – musste mit einem Jahresetat von 21.500 Mark bewältigt werden (1913/14). Haupteinnahmequelle der Handelskammer waren die Zahlungen der Mitgliedsfirmen, von denen Beiträge in Höhe von neun Prozent der Gewerbesteuer erhoben wurden. Für das Geschäftsjahr 1914/15 wurde der Etat auf 25.478,50 Mark angehoben.¹⁰⁰ (Zum Vergleich: Der Jahreslohn eines Arbeiters im Braunkohlenbergbau betrug damals rund 1.200 Mark.)¹⁰¹

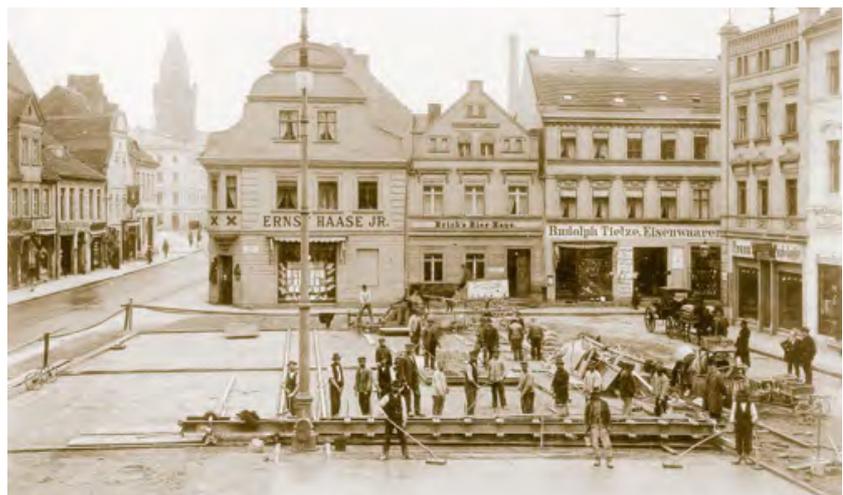


Frauen in der Fabrik: In der Niederlausitzer Textilindustrie seit jeher ein typischer Anblick

Weiterhin standen unter anderem Fragen der Infrastruktur im Zentrum des Interesses der Wirtschaft und darum auch der Kammeraktivitäten. Wiederholt war 1912/13 bei der Kammer darüber geklagt worden, dass man auf die Herstellung von Fernsprechverbindungen mit Hamburg oft stundenlang warten müsse. Um diesem Übelstand abzuhelpfen, wurde an den Staatssekretär des Reichspostamtes die Bitte gerichtet, „darauf hinzuwirken, daß eine Vermehrung der Drähte von Cottbus nach Hamburg eintrete“. Dies lehnte das Reichspostamt zwar ab, versprach aber, auf anderem Wege für eine Verbesserung der Telefonverbindungen zu sorgen.¹⁰²

Das Arbeits- und Betriebsklima in ihrem Bezirk konnte der Handelskammer nie gleichgültig sein, war sie doch kein reiner Interessenverband, sondern immer auch eine Vermittlungsinstanz – wenn auch zwischen Wirtschaft und Behörden, und nicht zwischen Unternehmern und Arbeitern. Und an eben jenes Betriebsklima mochte man gedacht haben, als man von Seiten der Handelskammer 1912 die ersten Urkunden an „verdiente Arbeiter und Angestellte“ verlieh. Ausgezeichnet wurde rund ein Dutzend Arbeiter aus dem Bezirk, die mindestens 25 Jahre bei demselben Arbeitgeber zu dessen Zufriedenheit beschäftigt waren. Treue zum Betrieb – und andererseits Treue zum Beschäftigten – in einer sich bei aller Dynamik noch schrittweise und nicht sprunghaft entwickelnden Wirtschaft war das noch eine Tugend und somit wert, auch von der Handelskammer mit einer Urkunde gewürdigt zu werden.¹⁰³

Die Stadt Cottbus erlebte um die Jahrhundertwende eine Aufwärtsentwicklung, die insbesondere im Ausbau der Infrastruktur sichtbar wurde. Die Einwohnerzahl war im Jahr 1900 auf 45.000 gestiegen. Gaslaternen beleuchteten die Straßen und Plätze der Stadt. Die Inbetriebnahme des Elektrizitätswerkes im April 1903 war ein entscheidender Schritt zur flächendeckenden Versorgung von Fabriken und Privathaushalten mit



Bauarbeiten am Cottbuser Altmarkt, 1903

Strom. Gleichzeitig wurde das Be- und Entwässerungssystem durch umfassende Baumaßnahmen verbessert.

Mitte 1903 fuhr in Cottbus die erste Straßenbahn zwischen Bahnhof und Oberkirche. Sie wurde wenig später bis zur Sandower Brücke weitergeführt. Bereits im Oktober 1903 wurden zwei weitere Linien – Ströbitz bis zur heutigen Unterführung Dresdener Straße und Moltkestraße (Lausitzer Straße) bis Nordfriedhof – in Betrieb genommen, so dass Ende 1903 das Streckennetz 8,3 km umfasste. Es wurde bis 1908 auf eine Länge von 13,8 km erweitert.

Gleichzeitig nahm das kulturelle Leben in Cottbus einen Aufschwung, zu dem private Stiftungen einen erheblichen Beitrag leisteten. Es wurden Parkanlagen gestaltet, so der Goethepark (1898/99), der Elispark (1902) und der Neustädter Platz, mit dessen gärtnerischer Umgestaltung 1904 der „Promenadenring“ geschlossen wurde. Zur Förderung der Volksbildung wurden mit privaten Geldern Lesehallen und Bildungsvereine eingerichtet.

Ein besonderes kulturelles Ereignis bedeutete die Eröffnung des neuen Theaters im Oktober 1908. Das Jugendstilgebäude wurde in zweijähriger Bauzeit nach Plänen des Berliner Architekten Bernhard Sehring errichtet. An dem rund 930 000 Mark teuren Bau waren übrigens fast ausschließlich ortsansässige Handwerker beteiligt. Das erste Kino in Cottbus eröffnete 1907; ihm folgte 1911 das Kino „Weltspiegel“, das sich mit Unterbrechungen bis heute hält.¹⁰⁴



Der Schillerplatz in Cottbus mit dem neuen Stadttheater (historische Postkarte)

Die Handelskammer Cottbus im Ersten Weltkrieg

Als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, ahnte kaum jemand, dass in den Schützengräben und Materialschlachten der kommenden vier Jahre eine Epoche untergehen würde. Bei der Nachricht von der Mobilmachung überwogen in Deutschland Kampfeswillen und Zustimmung, wenngleich jenes „Augusterlebnis“ tatsächlich meist weniger enthusiastisch ausfiel als im Nachhinein oft behauptet.

Für die deutsche und damit auch für die Lausitzer Wirtschaft hatte der Krieg einschneidende Konsequenzen, ebenso für die Handelskammer.

Unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft waren Handel und Gewerbe zunehmenden Einschränkungen und staatlicher Bevormundung unterworfen. Auf der anderen Seite brachte gestiegener Rüstungsbedarf einigen Branchen auch eine Sonderkonjunktur, die Umsatz und Gewinne steigen ließ; zum Beispiel in der Braunkohlenindustrie. Es wurden während des Krieges neue Tagebaue aufgeschlossen, so von der Ilse Bergbau AG, und die Fördermenge in der Niederlausitz von 21,6 Millionen t im Jahr 1915 auf 22,04 Millionen t in 1918 gesteigert. 1917 gab es einen Rückgang auf 20,9 Millionen t. Da ein Großteil der Facharbeiter an die Front musste, wurden ab 1915 in steigendem Maße Kriegsgefangene herangezogen: Russen, Franzosen, Engländer und Italiener. Die Zahl der Beschäftigten im Niederlausitzer Revier stieg von 14.000 (1914) auf rund 23.000 (1918).¹⁰⁵ Die größten Umsatz- und Gewinnsteigerungen deutschlandweit verzeichneten im Krieg die Schwer- und Chemische Industrie. Beide Branchen waren allerdings in der Niederlausitz kaum vertreten.

Bei der Tuchindustrie jedoch konnte die wachsende Nachfrage des Militärs nach Uniformstoffen die negativen Auswirkungen des Krieges nicht ausgleichen. Der Export ging auf ein Minimum zurück; die Einfuhr von Wolle und anderen Rohstoffen war erheblich erschwert und sank rapide, von 9.000 t (1915) über 6.800 t (1917) auf lediglich 5.800 t im Jahr 1918. Ab November 1914 wurde durch die alliierte Wirtschaftsblockade die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln unterbunden. In zunehmendem Maße mussten Ersatzrohstoffe wie Kunstwolle und Lumpen verarbeitet werden. Entsprechend ging die Tuchproduktion in der Niederlausitz während der Kriegsjahre deutlich zurück. Daran konnte auch nichts ändern, dass die Cottbuser Tuchindustrie wegen ihrer hohen Leistungsfähigkeit bevorzugt mit Aufträgen für das Militär bedacht wurde. Allein in Cottbus sank die Tuchproduktion von 230 000 Stück im Jahr 1913 auf 14.300 Stück im Jahr 1917. Besonders zu leiden hatte die aufstrebende Teppichherstellung in Cottbus, die nach Kriegsausbruch nahezu völlig eingestellt werden musste.¹⁰⁶

Die Produktion für das Militär und der Arbeitskräftemangel erforderten Rationalisierungsmaßnahmen, die auch zur Schließung von 168 der insgesamt 269 Tuchfabriken in der Niederlausitz führten.¹⁰⁷

Besonders hart getroffen wurde die Glasindustrie in Calau und Spremberg. Hier hatte die weitgehende Absperrung des Exports zusammen mit einer sinkenden Inlandsnachfrage zahlreiche Betriebsstilllegungen zur Folge.¹⁰⁸

Die Militärbürokratie bestimmte nach Kriegsausbruch in steigendem Maße das wirtschaftliche Geschehen in Deutschland. Die Festsetzung von Höchstpreisen und Rationierungen sollte Schleichhandel und Schwarzmarkt verhindern, vor allem bei Lebensmitteln. Ab Anfang 1915 wurden die meisten Lebensmittel nur noch auf Karten zugeteilt. Die „Brotkarte“ wurde im Februar 1915 eingeführt. Es folgten unter anderem die Rationierung von Butter (ab März 1916), Fleisch (Mai 1916) und Eiern (ab Oktober 1916). Mit zunehmender Dauer des Krieges wurde die Versorgungslage der Bevölkerung immer schlechter, bis sie im berüchtigten „Steckrüben-Winter“ 1916/17 zu einer regelrechten Hungersnot führte.

Bereits im August 1914 wurde in Berlin die Kriegsrohstoffabteilung gegründet, die in der Folgezeit unter Leitung von Walther Rathenau ein gemeinwirtschaftlich ausgerichtetes System der Kriegswirtschaft einführte. Von freiem Unternehmertum konnte unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft nicht mehr die Rede sein. Auch die Handelskammern mussten sich in ihrer Tätigkeit auf die neuen Bedingungen einstellen. Zunehmend fungierten sie als Verbindungsglied der Behörden zur Wirtschaft – ihr „Behördencharakter“ trat stärker hervor – während die Interessenvertretung ihrer Mitglieder mangels Spielraum an Bedeutung verlor.

Im Ersten Weltkrieg wurden auch einige Weichen zu organisatorischen Veränderungen der Handelskammer gestellt. So legte das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe 1917 einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des Kammerwesens vor. Dieser beinhaltete auch die Zusammenlegung mehrerer Kammern zu größeren Einheiten und deren Aufgliederung in Abteilungen. Der realen Mitgliederstruktur entsprechend, sollte der Name in „Industrie- und Handelskammer“ geändert werden. Zudem machte die Frauenemanzipation in einer traditionellen Männerdomäne wie der Wirtschaft Fortschritte.

Auf einen entsprechenden Passus im Gesetzentwurf reagierte der Deutsche Industrie- und Handelstag mit Schreiben vom 14.11.1917: „Den weiblichen Geschäftsinhabern das unmittelbare aktive Wahlrecht zu verleihen, ist umso mehr gerechtfertigt, als nach dem Kriege viele Geschäfte dauernd oder wenigstens vorübergehend von Witwen oder Töchtern gefallener Krieger geleitet werden. Da aber diese Fälle immer Ausnahmen sein werden, bleibt die richtige Vertretung aller beteiligten Interessen auch dann gewährleistet, wenn den Personen weiblichen Geschlechts das passive Wahlrecht nicht gewährt wird.“¹⁰⁹ Das hieß also, dass Frauen auch weiterhin nicht für eine Funktion innerhalb der Kammer gewählt werden sollten (passives Wahlrecht). Genau so sah es auch die Handelskammer in Cottbus – nur nichts überstürzen bei der Gleichberechtigung der Frauen.

Und darum sollte es noch eine geraume Weile dauern, bis Frauen in Entscheidungsgremien der Industrie- und Handelskammern einziehen konnten.

Die IHK in der Weimarer Republik

Der Erste Weltkrieg endete im November 1918 mit der Niederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns. Die Revolution vom 9. November 1918 beseitigte die Monarchie. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief in Berlin die Republik aus, und tags darauf ging der gestürzte Kaiser Wilhelm II. nach Holland ins Exil. Am 11. November unterzeichnete die deutsche Militärführung bei Paris den Waffenstillstand.

Politik und Wirtschaft standen in diesen Wochen und Monaten vor gewaltigen Aufgaben. Für die Gemäßigten – von den (Mehrheits-) Sozialdemokraten bis zu kooperationsbereiten Konservativen – galt es zunächst, die politische und ökonomische Lage zu stabilisieren und die Versorgung der Bevölkerung (darunter Hunderttausende demobilisierter Soldaten) zu sichern. Putschversuche der radikalen Linken wurden von der Reichswehr blutig niedergeschlagen.

Für die Arbeiter und Angestellten in Deutschland brachte die Revolution bedeutende soziale Verbesserungen, insbesondere den Achtstundentag.

Im Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern trat sodann mit der Gründung der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ am 15. November 1918 eine grundlegende Änderung ein. An die Stelle mehr oder minder „klassenkämpferischer“ Konfrontation sollte Kooperation treten. Innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft wollten Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften die Probleme der Demobilisierung des Heeres und der Umstellung auf eine Friedenswirtschaft gemeinsam angehen. Grundlage war der Verzicht der Gewerkschaften auf sozialistische Umwälzungen, auf der anderen Seite umfassende Zugeständnisse der Arbeitgeber, insbesondere der Achtstundentag und die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Tarifpartner für den Abschluss kollektiver Arbeitsverträge.

Für die Handelskammern stellte sich durch die politischen Umwälzungen von 1918 erneut die Frage nach ihrem Selbstverständnis. So schien etwa die traditionelle Bindung an die Staatsbehörden vor dem Hintergrund einer allgemeinen Demokratisierung nicht mehr zeitgemäß. Tatsächlich nahm auch in der Niederlausitz nach 1918 die Zahl der freien Unternehmerverbände stark zu. Es entstanden zum Beispiel die „Arbeitsgemeinschaft des Niederlausitzer Einzelhandels“, ein Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und ein Lausitzer Bezirksverband der Metallindustriellen.

Doch die Handelskammern waren keineswegs überholt. Allerdings forderten die neuen Verhältnisse auch von ihnen inhaltliche und strukturelle Veränderungen. So setzte Kammerpräsident Ludwig Ephraim auf verstärkte Zusammenarbeit mit den freien Verbänden, die beispielsweise in Bürogemeinschaften und der Übernahme der Geschäftsführung freier Verbände durch Kammermitarbeiter konkreten Ausdruck fand. Auch die Schaffung von Außenstellen der Handelskammer sollte der engeren Kooperation zwischen Unternehmen, freien Verbänden und der Kammer dienen. Anfang der 20er Jahre bestanden Nebenstellen in Finsterwalde und Spremberg.¹¹⁰ Der – im allgemeinen Trend liegenden – Demokratisierung der Kammer trug der Wegfall jener seit Jahrzehnten geltenden Steuergrenze von 32 Mark zur Erlangung der Wahlberechtigung Rechnung.¹¹¹

Die wirtschaftspolitischen Veränderungen im Gefolge der Revolution wurden von der Kammer im Grundsatz akzeptiert (stärkere Kooperation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern; soziale Verbesserungen), wenn ihr auch der Reformeifer der Regierung in einigen Punkten zu weit ging. So schrieb sie Mitte 1919 an die Nationalversammlung (Parlament), Ausschuss für soziale Angelegenheiten: „Industrie und Handel unseres Bezirkes haben sich dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft ... angeschlossen. Auch seine Weiterbildung durch die Errichtung der Angestellten- und Arbeiterausschüsse in den einzelnen

Betrieben hat wohl manche Bedenken hervorgerufen, wurde aber als mit den Interessen der Betriebsleitung noch vereinbar erkannt und deshalb in Anerkennung politischer Notwendigkeiten nirgends ernstlich bekämpft. Die Regierung hat aber in dem Bestreben, möglichst auch radikale Kreise ... zufrieden zu stellen, dem Entwurf Bestimmungen eingefügt, die völlig unvereinbar sind mit der Notwendigkeit einer geordneten Wirtschaftsführung. ... in erster Linie die Bestimmungen, wonach ein oder zwei Vertreter des Betriebsrates in den Aufsichtsrat der Gesellschaften aufgenommen werden sollen, und die Bestimmung, daß [in Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten, T.F.] dem Betriebsrat Einblick in die Bilanz gewährt werden soll.“¹¹²

„Gegen die Verkürzung der gewerblichen Arbeitszeit ist vom rein menschlichen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Aber die Verkürzung der Arbeitszeit wurde nicht international erreicht...“, heißt es im Jahresbericht 1919. Auch kritisierte die Kammer die von Sozialdemokraten und Gewerkschaften durchgesetzte Sozialisation des Bergbaus: Diese habe zwar „eine Form gefunden, die den Unternehmungen in ihrer inneren Wirtschaftsführung wenigstens einigermaßen freie Hand läßt, auf der anderen Seite aber einen gewaltigen und komplizierten Verwaltungsapparat geschaffen...“¹¹³

Auch zu anderen brennenden Fragen der Politik bezog die Handelskammer Cottbus nach dem Ersten Weltkrieg entschiedene Stellung. Beherrschendes Thema jener Monate waren der Versailler Vertrag, der dem Deutschen Reich sehr harte Friedensbedingungen, insbesondere gewaltige Reparationszahlungen, auferlegte. Die Handelskammer schloss sich der allgemeinen Entrüstung in Deutschland über die Friedensbedingungen an. „Die Handelskammer hat mit Empörung von den Friedensbedingungen Kenntnis genommen, welche unsere Feinde mit der offenbaren Absicht, für alle Zeiten den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu unterbinden, uns auferlegen wollen. ... Wir müssen darauf hinweisen, daß ... die Annahme der Friedensbedingungen der Entente den Staatsbankrott und den völligen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zur Folge haben muß.“ So eine Entschließung der außerordentlichen Vollversammlung vom 16.5.1919.¹¹⁴



Im Zeichen der wirtschaftlichen Stabilisierung: Das Cottbuser Molkerei-Unternehmen Gebr. Kunert Mitte der 20er Jahre

Noch drastischer drückte sich die Kammer im Februar 1921 in einem Schreiben an Reichspräsident Friedrich Ebert aus: „Die Handelskammer für die westliche Lausitz erhebt einstimmig entschiedenen Einspruch gegen die in Paris gefassten Beschlüsse über die Schadenersatzpflicht Deutschlands. ... Es ist eine wirtschaftliche Ungeheuerlichkeit, von einem so behandelten Deutschland (Gebietsverluste, Verlust der Kolonien, Ausfuhrbesteuerung (12 Prozent), Verlust der Handelsflotte etc.) überhaupt noch Zahlungen zu verlangen. ... Die deutsche Wirtschaft kann das Damoklesschwert der Zwangseingriffe als Folge der Nichterfüllung ins Masslose übertriebener Auflagen auf die Dauer nicht ertragen.“¹¹⁵

Die Formulierungen sind zwar überspitzt, aber die zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen entbehren nicht jeder Grundlage. Sicherlich trug das Deutsche Reich einen Großteil der Verantwortung für den Kriegsausbruch und hatte auch Eroberungspläne verfolgt. Von einer Alleinschuld Deutschlands am Krieg zu sprechen, wie es der Versailler Friedensvertrag tat und damit unter anderem die horrenden Reparationen rechtfertigte, wird den historischen Tatsachen jedoch nicht ganz gerecht.

Reparationsforderungen von zunächst mehr als 250 Milliarden Goldmark waren in der Tat überzogen. Auch die Entente-Mächte sahen das bald ein und stimmten nach einigen Jahren einer Minderung der Zahlungslast zu (Young-Plan, 1930; Hoover-Moratorium, 1931). Die Konferenz von Lausanne brachte 1932 das faktische Ende der Reparationszahlungen. Insgesamt zahlte Deutschland bis 1932 rund 53 Milliarden Goldmark an Reparationen.

Festzuhalten bleibt auch, dass die Handelskammer mit gesteigertem Selbstbewusstsein sich auch in allgemein politischen Fragen zu Wort meldete und dabei sogar den direkten Weg zum Reichspräsidenten nicht scheute. Das demokratisch-pluralistische System der Weimarer Republik bot aber auch deutlich günstigere Rahmenbedingungen für eine derartige „Lobby-Arbeit“, als es zuvor der Fall gewesen war.

Es gab aber auch zahlreiche kleinere Themen, bei denen die Kammer mit den bewährten Mitteln der Eingaben und Stellungnahmen aktiv wurde. So wandte sie sich im März 1919 an den Reichsfinanzminister Eugen Schiffer, um gegen eine geplante „Kriegsabgabe“ vom Vermögenszuwachs „schwerwiegende grundsätzliche Bedenken geltend zu machen“. Die Kammer hatte zwar Verständnis für die Absicht der Regierung, „Kriegsgewinne“ stärker zu besteuern – „zur Reinigung der politischen Atmosphäre“, wie sie ausdrücklich betonte – warnte aber vor dem Entzug von Betriebskapital, was vor allem die heimische Tuchindustrie existenziell bedrohen würde, weil dadurch unbedingt notwendige Investitionen verhindert würden.¹¹⁶

Für die Interessen der mittelständischen Tabakindustrie setzte sich die Kammer in einem Schreiben vom 4.7.1919 an den Steuerausschuss der Nationalversammlung ein. Sie wollte damit verhindern, dass mit der Einführung einer Steuerbanderole die Verbreitung von „Marken“ auf dem Zigarettenmarkt weiter begünstigt würde, was früher oder später „zu einer Verdrängung der ... wirtschaftlich durchaus leistungsfähigen mittleren und kleineren Betriebe ... führen muss.“ In der Tat bahnte sich Anfang der 20er Jahre auch in Deutschland mit dem Vordringen von Markenprodukten bei Verbrauchsgütern ein tiefgreifender Strukturwandel an, der den großen Herstellern von Markenprodukten eine zunehmend marktbeherrschende Position verschaffte und die mittelständischen Anbieter qualitativ gleichwertiger Produkte in Bedrängnis brachte.

Übrigens erhob die Kammer gegen die Steuererhöhung selbst keine Einwände – „in Anbetracht der großen Finanznot des Staates“. Der Steueranteil wurde zum Beispiel bei einer 10-Pf.-Zigarette auf 41 Prozent, bei einer 30-Pf.-Zigarette auf 46 Prozent angehoben. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts konnten ihr die Finanznöte des Staates nicht gleichgültig sein – aber auch nicht die Interessen ihrer

Mitglieder. Im Fall des Tabakgewerbes bestanden diese zu Anfang der 20er Jahre im Schutz mittelständischer Betriebe vor der Übermacht vordrängender Konzerne. Im konkreten Fall hatte die Kammerintervention keinen Erfolg; die Steuerbanderole wurde eingeführt.¹¹⁷

Auch die im August 1919 dem Finanzminister übersandte Stellungnahme zum Entwurf der Reichsfinanzreform beginnt mit der grundsätzlichen Billigung von Steuererhöhungen „zur Gesundung des Wirtschaftslebens“. Um so heftiger war aber der Einspruch gegen die unterschiedliche Behandlung von „Betriebskapital und Einzelbesitz“, also gegen die stärkere Belastung von Personengesellschaften. Wiederum war es der Kammer vor allem um die Interessen der mittelständischen Wirtschaft zu tun, wobei sie auch vor Polemik nicht zurückschreckte. „Es gewinnt fast den Anschein, als ob es der Nebenzweck der Steuergesetzgebung sein soll, im Sinne radikaler Bestrebungen die Gesellschaftsform [AG u.a.] zu begünstigen, um die privaten Unternehmungen möglichst bald verschwinden zu lassen ...“¹¹⁸

Diese Kontroverse ist ein Beispiel für die Rivalität zwischen Klein- und Mittelgewerbe einerseits und Großindustrie andererseits, deren Interessen häufig genug auseinander liefen. Erkennbar wird – nicht nur aus den angeführten Beispielen Tabakbesteuerung und Steuerreform –, dass sich die Handelskammer im Zweifelsfall zumeist auf die Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen stellte. Die Großindustrie verfügte selbst über schlagkräftige Instrumente der Interessenvertretung, man denke nur an die von der Großindustrie dominierten Industrie- und Arbeitgeberverbände. Insofern hatten die Industrie- und Handelskammern nicht nur zwischen Staat und regionaler Wirtschaft, sondern immer wieder auch zwischen Großbetrieben und Mittelstand auszugleichen und vor allem die Interessen des Mittelstands zu vertreten.

Selbstredend wurde die Handelskammer auch für die Textilindustrie aktiv, nach wie vor die tragende Säule der Lausitzer Wirtschaft. Vom Januar und Mai 1920 datieren Eingaben an den Reichswirtschaftsrat und an das Wirtschaftsministerium, in denen gegen staatliche Exportbeschränkungen für Textilien und Ausfuhrabgaben Klage geführt wurde. Durch diese Maßnahmen versuchte die Reichsregierung unter anderem, allzu billig kalkulierte Exporte zu verhindern. Namens der Lausitzer Tuchfabrikanten forderte die Kammer die Aufhebung der Beschränkungen, da andernfalls der dauerhafte Verlust ausländischer Absatzmärkte drohe. Es zeige sich bereits, dass die Geschäftswelt im Ausland „bei einem derartig unsicheren Geschäft auf die deutschen Verbindungen keinen Wert mehr legt“.¹¹⁹ Diesen Sorgen wollte man sich in Berlin nicht verschließen. Eine sofortige Aufhebung der Beschränkungen lehnte das Wirtschaftsministerium zwar ab, stellte aber eine baldige Senkung der Ausfuhrabgaben in Aussicht.¹²⁰

Zu den Folgelasten des Ersten Weltkriegs gehörte in Deutschland eine hohe Arbeitslosigkeit. Ein besonderes Problem stellte die Eingliederung von demobilisierten Soldaten und Offizieren in den Arbeitsprozess dar, zumal der Versailler Vertrag dem Deutschen Reich nur eine Armee von 100.000 Mann erlaubte. Um hier Unterstützung zu geben, richtete die Handelskammer im Frühjahr eine spezielle „Nachrichtenstelle für die Unterbringung von Offizieren und höheren Beamten“ ein. Sie sollte diesen durch militärische Niederlage und Sturz der Monarchie häufig aus der Bahn Geworfenen erste Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten vermitteln.

Wie erwähnt, gab die Handelskammer nach Ausrufung der Republik bestimmten wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen – so der Einführung des Achtstundentages oder betrieblicher Mitbestimmungsrechte – durchaus ihre Zustimmung. Zu weit in Richtung Sozialisierung durften sie allerdings nicht gehen. Dann erhob die Kammer im Interesse von Unternehmerinitiative und Marktfreiheit deutlich ihre Stimme. So sprach sie sich im März 1921 energisch gegen Kommunalisierungspläne aus, nach denen in Deutschland zahlreiche Betriebe (insbesondere Versorgungs- und Wohnungsbauunternehmen) in städtische Regie übernommen werden sollten. Der Argumentation kann eine fortdauernde Aktualität nicht

abgesprochen werden. „Niemals wird in einem behördlich kontrollierten Betriebe das Interesse an sparsamster Betriebsführung und sorgfältigster Behandlung und Überwachung der Güter so stark sein wie bei privaten Unternehmungen. Nur die persönliche Initiative, Verantwortlichkeit und Erfahrung werden unter dem nie ruhenden Antrieb der freien Konkurrenz Leistungen hervorbringen, die dem Allgemeininteresse, insbesondere dem der Verbraucher im weitesten Umfange Rechnung tragen.“¹²¹ Anfang der 20er Jahre bewegte sich das Pendel jedoch in einigen Bereichen der Wirtschaft in eine andere Richtung.

Inflation und Stabilisierung

Die Inflation stürzte die deutsche Wirtschaft 1922/23 in einen Strudel der Geldentwertung, der für die Masse der Bevölkerung eine finanzielle Katastrophe bedeutete, da sich sämtliche Ersparnisse in nichts auflösten. Das Ausmaß der Geldentwertung – entscheidend verursacht durch die unverantwortliche Finanzierung des Krieges mittels Anleihen und Notenpresse – lässt sich auch an den damaligen Jahresetats der Handelskammer für die westliche Niederlausitz ablesen. Für 1919/20 stand der Kammer ein Etat von 41.500 Mark zur Verfügung. Er untergliederte sich wie folgt:

Gehälter, Bürobedarf	26.000 M
Lokalmiete, Heizung, Beleuchtung	2.500 M
Porto	1.400 M
Drucksachen	3.000 M
Insertionen [Anzeigen]	700 M
Zeitschriften und Bücher	1.500 M
Beiträge	3.000 M
Reisekosten	1.000 M
Fernsprecher	400 M
Zurückgezahlte Handelskammerbeiträge	1.500 M
Außerordentliche Ausgaben	500 M.

Zur Einnahmesicherung erhob die Kammer 1919/20 von ihren Mitgliedern einen Beitragssatz von zehn Prozent der Gewerbesteuer.¹²²

Für 1920/21 wies der Haushaltsplan bereits Ausgaben in Höhe von 111.400 Mark aus, davon 80.000 Mark für Gehälter und Büro. Der Mitgliederbeitrag wurde auf 20 Prozent der Gewerbesteuer verdoppelt. Der Etatentwurf für 1922/23 sah ursprünglich einen Umfang von 812.000 Mark vor, musste aber bereits im September in einer revidierten Fassung auf 2.272.000 Mark erhöht werden. Der Beitragssatz sollte nun 60 Prozent der Gewerbesteuer betragen.

Dann brachen alle Dämme. Im März 1923 wurde für das laufende Geschäftsjahr noch ein Etat von 64,1 Millionen Mark angesetzt. Doch derlei Entwürfe wurden in der einsetzenden Hyperinflation binnen Wochen und Tagen zu Makulatur. Die Dramatik dieser Wochen mag ein Telegramm der IHK Cottbus

an die Reichsbank in Berlin vom 8. August 1923 verdeutlichen. „Infolge neuer starker Lohnbewilligungen ist Geldbedarf morgen dreimal so hoch wie am 3. August anzunehmen. Erbitten dringend ausreichende Zuteilung.“¹²³

Die von der Regierung Gustav Stresemann verfügte Einführung der Rentenmark bereitete diesem Spuk im November 1923 ein Ende. Indes, der Schock über den völligen Verfall der Währung und den Verlust sämtlicher Ersparnisse saß tief.

Zusammenlegung der Handelskammern Sorau und Cottbus

1924 erfolgte eine neuerliche Erweiterung des Kammerbezirks, genau genommen handelte es sich um die Zusammenlegung zweier Kammern, der für die westliche Niederlausitz in Cottbus und ihrer 1871 gegründeten „Schwesterkammer“ für die östliche Niederlausitz mit Sitz in Sorau. Sitz der neu gebildeten „Industrie- und Handelskammer für die Niederlausitz“ – so der offizielle Name ab April 1924 – wurde Cottbus, wodurch ein gewisses Übergewicht der alten Cottbuser Kammer zum Ausdruck kam. Die Sorauer Kammer hatte sich denn auch jahrelang gegen den Verlust der Eigenständigkeit gewehrt. Auf erste Überlegungen in diese Richtung reagierte sie im Juli 1895 mit einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Frankfurt/Oder: „Die ergebenst unterzeichnete Handelskammer nimmt ... den Standpunkt ein, daß das historisch gewachsene zu erhalten (sei). ... Sorau ist und bleibt der Manigfaltigkeit seiner Industrie wegen unstreitig ... der geeignetste Sitz für eine Kammer. ... Die Leistungsfähigkeit unserer Sorauer Kammer hat sich ... in ihrer beinahe 25-jährigen Wirksamkeit ebenbürtig auch größeren Schwesterkammern an die Seite gestellt, so daß wir uns mit dem Gedanken einer Aufhebung unserer Kammer durchaus nicht vertraut machen können...“¹²⁴

Die Fusionspläne wurden vorerst auf Eis gelegt, jedoch 1918 – kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs – wieder hervorgeholt. Nun warnte auch der Magistrat von Sorau in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten vor den negativen Folgen für die Stadt. Die dortige Kammer habe „sich Dank der Rührigkeit ihrer Mitglieder allen ihr gestellten Aufgaben gewachsen gezeigt... [Zudem] würde die Fortnahme bzw. Verlegung der mit den hiesigen Verhältnissen eng verknüpften Handelskammer nicht nur für die Leinenindustrie, ... sondern ganz besonders für die Stadt Sorau einen Verlust bedeuten, der auf die gezielte Fortentwicklung des Gemeinwesens die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen zur Folge haben würde... An Euer Hochwohlgeboren erlauben wir uns daher die ganz ergebenste Bitte zu richten, mit allem Nachdruck für die Belassung der Handelskammer in der Stadt Sorau eintreten zu wollen.“¹²⁵

In dasselbe Horn stieß der Sorauer Kammervorsitzende Eugen Neubarth: „Einstimmig und unter nachdrücklichster Zustimmung der Vertreter sämtlicher Städte unseres Bezirkes sowie der von ihnen vertretenen Industrie- und Handelszweige gelangte eine Entschließung zur Annahme, die sich für die unbedingte Sicherung und den ungeschmälernten Weiterbestand der Kammer aussprach... Ausschlaggebend für die weitere Aufrechterhaltung und Selbständigkeit unserer Kammer sollte u. E. einmal die Tatsache sein, daß ihr Bezirk ein wirtschaftlich durchaus geschlossener und hinsichtlich wichtiger Industriegruppen, wie der Leinen- und Glasindustrie, von den benachbarten Bezirken verschiedener ist.“

Zu jenem Zeitpunkt hatte die Handelskammer für die östliche Niederlausitz Sorau 886 wahlberechtigte Mitgliedsfirmen. Ihr Jahresetat für 1918 betrug 31.036,95 Mark. Die Cottbuser Kammer hatte seinerzeit

884 Mitglieder. Ihre Beitragseinnahmen summierten sich im Geschäftsjahr 1916/17 auf 40.952,60 Mark.¹²⁶

Die Cottbuser beriefen sich in einem Schreiben an den Präsidenten der königlichen Regierung vom 24.8.1918 unter anderem auf die Unterstützung der Textilindustrie für den Plan einer Zusammenlegung. „Insbesondere wird aus den Kreisen der Niederlausitzer Textilindustrie die Ansicht vertreten, dass die Zusammenfügung in eine Kammer die Bedeutung dieses Industriezweiges zu besserer Geltung bringen würde.“

Es dauerte allerdings noch einige Jahre, bis vom Preußischen Handelsministerium 1924 die Zusammenlegung beider Kammern verfügt wurde. Ausschlaggebend war die Erwartung einer höheren Effektivität ihrer Tätigkeit, verbunden mit Kosteneinsparungen. Das ebenfalls 1924 in Kraft getretene neue Kammergesetz verfügte weitere strukturelle Veränderungen. So wurden die Wahlen auf Grund des neuen Statuts nach Branchen (fachliche Wahlgruppen) abgehalten, während bis dahin nach lokalen Gruppen gewählt wurde. Zudem vergrößerte sich der Einfluss der freien Wirtschaftsverbände auf die Aktivitäten der Industrie- und Handelskammer. Die erweiterte IHK für die Niederlausitz verfügte im Geschäftsjahr 1925/26 über einen Monatsetat von 12.950 Mark. Der Beitragssatz wurde von 16 auf 22 Prozent der Gewerbesteuer angehoben.¹²⁷



1924 bezog die Kammer ihr neues Domizil an der Sandower Brücke

Die bestehenden Nebenstellen in Finsterwalde und Spremberg sowie in Forst und Guben blieben erhalten.

Im Januar 1924 bezog die Handelskammer für die Niederlausitz ein neues Domizil, das großzügige Gebäude Sandower Straße 23, in dem die IHK Cottbus (nach mehrfachen Umbauten und Erweiterungen) noch heute residiert. Die feierliche Einweihung fand in recht bescheidenem Rahmen statt, verständlicherweise, da die Hyperinflation mit ihren finanziellen und wirtschaftlichen Verwerfungen noch allen in den Knochen steckte. Das Gebäude hatte die Handelskammer zuvor von der Stadt Cottbus erworben.

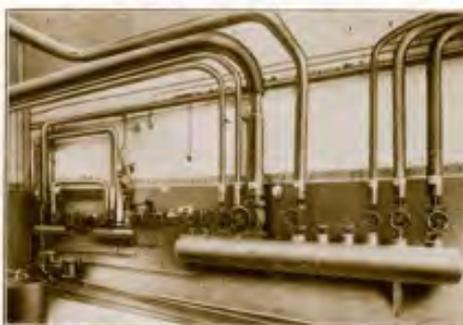
Mit dem villenartigen Bau an der Spree verfügte nun auch die IHK in Cottbus über einen repräsentativen Sitz, nachdem sie in ihren Anfangsjahren quasi als Untermieter des Magistrats, dann in den Privaträumen der Vorsitzenden, ab 1897 in angemieteten Räumen am Kaiser-Wilhelm-Platz mehr schlecht als recht untergebracht war. Die Vorderfront in klassizistischer Klarheit verrät den Einfluss des Baumeisters Karl Friedrich Schinkel. Errichtet wurde der Bau Anfang des 19. Jahrhunderts. Die IHK für die Niederlausitz, deren Bezirk durch die Zusammenlegung mit der Handelskammer in Sorau beträchtlich erweitert war, konnte fortan in großzügigen Räumlichkeiten agieren, dem Umfang ihrer Tätigkeit und deren Bedeutung für die Region durchaus angemessen. Bereits fünf Jahre nach Einzug der IHK erfolgte 1929 die erste Erweiterung des Gebäudes.

Der Bezug des neuen Kammergebäudes in der Sandower Straße fiel zusammen mit dem Beginn der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Deutschlands. Mit Überwindung der Inflation durch die Rentenmark und dem kläglichen Scheitern des Hitler-Putsches in München am 9. November 1923 war die lange Entstehungskrise der Weimarer Republik überwunden. Was folgte, waren jene „Goldenen Zwanziger“, die vor allem auf kulturellem Gebiet spektakuläre Leistungen und Neuerungen hervorbrachten. Die Massenmedien (Zeitung und Radio) erlangten immer größere Bedeutung und veränderten zusammen mit erweiterten Konsummöglichkeiten allmählich das Lebensgefühl der Menschen. Doch blieb die Periode des Aufschwungs – der auch die Niederlausitz erfasste, wenngleich nicht so intensiv wie Berlin und andere Ballungsräume – nicht von Dauer, da weder die politischen noch die ökonomischen Probleme und Spannungen wirklich gelöst waren. Dies sollte sich ab 1930 in aller Schärfe – und mit katastrophalen Folgen – zeigen.

Theodor Thiemann / Cottbus
Zentralheizungen jeder Art - Abwärmeverwertung
Kupferschmiede und Apparatebauanstalt
Hochdruckrohr-Leitungen
Sanitäre Anlagen

1852 **1927**

Die Firma Theodor Thiemann, Cottbus, wurde 1852 vom Großvater des jetzigen Inhabers als Kupferschmiederei gegründet und befasste sich hauptsächlich mit den einschlägigen Arbeiten für die Textil-Industrie. Nach dem 1881 erfolgten Tode des Gründers der Firma übernahm dessen Sohn Theodor das Geschäft und baute es dergestalt aus, daß nicht nur die in der Textil-industrie und in den Färbereien benötigten Apparate und Rohranlagen, sondern auch noch Hausinstallation und Heizungsanlagen aller Art in das Arbeitsgebiet der Firma aufgenommen wurden. Die Weiterentwicklung des Geschäftes wurde, wie in fast allen Betrieben, durch den Ausbruch des Krieges unterbrochen. Kurz nach Beendigung des Krieges verlor der jetzige Inhaber der Firma und ging die Leitung derselben in die Hände seines Sohnes, des Heizungstechnikers Max Thiemann, über. Durch wesentlichen Ausbau der Firma ist dieselbe heute in der Lage, jeden Anforderungen der Heizungs- und sanitären Technik sowie der modernen Wärmewirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Abwärmeverwertung gerecht zu werden, und hat es die Firma Theodor Thiemann verstanden, sich in verhältnismäßig kurzer Zeit weit über die engeren Grenzen der Heimatstadt bodenständig zu machen.



Anzeige einer Cottbuser Heizanlagen-Firma von 1927.

Noch bestand Hoffnung auf einen dauerhaften Aufschwung der Wirtschaft

Doch 1924 war der Aufschwung unübersehbar, etwa in der Tuchindustrie. Sie profitierte von der gestiegenen Massennachfrage, dem rascheren Wechsel der Moden und konnte ihren Umsatz stark vergrößern. Bis 1925 vermehrte sich die Zahl der Tuchfabriken in der Niederlausitz auf über 600. Davon allein

in Forst ca. 300, in Cottbus rund 40 und in Guben rund 10 (Stand 1920) diese allerdings mit hoher Beschäftigungszahl. Die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg auf rund 30.000. Die ökonomische Bedeutung der Tuchindustrie für die Niederlausitz zeigte sich auch darin, dass im regionalen Durchschnitt rund 25 Prozent der Einwohner (Beschäftigte und Familienangehörige) von ihr abhängig waren. In Forst waren es sogar 50 Prozent, in Spremberg rund 32 Prozent. Nicht zuletzt steigende Exporte – insbesondere in die USA, nach Skandinavien und Ostasien – verschafften den Tuchproduzenten hohe Zuwachsraten. Entsprechend deutlich ging auch die Erwerbslosenzahl in dieser besonders konjunkturabhängigen Branche zurück. Auch die Lausitzer Leinenindustrie mit dem Zentrum Sorau brachte es Mitte der 20er Jahre wieder auf 111 Betriebe mit rund 4.900 Beschäftigten.¹²⁸

Große Produktionssteigerungen erzielte ab 1923/24 auch die Braunkohlenindustrie. Die Zahl der Beschäftigten stieg Anfang der 20er Jahre auf rund 41.000, worin sich insbesondere die Einführung des Achtstundentages widerspiegelt. Umfassende Rationalisierungen - elektrisch angetriebene Bagger, Großbagger mit Raupenmechanik und Abraum-Förderbrücken - führten in den Jahren des Konjunkturaufschwungs aber auch zu einem starken Arbeitsplatzabbau, der zu einem gewissen Teil von den sich erholenden Industriezweigen (Textil, Baugewerbe) aufgefangen werden konnte. Wirtschaftliche Konzentrationsprozesse in dieser Branche hatten zur Folge, dass sich die Zahl der Bergbaubetriebe von 78 (1925) auf 39 (1933) verringerte.¹²⁹ Im Jahr 1928 förderten in der Niederlausitz 47 Betriebe 22,7 Millionen t Braunkohle bei einer Gesamtbelegschaft von 14.240 Personen.¹³⁰



Durch den Einsatz von Großmaschinen wurden in den 20er Jahren die Fördermengen gesteigert

Eine Arbeitsmarktstatistik weist für die Niederlausitz im Jahr 1925 insgesamt 399.900 Erwerbstätige aus; davon 152.000 in der Industrie, 39.400 in Handel und Verkehr und 129.000 in der Landwirtschaft.¹³¹ Eine nach Branchen aufgefächerte Erhebung erbrachte für 1925 folgende Zahlen:

Bergbau	19.100
Textilindustrie	42.900
Handel	18.600
Verkehr	15.600
Gastgewerbe	4.600 ¹³²

Die stark erweiterte Kammer entfaltete in den Zeiten des Konjunkturaufschwungs vielfältige Aktivitäten. An ihrer Spitze stand als Präsident weiterhin der Cottbuser Tuchfabrikant Ludwig Ephraim, der dieses Amt seit 1914 innehatte.

Einen neuen Schwerpunkt setzte die IHK ab Mitte der 20er Jahre im Ausbildungs- bzw. Prüfungswesen. So fanden im Frühjahr 1927 erstmals von der Kammer organisierte Prüfungen von Handlungshelfen statt. Insgesamt traten in zehn Orten im Kammerbezirk 262 Prüflinge beiderlei Geschlechts an, um nach Abschluss von Lehre und Berufsschule ihre Qualifikation für den Beruf des/der Handlungshelfen unter Beweis zu stellen. Über den Ablauf der von IHK-Vertretern geleiteten Prüfungen heißt es in einer Mitteilung: „Die Prüfung wurde... überwiegend in der Gestalt einer Unterhaltung zwischen Prüfendem und Prüfling durchgeführt, derart, daß sich ergeben mußte, ob der Prüfling sich den erforderlichen Überblick über ... wirtschaftsgeographische, wirtschaftskundliche, warenkundliche und handels-technische Zusammenhänge, über Einkauf, Kalkulation, Verkauf, Versand, Transport, über Handelsrecht usw. erworben habe. Hauptsache und ausschlaggebend war bei der Prüfung stets der praktische Teil.“ Die Prüfungsgebühr betrug übrigens zehn Mark.¹³³

Im Zeichen fortschreitender Emanzipation drängten während der Weimarer Republik auch in der Niederlausitz Frauen verstärkt auf den Arbeitsmarkt. 1927 waren von 262 Prüflingen 43 junge Frauen, 1928 waren von insgesamt 184 Kandidaten 38 weiblich. 1929 meldeten sich 131 junge Männer und 35 Frauen.¹³⁴

Auch einem lang gehegten Projekt im Bereich des Verkehrswesens, dem Elbe-Spree-Oder-Kanal, widmete die Kammer Mitte der 20er Jahre wieder verstärkt ihre Aufmerksamkeit. Dass die prosperierende Braunkohlen- und Brikettindustrie die Forderung nach einer neuen Wasserstraße mit Nachdruck unterstützte, schien deren Realisierungschancen beträchtlich zu steigern. Initiiert von der IHK der Niederlausitz wurde 1925 ein Vorentwurf erstellt, in dem für eine Kanalverbindung von Mühlberg über Elsterwerda, Senftenberg und vorbei an Cottbus zum Schwielochsee Baukosten von 117 Millionen Mark veranschlagt wurden. Neben einer Verbesserung der Transportsituation vor allem für Massengüter (Kohle, Baustoffe, Holz) sollte der Kanal, so die Argumentation der Befürworter, auch zur Wasserregulierung im Spreewald und damit zur Abwendung der Hochwassergefahr beitragen. Doch das zuständige Ministerium war schwer zu überzeugen. Im Juli 1927 ließ es der Industrie- und Handelskammer in Cottbus eine Gegenrechnung zukommen, in der die Baukosten auf 136 Millionen Mark geschätzt wurden. Zudem meldete das Ministerium Zweifel an der Rentabilität eines Kanals an, vor allem im Hinblick auf die noch abbaufähigen Kohlevorkommen, die man als eher gering erachtete. Das Projekt kam in der Folgezeit zwar immer wieder zur Sprache, wurde jedoch nicht realisiert.

Inzwischen war Cottbus und damit die Niederlausitz aber in das noch sehr weitmaschige Netz der Flugverbindungen einbezogen. Der Flugplatz Cottbus wurde im Mai 1927 eingeweiht, und der Linienverkehr auf der Strecke Berlin – Cottbus – Görlitz – Breslau aufgenommen. Auf der Strecke kam einmal pro Woche eine Junkers W 33 für vier Passagiere zum Einsatz. Im darauf folgenden Jahr wurde auch die Strecke nach Leipzig/Halle regelmäßig bedient. Doch die Nachfrage blieb bescheiden, so dass bereits 1933 der zivile Linienverkehr nach Cottbus wieder eingestellt wurde. Die deutsche Luft-Hansa richtete auf dem Flugplatz Cottbus eine Verkehrspilotenschule ein.¹³⁵

Auch – und gerade – in einer Phase relativer Stabilisierung gab es wirtschafts- und sozialpolitische Kontroversen. Und die IHK Cottbus meldete sich sehr vernehmlich zu Wort. So rückte 1928/29 das Thema Sozial- (speziell die Arbeitslosen-) Versicherung auf der politischen Tagesordnung nach oben. Dabei warnte die IHK in ihren Verlautbarungen vor den Gefahren einer „Versorgungsmentalität“, der die Politik unter dem Einfluss von SPD und Zentrum Vorschub leiste. Viele Deutsche „konzentrieren sich ... immer mehr auf die Staatshilfe... Darunter leidet die Energie, mit eigenen Kräften sich aus schwierigen Lagen herauszuhelfen.“ Und weiter: „Man soll sich nicht täuschen über die Gefahr, die aus der gekennzeichneten Wandlung der psychologischen Einstellung des Volkes auf Staatshilfe erwächst.“

Die Gefahr, daß noch bewegungsfreie Unternehmer es vorziehen, ... ihr Kapital in anderen Ländern anzulegen“, nehme zu.¹³⁶

In der Tat waren 1929 die Reichsfinanzen und das System der Sozialleistungen in die Krise geraten. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen – Anfang 1929 gab es in Deutschland annähernd drei Millionen Erwerbslose – und eines Haushaltsdefizits von mehr als 1,5 Milliarden Reichsmark entbrannte ein Streit unter anderem um die Arbeitslosenversicherung. Wirtschaftsverbände und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) plädierten für eine Kürzung der Leistungen bei gleich bleibenden Beiträgen, während Arbeitsminister Rudolf Wissell (SPD) moderate Beitragserhöhungen forderte, was aber sowohl bei Gewerkschaften als auch bei Teilen der SPD auf Widerstand stieß. Der Konflikt zog sich monatelang hin und führte – neben anderen Faktoren – im März 1930 zum Rücktritt der letzten Koalitionsregierung mit parlamentarischer Mehrheit unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller.¹³⁷



Auch Sorauer Firmen gehörten ab 1924 zum Kammerbezirk, nachdem die Industrie- und Handelskammern Sorau und Cottbus zur „IHK für die Niederlausitz“ zusammengelegt wurden. Sitz der erweiterten Kammer war Cottbus

Zu einem anderen Dauerthema der Weimarer Republik – den Reparationen – kamen wiederholt Äußerungen von der Kammer. Der 1929 ausgehandelte Young-Plan sah Reparationszahlungen Deutschlands von rund 130 Milliarden Reichsmark vor, zahlbar über einen Zeitraum von mehr als sechs Jahrzehnten. Positiv für Deutschland war unter anderem die Erweiterung der wirtschaftlichen Souveränität. Im Juni 1929 verabschiedete die Vollversammlung der IHK eine Resolution, in der sie den Young-Plan grundsätzlich akzeptierte. Allerdings: „Dem äußeren Young-Plan müßte ein innerer Young-Plan folgen, d.h. insbesondere eine Finanzreform, um den Staat von der demütigenden Bedrängnis zu befreien, in der er sich zurzeit befindet.“ Und weiter, an die Adresse der Regierung: „Die Lasten der deutschen Wirtschaft müssen wesentlich ermäßigt werden, um die Grundlagen für einen gesteigerten Export zu schaffen.“¹³⁸ Doch kam eine umfassende Finanzreform nicht zustande, vielmehr zerbrach – wie erwähnt – über den Streitigkeiten darüber im März 1930 die letzte Große Koalition der Weimarer Republik.

Der neue Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) verlegte sich auf eine strikte Sparpolitik, die er mit so genannten Notverordnungen durchsetzte, ohne dass er einen Absturz der deutschen Wirtschaft verhindern konnte, was infolge der tiefen Weltwirtschaftskrise ab 1929/30 vielleicht auch gar nicht möglich war.

Doch natürlich ging es in jenen Jahren nicht nur um die „hohe (Wirtschafts-)Politik“ in der Industrie- und Handelskammer. Die rund 3.500 Mitgliedsfirmen wollten betreut, beraten, informiert werden. Dazu gehörten regelmäßige Bekanntmachungen über neue Einfuhrbestimmungen – beispielsweise in Ägypten, Schweden oder Lettland – und über Verordnungen und Erlasse des Wirtschaftsministeriums in Berlin ebenso wie die Mitteilung von Ausverkaufsaktionen, die ab 1929 zunahmen, da in der sich verschärfenden Krise immer mehr Einzelhandelsgeschäfte aufgeben mussten.¹³⁹

Im Grundsatz hatte die Kammer die sozialpolitischen Neuerungen zu Beginn der Republik zwar akzeptiert, doch sah sie sich immer wieder auch veranlasst, namens ihrer Mitglieder bestimmte Misshelligkeiten zur Sprache zu bringen. Stichworte waren Arbeitszeit und Ladenschluss. Vor allem kleinere Geschäfte hatten Schwierigkeiten, die gesetzlichen Vorschriften stets einzuhalten, nicht zuletzt aus Kostengründen. Die Kammer trat darum bei den Behörden für eine Lockerung dieser Bestimmungen ein. „Namentlich auf dem platten Land ist die Durchführung von Tarifverträgen ein Ding der Unmöglichkeit, insbesondere ... eines schematischen 8-Stunden-Tages.“ Und auch den Kaufgewohnheiten der Kunden stünde eine starre Ladenschluss- und Arbeitszeitregelung entgegen. Dabei werde „so viel von der Notwendigkeit des Kundendienstes gesprochen“. Doch auch dieser Hinweis half nicht. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die relativ starren Arbeitszeit- und Ladenschlussbestimmungen im Einzelhandel beibehalten.¹⁴⁰



*Die Schornsteine rauchten nach den „Goldenen Zwanzigern“ nicht mehr,
die Nationalsozialisten kamen an die Macht*

Als es im Jahre 1928 einen Wechsel an der Spitze der Industrie- und Handelskammer gab, konnte der neue Präsident Alexander Lewin mit einigem Optimismus in die Zukunft blicken. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands wie auch der Niederlausitz hatte sich seit Überwindung der Hyperinflation Anfang 1924 zunehmend stabilisiert, die Umsätze der meisten Unternehmen stiegen, die Arbeitslosigkeit nahm weiter ab, wenn auch nicht so stark wie von vielen erhofft. Seit 1924 hatte sich im Deutschen Reich die

Industrieproduktion um 46 Prozent erhöht, das Volkseinkommen um gut ein Viertel von 57 Milliarden Mark (1925) auf 71 Milliarden Mark. (Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 253) Auch der private Konsum hatte in diesem Zeitraum deutlich zugenommen, was insbesondere die Absatzchancen der heimischen Textilindustrie zu beflügeln schien. Noch ahnte niemand, dass es ein trügerischer Aufschwung war, dem nach nur zwei Jahren ein tiefer Absturz folgen sollte, mit verheerenden ökonomischen, sozialen und politischen Konsequenzen.

Der neue Kammer-Präsident Dr. Alexander Lewin kam aus Guben, wo er die Berlin-Gubener Hutfabrik AG, eines der führenden deutschen Unternehmen dieser Branche, leitete. Der Großbetrieb umfasste 1928 mehrere Fertigungsstätten mit insgesamt mehr als 4 000 Beschäftigten. Alexander Lewin, 1879 in Wien als Sohn jüdischer Eltern geboren, war ein herausragender Vertreter des Gubener und Lausitzer Großbürgertums, Er war sehr kunstsinnig und betätigte sich auch vielfältig als Mäzen. Über die Jahre hatte er eine sehr wertvolle Kunstsammlung aufgebaut, die vor allem deutsche (Genre-) Kunst des 19. Jahrhunderts und zahlreiche Werke französischer und deutscher Impressionisten enthielt. Zu den wertvollsten Stücken zählten Gemälde von Wilhelm Leibl, Camille Pissaro sowie ein Selbstportrait von Vincent van Gogh.

Kritik an Parlament und Regierung – Die IHK in der Weltwirtschaftskrise

„Die Wirtschaftskrise, die in größter Schärfe über Deutschland hereinbrach, hat auch unseren Bezirk in vollem Umfange ergriffen.“ So beginnt der Rückblick der IHK der Niederlausitz auf das Geschäftsjahr 1930. In der Tat, die Lausitzer Wirtschaft war nach den Jahren der Stabilisierung 1929/30 infolge der Weltwirtschaftskrise in gefährliche Schieflage geraten. Dies betraf gleichermaßen Produktion, Absatz, Preise und Erlöse. Ebenso stieg die Arbeitslosigkeit in der Niederlausitz wie in ganz Deutschland dramatisch an.

Die exportorientierte Textilindustrie bekam die Krise besonders schnell und drastisch zu spüren. Ab 1930 kam es zu schweren Umsatzeinbrüchen, so dass zahlreiche Fertigungsstätten stillgelegt werden mussten. Allein in Cottbus sank die Zahl der Beschäftigten in dieser traditionsreichen Branche von 7.100 im Jahr 1925 auf rund 4.300 Ende 1932.

Auch in der Braunkohlenindustrie gab es ab 1930 einen drastischen Rückgang der Förderung, da infolge des wirtschaftlichen Niedergangs im In- und Ausland die Nachfrage nach diesem Energieträger stark absank.¹⁴¹

Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Cottbus bis Ende 1929 auf rund 10.000 und kletterte nach vollem Ausbruch der Krise auf mehr als 16.000 im Jahr 1932, bei einer Einwohnerzahl von rund 54.000.

Angesichts der verheerenden Wirtschaftskrise gab auch die IHK für die Niederlausitz ihre politische Zurückhaltung auf und übte ungewöhnlich scharfe Kritik an der Regierung. Im Rückblick auf das Krisenjahr 1930 hieß es: „Das Jahr 1930 hat in der Innenpolitik das leider seit langem erkennbare Versagen unserer Regierungsmethoden nunmehr völlig erwiesen. Es hat sich gezeigt, daß das parlamentarische Regierungssystem in Deutschland unfähig ist, die gestellten ... Aufgaben zu meistern. Man kann nicht mit einer Mehrheit in sich zerrissener Parteigruppen und -grüppchen regieren...“¹⁴² Die Loyalität gegenüber Staat und Regierung, seit je ein Grundsatz der Kammern, den man auch im Übergang vom Kaiserreich zur Republik beachtet hatte, schien Risse bekommen zu haben. Auf der Vollversammlung im Oktober 1931 fand der neue Kammerpräsident Alexander Lewin denn auch deutliche Worte: „Die wirtschaftspolitische Einstellung der Reichsregierung [unter Kanzler Heinrich Brüning, T.F.] bringt den sich ergebenden zwingenden Notwendigkeiten bisher kein tätiges Verständnis entgegen. Offenbar erschwert die innenpolitische Gruppierung der Reichsregierung das richtige ... Handeln. Zur Auflockerung unseres erstarrten Lohnsystems ist bisher so gut wie nichts geschehen...“¹⁴³

Auch die Cottbuser Kammer hatte sich also der verbreiteten Kritik am parlamentarischen System mit seiner zersplitterten Parteienlandschaft angeschlossen. Viele konservative Unternehmer liebäugelten ganz offen mit autoritären Staatsstrukturen. Eine offizielle Unterstützung der NSDAP und ihres „Führers“ Adolf Hitler von Seiten der IHK gab es zu jener Zeit (1931/32) aber nicht. Die Nazis waren den meisten Wirtschaftsleuten zu „rabaukenhaft“, und auch ihr aggressiver Antisemitismus wirkte auf viele eher abstoßend; auch im Kammerpräsidium gab es jüdische Unternehmer. Allerdings - als Hitler an die Macht gekommen war, vollzog sich die „Gleichschaltung“ der IHK für die Niederlausitz nicht weniger rasch als in vielen Bereichen der deutschen Politik und Gesellschaft. Von Widersetzlichkeit ist nichts bekannt geworden, zumal die alte Kammerspitze um Alexander Lewin sofort ausgetauscht wurde.

Die IHK unter dem NS-Regime

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg den „Führer“ der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Mit brutaler Gewalt verschafften sich Hitler und seine Gefolgsleute in den folgenden Wochen und Monaten diktatorische Macht über Staat und Gesellschaft. Während politische Gegner (vor allem Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter) terrorisiert und verfolgt wurden, meinten konservative Kreise noch geraume Zeit, die Nazis „bändigen“ und nach der durchaus erwünschten Beseitigung des „Weimarer Systems“ wieder loswerden zu können. Eine fatale Fehleinschätzung, wie sich spätestens im Sommer 1934 mit dem Mord an den SA-Führern um Ernst Röhm zeigen sollte.

In der Industrie- und Handelskammer für die Niederlausitz vollzog sich die nationalsozialistische Machtübernahme faktisch im April 1933, als der Vorsitzende Alexander Lewin zum Rücktritt genötigt und Hans Kehrl auf Druck nationalsozialistischer Funktionsträger als neuer Kammerpräsident eingesetzt wurde. Der 33-jährige Kehrl führte in Cottbus eine Tuchfabrik, die er 1926 von seinem Vater übernommen hatte. Er sympathisierte seit 1931 offen mit der NSDAP und wurde vom NS-Kreisleiter darum als neuer Kammerpräsident vorgeschlagen.

Dem erzwungenen Wechsel an der Spitze der Cottbuser Kammer waren einige Wochen eines gewissen „Schwebezustands“ vorausgegangen. Denn die Lausitzer Unternehmerschaft ging mehrheitlich nicht sofort und auch nicht mit fliegenden Fahnen ins Lager der Nationalsozialisten über. Bei aller Kritik an der Weimarer Republik, die auch die meisten Unternehmer der Lausitz aus kurzfristigem Verständnis ihrer Interessen abgelehnt, wenn nicht offen bekämpft hatten, hielt die Wirtschaft doch zunächst eine abwartenden Distanz zu den braunen Machthabern. Sozialrevolutionäre Parolen, wie sie in den ersten Monaten der NS-Herrschaft vor allem von der SA verbreitet wurden, verstärkten diese Skepsis.

Anfang März, sechs Wochen nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, standen in der IHK für die Niederlausitz Präsidiumswahlen an. Dabei bestätigte die Vollversammlung den bisherigen Präsidenten Alexander Lewin einstimmig in seinem Amt. Während bewaffnete SA-Trupps bereits im Rausch der Macht in Guben und andernorts jüdische Kaufhäuser stürmten, stellten sich die Interessenvertreter der heimischen Wirtschaft hinter ihren jüdischen Präsidenten. (Gubener Zeitung, 11/12.3.1933; Niederlausitz aktuell) Dieses Votum zeugte aber weniger von einer geschlossenen Ablehnung des NS-Regime durch die Lausitzer Wirtschaft, als von der Tragfähigkeit persönlicher Verbindungen und Loyalitäten innerhalb der Unternehmerschaft, zu der auch zahlreiche jüdische Geschäftsinhaber und Fabrikbesitzer gehörten. Es dauerte allerdings nur einen Monat, bis Alexander Lewin auf Druck von NS-Funktionären sein Amt als IHK-Präsident niederlegte.



*Hans Kehrl, IHK-Präsident
in Cottbus von 1933 bis 1943*

1938 emigrierte Lewin in die Schweiz, wohin er zuvor einen Teil seiner wertvollen Kunstsammlung hatte verbringen können. Zahlreiche Stücke musste er jedoch in Guben zurücklassen, wo sie von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden. Alexander Lewin starb 1942 in der Schweiz.

Erst ab Mitte der 1990er Jahre wurden mehrere Gemälde, die inzwischen in den Besitz der Bundesrepublik Deutschland übergegangen waren und auch in deutschen Museen hingen, an die Erben von Alexander Lewin restituiert (Die Welt, 30.1.2009).

Für die Niederlausitzer Kammer begann mit dem erzwungenen Rücktritt ihres langjährigen Präsidenten Lewin die „Ära Kehrl“, die bis zur Auflösung der Industrie- und Handelskammern im Jahr 1943 dauern sollte.

Der neue Kammerpräsident war eine schillernde Figur, dem intellektuelles Format und Sachverstand – anders als vielen anderen Nazi-Satrapen – nicht abgesprochen werden konnte. Er setzte sie jedoch nach 1933 in verschiedenen Positionen für die verbrecherischen Ziele des NS-Regimes skrupellos ein. Der Wirtschaftstechnokrat Kehrl gelangte nach Kriegsbeginn bis in die Spitzen des nationalsozialistischen Regimes und war ab 1942/43 einer der engsten Mitarbeiter von Rüstungsminister Albert Speer.

IHK-Präsident Hans Kehrl: Die NS-Karriere eines Wirtschaftstechnokraten

Weil Hans Kehrl von 1933 bis 1943 die dominierende Figur in der Industrie- und Handelskammer für die Niederlausitz war, lohnt ein Blick auf die außergewöhnliche Karriere dieses Unternehmers und NS-Funktionärs aus der Niederlausitz.

Kehrl, Jahrgang 1900, entstammte einer Unternehmerfamilie, die seit 1910 in Cottbus eine mittelständische Textilfabrik besaß. Hans Kehrl ging 1922 nach dem Besuch der Webschule in Aachen für zwei Jahre in die USA, wo er sich mit verschiedenen Jobs durchschlug und unter anderem von den Methoden wissenschaftlicher Arbeitsorganisation und Unternehmensführung von F.W. Taylor („Taylorismus“) stark beeindruckt war.¹⁴⁴ 1926 übernahm er die väterliche Tuchfabrik in Cottbus. Politisch stand er bis etwa 1930 der liberalen Deutschen Volkspartei (DVP) nahe, die bis 1929 stärkste Kraft in Cottbus war. 1931 wandte sich Kehrl der NSDAP zu, wobei er zunächst mit der „sozialrevolutionären“ Programmatik eines Gregor Strasser sympathisierte.

Nach der Machtergreifung durch die Nazis begann der steile Aufstieg des Hans Kehrl. Im Mai 1933 wurde er – 33-jährig – Präsident der Industrie- und Handelskammer für die Niederlausitz, die er nach dem nationalsozialistischen Führerprinzip umgestaltete. Kurz zuvor war er der NSDAP beigetreten. Dabei hatte der NSDAP-Kreisleiter ihm noch 1932 von einem Beitritt abgeraten, unter Hinweis auf die große Zahl seiner jüdischen Geschäftspartner.¹⁴⁵ Im Juli 1933 wurde der so fähige wie ehrgeizige Wirtschaftsmanager Kehrl vom Gauleiter Wilhelm Kube zum Gauwirtschaftsberater für die Mark Brandenburg ernannt, wodurch er zusätzlichen Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Region gewann. 1935 begann die enge Zusammenarbeit mit Hitlers Wirtschaftsbeauftragtem, Staatssekretär Wilhelm Keppler. In dessen Berliner Dienststelle war Kehrl Berater für Textil- und Zellulosefragen

und trieb insbesondere die Produktion von Zellwolle und Kunstseide voran. Sachverstand, „Gesinnungstreue“, intellektuelle Beweglichkeit und „Führungsqualitäten“ empfahlen ihn bald für „höhere Aufgaben“. 1939 wurde er von Hitler zum „Bevollmächtigten des Reichswirtschaftsministers für das Protektorat Böhmen und Mähren“ ernannt. Er hatte den Auftrag, die Industrien der zerschlagenen Tschechoslowakei möglichst effektiv für die Interessen des nationalsozialistischen Deutschland produzieren zu lassen. Ab 1938 war er auch Leiter der Textilabteilung im Reichswirtschaftsministerium unter Walther Funk.

Dort tat er sich im Winter 1941/42 besonders hervor, als er die Versorgung der Ostfront mit Winterbekleidung organisierte. Die Wehrmachtsführung hatte es nämlich in völliger Fehleinschätzung der militärischen Kräfteverhältnisse und der klimatischen Bedingungen im Osten versäumt, nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 für ausreichend Winterkleidung zu sorgen. In den eisigen Ebenen vor Moskau hatten die deutschen Truppen unter diesem Versagen der Führung im Winter 1941/42 schwer zu leiden. In einer Art „Feuerwehr-Aktion“ schaffte es Kehrl, die Versorgung der Truppen mit angemessener Bekleidung zu verbessern. Auf diese und ähnliche Aktionen gründete sich später Kehrls Ruf als „Krisenmanager des Dritten Reiches“ – so auch der Titel seiner 1973 erschienenen Erinnerungen.¹⁴⁶

1943 machte Kehrl einen weiteren Sprung in der NS-Hierarchie, als er Leiter des Rohstoffamtes im Reichsministerium für Bewaffnung und Munition und damit ein enger Mitarbeiter von Albert Speer wurde. 1943 wurde Kehrl sogar Chef des Planungsstabes, und damit faktisch Stellvertreter von Speer. Dieser war mit Kehrl sehr zufrieden. „Ich schätzte ihn als eine Ausnahme in der Ministerialbürokratie.“ In seinen Memoiren zitiert Speer das Lob eines hohen NS-Funktionärs für Kehrls „Können und seinen Mut zur Verantwortung“. Speer rückblickend: „Ich schließe mich auch heute noch diesem Urteil an.“¹⁴⁷

Was aber Führungsstil und Charakter des so Gelobten betraf, fielen die Äußerungen im Nachhinein oft weit negativer aus. Ein ehemaliger Mitarbeiter berichtet, dass Kehrl „sarkastisch, schulmeisterlich und verletzend sein konnte“. Von Ehrgeiz getrieben, kannte er wenig Rücksichtnahme, wenn es galt, seine Position durchzusetzen und seine Karriere zu fördern. „Nein, beliebt war Hans Kehrl nicht“, vielmehr gefürchtet wegen seiner „eisigen Sachlichkeit“.¹⁴⁸ Bescheinigt wurde ihm aber auch eine gewisse Unerschrockenheit gegenüber Vorgesetzten und NS-Größen, denen Kehrl manchmal auch unangenehme Dinge zu sagen wagte, was unter der Hitler-Diktatur nicht allzu häufig vorkam.

Aus Karrieregründen war Kehrl – ein nach Zeugenaussagen eher unmilitärischer Typ – 1936 der SS beigetreten (Position eines „Ehren-Führers“), in der er bis zum SS-Brigadeführer (entsprach einem Generalmajor in der Wehrmacht) aufstieg. Auch bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten Gebiete wurde Kehrl an führender Stelle aktiv. So amtierte er als Chef des Verwaltungsrats der „Ostfaser GmbH“, die im August 1941 als Koordinierungsstelle für die Ausbeutung der Textilindustrie in der Sowjetunion und im Baltikum gegründet wurde.

Der mörderische Antisemitismus des NS-Regimes war Kehrl eher fremd. Dafür war er zu sehr Technokrat, wenngleich er etwa in seiner Rolle als IHK-Präsident antijüdische Gesetze – wie die Nürnberger Rassegesetze von 1935 – stets rechtfertigte.¹⁴⁹ Auch war er als Mitarbeiter der „Umsiedlungs- und Treuhandgesellschaft“, einer SS-Organisation, direkt am Raub von Vermögenswerten ermordeter Juden und Polen in Osteuropa beteiligt.¹⁵⁰

Der so karrierebewusste wie ökonomisch befähigte Kehrl gehörte seit Mitte der 30er Jahre auch zum sogenannten Freundeskreis des Reichsführers SS, Heinrich Himmler. 1944 umfasste dieser „Freundeskreis“ 44 Mitglieder, meist einflussreiche Wirtschaftsleute und SS-Führer. Der tatsächliche Einfluss der Gruppierung war eher gering. Himmler benutzte sie bald vornehmlich zum Spendensammeln für die SS. Allerdings hatten die vertretenen Firmen – darunter die IG Farben und die Braunkohle-Benzin AG (Brabag), ein Zusammenschluss zur Herstellung von synthetischem Benzin, der auch in Schwarzheide

eine Produktionsstätte hatte. (Direktor war der Himmler-Vertraute Fritz Kranefuß) – erhebliche Vorteile, etwa bei der Zuteilung von KZ-Häftlingen als billige Arbeitskräfte.¹⁵¹

Im Juni 1945 wurde Hans Kehrl von den Amerikanern verhaftet. Als einer der führenden Wirtschaftsfunktionäre des nationalsozialistischen Deutschland saß er 1947 im so genannten Wilhelmstraßen-Prozess auf der Anklagebank. Das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal verhandelte gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und anderer Ministerien wegen ihrer Mitwirkung an den Verbrechen der Nationalsozialisten. Am 4. April 1949 sprach das Gericht sein Urteil. Hans Kehrl wurde in den Anklagepunkten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Plünderung, Organisation von Sklavenarbeit und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (der SS) schuldig gesprochen und zu 15 Jahren Haft verurteilt.

¹⁵² Diese musste er jedoch nicht voll absitzen, da in Zeiten des Kalten Krieges in der Bundesrepublik für NS-Täter bald ein eher günstiges Klima herrschte (wenn sie nicht gerade zur Gruppe der Hauptkriegsverbrecher gehörten). Kehrl und andere Verurteilte wurden bereits 1951 auf Anordnung des US-amerikanischen Hohen Kommissars wieder auf freien Fuß gesetzt. Anschließend baute er sich in der Bundesrepublik eine neue Existenz als Unternehmensberater auf. ¹⁵³

Gleichschaltung und „Führerprinzip“

Von der Karriere des Hans Kehrl zurück zur Geschichte der IHK Cottbus, die freilich beide rund zehn Jahre lang eng miteinander verknüpft waren. Für innere Struktur und Tätigkeit der Industrie- und Handelskammer brachte die Machtergreifung der Nationalsozialisten einschneidende Veränderungen. So wurde auch dort das „Führerprinzip“ eingeführt und dadurch der Charakter der IHK als einer Körperschaft mit umfassenden Selbstverwaltungsrechten grundlegend verändert. In einer Verordnung vom 20.8.1934 heißt es: „Die Industrie- und Handelskammern werden der Aufsicht des Reichswirtschaftsministers unterstellt. [Sie] werden nach dem Führerprinzip geleitet.“¹⁵⁴ Die entsprechend geänderte Satzung trat Mitte 1935 in Kraft. Nunmehr wurde der Vorsitzende „auf Vorschlag des Gauleiters nach Anhörung des Beirats [48köpfiges Nachfolgegremium der Vollversammlung, dessen Mitglieder allerdings nicht gewählt, sondern vom Präsidenten berufen wurden, T.F.] für drei Jahre vom Reichswirtschaftsminister ernannt. ... Der Minister kann ihn nach Anhörung des Gauleiters jederzeit abberufen“ (§ 8).¹⁵⁵ Der vom Ministerium eingesetzte Präsident bestimmte mit großer Machtfülle die Aktivitäten der Kammer. „Dem Präsidenten obliegt die Leitung der Kammer. ... Dem Präsidenten ist ... das Recht verliehen, verbindliche Beschlüsse ... zu fassen“ (§ 10). Die laufenden Geschäfte wurden weiterhin durch „einen oder mehrere Geschäftsführer nach den Weisungen des Präsidenten geführt“ (§ 23).

Über Sinn und Zweck einer Industrie- und Handelskammer heißt es in § 2 der Satzung: „Die Kammer hat die Bestimmung, die Gesamtbelange der Unternehmen ... des Kammerbezirks im Rahmen der Gesamtwirtschaft nach dem Grundsatz `Gemeinnutz geht vor Eigennutz' wahrzunehmen.“ Was sich hinter dieser Formel verbarg, und mit welchen Konsequenzen für die Kammerarbeit, darauf wird noch einzugehen sein.

Durch die Neuorganisation der Kammer nach dem Führerprinzip war sichergestellt, dass die leitenden Positionen mit Nationalsozialisten besetzt wurden und dass sie im Sinne der NS-Ideologie agierte. Binnen weniger Monate war 1933/34 aus einer wirtschaftlichen Interessenvertretung mit zum Teil hoheitlichen Aufgaben ein Ausführungsorgan nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik geworden. Von Widerstand gegen diese Gleichschaltung ist wenig bekannt. Allerdings sind bedauerlicherweise für diesen Zeitabschnitt die erhaltenen Quellenbestände zur IHK für die Niederlausitz sehr lückenhaft.

Der seit 1928 amtierende Kammerpräsident Lewin wurde – wie erwähnt – bereits im April 1933 zum Rücktritt genötigt. Die Wahl des NS-Parteigängers Kehrl im Mai 1933 erfolgte ohne dass von Seiten einzelner Vollversammlungsmitglieder Widerspruch laut geworden wäre. Sogleich wurden tiefe Eingriffe in die Kammerstruktur vorgenommen (Gesetz über Industrie- und Handelskammern vom Dezember 1933; neue Satzung von 1935).

Beim DIHT, dem Dachverband der Industrie- und Handelskammern, erfolgte die Gleichschaltung handstreichartig. Am 13.5.1933 besetzte der „Reichsführer des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes“, Theodor Adrian von Renteln, mit einer Gruppe von SA-Männern den Hauptsitz des DIHT in Berlin und erklärte sich zum neuen Präsidenten. Von einer neu, und zwar ausschließlich mit Nationalsozialisten besetzten Vollversammlung wurde dieser Gewaltakt im Juni 1933 gebilligt¹⁵⁶ und von Renteln offiziell zum Präsidenten des DIHT gewählt. Das „Führerprinzip“ wurde in der Weise eingeführt, dass die Entscheidungsbefugnisse der einzelnen Gremien des Kammer-Dachverbandes durch eine Satzungsänderung auf den Präsidenten übertragen wurden. Unumwunden erklärte der neue DIHT-Präsident, dass er sein Amt „als Vertreter des nationalsozialistischen Willens und des Willens unseres Führers Adolf Hitler“ ausüben werde. (Zit. n. Hardach, 2001, S. 88) Wenn zahlreiche Unternehmer wie auch viele Kammerangehörige – sowohl in der Dachorganisation als auch in den regionalen IHKs –

vielleicht darauf gesetzt hatten, dass mit Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg ein entschiedener Verfechter des freien Unternehmertums im Kabinett Hitler saß, so mussten sie bereits im Juni 1933 erfahren, dass dieser aus der Regierung herausgedrängt wurde. (Hardach, 2010, S. 85) Im Zuge der umfassenden Machtergreifung entledigten sich die Nationalsozialisten bald einstiger Verbündeter, wenn diese ihren Plänen im Wege standen. Gleichschaltung und „Führerprinzip“ waren bis August 1933 in den deutschen Industrie- und Handelskammern weitgehend durchgesetzt. (Hardach, 2011, S. 88) Allerdings hatten weder die einzelnen Kammern noch ihre Dachorganisation DIHT dieser Vereinnahmung durch das NS-Regime spürbaren Widerstand entgegengesetzt. So versprach DIHT-Präsident Bernhard Grund bei einem Treffen mit Reichskanzler Hitler Anfang April 1933, die „freudige Mitarbeit der Handelskammern zum Wiederaufbau der Wirtschaft und des Staates“. (Grund auf der Vorstandssitzung des DIHT, 3.4.1933, zit.n. Hardach, 2010, S. 86)

Parallel zur Gleichschaltung der Kammern und ihrer Dachorganisation wurden auch die industriellen Interessenverbände gleichgeschaltet und so dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem eingegliedert. Aus dem „Reichsverband der Deutschen Industrie“ und der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“

wurde unter massivem Druck der Nationalsozialisten im Sommer 1933 der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ gebildet. Auch ihn bauten die Nazis zu einem wirtschaftspolitischen Herrschaftsinstrument mit Führerprinzip und Zwangsmitgliedschaft aus.

Die freien Gewerkschaften (zusammengefasst im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund; ADGB) waren wenige Tage zuvor, am 2.5.1933, zerschlagen und innerhalb der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) zwangsweise gleichgeschaltet worden.

Hatte es unmittelbar nach der Machtergreifung in Teilen der Industrie noch Skepsis gegenüber den Nationalsozialisten, insbesondere wegen ihrer vagen wirtschaftspolitischen Vorstellungen gegeben, war diese bald einer breiten Kooperationsbereitschaft gewichen. Zudem passten sowohl die Zerschlagung der Gewerkschaften, die staatlichen Investitionsprogramme und – mit Einschränkungen – auch das Autarkiestreben der Nazis weiten Kreisen der Wirtschaft durchaus ins Konzept. Das parlamentarische System von Weimar hatte man in den Wirtschaftsverbänden ohnehin – wie erwähnt – bereits 1931/32 für nicht bewahrenswert erachtet.

Die gleichgeschaltete IHK für die Niederlausitz unter ihrem neuen Präsidenten Kehrl begrüßte diese Entwicklung geradezu überschwänglich. „Durch die Auflösung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ... ist dem Klassenhaß und Standesdünkel der Nährboden ein für allemal entzogen worden. Ziel des Betriebsführers wie des Gefolgsmannes soll sein, durch gemeinsame Arbeit im Betrieb die Volkswirtschaft zu fördern.“¹⁵⁷

Unter dem neuen Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht wurde Anfang 1935 die „Reichsgruppe Industrie“ gebildet, eine streng hierarchische, nach Fachgruppen gegliederte Organisation. Auch die einst freien Unternehmerverbände hatten in der „Reichsgruppe Industrie“ nunmehr ein Doppelgesicht: Selbstverwaltungsorgan der Wirtschaft und Ausführungsinstrument des nationalsozialistischen Regimes. Dabei gelang es der „Reichsgruppe“, zeitweise beträchtlichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik zu gewinnen, etwa in Fragen der Steuer- und Finanzpolitik, des Aktien- und Handelsrechts, der Wettbewerbsbestimmungen oder des Verkehrswesens.¹⁵⁸

Als Dachorganisation der gewerblichen Wirtschaft wurde im Januar 1935 auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers die „Reichswirtschaftskammer“ gegründet, die sechs (ab 1939 sieben) „Reichs-

gruppen“ umfasste: Industrie, Handwerk, Handel und Versicherungen, Banken, Energie und Fremdenverkehr. Ihr waren auch die Handwerkskammern und alle 93 bestehenden Industrie- und Handelskammern angegliedert.¹⁵⁹

Zu erwähnen ist, dass 1933/34 breite Kreise der Wirtschaft noch durch antikapitalistische Parolen der SA aufgeschreckt wurden. Deren sozialrevolutionäre Vorstellungen konnten sich in der NS-Bewegung jedoch nie durchsetzen und waren nach der von Hitler angeordneten Ermordung der SA-Führer im Juni 1934 („Röhm-Putsch“) erledigt.

Es scheint, dass der neue IHK-Präsident Kehrl sich in der ersten Phase seiner Amtszeit stärker von Management- und Effektivitätsgesichtspunkten leiten ließ als von den – noch sehr vagen – Prinzipien einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Diese traten erst später in den Vordergrund. Über seinen Einstand bei der IHK für die Niederlausitz schreibt Kehrl in seinen Erinnerungen – die wegen oft stark beschönigender und verharmlosender Tendenzen mit größeren Vorbehalten gelesen werden müssen: „In der IHK hatte ich personell einen leistungsfähigen Apparat vorgefunden, der sich allerdings zunächst nur mit Mühe auf den neuen Arbeitsrhythmus einstellte. Doch nach wenigen Monaten summt das ganze Gebäude ... beinahe wie eine Börse.“¹⁶⁰ Zugleich nahm er zahlreiche Um- und Neubesetzungen vor, nicht zuletzt in den zumeist ehrenamtlichen Gremien und Ausschüssen. Kehrl im Rückblick: „Zwischen Parteigenossen und Parteilosen wurde dabei kaum unterschieden. In der Wirtschaft standen viel zu wenig Parteimitglieder zur Verfügung als daß ich mit ihnen allein die Arbeit hätte bewältigen können.“¹⁶¹

In der Mitgliederzeitschrift der IHK, dem „Niederlausitzer Wirtschaftsblatt“, häuften sich ab 1934 jedoch knappe Mitteilungen, dass dieser oder jener Sachverständige von seinen Aufgaben entbunden worden sei. Eine Begründung wurde nicht gegeben; jedoch darf vermutet werden, dass in einigen Fällen politische Missliebigkeit eine Rolle gespielt hat.¹⁶²

Mitte 1934 gab es in Vorstand und Beirat (Vollversammlung) der IHK einige Umbesetzungen, so dass Präsident Kehrl nunmehr über eine ergebene Gefolgschaft verfügte. Der neue Vorstand bestand neben Kehrl aus Paul Behle als Stellvertreter, Günther Heubel und Wilhelm Tempel. Nun galt es, die IHK vollständig zu einem Ausführungsorgan nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik zu machen. Jener mehrfach erwähnte Doppelcharakter der Kammer – Interessenvertretung und „Behörde“ – hatte sich eindeutig in Richtung „Behörde“, also eines verlängerten Armes bzw. eines Herrschaftsinstrumentes des NS-Regimes verschoben.

Wie dessen Wirtschaftspolitik, d.h. die Wirtschaftsideologie des Nationalsozialismus aussah, machte Präsident Kehrl im April 1934 in einer Rede vor Lausitzer Unternehmern deutlich. Dabei bezog er sich auf das gerade erlassene „Gesetz zur Neuordnung der nationalen Arbeit“, dessen § 1 lautete: „Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft ... zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.“ Kehrl erläuterte: „Das Gesetz bringt das Führerprinzip in die Betriebe. ... Die Stärke des Führers ... muß beruhen auf der freiwilligen und freudigen Unterordnung der Gefolgschaft.“ Dieses Führerprinzip sollte sich auf sämtliche Bereiche der Wirtschaft erstrecken. „In einem Privatunternehmen ... ist es das Selbstverständlichste ..., daß der Inhaber des Betriebes selbst Führer ist. ... ebenso selbstverständlich [ist es] in meinen Augen, daß auch in einer Aktiengesellschaft ein Mitglied des Vorstandes Führer des Betriebes ist.“ Kehrl beendete seine Rede mit einem flammenden Appell an die versammelten Unternehmer. „Öffnen Sie Ihre Herzen dem Glauben an unseren Führer, gehen Sie mit uns den Weg des neuen Deutschlands...“¹⁶³



Die meisten Geschäftsleute in der Niederlausitz leisteten den Nationalsozialisten nach 1933 - mehr oder weniger eifrig - Gefolgschaft

Dass die IHK den Schwenk zum Nationalsozialismus relativ rasch vollzog, zeigt sich unter anderem im Jahresrückblick auf 1933. Er trägt eindeutig die Handschrift des neuen Präsidenten. „An dieser Stelle ist in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen worden, daß eine echte Gesundung der wirtschaftlichen Lage solange nicht kommen könnte, als die innen- und außenpolitischen Verhältnisse in dem bisherigen trostlosen Zustande bleiben würden. Das Jahr 1933 mit seinem gewaltigen Umschwung infolge der Machtergreifung der Nationalsozialistischen Partei hat eine Wendung in allen Dingen gebracht.“

Dies verlange auch eine Neubestimmung der Kammeraufgaben. „Die wirtschaftliche Auffassung des Nationalsozialismus kennzeichnet sich einerseits durch die Aufstellung des Leistungsprinzips, andererseits aber durch eine starke Unterordnung allen wirtschaftlichen Geschehens unter die ideellen Ziele der Bewegung... Das Aufgabengebiet der Kammer hat sich ... völlig gegenüber dem früheren Zustande geändert. Sie hat als ein für den Bezirk verantwortliches Selbstverwaltungsorgan der Wirtschaft darauf zu achten, daß nationalsozialistische Grundsätze ... immer

mehr zur Richtschnur des Handelns eines jeden Betriebes werden. ... Unser Wunsch und unsere Hoffnung gehen dahin, daß im Bezirk der Niederlausitz, in dem der Mittel- und Kleinbetrieb vorherrscht, die neue soziale Ordnung schnell und reibungslos zur Tat werde.“¹⁶⁴

Als zentrale Aufgabe der IHK wurde 1935 denn auch klipp und klar die „Durchsetzung dessen, was an wirtschaftspolitischen Gesetzen und Weisungen der Regierung herauskommt“ genannt.¹⁶⁵

Aufschwung durch Staatsintervention

Unbestreitbar verzeichnete die Wirtschaft in der Niederlausitz wie in ganz Deutschland ab 1933 eine schrittweise Erholung, abzulesen an wachsenden Produktionsziffern und sinkender Arbeitslosigkeit. Zwischen Dezember 1932 und Dezember 1933 ging die Zahl der Erwerbslosen im Kammerbezirk von 49.700 auf 29 700 zurück. Bis zum Dezember 1934 fiel sie weiter auf 16.900. Die Anzahl der Konkurse verringerte sich von 83 im Jahr 1932 auf 26 im Jahr 1933.¹⁶⁶

Dieser Aufschwung hatte mehrere Ursachen. Zum einen war weltweit die schwere Wirtschaftsdepression im Abklingen begriffen, wenngleich eine durchgreifende Erholung in vielen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, erst 1935 einsetzte. Zum anderen begannen wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zu greifen, die bereits die Regierung Brüning eingeleitet hatte. Seit Juli 1932 war das drückende Reparationsproblem gelöst.

Hauptursache für den Aufschwung waren allerdings die Interventionen des NS-Regimes. Wie erwähnt, erfolgten sie in einem sich aufhellenden Klima, was zu ihrem kurz- und mittelfristigen Erfolg erheblich beitrug. Mehrere Arbeitsbeschaffungsprogramme hatten zwischen 1933 und 1935 in Deutschland ein Gesamtvolumen von 6,2 Milliarden RM. Die Ausgaben des Reiches stiegen zwischen 1933 und 1939 von 8,1 auf 31,8 Milliarden RM. Diese Mittel flossen anfangs vornehmlich in den Straßen- und Autobahnbau sowie andere Infrastrukturprojekte; ab 1935 größtenteils in die Rüstung.¹⁶⁷

Zudem waren die Staatsinterventionen unsolide finanziert. Erinnerung sei nur an die so genannten Mefo-Wechsel.¹⁶⁸ Dies waren volkswirtschaftlich sehr unseriöse Schuldverschreibungen des Staates zur Rüstungsfinanzierung. Benannt waren sie nach der unter anderem von Krupp, Siemens und Rheinmetall 1933 gegründeten „Metallurgischen Forschungs GmbH“ (Mefo), die zur Bezahlung von Rüstungsaufträgen vom NS-Staat ausgestellte Wechsel akzeptierte. Deren Laufzeit – ursprünglich drei Monate – wurde laufend verlängert, so dass diese Mefo-Wechsel mit dazu beitrugen, dass die faktische Verschuldung des NS-Staates ins Gigantische wuchs.

Die Beschaffung öffentlicher Aufträge und Stützung von kleinen und mittelständischen Betrieben bildeten ab 1933 die Schwerpunkte der praktischen Kammerarbeit – neben den erwähnten Strukturveränderungen gemäß dem „Führerprinzip“ und der Propagierung nationalsozialistischer Wirtschaftsideologie.

Auf Betreiben von IHK-Präsident Hans Kehrl wurde im Sommer 1933 in Cottbus die „Auftragsstelle Kurmark“ gegründet. Diese bemühte sich, in Zusammenarbeit mit benachbarten Kammern öffentliche Aufträge für die heimische Industrie zu beschaffen. Mit einigem Erfolg. Vor allem Regierungsaufträge für den Straßen- und Autobahnbau, für Siedlungs- und Kasernenprojekte wurden über die Auftragsstelle an Niederlausitzer Firmen vermittelt. „Bei der Auftragsstelle laufen alle Fäden sowohl der Auftragsbewerbung der Firmen als auch der Auftragsverteilung für die kurmärkische Wirtschaft ein“, heißt es in einem Tätigkeitsbericht der IHK von 1935.¹⁶⁹

Nicht zuletzt die Niederlausitzer Tuchindustrie erhoffte sich durch öffentliche Aufträge eine Belebung des Geschäfts – und wurde nicht enttäuscht. Vermittelt durch die Auftragsstelle, gingen unter anderem größere Aufträge für Uniformen des „Reichsarbeitsdienstes“ und braune NSDAP-Parteuniformen an Betriebe in Cottbus, Guben und Forst. Zugleich übernahm die Kammer eine Garantie für Termine und Qualität der bestellten Lieferungen. In einer Gemeinschaftsaktion mit der Höheren Fachschule für die Tuchindustrie in Cottbus vermittelte die IHK das Know-how der Uniformproduktion an möglichst viele, auch kleinere Firmen im Bezirk und bestellte eigens ehrenamtliche Prüfer, welche die produzierten

Uniformen abnehmen. Nach Aussage des damaligen Präsidenten bewirkte dies alles, dass „sich bald die Lieferungen des Bezirks beim Reichsarbeitsdienst eines guten Rufes erfreuten“. ¹⁷⁰



Cottbuser Drogerie Mitte der 30er Jahre

Wegen fehlender Kapitalmittel hatten zahlreiche Betriebe allerdings große Probleme mit der Vorfinanzierung der Produktion. Hier sollte eine von der IHK gegründete „Niederlausitzer Arbeitsbeschaffungs GmbH“ Abhilfe schaffen. Sie übernahm die Uniformaufträge als Gesamtpaket, verteilte sie an die einzelnen Firmen und sorgte zugleich für die nötige Zwischenfinanzierung. Die Mitgliederzeitschrift der IHK vermeldete denn auch im Januar 1934 „eine merkbare Geschäftsbelebung“ in der Tuchindustrie. Die Aussichten wurden sehr günstig beurteilt, „besonders unter Berücksichtigung des Beginns der Herstellung von blauem Tuch für den Festanzug der Deutschen Arbeitsfront“. ¹⁷¹ Faktisch trat die Kammer in diesem Fall also als eine Art „Zwischenunternehmer“ auf.

Als Folge der Weltwirtschaftskrise litten vor allem kleinere Unternehmen an akuter Finanzknappheit, so dass sie Kredite häufig nicht zurückzahlen konnten und von den Banken auch keine neuen erhielten. Die Industrie- und Handelskammern der Region gründeten darum Ende 1933 zusammen mit den Handwerkskammern die „Garantiegemeinschaft Kurmark“, welche gegenüber den Banken für Kredite bis zu einer Höhe von 5.000 RM bürgte. ¹⁷²

Fraglos trugen diese – öffentlich finanzierten – Initiativen zur Ankurbelung der Wirtschaft in der Niederlausitz wesentlich bei, mit positiven Wirkungen nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt. Diese Effekte verstärkten sich noch, als ab 1936 das gigantische Rüstungsprogramm des NS-Regimes weitere Milliardensummen in Industrie und Handwerk pumpete. Da waren Unternehmer und Beschäftigte, auch die Mitarbeiter der IHK, nur allzu leicht bereit, die verhängnisvolle Dynamik eines solcherart „fremdgesteuerten“ Wirtschaftsbooms zu verdrängen.

Die Rüstung konnte nicht für alle Zeiten so fortgeführt werden; diese ökonomische Seifenblase musste einmal platzen. Und irgendwann würden die in so gewaltigen Stückzahlen produzierten Panzer doch auch rollen. Vor diesen Konsequenzen des Rüstungsbooms verschloss man aber in der „Hochphase“ des NS-Regimes um das Jahr 1938 lieber die Augen. So zeichnete der Jahresbericht der IHK für 1938 ein überaus positives Bild von der wirtschaftlichen Lage in der Niederlausitz, und das über alle Branchen hinweg. „Die allgemeine Wirtschaftslage unseres Bezirks ... kann als außerordentlich günstig bezeichnet werden, Die Umsätze weisen allgemeine Steigerungen auf. Eine weitere Konsolidierung der Betriebe in wirtschaftlicher, technischer und finanzieller Hinsicht ist zu verzeichnen.“ (Jahresbericht der IHK für die Niederlausitz, 1938 (Gubener Zeitung, 6.3.1939)) Während die Arbeitslosigkeit „keine praktische Bedeutung mehr“ hatte, vermeldete vor allem die Tuch- und Leinenindustrie besonders positive Produktions- und Ertragsziffern. Auch für die Hutindustrie „war das Jahr außerordentlich gut“, wie auch für den Braunkohletagebau, dessen Absatzmengen erneut gesteigert wurden. Aber wie gesagt - dass es ein Wirtschaftsboom auf tönernen Füßen war, der wesentlich von unseriös finanzierten Staatsinvestitionen des NS-Regimes, von gigantischen Rüstungsausgaben angetrieben wurde, wollte seinerzeit niemand wahrhaben. Oder diejenigen, die das ökonomische Blendwerk durchschauten trauten sich aus Angst vor dem NS-Terror nicht, es auszusprechen. (Zur ökonomischen Entwicklung unter dem NS-Regime vgl. insbesondere die umfassende Darstellung von Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 2007)

Immer wieder betonte auch die Industrie- und Handelskammer nach 1933 die Vorherrschaft der Politik über die Wirtschaft und schärfte ihren Mitgliedsfirmen diese Parole in zahllosen Verlautbarungen und Propaganda-Reden ein. Diese absolute Dominanz der Politik führte dazu, dass das NS-Regime die deutsche Wirtschaft schließlich zu einem - mehr oder weniger - willfährigen Instrument ihrer verbrecherischen Politik machte und schließlich mit in den Abgrund von Krieg und Zerstörung riss.

Noch war es nicht so weit. Noch gab es in der Niederlausitz und in ganz Deutschland vor allem steigende Produktionsziffern und sinkende Arbeitslosenzahlen zu vermelden. Und viele Unternehmen verdingten nicht schlecht an der einsetzenden (Rüstungs-) Konjunktur.

Inzwischen erfolgten weitere organisatorische Veränderungen in der Kammer. Erwähnt sei die 1934 von der Kammergesetznovelle vom 28.12.1933 verfügte Einrichtung einer „Einzelhandelsvertretung“ innerhalb der IHK für die Niederlausitz, die sich um die Belange der kleinen Einzelhändler kümmern sollte. Die Gruppe der so genannten Kleingewerbetreibenden war nicht im Handelsregister eingetragen und bis dahin auch nicht in die Kammerorganisation einbezogen. Auch sie verfügte nunmehr über eine eigene Interessenvertretung und Anlaufstelle innerhalb der IHK.¹⁷³ Zur Intensivierung des Kontaktes mit dieser eher verstreuten Klientel hielten Beauftragte der Kammer in rund zwei Dutzend Gemeinden des Bezirks im Monatsabstand Sprechstunden ab, in denen die Einzelhändler ihre Anliegen vorbringen, sich andererseits direkt über neue Verordnungen für den Einzelhandel, etwa über Preisbeschränkungen, informieren konnten.

Zu den Obliegenheiten der „Einzelhandelsvertretung“ gehörte auch die Förderung der Berufsausbildung. Die Prüfungen der Kaufmannsgehilfen wurden bei der Kammer bereits seit 1927 abgehalten. 1935 wurde der Kammer staatlicherseits die Aufsicht über das gesamte Ausbildungs- und Prüfungswesen im Bezirk übertragen. Sie hatte eigene „Prüfungsämter“ einzurichten und eine „Lehrlingsstammrolle“ anzulegen. Lehrverträge mussten mittels eines „Reichseinheitsformulars“ abgeschlossen werden, das die Kammer an die Betriebe verteilte.¹⁷⁴

1935 nahm die Kammer grundsätzliche Änderungen am Prüfungsverfahren vor. An Stelle des üblichen Frage- und Antwort-Spiels sollte eine praxisorientierte Prüfung in der vertrauten Arbeitsumgebung des

Prüflings treten. In dieser „Ladenprüfung“ könne der Kandidat, so die IHK in einem Bericht an das Regierungspräsidium in Frankfurt/Oder, „unbewußt alle seine persönlichen Eigenschaften sowie seine Kenntnisse und Fertigkeiten“ unter Beweis stellen. „Prüfer und Prüfling überwinden ... rasch die etwaige Befangenheit.“¹⁷⁵ Auch für die Prüfer bedeutete dieses Verfahren eine erhebliche Umstellung, so dass die IHK parallel Ausbildungsgruppen für Prüfer einrichtete.

Im Frühjahr 1936 unterzogen sich im Kammerbezirk 267 junge Männer und Frauen der Prüfung zum Kaufmannsgehilfen, wobei der Frauenanteil bei 46 Prozent lag und sich damit gegenüber den Vorjahren fast verdoppelt hatte. Bei den Frühjahrsprüfungen 1938 traten erstmals mehr junge Frauen (347) als Männer (332) an. Es kann demnach durchaus von einem gewissen „Emanzipationsschub“ infolge der NS-Arbeitsmarktpolitik gesprochen werden - entgegen der offiziellen Mutter-Ideologie des Nationalsozialismus.¹⁷⁶

Auch für die körperliche Ertüchtigung der Jugend machte die IHK sich stark und rief ihre Mitglieder zu lebhaften Spenden auf, damit der Sportunterricht für Lehrlinge wieder eingeführt werden könne.

Die ideologische Indoktrination der Jugend sollte dabei nie zu kurz kommen, wie die Kammer in ihrer Zeitschrift mehrmals betonte: „In Zusammenarbeit mit Arbeitsfront und Hitler-Jugend soll auf dem Gebiet der Ausbildung nationalsozialistisches Denken immer wirksamer in die Jugend hineingetragen werden.“¹⁷⁷

Ab 1936 widmete die IHK für die Niederlausitz auch der Ausbildung und Prüfung in der gewerblichen Wirtschaft verstärkte Aufmerksamkeit. So fanden im Juli 1936 erstmals vor IHK-Gremien auch Industriefacharbeiterprüfungen statt, die bislang von den jeweiligen Industrieverbänden abgehalten worden waren. Zu den Facharbeiterprüfungen 1936 erschienen 46 Lehrlinge. Im Frühjahr 1938 stellten sich 505 (fast ausschließlich männliche) Lehrlinge vor der IHK dem Abschlusstest.

Ein ganz spezielles Ausbildungsproblem entstand, als die Nationalsozialisten im April 1933 Zugangsbeschränkungen für Universitäten erließen. Per Gesetz wurde festgelegt, dass pro Jahr in ganz Deutschland nur noch 15 000 Abiturienten (davon zehn Prozent Frauen) ein Studium aufnehmen durften. Konkret bedeutete dies, dass nur noch jeder zweite Abiturient und jede siebente Abiturientin einen Studienplatz erhielt. Die IHK für die Niederlausitz rührte darum heftig die Werbetrommel für die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen in der gewerblichen Wirtschaft. „Es geht nicht an, daß die jungen Leute, denen das Universitätsstudium nun verschlossen ist, ohne jede Ausbildung bleiben. Deshalb fordert die nationale Pflicht von jedem Betriebsinhaber, zu überlegen, wie er bei der bevorstehenden Unterbringung von Abiturienten ... helfen kann. ... Jeder Betriebsinhaber muß in dieser Sache Bedenken ... zurückstellen, um zur Lösung dieser volkswichtigen Aufgabe beizutragen.“¹⁷⁸

Über das Ergebnis dieser Ausbildungskampagne liegen keine genauen Zahlen vor. Auf Grund eines gestiegenen Akademikerbedarfs wurden die Zulassungsbeschränkungen schon nach zwei Jahren wieder aufgehoben, so dass sich dieses spezifische Ausbildungsproblem 1936/37 erledigt hatte.¹⁷⁹

Die Tätigkeit der IHK für die Niederlausitz bestand in der Zeit des Nationalsozialismus selbstredend nicht allein aus den erwähnten ideologischen Kampagnen, umfassenden Auftragsvermittlungen und Kreditaktionen („Garantiegemeinschaft“, „Arbeitsbeschaffungs GmbH“), sondern auch aus viel Routinearbeit. Beispielsweise musste sich die Kammer immer wieder mit Fällen von unlauterem Wettbewerb befassen. Das betraf unter anderem unzulässige Rabatte von zehn Prozent und mehr oder Zusatzleistungen bei Abnahme bestimmter Produkte oder Leistungen. Auch auf irreführende Inserate hatte die Kammer ein wachsames Auge und richtete Ende 1935 eine spezielle Inseratenprüfstelle ein. Dort konnten Geschäftsleute ihre eigenen Inserate begutachten lassen oder sich über zweifelhafte Praktiken der

Konkurrenz beschweren. Allerdings wurde der Spielraum für regulären Wettbewerb – und auch für den „unlauteren“ – durch Eingriffe des NS-Regimes in die Wirtschaft immer weiter eingeengt.

Mitte 1937 erweiterte die IHK ihre Sachverständigentätigkeit, die von da ab nicht mehr auf die Begutachtung von Waren beschränkt war, sondern sämtliche Bereiche von Industrie, Handel und Gewerbe, also auch Dienstleistungen, Gewerke und anderes umfasste.

Das nationalsozialistische Deutschland verstärkte beständig sein wirtschaftliches Autarkiestreben. Gleichwohl behielt der Außenhandel gerade für die Niederlausitz noch längere Zeit eine zentrale Bedeutung, nicht zuletzt für die traditionell exportorientierte Textilindustrie. Die Unterstützung ihrer Mitgliedsfirmen in allen Belangen des Außenhandels bildete somit auch Mitte der 30er Jahre noch einen Arbeitsschwerpunkt der Kammer. Im Rückblick auf das Jahr 1936 hieß es denn auch: „Die Kammer hat es sich angelegen sein lassen, den Exportfirmen des Bezirks in Rat und Tat zur Seite zu stehen und ihnen als Helfer durch das Labyrinth der Bestimmungen der neuen Handelsverträge und der sich aus der Devisenlage ergebenden Anordnungen zu dienen.“¹⁸⁰ Tatsächlich bestand manche Ausgabe der IHK-Mitgliederzeitschrift zum überwiegenden Teil aus Informationen über veränderte Zölle, Ein- und Ausfuhrbestimmungen oder Handelsverträge. Für das Jahr 1936 wies die Statistik noch Exporte von Niederlausitzer Firmen in rund 50 Staaten aus. Von der IHK wurden im Berichtszeitraum mehr als 9.000 Ursprungszertifikate ausgestellt.

Und es fehlte auch nicht an Detailfragen und -konflikten, bei denen die Kammer Stellung bezog. Zum Beispiel konnte man über die Einrichtung von Betriebskantinen geteilter Ansicht sein: „Die Kammer vertritt die Meinung, daß bei den Wohn- und Arbeitsverhältnissen des Bezirkes die Gefolgschaftsmitglieder [so hießen während der NS-Herrschaft die Beschäftigten einer Firma, T.F.] sich in der Regel Getränke und Lebensmittel mitbringen können... Es geht nicht an, durch [Werkskantinen] Wirtschaftsbetriebe zu schaffen, die den mittelständischen Einzelhandel schädigen. Zur Versorgung der Bevölkerung ... besteht ein lebensfähiger deutscher Einzelhandel, der wohl im Stande ist, allen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. ... Die Kammer bittet daher, von einer vermeidbaren Einrichtung neuer Kantinen Abstand zu nehmen...“¹⁸¹

Seine „Führer-Funktion“ in der Kammer erfüllte Präsident Kehrl trotz vieler anderweitiger Tätigkeiten und Funktionen sehr gewissenhaft und effektiv. Das geschah von Berlin aus wahrscheinlich oft telefonisch und in Form schriftlicher Anweisungen. Bis Ende 1937 hielt er sich nach eigenem Bekunden fast jedes Wochenende in Cottbus auf, wo er sich am Sonnabend ganz seiner Textilfabrik und der Kammer widmete.¹⁸²

Im November 1934 ernannte Hitler den Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler zum „Preiskommissar“, der „ungerechtfertigte“ Preiserhöhungen verhindern sollte.¹⁸³ Zwei Jahre später, im Oktober 1936, wurde dann ein genereller Preisstopp erlassen, um eine durch die umfassende Aufrüstung verursachte Inflation zu unterdrücken. Bei Zuwiderhandlungen wurden zum Teil drakonische Strafen verhängt. Die Behörde des Preiskommissars hatte zugleich das Kontrollrecht über die Lohnentwicklung. Hier erwuchs auch der Industrie- und Handelskammer ein neues Betätigungsfeld, indem sie die Preisgestaltung innerhalb ihres Bezirkes überwachte und in Fragen der Preisfestsetzung dem Preiskommissar in Berlin als Gutachterstelle zuarbeitete.¹⁸⁴

Im Frühjahr 1935 wurden mehrere Nebenstellen der IHK für die Niederlausitz geschlossen. Betroffen waren die Nebenstellen in Guben, Spremberg und Finsterwalde, die zumeist in Bürogemeinschaft mit örtlichen Verbänden gearbeitet hatten. Hauptamtliche Nebenstellen der IHK für die Niederlausitz gab es seit 1935 nur noch in Forst und Sorau.

Die Unternehmer aus den anderen Kreisen mussten sich mit ihren Anliegen nun direkt an die Hauptstelle in Cottbus wenden, was in Zeiten eines noch nicht übermäßig dichten Kommunikationsnetzes mit einigen Unannehmlichkeiten, nicht zuletzt häufigeren Dienstreisen, verbunden war.¹⁸⁵

Von allgemeinen Eateinschränkungen bei der IHK konnte allerdings nicht die Rede sein. Im Gegenteil. Von 1933/34 auf 1934/35 stieg der Ansatz des Gesamthaushalts der Kammer von 135.000 RM auf 195.050 RM. Dem standen aber nur Einnahmen in Höhe von 167.000 RM gegenüber – bei einem Beitragssatz von 15 Prozent der Gewerbesteuer – worüber man sich jedoch keine allzu großen Sorgen machte. In der entsprechenden Kammermitteilung an die Regierung in Frankfurt/Oder heißt es lapidar: „Zur Deckung des Defizits ... sind aus dem Vermögen der Kammer zu entnehmen 28.050 RM.“ Dieses Vermögen wurde zu dem Zeitpunkt wie folgt veranschlagt:

Gebäude	50.000 RM
Hypotheken	3.000 RM
Rücklagen aus den Vorjahren	30.000 RM ¹⁸⁶

Im September 1936 verkündete der „Führer und Reichskanzler“ Adolf Hitler den „Vierjahresplan“, der eine umfassende Kontrolle und Lenkung der Wirtschaft durch staatliche Stellen beinhaltete. Zu den Zielen des Vierjahresplanes gehörte es auch, die deutsche Wirtschaft weitgehend autark, also von Importen unabhängig, zu machen, vor allem – doch dies wurde 1936 vom NS-Regime noch nicht deutlich ausgesprochen – im Hinblick auf geplante kriegerische Auseinandersetzungen. Kammerpräsident Hans Kehrl versäumte es nicht, auf der Beiratssitzung (Vollversammlung) vom 22.2.1937 den Vierjahresplan und das nationalsozialistische Autarkiestreben enthusiastisch zu begrüßen. „Der Vierjahresplan ist die logische Konsequenz, die unsere Staatsführung gezogen hat aus den Strukturwandlungen der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten. ...

Wenn der Führer auf dem Parteitag der Ehre gesagt hat, daß Deutschland auf allen Gebieten, wo das technisch irgendwie möglich ist, völlig unabhängig werden muß vom Auslande, ... dann soll das heißen, daß wir völlig unabhängig werden müssen, hundertprozentig, auf zahllosen Gebieten. Das bedeutet eine Umwandlung, eine Strukturwandlung in der deutschen Wirtschaft selbst, deren Ausmaß gigantisch ist ... Solche Wandlungen werden wir auch in unserem Bezirk in großem Umfange durchmachen müssen, denn die Aufgaben, die zum Beispiel der Textilindustrie gestellt sind, sind so außerordentlich und bedeutend, daß sie sich nicht nur in der Musterung, nicht nur in der Verarbeitung bemerkbar machen werden, sondern ... eine Umstellung des Maschinenparkes auf die neuen Rohstoffe nötig machen werden.“ Ein zentraler Punkt des Autarkieplans war nämlich die Ersetzung natürlicher Rohstoffe durch synthetische. So nahm im April 1936 in Schwarzheide eine Fabrik zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe aus Braunkohle die Produktion auf (BRABAG).¹⁸⁷

Arisierungen

Seit der Machtübernahme im Januar 1933 betrieben die Nationalsozialisten die Verdrängung jüdischer Unternehmer und Geschäftsleute aus der deutschen Wirtschaft. Ein Prozess, der sich nach 1935 immer mehr radikalisierte. An diesen „Arisierungen“ waren auch die Industrie- und Handelskammern beteiligt, wobei der Anteil der einzelnen Kammern an den Zwangsmaßnahmen unterschiedlich ausfallen konnte. So zeigen neuere Untersuchungen, dass beispielsweise die Mannheimer IHK eine sehr aktive Rolle bei der Arisierung jüdischer Unternehmen spielte, während etwa die IHK Wuppertal lange vergleichsweise zurückhaltend agierte. Das Verhalten der IHK für die Niederlausitz bei den Arisierungen kann aufgrund einer sehr lückenhaften Aktenlage nur in groben Umrissen skizziert werden. Für die „Arisierung“ in Mannheim liegt eine eingehende Untersuchung vor, die auch die aktive Rolle der dortigen IHK bei den NS-Zwangsmaßnahmen belegt. (Fritsche, Christiane, *Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim, Ubstadt-Weiher 2013.*)

Jüdische Geschäftsleute spielten in Brandenburg und der Lausitz eine wichtige Rolle, die sich mit Beginn der Industrialisierung noch verstärkte. Namentlich in der Tuchindustrie gab es beispielsweise in Cottbus und Guben eine ganze Reihe erfolgreicher Unternehmen in jüdischem Besitz, etwa die Gubener Hutfabrik AG oder die Tuchfabrik Frank in Cottbus.

1933 hatte die jüdische Gemeinde in Cottbus 383 Mitglieder. Jüdische Gemeinden gab es im IHK-Bereich unter anderem auch in Forst (210 Mitglieder), Guben (202 Mitglieder) und im Kreis Sorau (126 Mitglieder). Die erste antisemitische Aktion der Nazis erfolgte bereits am 1. April 1933, als in ganz Deutschland jüdische Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien boykottiert wurden. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 diente dem NS-Regime dazu, Juden und Oppositionelle aus dem öffentlichen Dienst zu vertreiben. Weiter verschärft wurde die Diskriminierung und Verfolgung der Juden 1935 durch das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, das unter anderem die Eheschließung zwischen Juden und „Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ untersagte. Das gleichzeitig erlassene „Reichsbürgergesetz“ entzog den Juden eine Vielzahl staatsbürgerlicher Rechte.

Zu jenem Zeitpunkt lebten in Cottbus laut einer polizeilichen Aufstellung 236 „Juden und Mischlinge“ sowie 98 ausländische Juden oder „Mischlinge“. Die meisten, nämlich 94, waren Händler und Kaufleute. Die Statistik verzeichnet des Weiteren unter anderem acht Ärzte, vier Handwerker, sieben Ingenieure und zwei Musiker jüdischer Herkunft. (Peter, Andreas, *Nachbarn von einst. Bilder und Dokumente jüdischen Lebens in Guben, Guben 1999*)¹⁸⁸

Das November-Pogrom von 1938, bei dem in ganz Deutschland zahllose Synagogen niedergebrannt, jüdische Geschäfte verwüstet, mehrere Tausend Juden in Konzentrationslager verschleppt und mehr als 90 Juden ermordet wurden, leitete eine neue Phase der Judenverfolgung ein. Auch die Cottbuser Synagoge wurde niedergebrannt.¹⁸⁹ Ein damals 14-jähriger Zeitzeuge berichtet: „Auf dem Schulweg ... sah ich, daß das Elektrowarengeschäft Grünbaum, welches sich in dem Eckgebäude Kaiserstraße [heute Rudolf-Breitscheid-Straße/Tiegelgasse, T. F.] befand, ausgebrannt war. Einige Leute plünderten die Schaufensterauslagen und das Geschäft. ... In der Stadt waren noch weitere zerstörte Geschäfte zu sehen.“¹⁹⁰

Bis 1937 verlief die Verdrängung jüdischer Geschäftsleute noch weitgehend unsystematisch, abgesehen vom landesweiten Boykott gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Anwälte vom 1. April 1933, der auch in

südbrandenburgischen Städten stattfand und von ortsansässigen SA-Trupps organisiert wurde.

Seit Anfang 1938 forcierte und systematisierte das NS-Regime seine Maßnahmen zur Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. So mussten jüdische Gewerbebetriebe ab Juli 1938 geschlossen werden. Wenige Tage nach der Reichspogrom-Nacht vom 9. November 1938 verfügte das NS-Regime die Schließung aller jüdischen Einzelhandelsgeschäfte. Jüdische Unternehmer wurden gezwungen, ihre Betriebe an Deutsche zu veräußern, was zumeist weit unter Wert geschah. Aber auch über diesen unangemessen geringen Betrag konnten die früheren Besitzer in den meisten Fällen nicht frei verfügen. So war etwa die Transferierung ins Ausland nicht zulässig. Innerhalb kurzer Zeit führte diese „Arisierungspolitik“ dazu, dass die in Deutschland – beziehungsweise nach dem Anschluss Österreichs (März 1938) und dem Anschluss des Sudetenlandes (Oktober 1938) in „Großdeutschland“ – lebenden Juden ihre Geschäfte und Fabriken aufgeben, dies bedeutete, zwangsweise zu einem geringen Preis verkaufen mussten. In vielen Fällen wurde auch entschädigungslos enteignet. Ab Januar 1939 war es Juden in Deutschland generell verboten, Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe zu unterhalten. Ohne die aktive Beteiligung auch der Industrie- und Handelskammern konnte die Arisierung nicht erfolgen, allein schon wegen der bei den IHKs geführten Register und Unternehmensverzeichnisse.

Wie erwähnt ist es wegen fehlender Akten allerdings kaum möglich, die Rolle der IHK Cottbus bzw. für die Niederlausitz bei der konkreten Umsetzung dieser „Arisierungen“ genauer zu beleuchten. Im „Niederlausitzer Wirtschaftsblatt“ finden sich allerdings immer wieder Hinweise auf antijüdische Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft. Belegt ist auch, dass IHK-Präsident Hans Kehrl vor der Vollversammlung der Kammer am 30. September 1935 die kurz zuvor verkündeten „Nürnberger Rassegesetze“ voll und ganz begrüßte und überhaupt jede Kritik an der Judendiskriminierung – etwa wegen möglicher negativer ökonomischer Folgen - entschieden zurückwies: Eine „Äußerung, die mir typisch erscheint für die Einstellung gewisser Kreise, ist eine, die ich in letzter Zeit gehört habe bei der Behandlung der Nicht-Arier-Frage. Da sagt ein Wirtschaftler im Hinblick auf die in Nürnberg beschlossenen Gesetze zur Rassenfrage: `Man merkt hier doch wieder, daß es in der Regierung an einem Kaufmann fehlt.' Dazu möchte ich sagen: Gott sei Dank, daß wir keinen Kaufmann in der Regierung haben... Wir stehen auf dem Standpunkt: Was dem deutschen Volke dient, dient letzten Endes auch immer der Wirtschaft, ... und wenn der Führer z. B. auf dem Gebiet der Rasse Maßnahmen für notwendig hält, um die Gesundheit des Volkes durchzusetzen oder zu erhalten, dann sind diese Maßnahmen ... auf die Dauer auch gut für die Wirtschaft.“ Es folgte ein hysterisch-überschwängliches Bekenntnis des IHK-Präsidenten zu Hitler. „Für uns ist das Maß aller Dinge der Führer. Was er gut findet, ist gut, was er tut, ist richtig, was er billigt, billigen wir, was er will, ist für uns Gesetz.“¹⁹¹

Antijüdische Gesetze und Verordnungen des NS-Regimes wurden von der IHK an ihre Mitgliedsfirmen genauestens weitergegeben, darunter die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ und die „Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Betriebe“ vom 26.4.1938. Darin hieß es: „Ein deutscher Staatsangehöriger, der aus eigennützigen Beweggründen dabei mitwirkt, den jüdischen Charakter eines Gewerbebetriebes zur Irreführung der Bevölkerung oder der Behörden bewußt zu verschleiern, wird mit Zuchthaus, in weniger schweren Fällen mit Gefängnis, jedoch nicht unter ein Jahr, und mit Geldstrafe bestraft.“¹⁹²

Diese Verordnungen wirkten als Initialzündungen für die systematischen „Arisierungen“, bei denen jüdische Unternehmer gezwungen wurden, ihre Gewerbebetriebe und Geschäfte zu Preisen weit unter Marktwert zu veräußern. Es gab indes auch gutwillige Erwerber, die den ursprünglichen Eigentümern – zumeist verdeckt – günstigere Konditionen ermöglichten. Auch mancher „stille Teilhaber“ unterschied sich positiv von skrupellosen Arisierungsprofiteuren, die nach groben Schätzungen etwa die Hälfte der

Neu-Eigentümer ausmachten. Insgesamt profitierte nicht zuletzt der Mittelstand durch die Ausschaltung und Übernahme der jüdischen Konkurrenz. Die wachsende Zahl leerstehender Ladenlokale wurde von NS-Wirtschaftsfunktionären geradezu als Erfolgsmeldung verbreitet.¹⁹³

Dass die IHK für die Niederlausitz an den Arisierungen unmittelbar beteiligt war, ergibt sich nicht zuletzt auch aus ihrem Tätigkeitsprofil. Da sie in ihren Registern und Verzeichnissen über genaue Angaben zur Wirtschaftsstruktur der Region verfügte, war sie eine wichtige Anlauf- und Auskunftsstelle, wenn jüdische Unternehmen an „Arier“ zwangsweise veräußert oder auch entschädigungslos enteignet wurden. Insofern leistete die IHK zumindest „Beihilfe“ zu diesen erzwungenen Firmenverkäufen, bei denen in Cottbus, Guben, Spremberg und anderswo enorme Werte den Besitzer wechselten. Jüdische Geschäftsleute wurden oft ins materielle Elend gebracht, während sich die Profiteure der „Arisierungen“ oft maßlos bereicherten.

Eingebunden in die Kriegswirtschaft

Mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen am 1. September 1939 entfesselte das nationalsozialistische Deutschland den Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Wirtschaft war von da ab noch stärker staatlichen Eingriffen und Reglementierungen unterworfen. Im Dezember 1939 übernahm Reichsmarschall Hermann Göring als „Beauftragter für den Vierjahresplan“ die gesamte Leitung der Kriegswirtschaft. Industrie, Handel und Gewerbe wurden schrittweise vollständig den Bedürfnissen von Rüstungsindustrie und Wehrmacht unterworfen. Freie Unternehmer-Initiative, von den Nationalsozialisten in den ersten Jahren ihrer Herrschaft noch als notwendiges Element einer effektiven Wirtschaft bezeichnet, wurde nun immer weiter durch Staatsdirigismus verdrängt. Dafür gibt der Kammerpräsident und NS-Wirtschaftsfunktionär Hans Kehrl in seinen Erinnerungen ein beredtes Beispiel, wenn er mit Bezug auf die Textilwirtschaft schreibt: „... jede ‚willkürliche‘ Produktion nach eigenem Ermessen der Unternehmer [sollte] unterbleiben und die gesamte Industrie auf Qualitäten eingestellt werden, die bei wirklichem Bedarf benötigt würden. Sonst würden die ... zugeteilten Rohstoffe möglicherweise zu Qualitäten verarbeitet, die preislich die größte Marge ermöglichten.“¹⁹⁴

Auch die Industrie- und Handelskammern wurden straff in das System der Kriegswirtschaft eingegliedert. Die neuen Schwerpunkte ihrer Arbeit wurden in einem Ministeriums-Erlass vom Oktober 1939 folgendermaßen beschrieben: Die Kammern „wirken ... auf dem Gebiet der Kriegswirtschaft ... besonders bei folgenden Aufgaben maßgebend mit:

1. Sicherstellung und Unabkömmlichstellung von Arbeitskräften
2. Kraftfahrwesen
3. Transportwesen (... Prüfung der Dringlichkeit bei Frachtbriefen ...)
4. Sicherung der Energieversorgung der Betriebe
5. Bewilligung von Wirtschaftsbeihilfen
6. Allgemeine Sicherung der Durchführung der wehrwirtschaftlichen Erzeugungspläne. ...¹⁹⁵

Die erweiterten administrativen Befugnisse der Industrie- und Handelskammern kamen auch darin zum Ausdruck, dass ihre Präsidenten zu „Reichskommissaren“, also zu NS-Funktionsträgern mit besonderen Verwaltungsaufgaben, ernannt wurden.

Tatsächlich gelang es der von Albert Speer – und seinem Planungschef Hans Kehrl – organisierten Rüstungsindustrie, den Ausstoß an Waffen und Munition zwischen 1942 und Mitte 1944 gewaltig zu steigern, bei Flugzeugen und Munition um mehr als das Doppelte, bei Panzern sogar um das Fünffache. Allerdings änderte auch diese durch Anspannung aller Kräfte erzielte Produktionssteigerung nichts an der materiellen Überlegenheit der Alliierten.¹⁹⁶

Auch der Cottbuser IHK-Präsident Hans Kehrl war nun also Reichskommissar. Maßgeblich beteiligt war er an einer Neuerung, die als Vorbote des kommenden Mangels bereits kurz nach Kriegsbeginn in den Alltag der deutschen Bevölkerung eingriff – die „Reichskleiderkarte“. Kehrl kann geradezu als Erfinder der Kleiderkarte bezeichnet werden, war er doch seit 1938 als Leiter der Textilabteilung im NS-Wirtschaftsministerium für den gesamten Bereich Textilwirtschaft zuständig. Die jeweils ein Jahr gültige Reichskleiderkarte wurde an jeden deutschen Zivilisten ausgegeben, der nach einem genau festgelegten Punktesystem damit Kleidungsstücke erwerben konnte. Von insgesamt 100 Punkten bean-

spruchte beispielsweise ein leichter Mantel 35 Punkte, ein Herrenpullover 30 Punkte.¹⁹⁷ An Juden wurden seit Januar 1940 keine Kleiderkarten ausgegeben, so dass sie keine Möglichkeit hatten, auf legale Weise neue Kleidungsstücke zu kaufen.

Für das nationalsozialistische Deutschland begann der Zweite Weltkrieg mit schnellen militärischen Siegen in Polen und Frankreich. Großbritannien erwies sich bereits 1940 als weit härterer Gegner.

Die Nazi-Träume eines „großgermanischen Herrschaftsgebiets“ in Europa schienen in greifbarer Nähe, und so machte sich IHK-Präsident Kehrl bereits Gedanken über das Aussehen einer entsprechenden „Großraumwirtschaft“, die er am 9. September 1940 – die „Luftschlacht um England“ war in vollem Gange – einer Versammlung Lausitzer Unternehmer vortrug. Man merkt seinen Worten an, dass Kehrl angesichts des deutschen Vormarsches geradezu von einem „Veränderungsfuror“ gepackt war. „Es soll niemand glauben, daß wir Wirtschaftszustände ... haben werden, die irgend etwas ähnlich sehen, was in der Vergangenheit gewesen ist. Die Revolution auch in der Wirtschaft, der Weltwirtschaft, der europäischen Wirtschaft kann sich niemand groß genug vorstellen. Es ist eine ganz neue Wirtschaft im Werden, riesige Veränderungen werden eintreten, und im Laufe dieser Veränderungen wird jeder Betrieb neu gewogen werden in bezug auf seine Notwendigkeit und seine Möglichkeiten.“ Kehrl schloss auch diese Rede mit einer Huldigung an Hitler. „Im Bewußtsein seiner geschichtlichen Mission gestaltet er nicht nur den Krieg, sondern er gestaltet beinahe im Krieg schon die künftige neue Welt. ... und er wird sie herbeiführen. Durch Opfer und Not, wenn es sein muß, durch Entbehrungen aller Art, durch Opfer auch des Blutes wird er uns führen zu dem besseren Deutschland, zu dem größeren Deutschland und zu dem besseren und größeren Europa, das er erstrebt, das er aufbaut und das wir erreichen werden durch den deutschen Sieg.“¹⁹⁸ Das Protokoll vermerkte begeisterten Beifall der versammelten Unternehmer.

In seiner Rolle als IHK-Präsident machte sich Hans Kehrl für die Zurückdrängung des freien Unternehmertums und des Marktes mit seinem „freien Spiel der Kräfte“ zugunsten einer weitgehend geplanten und im Sinne der NS-Ideologie funktionierenden Wirtschaft stark. Vor den versammelten IHK-Präsidenten des Deutschen Reiches äußerte er sich im Dezember 1940 dazu folgendermaßen. „Die Gestaltung der neuen Wirtschaft (wird) ... sich aber nicht durch ein freies Spiel der Kräfte, sondern durch planvolle allmähliche Einstellung und Hinsteuerung auf die neuen Ziele vollziehen. Je mehr die Wirtschaft diese Ziele erkennt, um so leichter (wird) ... für den Staat die Steuerung sein.“ (Zit. n. Müller, Parteibuch-Industrieller, 1999, S. 206) Das Großdeutsche Reich und die seiner Herrschaft unterworfenen Gebiete böten allerdings so große Möglichkeiten, dass auch unter den Bedingungen einer staatlich gelenkten Wirtschaft für den einzelnen Unternehmer noch weite Entfaltungsräume bestünden. „Die Riesenhaftigkeit des Marktes und des Bedarfs läßt Platz für jeden, der sich den richtigen Standort und die richtigen Produktionsaufgaben sucht.“

Zunächst aber hatte sich die IHK Cottbus vornehmlich nicht mit „Großraum-Ökonomie“, sondern mit der Niederlausitzer Wirtschaft unter Kriegsbedingungen zu befassen. Und knapp fünf Jahre später ging es auch nicht mehr um eine „Revolution in der Weltwirtschaft“, sondern um Kartoffeln, Brot und Kohlen für die Menschen; um die Sicherung des bloßen Überlebens in einer vormodernen Tausch- und Zuteilungswirtschaft.

Auch 1940 musste man sich bei der IHK in Cottbus mit einer Vielzahl von Routinearbeiten und Problemen befassen. Neue kamen hinzu. „Aus den verschiedensten Teilen unseres Bezirkes gehen immer wieder Nachrichten ein, daß einzelne Kaufleute anscheinend glauben, die dem Kunden gegenüber erforderliche Höflichkeit ... jetzt außer Acht lassen zu können.“ Das wollte die IHK nicht dulden und drohte, „daß wir in allen Fällen, in denen wir Kenntnis erhalten von einer unberechtigt schlechten Kundenbehandlung, gegen die Schuldigen mit Nachdruck vorgehen werden.“ So eine Mitteilung der IHK an alle Unternehmen des Kammerbezirks vom Februar 1940.¹⁹⁹ Hintergrund dieser Intervention war, dass mit

Kriegsausbruch aus den Einzelhandelsgeschäften faktisch Warenausgabestellen und aus Kunden „Zuteilungsempfänger“ wurden. Um deren Gunst musste nicht mehr geworben werden, da ab Februar 1940 ein Großteil der Lebensmittel und Gebrauchsgüter nur noch über Karten zu bekommen waren. Es gab die Reichsbrotkarte, Reichsfleischkarte, Milchkarte, die Reichskarte für Eier, Marmelade und Zucker, die Reichsnährmittelkarte.

Auch die Preisgestaltung unterlag unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft einer verschärften Kontrolle. Ein NS-Preiskommissar war bereits 1934 eingesetzt worden. In ihrer Mitgliederzeitschrift gab die IHK der Niederlausitz entsprechende Verordnungen bekannt, so auch einen Erlass des Reichswirtschaftsministers vom März 1942. „Auf die Durchführung aller nur möglichen Preissenkungen für Gegenstände des öffentlichen und ebenso des privaten Bedarfs lege ich entscheidenden Wert. Jeder Kaufmann hat also seine Preise mindestens in einem dem Übergewinn des Jahres entsprechenden Verhältnis zum Umsatz zu senken, und zwar derart, daß künftig kein Übergewinn mehr entsteht. Preissenkungen der Lieferanten ... sind in voller Höhe weiterzugeben.“²⁰⁰

Nach Kriegsbeginn unternahm das NS-Regime mehrere so genannte „Auskämmaktionen“, bei denen unter Beteiligung der IHKn insbesondere kleinere Gewerbebetriebe, Einzelhandelsgeschäfte und Gastwirtschaften zwangsweise geschlossen wurden. In Cottbus beispielsweise waren davon auch traditionsreiche Geschäfte betroffen, so dass das bisherige Geschäftszentrum am Altmarkt und in der Spremberger Straße zu veröden begann.

Da das unternehmerische Handeln unter den Bedingungen von Kriegswirtschaft, Preiskontrolle und Rationierungen stark eingeschränkt war, entwickelte sich die IHK immer weiter zum verlängerten Arm der Behörden. Entsprechend nahm die Weitergabe von Verordnungen – und Überprüfung ihrer Einhaltung – breiten Raum in ihrer Tätigkeit ein. Zum Beispiel die Aufforderung zum Stromsparen vom April 1942. „Die Benutzung elektrischer Raumheizgeräte muß völlig unterbleiben, sofern sie nicht der Beheizung von Luftschutzräumen während des Alarmfalles dienen. Elektrogeräte wie Tauchsieder und dergl. sollen gleichfalls nicht vor 10 Uhr – höchstens in der Frühstückspause – benutzt werden. ... der Einzelhandel ... soll sich zu Sparmaßnahmen doppelt verpflichtet fühlen, weil neben der auch für ihn gegebenen Notwendigkeit, Strom zu sparen, das Urteil seiner Kundschaft, die, selbst zur Sparsamkeit angehalten, kein Verständnis dafür hat, wenn sie beim Einkauf ... geradezu lichtüberflutete, illuminierte Geschäftsräume vorfindet.“²⁰¹

Auch die Mitgliederzeitschrift der IHK für die Niederlausitz wurde zeitweise ein Opfer des rigorosen Sparens. In der Ausgabe vom Mai 1941 war zu lesen: „Die Kriegswirtschaft erfordert stärkste Konzentration aller Kräfte. Diese Zusammenfassung macht es notwendig, daß das „Niederlausitzer Wirtschaftsblatt“ ... sein Erscheinen einstellt, um Menschen und Material für andere kriegswichtige Zwecke freizumachen.“ Ab April 1942 konnte es wieder erscheinen, bis zur endgültigen Einstellung im November 1943.

Andere Verordnungen betrafen beispielsweise die Einfuhr bestimmter Warengruppen aus den besetzten Gebieten. „Ungereinigte Bettfedern dürfen aus dem Protektorat [Böhmen und Mähren] nur eingeführt werden, wenn eine Zulassung durch die Reichsstelle für Waren verschiedener Art vorliegt.“²⁰²

Und auch um Folgendes hatte sich die IHK zu kümmern: „Ersatz- und Austauschstoffe werden häufig ... unter Bezeichnungen in den Handel gebracht, die neben dem Namen des Stoffes, an dessen Stelle sie verwendet werden sollen, den Zusatz 'deutsch` enthalten, wie 'Deutscher Pfeffer`, 'Deutscher Kaviar`. Durch diesen Zusatz soll ihre Eigenschaft als Austauschstoff zum Ausdruck gebracht werden. ... Die Verwendung des Wortes 'Deutsch` ist in diesem Zusammenhang dem Ansehen und dem Ruf der deutschen Ware abträglich und kann deshalb nicht zugelassen werden.“²⁰³

[Wenn es nicht so bitter wäre, wäre es zum Lachen. Zumindest zeigt diese Episode, wohin übersteigter Nationalismus und „völkische“ Überheblichkeit führen – zu Ersatzstoffen, die dann nicht einmal so genannt werden dürfen. Von allen anderen schreckensvollen Konsequenzen ganz zu schweigen. - T.F.]

Nach 1941 wurde in der Niederlausitz eine wachsende Zahl nicht „kriegswichtiger“ Betriebe zur Aufgabe oder Einschränkung ihrer Produktion gezwungen. Produktionseinschränkungen konnten auch wegen fehlender Rohmaterialien angeordnet werden. Der IHK erwuchs hierbei die Aufgabe, Ausgleichszahlungen und Beihilfen für die betroffenen Firmen zu organisieren. Ab 1943 war die Niederlausitzer Textilindustrie von kriegsbedingten Betriebsstillegungen besonders stark betroffen.

Je länger der Krieg dauerte, um so rigorosere waren die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen, das ab 1942/43 nahezu vollständig auf die Bedürfnisse der Rüstungsproduktion ausgerichtet war. Die IHK hatte entsprechende Weisungen an ihre Mitglieder weiterzuleiten, so eine Transportverordnung des „Beauftragten für den Vierjahresplan“ [Göring] vom 31.5.1942. „Be- und Entladungen müssen auch nachts und an Sonn- und Feiertagen durchgeführt werden. ... Das ständige Personal der Reichsbahn reicht für diese Zwecke nicht aus. Es bedarf dazu der Heranziehung ... geeigneter Hilfskräfte. Soweit der Einsatz von Kriegsgefangenen möglich ist, hat dieser in erster Linie zu erfolgen.“²⁰⁴

Einsatz von Zwangsarbeitern

Nicht allein Kriegsgefangene, auch „Fremd“- und Zwangsarbeiter überwiegend aus den besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion wurden in zunehmendem Maße in der Wirtschaft eingesetzt. Genaue Zahlen für die gesamte Niederlausitz liegen nicht vor. Allein in Cottbus waren im März 1943 rund 1.320 „Ostarbeiter/innen“ beschäftigt, verteilt auf mehr als 30 Betriebe, darunter die Focke-Wulf Flugzeugwerke auf dem Flughafengelände, die Smyrna-Teppichfabrik oder die „Spinnstoff-Gesellschaft“. Untergebracht waren sie in rund 25 über die Stadt verteilten Lagern, in denen ein strenges, oft unmenschliches Regime herrschte, wobei die Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion in der Regel härter behandelt wurden als etwa Franzosen oder Niederländer. Bis Ende 1944 stieg die Zahl der in Cottbus eingesetzten Zwangsarbeiter/innen auf über 5.500, davon rund 1.700 Frauen.²⁰⁵

Polnische Zwangsarbeiter kamen in Deutschland bereits ab 1940 zum Einsatz, insbesondere in der Rüstungsindustrie und in der Landwirtschaft. Auch aus den anderen besetzten Ländern – unter anderem Frankreich, Niederlande, Belgien, nach Juni 1941 auch aus der Sowjetunion – wurden zivile Arbeitskräfte zwangsweise nach Deutschland verbracht. Im August 1944 betrug deren Gesamtzahl 5,7 Millionen Personen, darunter 2,8 Millionen Menschen aus der Sowjetunion, 1,7 Millionen Polen und 590 000 Italiener. Hinzu kamen 1,9 Millionen Kriegsgefangene, die zur Arbeit in Industrie und Landwirtschaft oder zu Aufräumarbeiten in den bombardierten Städten herangezogen wurden, wobei die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Fremd- und Zwangsarbeiter sich mit zunehmender Dauer des Krieges verschlechterten. 1944 waren in der Landwirtschaft 46 Prozent aller Beschäftigten Fremd- oder Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene. In der Industrie betrug ihr Anteil knapp 40 Prozent und in der Rüstungsindustrie rund 50 Prozent.²⁰⁶ In den Arbeits- und Lebensbedingungen der Fremd- und Zwangsarbeiter gab es je nach Nationalität erhebliche Unterschiede. Vergleichsweise korrekte Behandlung erfuhren etwa Franzosen und Belgier. Für sie bestand vereinzelt sogar die Möglichkeit eines kurzen „Heimurlaubs“. Am härtesten waren die Bedingungen für Polen und so genannte Ost-Arbeiter, Russen und Ukrainer.

Diese Ungleichbehandlung zeigte sich u.a. in der Unterbringung, Verpflegung, ggf. Entlohnung und bei bestimmten Vergünstigungen. So machte die DAF-Kreisverwaltung Guben im Oktober 1943 den örtlichen Lager-Kommandanten Mitteilung, dass für „Ausländer (mit Ausnahme der Ost-Arbeiter und Polen) die Durchführung von Kinoveranstaltungen vorgesehen“ sei.²⁰⁷

Aus den vorliegenden Akten ergibt sich kein genaues Bild von der Mitwirkung der IHK am Einsatz von Zwangsarbeitern. Die Federführung bei der Zuteilung der Fremdarbeiter und der verwaltungstechnischen Abwicklung des Arbeitseinsatzes lag bei den örtlichen Arbeitsämtern und der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) sowie ab März 1942 beim „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, Fritz Saukel. Beteiligt war die IHK unter anderem in der Weise, dass sie einschlägige Verfügungen weitergab und auf ihre Einhaltung achtete, wie in folgendem Fall: „Der Verkauf von Alkohol an polnische Arbeiter ist verboten. Es ist übersehen worden, daß auch Brennspritus Alkohol ... ist. ... Es wird an dieser Stelle nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß selbstverständlich auch die Abgabe von Brennspritus an Polen verboten ist.“²⁰⁸

Im August 1942 teilte die Kammer ihren Mitgliedern neue Bestimmungen über den Einsatz von Zwangsarbeitern (vom NS-Regime als „Ostarbeiter“ bezeichnet) mit:

„2. –Die im Reich eingesetzten Ostarbeiter stehen in einem Beschäftigungsverhältnis eigener Art. Die deutschen arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften finden auf sie nur insoweit Anwendung, als dies besonders bestimmt ist. ...

3. [Sie] erhalten ein nach ihrer Leistung abgestuftes Arbeitsentgelt. ...

7. Urlaub und Familienheimfahrten werden zunächst nicht gewährt.

8. Entgeltsabrechnungen sind den Ostarbeitern nicht zu erteilen. ...

10. Arbeitgeber, die Ostarbeiter beschäftigen, haben eine Abgabe ... zu entrichten.“²⁰⁹

Das Ausbildungs- und Prüfungswesen gehörte zu den Gebieten, welche die IHK auch während des Krieges „routinehaft“ zu bearbeiten sich bemühte. Selbstredend brachte auch hier der Krieg tiefgreifende Veränderungen – so stieg der Anteil junger Frauen bei den Prüfungen stark an, da junge Männer an die Front eingezogen wurden. Auch wurden zahlreiche Berufe speziell für Frauen in den Prüfungsbetrieb mit aufgenommen, beispielsweise die Bürogehilfin.

1942 waren von den geprüften Kaufmannslehrlingen 752 weiblich und 497 männlich. Im Frühjahr 1943 fanden in Cottbus Stenotypisten- und Stenographenprüfungen statt, an denen 119 Prüflinge, überwiegend junge Frauen, teilnahmen. Bei den Prüfungen war jedoch ein deutliches Absinken des Ausbildungsniveaus zu verzeichnen. „Die kriegsbedingten Ursachen dieser Erscheinung sind so bekannt, daß wir sie nicht zu nennen brauchen“, schrieb dazu ein zuständiger IHK-Referent.²¹⁰

Auflösung der IHK

Nach der Niederlage von Stalingrad und der Proklamierung des „totalen Krieges“ durch Propagandaminister Joseph Goebbels im Februar 1943 wurde die gesamte deutsche Wirtschaft noch strikter den Erfordernissen des Krieges und der Rüstungswirtschaft unterworfen. Alles unternehmerische Handeln hatte sich daran zu orientieren, wie schon Mitte 1942 Hermann Göring als „Beauftragter für den Vierjahresplan“ in einer von der IHK verbreiteten Verordnung klargestellt hatte. „Die gegenwärtige Kriegführung verlangt ... eine totale Konzentration unseres ganzen Schaffens auf den Endsieg. Da in vielen Fällen immer noch Betriebe, die in die Kriegswirtschaft eingeschaltet sind, Friedensplanungen und Entwicklungen, die Friedenszwecken dienen, durchführen, ... verbiete ich den Betriebsführern aller für die Kriegswirtschaft tätigen Betriebe die Weiterführung von Friedensplanungen und -entwicklungen. Sämtliche derartige laufende Arbeiten sind unverzüglich einzustellen.“²¹¹

Während des Krieges wurden auch die in Deutschland noch bestehenden Wirtschaftsorganisationen umstrukturiert, nicht zuletzt um den Informations- und Befehlsfluss von politischen Entscheidungsträgern in die einzelnen Betriebe zu verkürzen.



Kriegszerstörungen in Cottbus (Berliner Platz)

Im April 1943 wurden die 111 deutschen Industrie- und Handelskammern zusammen mit den Handwerkskammern formal aufgelöst und in die Gauwirtschaftskammern überführt. Bereits Anfang 1942 hatte Reichswirtschaftsminister Walther Funk die „Doppelarbeit bei Kammern und Gruppen“ gerügt, welche „die Schlagkraft und Funktionsfähigkeit der Gesamtorganisation“ lähme.²¹²

Die IHK für die Niederlausitz wurde somit Teil der „Gauwirtschaftskammer Berlin-Brandenburg“, die ihren Sitz in Berlin hatte. (Hertz, IHK Berlin, S. 94) Mit Erlass vom 22.3.1943 verfügte Reichswirtschaftsminister Funk die Auflösung der Industrie- und Handelskammer Cottbus zum 31. März 1943. Ihre Aufgaben wurden von der „Wirtschaftskammer Niederlausitz (Cottbus)“ als Rechtsnachfolgerin übernommen. Diese wurde wenig später der „Gauwirtschaftskammer Mark Brandenburg“ eingegliedert. Zum kommissarischen Präsidenten der Wirtschaftskammer wurde Wilhelm Tempel ernannt.

Die einstigen Kammern hatten damit die letzten Reste ihres Selbstverwaltungscharakters verloren. Allerdings erledigte die Wirtschaftskammer weiterhin „Routineaufgaben“ – soweit sie unter den sich zuspitzenden Kriegsbedingungen überhaupt noch anfielen. Bereits Ende 1943 wurde die „Wirtschaftskammer Niederlausitz“ aufgelöst. Für deren ehemaligen Bezirk war ab Januar 1944 eine Zweigstelle der Gauwirtschaftskammer Mark Brandenburg zuständig.

Am 11. April 1944 flogen US-amerikanische Flugzeuge den ersten Bombenangriff auf Cottbus. Angriffsziel waren die Focke-Wulf-Flugzeugwerke auf dem Flughafengelände. Der Krieg war damit auch für die Niederlausitz zur schrecklichen, unmittelbaren Realität geworden. Ende Mai 1944 gab es den zweiten Luftangriff, wiederum auf das Werksgelände von Focke-Wulf. 15 Menschen kamen ums Leben. In der Nähe des Flugplatzes wurden durch Brand- und Sprengbomben zahlreiche Häuser zerstört oder stark beschädigt. Nächtlicher Fliegeralarm gehörte nun auch für die Menschen in Cottbus und Umgebung zum bitteren Kriegsalltag. Der Krieg prägte immer stärker das Stadtbild von Cottbus und das Leben der Bewohner. Der Straßenbahnverkehr wurde eingeschränkt; im Oktober 1944 wurde das Theater geschlossen. 16-jährige - fast noch Kinder - und alte Männer wurden ab September 1944 zum so genannten „Volkssturm“ eingezogen und sollten mit Panzerfäusten eine ganze Armee aufhalten.

Mitte Januar 1945 überquerten sowjetische Truppen die Oder. Zur selben Zeit trafen in der Niederlausitz immer mehr Flüchtlinge ein, die bei eisiger Kälte aus Ostpreußen und Schlesien vor der näher rückenden Front geflohen waren. Derweil verbreiteten die örtlichen NS-Größen auch in der Niederlausitz Durchhalteparolen.

Am 15. Februar 1945 wurde Cottbus von einem verheerenden Bombenangriff getroffen. Mehr als 1 000 Menschen starben in den Trümmern. Im Innenstadtbereich wurden ganze Straßenzüge in Schutt und Asche gelegt. Mitte April 1945 begann die sowjetische Armee ihre Offensive auf Berlin, bei der sie von Osten und Südosten auf die Reichshauptstadt vorstieß. Nach verlustreichen Kämpfen wurden Cottbus und Spremberg am 22. April, in den darauf folgenden Tagen die gesamte Niederlausitz von sowjetischen Truppen besetzt. Am 7. und 8. Mai 1945 unterzeichnete die Wehrmachtsführung die bedingungslose Kapitulation. Zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft und sechs Jahre Krieg waren zu Ende. In den Städten hatten Bombenangriffe und die Kämpfe der letzten Kriegswochen ungeheure Zerstörungen verursacht.

Schwieriger Anfang nach 1945

Für die Menschen östlich der Oder (östliche Lausitz) brachten die folgenden Monate neue Leiden. Ein Zeitzeuge berichtet: „Es mochten ca. 2 Monate vergangen sein, als eines Nachts oder am frühen Morgen, es war noch dunkel, berittene junge Polen kamen und erklärten, innerhalb der nächsten 2 Stunden müsse das Dorf geräumt sein. Alle mußten in Richtung Neiße auf die andere Seite übergesetzt werden... Und so spannten wir ... unsere Kühe vor den Wagen. Die Habseligkeiten waren schnell verstaut... über Groß Drenzig, Seit wann [ging es] nach Coschen. Dort standen, saßen und liefen Tausende von Menschen umher. Zwischendurch das Geschrei der Menschen und Tiere... Als wir ... glücklich durch die Filzschleuse gelangt waren [in der ihnen Wertgegenstände abgenommen wurden, T.F.], nahmen wir wieder unser Handgepäck, und es ging in Richtung Notbrücke. Nach den zwei Monaten hing sie noch schiefer im Wasser, in der Mitte des Flusses gurgelte das Wasser schon über die Bretter. Ein langes Seil war von Ufer zu Ufer gespannt, an dem wir uns festhielten und langsam hinübergingen. Drüben lagerten alle an der Uferböschung und schauten auf die Heimat zurück.“²¹³

Gemäß einer im Februar 1945 in Jalta (Krim) getroffenen Vereinbarung der Alliierten fielen die Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen. Die deutsche Bevölkerung wurde vertrieben. Von nun an gehörte auch der östliche Teil der Niederlausitz um die Stadt Sorau, einst Sitz einer Handelskammer, zum wiedererstandenen, nach Westen „verschobenen“ polnischen Staat.²¹⁴

Die oberste Regierungsgewalt in der sowjetischen Besatzungszone lag seit der deutschen Kapitulation in den Händen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Für Deutschland als Ganzes bildete der Alliierte Kontrollrat mit Sitz in Berlin das oberste Exekutivorgan.

Zum Aufbau von Verwaltungsstrukturen griffen die Sowjets auch auf zahlreiche Deutsche zurück. Demgemäß wurde am 29. Juni 1945 eine Provinzialverwaltung Mark Brandenburg unter der Leitung von Karl Steinhoff eingesetzt (SPD, ab 1946 SED; ab 1946 Ministerpräsident des Landes Brandenburg). Für Wirtschaftsfragen zuständig war Vizepräsident Heinrich Rau (KPD, später SED). Dieser spielte als Vorsitzender der Landessequesterkommission eine führende Rolle bei der „Entnazifizierung“ der Wirtschaft. Dabei wurden Firmeninhaber, welche die Nationalsozialisten aktiv unterstützt hatten, aus der Betriebsleitung entfernt und ihre Unternehmen entweder unter treuhänderische Verwaltung gestellt, demontiert oder in eine Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) umgewandelt. Auch mit Betrieben, deren Besitzer in die Westzonen gegangen waren, verfuhr man in dieser Weise. In Brandenburg gab es 1946/47 neun SAG, in der gesamten SBZ/DDR 194 SAG mit rund 600.000 Beschäftigten. Die SAG wurden bis 1954 schrittweise in DDR-Besitz zurückgegeben (mit Ausnahme der „Wismut“ Uranbergbau), keine jedoch wieder privatisiert. In Brandenburg wurde 1953 als letzte die SAG Synthese (Schwarzhöhe) in einen VEB umgewandelt.²¹⁵

Von den rund 3.200 Industrieunternehmen und 35.000 Gewerbebetrieben in Brandenburg wurden bis Mitte 1946 rund 2.060 beschlagnahmt. Bis 1948 wurden von diesen beschlagnahmten Unternehmen rund 1.420 (Stand April 1948) enteignet und auf Grundlage des SMA-Befehls Nr. 97 vom 29. März 1946 zu volkseigenen Betrieben erklärt. 532 Betriebe gingen an ihre Besitzer zurück.²¹⁶ Der Anteil verstaatlichter Betriebe am Produktionsvolumen der gesamten SBZ betrug 1948 bereits rund 60 Prozent. Deren Lenkung und Kontrolle lag bei der im Juni 1947 gegründeten „Deutschen Wirtschaftskommission“, die im Mai 1948 einen ersten „Zweijahresplan“ mit verbindlichen Planvorgaben vorlegte.

In Cottbus waren rund 60 Prozent aller Industrie- und Handelseinrichtungen sowie der Verkehrsanlagen durch Kriegseinwirkungen zerstört oder beschädigt. 15 frühere Großbetriebe mit zusammen einst

3.000 Arbeitsplätzen lagen in Trümmern. Auch das städtische Versorgungsnetz (Strom und Wasser) wies erhebliche Schäden auf. Von einst 18.000 Wohnungen in der Stadt waren rund 5.800 zerstört oder so stark beschädigt, dass sie nicht mehr genutzt werden konnten. Lediglich 40 Prozent aller Wohnungen in Cottbus hatten den Krieg unversehrt überstanden. Verschärft wurde die Wohnungsnot noch durch die mehr als 14.000 Vertriebenen, die in Cottbus eine zumindest vorübergehende Bleibe suchten. Im Sommer 1946 hatte Cottbus 51.100 Einwohner, davon 14.400 Flüchtlinge und Vertriebene (offiziell verharmlosend als „Umsiedler“ bezeichnet).²¹⁷

Auch andere Städte und Gemeinden in der Niederlausitz hatten bei den erbitterten Kämpfen der letzten Kriegswochen zum Teil erhebliche Schäden erlitten. Für die Menschen begann ein Kampf ums schiere Überleben. Insgesamt jedoch waren die Kriegszerstörungen in der deutschen Industrie trotz jahrelanger Bombardierungen erstaunlich gering. So wurden für die Sowjetische Besatzungszone Kriegsschäden in der Industrie von 15 Prozent, im Verkehrswesen von zehn Prozent und beim Anlagevermögen von Handel und Banken von 15 Prozent ermittelt. Die wirtschaftlichen Kapazitätsverluste lagen im Vergleich zu 1944 in der SBZ bei etwa 15 Prozent. Bei den Zahlen handelt es sich mangels genauer Erhebungen um Schätzungen. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Zerstörungsgrad je nach Schwere der Luftangriffe und Kampfhandlungen sehr unterschiedlich war. So ist zu vermuten, dass die Zerstörungen in Cottbus und Umgebung über dem Durchschnitt der SBZ lagen.²¹⁸

Zu weiteren Kapazitätsverlusten führten in den folgenden Jahren die umfassenden Demontagen durch die sowjetische Besatzungsmacht. Diese erfolgten in mehreren Wellen bis 1948. Die Sowjetunion betrachtete die Demontagen als Ausgleich für die durch Krieg und deutsche Besatzung erlittenen gewaltigen Schäden. In der SBZ betrug die daraus resultierenden Verluste im Vergleich zu 1944 rund 30 Prozent; in den westlichen Besatzungszonen waren es insgesamt drei Prozent.²¹⁹

In der Niederlausitz war vor allem die Braunkohlenindustrie von Demontagen betroffen (Brikettanlagen, Tagebauausrüstungen). Zum großen Teil demontiert wurden unter anderem auch das Rheinmetall-Borsig-Werk in Guben, das Aluminiumwerk in Lauta und das Kohlehydrierwerk BRABAG in Schwarzhöhe. Stark beeinträchtigt wurde die Wirtschaft in der gesamten SBZ von den Demontagen des Schienennetzes, welche die Verkehrsinfrastruktur in der SBZ/DDR schwer schädigten. Das Schienennetz auf dem Gebiet der SBZ schrumpfte im Vergleich zu 1938 um 48 Prozent. Auf 6.300 Strecken-Kilometern wurde das zweite Gleis demontiert. Beschlagnahmte und in die Sowjetunion verbracht – wo ein erheblicher Teil des Demontageguts wegen unsachgemäßer Lagerung verrottete – wurden auch Lokomotiven und Waggons sowie ein Großteil der seinerzeit sehr modernen Anlagen für elektrischen Zugbetrieb (Oberleitungen). Insgesamt sank die Transportleistung auf dem Gebiet der SBZ (einschließlich Fuhrunternehmen und Binnenschifffahrt) 1946 auf rund 25 Prozent des Standes von 1936 und stieg bis 1950 nur auf rund die Hälfte der Vorkriegskapazität. Vor allem unter den Folgen der Gleisdemontagen hatte die Volkswirtschaft der DDR noch Jahrzehnte zu leiden.²²⁰

Parallel zu den Demontagen verlangte die sowjetische Besatzungsmacht auch Entnahmen aus der laufenden Produktion. Für die Betriebe hatten Reparationsaufträge aber auch den Vorteil, dass sie auf Weisung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) bevorzugt mit Rohmaterial und Energie versorgt wurden. Auf der anderen Seite hatte die mangelhafte Erfüllung der Reparationsforderungen Sanktionen zur Folge. So erhielten etwa die Niederlausitzer Textilbetriebe Rehn & Söhne (Peitz) und Jäger (Cottbus) schwere Rügen wegen Nichterfüllung der Reparationsaufträge. Die Provinzialbehörden wurden von der SMAD angewiesen, derlei Versäumnisse als „Kriminalverbrechen“ zu ahnden.²²¹ Exakte Angaben über den Umfang der Demontagen sind wegen der Aktenlage kaum möglich. Es lassen sich jedoch einige allgemeine Aussagen treffen. So betrug die Gesamtzahl der zwischen 1945 und 1948 in der

SBZ (und Ost-Berlin) demontierten Betriebe schätzungsweise 2.400, mehr als die Hälfte davon vollständig. Es gab regionale Schwerpunkte der Demontagen – unter anderem Berlin und Sachsen. Überdurchschnittlich betroffen war auch Brandenburg. Vergleichsweise hoch war zudem der Anteil mittelständischer und kleiner Unternehmen auf den Demontagelisten.²²²

Trotz enormer Schwierigkeiten gelang es zahlreichen Betrieben in Cottbus und der Niederlausitz, in den ersten Nachkriegswochen ihre Produktion wieder in Gang zu setzen, so in mehreren Cottbuser Textil- und Nahrungsmittelfabriken. Vordringlich war die Wiederherstellung der zerstörten Verkehrsverbindungen. Noch im Mai 1945 begannen Bahnbedienstete im Bereich des Cottbuser Bahnhofs mit Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten, so dass bereits am 8. Mai – dem Tag der deutschen Kapitulation – der erste Zug nach Falkenberg fahren konnte. Ab 1. Juni bestand auch wieder eine Zugverbindung nach Berlin. Unter schwierigsten Bedingungen machte der wirtschaftliche Wiederaufbau Fortschritte – trotz wiederholter (nicht zuletzt politisch bedingter) Rückschläge. Mitte 1946 erbrachte die Lausitzer Textilindustrie rund zwölf Prozent der gesamten Industrieleistung des Landes Brandenburg. Die Braunkohle – zweite industrielle Säule der Region – kam auf einen Anteil von rund elf Prozent.²²³

Unter der Kontrolle der SED

Nach dem Willen der sowjetischen Besatzungsmacht sollten auch Wirtschaftsverbände am wirtschaftlichen Wiederaufbau im Rahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ aktiv teilnehmen. In diesem Zusammenhang sollte auch die Tradition der Industrie- und Handelskammern wieder aufgenommen werden. So erließ am 24. Oktober 1945 die Provinzialverwaltung Brandenburgs eine „Verordnung über die Bildung der Industrie- und Handelskammer der Provinz Mark Brandenburg“. Zuvor hatte es in Cottbus wie andernorts informelle Treffen von Unternehmern und ehemaligen Kammermitarbeitern gegeben, bei denen über die Möglichkeit einer Wiederbelebung des „Kammergedankens“ beraten wurde.

Gemäß einer Weisung der Besatzungsmacht wurde allerdings zunächst nur eine Kammer für das gesamte Land Brandenburg gebildet, deren Hauptgeschäftsstelle sich in Potsdam befand. Auf regionaler Ebene wurden in den folgenden Monaten fünf Bezirksgeschäftsstellen eingerichtet, und zwar in Eberswalde, Brandenburg a.d.H., Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus. Diesen waren mehrere Kreisgeschäftsstellen unterstellt.

Die Cottbuser Bezirksgeschäftsstelle nahm im April 1946 ihre Arbeit auf. Zuvor hatte sich unter anderem der Cottbuser Oberbürgermeister Max Döring direkt an den Präsidenten der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Karl Steinhoff, mit der dringenden Bitte um die Wiederherstellung einer IHK gewandt. „Auch die Firmen selbst sind daran interessiert, daß in Cottbus wieder eine Kammer errichtet wird, wie wir aus allen an uns gerichteten Schreiben entnehmen können. Die Kammer in Potsdam kann die Nöte und Sorgen der einzelnen Betriebe mangels Betriebsnähe gar nicht so genau kennen...“²²⁴ Zum ersten Bezirksgeschäftsführer in Cottbus wurde Gustav Martika ernannt, der bis dahin die Abteilung Industrie und Handwerk beim Oberbürgermeister von Cottbus geleitet hatte.

Untergebracht war die Kammer im angestammten Haus an der Sandower Brücke. Das Gebäude hatte den Krieg zwar ohne größere Bombenschäden überstanden, befand sich Anfang 1946 aber in einem sehr schlechten Zustand, wie aus einem Bericht der Abteilung Industrie und Handwerk beim Oberbürger-

meister hervorgeht. „In vielen Räumen sind die Heizkörper herausgerissen, Fenster fehlen überall, desgleichen in vielen Zimmern sogar die Fensterrahmen. Das Dach ist völlig entzwei, in verschiedenen Räumen die Fußböden durch die Nässe hochgegangen.“²²⁵

Im November 1946 bezog die Kammer Diensträume in einem Trakt des alten Kammergebäudes (Schloßstraße 1; heute Goethestraße). Auf eine Einweihungsfeier wurde aus Kostengründen und mit Blick auf die Außenwirkung in einer Zeit allgemeinen Mangels verzichtet. Auch der Einzug in das Gebäude Sandower Straße 23 im Januar 1924 – kurz nach Überwindung der Inflationswirren – war in sehr bescheidenem Rahmen erfolgt.

Neben der Cottbuser Bezirksgeschäftsstelle eröffnete man noch 1946 IHK-Kreisgeschäftsstellen in Finsterwalde, Forst, Guben, Lübben, Senftenberg und Spremberg. Die Kreisgeschäftsstellen Guben und Forst wurden 1950 nach Neufestsetzung der Kreisgrenzen wieder aufgelöst. Ende 1949 waren aus Kostengründen bereits die Zweigstellen in Lübben und Spremberg geschlossen worden.

1946 hatten Cottbus und die Niederlausitz also wieder eine arbeitsfähige Industrie- und Handelskammer (beziehungsweise eine Bezirksgeschäftsstelle der IHK Land Brandenburg). Mit den Umständen ihrer Gründung waren jedoch nicht alle einverstanden. So hieß es in einem Schreiben der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD), Bezirksgruppe Cottbus, vom 27.4.1946: „Es sind zwei Herren aus Potsdam in Cottbus gewesen, die die Benennung von Personen innerhalb einer Stunde und die Konstellation der Kammer bewirkt haben. Keine der drei Parteien ist befragt oder um Stellungnahmen ersucht worden. ... Gegen diese Maßnahme, die allen demokratischen Grundsätzen zuwiderläuft, protestieren die bevollmächtigten Vertreter der unterzeichnenden Parteien [neben der LDPD auch die CDU, T.F.] hiermit auf das energischste.“ Dies zeigte aber wenig Wirkung.²²⁶ Allerdings fühlte sich die soeben ernannte Bezirksgeschäftsführung der IHK Cottbus gegenüber der Provinzialverwaltung doch zu einer Stellungnahme bemüht, um das Gründungsverfahren zu rechtfertigen. Es sei alles mit dem FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) abgesprochen, und „im Übrigen liegt die Hauptentscheidung wegen Bestätigung des Geschäftsführers und Ernennung der Vorstandsmitglieder bei der Provinzialverwaltung und diese ist unseres Wissens demokratisch besetzt.“²²⁷

Der Protest von LDPD und CDU mag über Gebühr aufgeregt klingen angesichts der Zeitumstände, die häufig rasche Entscheidungen erforderten. Im Lichte der späteren Entwicklung aber scheint er durchaus berechtigt, gab doch das administrative Verfahren der Kammergründung einen Vorgeschmack auf jenen „demokratischen Zentralismus“ in der DDR, dem sich ab Ende der 40er Jahre auch die IHK nur schwer entziehen konnte.

Etwa einmal pro Monat trafen alle IHK-Bezirks- und Kreisgeschäftsstellenleiter in Potsdam mit dem Hauptvorstand der IHK Land Brandenburg zusammen. Auf diesen Sitzungen wurden anstehende Probleme erörtert und insbesondere die Richtlinien für Aufbau und Arbeit der Kammer ausgegeben. Im Personalbereich behielt sich die Potsdamer Zentrale die Anstellung von Mitarbeitern „vom Sachbearbeiter aufwärts“ ausdrücklich vor. Die Einstellung von „Hauptsachbearbeitern aufwärts“ musste von der Provinzialverwaltung (Regierung) Brandenburg genehmigt werden.²²⁸

Die Besatzungsmächte griffen in allen vier Zonen auf das traditionelle Kammerprinzip zurück, so dass sich vielfach eine „eindrucksvolle Kontinuität der Industrie- und Handelskammern“ inmitten tiefgreifender politischer und gesellschaftlicher Veränderungen zeigte.²²⁹ So wurden in den Westzonen einige Gauwirtschaftskammern von den Besatzungsbehörden ohne viele Umstände in IHKn umgewandelt, mitsamt einem Großteil des Personals (ausgenommen die zu stark kompromittierten Präsidenten und zahlreiche Abteilungsleiter). Jedoch bestanden die alliierten Behörden auf strukturellen Veränderungen. So wollten Briten und US-Amerikaner die Kammern nicht als öffentlich-rechtliche Körperschaften

etablieren, sondern als privatrechtliche Vereine, was die US-Amerikaner in ihrer Zone bis 1946 auch durchsetzten. Nicht zuletzt sollte durch diese Konstruktion eine allzu große „Staatsnähe“, wie sie nach der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten bestanden hatte, verhindert werden. Die Franzosen ließen die öffentlich-rechtliche Struktur bestehen, verlangten jedoch die Aufnahme von Arbeitnehmervertretern in die Beiräte.²³⁰

Nie mehr Befehlsempfänger?

In der SBZ waren die neu entstandenen Kammern stark an die von der Besatzungsmacht kontrollierte Provinzialverwaltung gebunden, so auch in Brandenburg. Der Präsident der Kammer wurde von der Provinzialverwaltung oder der Landesregierung eingesetzt.²³¹ In den Westzonen genossen die wieder gegründeten Kammern – zum Teil als privatrechtliche Vereine – größere Unabhängigkeit.

Die in der Gründungsverordnung umrissenen Aufgabenbereiche der Kammern entsprachen in den meisten Punkten ihren traditionellen Tätigkeiten. Ausdrücklich genannt wurden unter anderem

- Ausarbeitung ... von Gutachten und Vorschlägen auf wirtschaftlichem Gebiet.
- Beratung der in der Provinz Mark Brandenburg ansässigen gewerblichen Betriebe und Förderung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit.
- Mitwirkung bei der Preisbildung und Preisüberwachung.
- Beratung der Behörden bei der Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen. ...
- Mitwirkung beim Zustandekommen von Gesamtvereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen.
- Vorschläge von Sachverständigen in Wirtschaftsfragen.“

Dass der IHK Land Brandenburg von der SED (mit der SMAD im Rücken) auch dezidiert politische Aufgaben zugedacht waren, verdeutlicht ihre Verpflichtung, an der „Erziehung der in der Wirtschaft Beschäftigten zum demokratischen Denken und Handeln“ mitzuwirken.²³²

Der Einbindung in die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ – so das offizielle Motto der von SMAD und SED betriebenen Politik – entsprach eine veränderte Zusammensetzung der Kammer. Laut Geschäftsordnung vom 27. März 1946 gehörten der IHK neben acht Vertretern der gewerblichen Wirtschaft und des Handels auch je acht Gewerkschafter und Vertreter der Provinzialverwaltung an.

Zum ersten Nachkriegspräsidenten der IHK Land Brandenburg wurde der Textilunternehmer Otto Schwarz ernannt. Seine Vorstellungen einer künftigen Kammerarbeit legte er in einer Grundsatzrede Anfang 1946 dar. Nach restloser Beseitigung des nationalsozialistischen Gedankenguts müssten die neu entstandenen Kammern sich aktiv an der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft beteiligen. Und es dürfe auch nicht mehr dazu kommen, dass die IHKn Erfüllungsgehilfe der Politik würden, sie dürften nicht mehr „Befehlsempfänger sein ..., sondern stets Mitwirkende in eigener Sache.“²³³ Der frisch ernannte Präsident stellte somit den Aspekt der Interessenvertretung und Beratungsfunktion der Kammer klar in den Vordergrund, wenngleich er deren Weisungsgebundenheit nicht verleugnete.

Angesichts der politischen Verhältnisse in der SBZ waren derlei Vorstellungen von einer politischen Unabhängigkeit der IHK jedoch weitgehend illusionär. So wurde mit Verfügung der Provinzialregierung vom 5. Juni 1947 den brandenburgischen Magistraten und Landratsämtern ausdrücklich untersagt, irgendwelche wirtschaftspolitischen Entscheidungen der IHK zu überlassen. Deren Zuständigkeit blieb auf gutachterliche und beratende, zudem auf ausführende und kontrollierende Aufgaben beschränkt. Kurz und bündig wurden diese beiden Aspekte der Kammerarbeit im Besprechungsprotokoll vom 1.10.1948 zum Ausdruck gebracht. Dort hieß es unter dem Tagesordnungspunkt „Aufgaben der Kammer im Rahmen des Zweijahresplanes 1949/50: Verstärkte Betreuung und Überwachung der privaten Betriebe.“ Konkret bedeutete das unter anderem „Überwachung der Erfüllung der zu leistenden Produktionsaufgaben unter Einschaltung der Betriebsgewerkschaftsleitungen. ... Kritische Beurteilung der Erzeugnisse auf ihre Herstellungsnotwendigkeit, ... auf sparsame Materialverwendung; ... Durchführung und Überwachung der Sortimentsplanung.“²³⁴

Die IHK-Bezirksgeschäftsstellen waren verpflichtet, über private Industriebetriebe „Befundberichte“ an die Zentrale in Potsdam zu liefern, in denen über Produktpalette und Herstellungsverfahren berichtet wurde. „Evtl. sind Vorschläge zur Verbesserung der Fertigungstechnik zu machen.“ Ein besonderes Auge warf man auf den sparsamen Verbrauch von Rohstoffen und rügte scharf, wenn diese etwa für nicht dringend gebrauchte Gegenstände wie „Handwagen, Schaumlöffel, Feuerhaken usw. vergeudet werden“.²³⁵

Diese Kontroll- und Lenkungsfunktion der Kammer verstärkte sich mit der 1947 von der SMAD verfügbaren „neuen Industrieplanung“ und der Aufstellung des Zweijahresplans 1949/50. Von Mitte 1947 an waren die Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen direkt an den „Planvorschlägen“ der Betriebe beteiligt; ebenso an der Kontrolle der Produktionsleistungen. Dies stelle, so der damalige Hauptgeschäftsführer Otto Völz, eine „Bewährungsprobe für die Kammer“ dar. Sollten die Geschäftsstellen nicht zur Zufriedenheit der Zentrale, der Provinzverwaltung und der SMAD arbeiten, müssten auch personelle Konsequenzen gezogen werden.²³⁶ Möglicherweise steht die Ablösung des Cottbuser Bezirksgeschäftsführers Martika im Sommer 1947 damit in Zusammenhang.

Stets sollten die örtlichen Kammern darauf achten, dass die Produkte der Mitgliedsfirmen auch in die staatliche Planung passten. „Hierauf ist von den Außenstellen bisher zu wenig geachtet“ worden, so der Kammerpräsident bei einer Besprechung mit den Geschäftsstellenleitern im April 1948.²³⁷ Die Kammer trat jedoch keineswegs nur als „fordernde“, sondern auch als „fördernde“ Instanz gegenüber ihren Mitgliedern auf, insofern sie zum Beispiel bei der Brennstoff- und Materialzuteilung mitwirkte. „Den Bezirksgeschäftsführern wird nahegelegt, sich in diese Nachprüfung [des Brennstoffbedarfs, T.F.] einzuschalten und für die Beschaffung Sorge zu tragen.“²³⁸

Zu den Aufgaben der IHK Land Brandenburg gehörte ab 1947 nicht zuletzt die Mitwirkung an der „Gewerbeüberprüfung“ und „Branchenbereinigung“. Die IHK-Außenstellen erstellten zu diesem Zweck Gutachten über Produkte und Effektivität eines Betriebes und äußerten sich dazu, ob „der Betrieb weiterbestehen soll oder zur Schließung vorgeschlagen wird“.²³⁹ Soweit aus den Unterlagen ersichtlich, ging es um betriebs- und volkswirtschaftliche Erwägungen im Sinne der sich herausbildenden Planwirtschaft. Als Vorwand für Repressionen gegen politisch missliebige Unternehmer scheinen sie nicht geeignet zu haben. In späteren Jahren finden sich allerdings in so genannten Analysen der IHK-Bezirksgeschäftsstelle und -direktion unverhohlenen politische Einschätzungen von Firmeninhabern – positive wie negative. In einem IHK-Bericht von 1961, dem Jahr des Mauerbaus, heißt es beispielsweise: „Die Einzelhändler Richter und Steiner ... begrüßen die Maßnahmen vom 13. August, die sichtbar machten, daß sich auch in Deutschland das Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus verändert hat... . Herr Kal-

lauke, Einzelhändler, geht auf die Linie der Gegner unseres friedlichen Aufbaus über und versucht, anderen Geschäftsinhabern einzureden, daß sie in der DDR keine Perspektive hätten. ... Der Kommissionshändler Koppel in Werben tritt in dieselben Fußstapfen, wenn er bedauert, daß er nicht vor dem 13. August nach Westdeutschland gegangen ist.“²⁴⁰

Aus derartigen Dokumenten wird ersichtlich, dass die IHK Bezirksgeschäftsstelle Cottbus sich auch als politische Institution verstand. Die SED ihrerseits nutzte die Kammer zunehmend als „Transmissionsriemen“ für ihre Wirtschaftspolitik. Wer da nicht mitzog, wurde schnell verdrängt und durch politisch zuverlässigere Personen ersetzt (wie wahrscheinlich im Fall des ersten Kammerpräsidenten Schwarz geschehen).

Immer wieder gab die IHK Beispiele eifriger Beflissenheit, beispielsweise wenn sie für die SED-dominierte „Nationale Front“ die Spielpläne der Brandenburger Kinos durchforstete, damit diese den Propaganda-Film „Familie Benthin“ flächendeckend zeigen konnte, der „den `neuen Menschen' und seine Fortkommensmöglichkeiten in der DDR den wirtschaftlichen ... Auswirkungen der ständig rückläufigen Wirtschaftsentwicklung im deutschen Westen gegenüberstellt“, so eine IHK-Verlautbarung vom September 1950.²⁴¹

Die Stellung der SED zur Privatwirtschaft und damit auch zur Industrie- und Handelskammer war von Beginn an von dem Spannungsverhältnis zwischen „Klassenkampf und Bündnispolitik“ geprägt. Auf der einen Seite ging es den deutschen Kommunisten mit Rückendeckung der sowjetischen Besatzungsmacht um die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel in den Händen der Arbeiter (das Land in den Händen der Bauern) liegen sollten. In diesem System war aus ideologischen Gründen für die Privatwirtschaft eigentlich kein Platz.

Auf der anderen Seite wollte sich das Regime auch die Kenntnisse und Initiative privater Unternehmer beim Aufbau dieser Gesellschaft zu Nutze machen.²⁴² Welche Strategie in der DDR-Führung gerade die Oberhand hatte, bestimmte in den folgenden Jahrzehnten wesentlich die Politik gegenüber den „bürgerlichen Mittelschichten“ (private Wirtschaft inklusive Freiberufler und Handwerk) und somit auch gegenüber den Industrie- und Handelskammern.²⁴³

Eine Interessenvertretung als Anwalt der Wirtschaft blieb die Kammer aber auch – bei aller politischer Funktionalisierung. Ein Beispiel aus dem Jahr 1949: DDR-Polizei und Justiz drohten bei Verstößen gegen die Preisvorschriften mit harten Strafen bis hin zur Geschäftsschließung. Dieses Problem wollte die IHK aber nicht allein den Staatsorganen überlassen. Und so wurden die Leiter der Bezirks- und Kreisgeschäftsstellen aufgefordert, „ihnen zur Kenntnis gelangte Härtefälle der HgSt. [Hauptgeschäftsstelle] mitzuteilen, damit gegebenenfalls bei der Landespolizeibehörde interveniert werden kann“.²⁴⁴

Von der Kammer betreut wurden ab 1945/46 zunächst sowohl natürliche also auch juristische Personen in Handel und Gewerbe, also neben Privatbetrieben auch Firmen, die sich im Besitz von Land und Kommunen befanden. 1948 verließen sämtliche volkseigene Betriebe und die Geschäfte der neu gegründeten staatlichen „Handelsorganisation“ (HO) die Kammer, die fortan nur noch Privatunternehmen als Mitglieder führte.

Zu jenem Zeitpunkt gab es in der Potsdamer Hauptgeschäftsstelle rund 120 Mitarbeiter. Für die unteren und mittleren Ränge hatte man mehrere Mitarbeiter von der 1945 aufgelösten Gauwirtschaftskammer übernommen, nachdem sie eidesstattlich erklärt hatten, niemals der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört zu haben. Ab 1948 durften auch einfache („nominelle“) NSDAP-Mitglieder nach einem SMAD-Befehl eingestellt werden – sofern diese eine „demokratische Einstellung durch entsprechende Unterlagen der Antifa-Ausschüsse ... nachweisen“ konnten.²⁴⁵

Die Nachkriegsjahre waren eine Zeit des großen Mangels, unter dem auch die praktische Arbeit der Kammer und ihrer Bezirksgeschäftsstellen litt. Für die wenigen Fahrzeuge stand häufig kein Benzin zur Verfügung, so dass Firmenbesuche abgesagt und persönliche Kontakte zu den Kreisgeschäftsstellen eingeschränkt werden mussten.²⁴⁶ Das Telefon war keine hinreichende Alternative, da das Fernsprechnetzt nur sehr langsam erneuert und ausgebaut wurde. Lange Zeit fehlte es an Büromaterial, Schreibmaschinen und Vervielfältigungsmöglichkeiten. Um hier Abhilfe zu schaffen, scheute man bei der Kammer auch vor ungewöhnlichen Maßnahmen nicht zurück. So wurde im Dezember 1946 auf einer Besprechung aller Bezirksgeschäftsführer beschlossen, dass zur „teilweisen Deckung des Bedarfs an Schreibmaschinen ... versucht werden [muß], möglichst Schreibkräfte mit eigener Maschine einzustellen.“ Eine andere Empfehlung lautete: „Die Außenstellen [darunter auch Cottbus] der Kammer werden aufgefordert, in stillgelegten Gaststätten Mobiliar – insbesondere Tische und Stühle – ausfindig zu machen, um dadurch dem dringenden Mobiliarbedarf der Kammer wenigstens teilweise abzuhelpfen.“²⁴⁷

Auch das Einholen von Druckgenehmigungen bei den zuständigen Besatzungsbehörden gestaltete sich mitunter sehr mühsam, zumal die SMAD Druckgenehmigungen und Papierzuteilungen auch als politisches Lenkungsmittel einsetzte. Erschwert wurde die Tätigkeit der IHK Land Brandenburg zudem durch finanzielle Engpässe, nicht zuletzt wegen Mitgliederschwunds und daraus folgender Einnahmeverluste. 1948 wurden die Volkseigenen Betriebe (VEB) aus dem Kammersystem ausgegliedert. Der Jahresetat der Brandenburger Kammer sank von 3,5 Millionen Mark im Jahr 1947 auf lediglich 1,9 Millionen Mark 1952. Mit diesem Geld musste zu jenem Zeitpunkt die Betreuung von landesweit rund 26.500 Betrieben gewährleistet werden.

Als Beitrag wurde zunächst für jeden Betrieb ein Grundbetrag von drei RM pro Monat plus eine RM pro Arbeitskraft festgesetzt. 1948 wurde der Beitrag auf einen Anteil an der Umsatzsteuer, anfangs 3,5 Prozent, umgestellt.²⁴⁸ Zusätzliche Einnahmen – allerdings in geringem Umfang – brachten Gebühren unter anderem für Beglaubigungen (eine RM/drei RM für fremdsprachige Dokumente), Ursprungszeugnisse (eine RM), Gebühren für die Zulassung zu Prüfungen (sechs RM), wie in der Gebührenordnung von 1946 nachzulesen ist. Einen etwas größeren Posten machten die „Bestätigungen von Rechnungen für Reparationsleistungen“ aus, für die 0,5 Prozent des Rechnungsbetrages (höchstens jedoch 500 RM) erhoben wurden.²⁴⁹

Die IHK-Bezirksgeschäftsstelle Cottbus hatte übrigens seit Ende der 40er Jahre auch Mieteinnahmen, da mehrere Räume ihres Gebäudes an der Sandower Brücke unter anderem von der Cottbuser Staatsanwaltschaft, vom Demokratischen Frauenbund (DFD) und vom Roten Kreuz genutzt wurden. Diese Mieteinnahmen beliefen sich im Jahr 1952 auf rund 4.500 DM.²⁵⁰

Ende 1948 kam es zu einem plötzlichen Führungswechsel in der Brandenburger Kammer, nachdem ihr erster Präsident Otto Schwarz in den Westen gegangen war. Von Seiten der IHK wurden finanzielle Unregelmäßigkeiten in seinem Textilbetrieb als Grund angegeben. Mit der Wahrheitsfindung allerdings machte es sich die IHK Land Brandenburg etwas leicht, als sie in einer Stellungnahme erklärte: „Seine Flucht bestätigt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe berechtigt sind.“²⁵¹ Denn es gab auch Hinweise, dass bei der Flucht von Schwarz politische Pressionen eine Rolle spielten. Neuer Kammerpräsident wurde der bisherige Hauptgeschäftsführer Otto Völz.

Einbindung der IHK in die Planwirtschaft

Für die Entwicklung der IHK-Bezirksgeschäftsstelle Cottbus markierte die Aufstellung des Zweijahresplanes für 1949/50 einen tiefgreifenden Einschnitt, bedeutete er doch den konsequenten Einstieg in die staatlich gelenkte Planwirtschaft. Die IHK wurde immer stärker in das politisch-ökonomische System der DDR eingebunden, so dass sie sich immer deutlicher von der Interessenvertretung der Privatwirtschaft zu einem verlängerten Arm von SED-Regierung und Planungsbehörden entwickelte. Über die neuen Aufgabenschwerpunkte heißt es im Protokoll einer IHK-Vorstandssitzung vom 7. Juli 1948 klipp und klar: „Aus der Tatsache, daß die volkseigenen Betriebe zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen ... des Zweijahresplanes 1949/50 für die sowjetische Zone in Zukunft ... straff geleitet werden, ergibt sich aus dem gleichen Grunde auch für die Privatindustrie die Notwendigkeit einer straffen Aufsicht und Lenkung. Dies soll Aufgabe der Kammer als öffentlich-rechtliche Organisation der Wirtschaft und als Organ der Landesregierung sein.“

Als zentrale Aufgaben der Kammer wurden unter anderem genannt:

- Sortimentsplanung
- Überwachung und Propagierung der Produktions- und Materialpläne
- laufende Ergänzung der Befundberichte sowie
- Organisation von Leistungswettbewerben unter den privaten Betrieben“^{.252}

Es hatte sich offenbar einiges geändert in der politischen Ausrichtung der IHK Land Brandenburg, seit einem zwei Jahre zuvor verfassten Bericht über Betriebsbesuche, in dem noch das Hohelied der Privatinitiative gesungen worden war. „Die Besichtigung dieser 3 von Treuhändern geleiteten Unternehmen [in Cottbus und Finsterwalde] bestätigte die wiederholt gemachte Feststellung, daß die treuhänderische Verwaltung es an der nötigen Initiative fehlen läßt, die bei Betrieben, deren Führung in Händen ihrer Inhaber liegt, selbstverständlich ist“ – so hatte es noch im Jahr 1947 geheißt.²⁵³ Nunmehr propagierte die IHK auch für die private Wirtschaft planwirtschaftliche Prinzipien.

Offiziell stand die Wirtschaftspolitik der SED zwar weiterhin unter der 1946 ausgegebenen Parole vom „Bündnis mit den Mittelschichten“. Tatsächlich nahmen aber innerhalb dieses „Bündnisses“ mit der Privatwirtschaft staatliche Kontrolle und Lenkung einen immer breiteren Raum ein. Die IHK sollte dabei weniger eine Vermittlungsinstanz zwischen Behörden und Wirtschaft sein als vielmehr Teil dieses Lenkungssystems.

Zur Durchsetzung des planwirtschaftlichen Kurses in der SBZ wurde im September 1948 zudem eine so genannte Wirtschaftsstrafverordnung erlassen, die bei Verstößen gegen die planwirtschaftliche Ordnung - etwa indem jemand die „Herstellung, Gewinnung, Verarbeitung... oder Lagerung von Rohstoffen oder Erzeugnissen ganz oder teilweise unterläßt oder fehlerhaft vornimmt [oder] ihrem bestimmungsgemäßen Gebrauch entzieht“ – sogar Zuchthaus und „Vermögenseinzug“ androhte.²⁵⁴ Diese Verordnung wurde in den Folgejahren wiederholt auch als politisches Sanktions- und Disziplinierungsmittel gegenüber Privatunternehmen eingesetzt.

Den nunmehr dominierenden Behördencharakter der Cottbuser IHK brachte Geschäftsstellenleiter Heinz Behrendt (SED) in einer Dienstanweisung vom Januar 1949 in aller Deutlichkeit zum Ausdruck.

„Es ist mir aufgefallen, daß einzelne Mitarbeiter bei allen Kleinigkeiten und Rückfragen sich selbst auf den Weg machen und die einzelnen Firmen aufsuchen... Wir sind eine Behörde und bei Behörden ist es nicht üblich, daß sich diese Behördenvertreter nun unbedingt auf den Weg machen, um Aufträge zu erledigen, sondern es steht dem nichts im Wege, sich die Firmen hierherzubestellen.“²⁵⁵

Zu jenem Zeitpunkt – Anfang 1949 – hatte die IHK Cottbus (Bezirksgeschäftsstelle) 1.846 beitragspflichtige Mitgliedsbetriebe. Davon waren 1.160 Groß- und Einzelhandelsgeschäfte, 203 Industriebetriebe, 284 Gaststätten und 199 Fuhrbetriebe (Stand März 1949). Im Januar 1949 hatte die Zahl der Mitgliedsbetriebe noch 2.084 betragen. Insbesondere aus politischen Gründen (Enteignungen, zum Teil erzwungene Geschäftsaufgaben) sank die Zahl der Privatbetriebe in der SBZ/DDR seit 1946 kontinuierlich ab. So fiel der Anteil privater Industriebetriebe an der Produktionsleistung der SBZ/DDR zwischen 1947 und 1952 von 43,7 Prozent auf 19,3 Prozent.²⁵⁶

Anfang 1949 hatte die IHK-Bezirksstelle Cottbus 19 Mitarbeiter, die laut Statistik im März jenes Jahres rund 1.500 Besucher empfingen. Die Dienststunden dauerten montags bis freitags von 7.30 Uhr bis 17.30 Uhr (mit 1 1/2 Std. Tischzeit) und sonnabends von 7.30 Uhr bis 13 Uhr.

Das Betriebsklima unter dem seit Juni 1947 amtierenden Chef Heinz Behrendt (SED) war vermutlich nicht das allerbeste. Behrendt sah es als seine wichtigste Aufgabe an, die Kammer „auf Kurs“ zu bringen und trat dabei überaus autoritär auf. Eine Auswahl aus seinen Dienstanweisungen gibt einen Eindruck vom damaligen Führungsstil: „Von der Hauptgeschäftsstelle werden immer höhere Kosten an Telefongebühren mit Recht beanstandet. ... Dringende Gespräche dürfen nur in Ausnahmefällen geführt werden... Die Notwendigkeit des Führens dringender Gespräche wird von mir stichprobenweise nachgeprüft werden“ (November 1947).

„In einer Anweisung für den Dienstbetrieb vom 21.7.1947 hatte ich bereits den unnötigen Aufenthalt in der Telefonzentrale untersagt. Wie ich des öfteren feststellen ... mußte, wurde diese Anweisung jedoch in keiner Weise befolgt. Aus diesem Grunde verbiete ich hiermit strikt jeden Aufenthalt in der Telefonzentrale und behalte mir vor, bei jedem Verstoß ... schärfstens vorzugehen. ... Ich verbitte mir ein für allemal, daß die Telefonzentrale zu einem halben Versammlungslokal wird“ (Februar 1948).²⁵⁷

Seiner Karriere war ein derart rauer Ton nicht abträglich, im Gegenteil. Behrendt brachte es noch zum Vizepräsidenten der IHK der DDR, zum Bevollmächtigten für den Innerdeutschen Handel (1958 – 1965) und zum stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft.

Aber auch bei einem Heinz Behrendt lief nicht immer alles nach Plan, und er musste zuweilen als kleinlauter Bittsteller auftreten. Protokoll der IHK-Vorstandssitzung in Potsdam vom September 1947: „Auf den Antrag des Bgf Heinz Behrendt (Cottbus), ... ihn bei der Beschaffung eines neuen Fahrzeugs als Ersatz für den ihm im Einsatz ... gestohlenen Kraftwagen ... zu unterstützen, bewilligt das Präsidium 1.500,- RM.“²⁵⁸

Mit Festigung der SED-Herrschaft und Durchsetzung eines staatlich gelenkten Wirtschaftssystems verstärkte sich auch die Einbindung der IHK in die politische Propaganda-Arbeit. So erging im August 1950 an alle Mitarbeiter der IHK-Bezirksgeschäftsstelle Cottbus die Aufforderung, an der Agitation für die im Oktober anstehenden Volkskammerwahlen mitzuwirken. „In den Aufklärungsgruppen, Friedenskomitees und Agitationsgruppen ist lebhaft mitzuarbeiten. Die Durchführung dieser Arbeit steht in Zukunft an erster Stelle.“²⁵⁹ Nicht nur für die Kammer selbst, auch für die Lausitzer Unternehmer wurde das Wahl-Engagement zum Prüfstein ihrer Staatstreue erklärt. „Die Mitgliedsbetriebe der Industrie-

und Handelskammer müssen durch ihre Tätigkeit an der Durchführung der kommenden Wahl beweisen, daß sie tatsächlich im Interesse der DDR arbeiten wollen und auch dafür eingestellt sind. Dies soll durch Ausgestaltung der Schaufenster und in den Betrieben zum Ausdruck gebracht werden.“²⁶⁰

Zeitweise blieb in der IHK für andere als politische Arbeit kaum mehr Zeit. So im Sommer 1951, als der „Ablauf der Dienstgeschäfte durch intensive Mitarbeit der Kammer bei der Vorbereitung der Weltjugendfestspiele [in Ost-Berlin] sowie durch die Aufgaben im Rahmen der Nationalen Front ... bestimmt [wurden]. Es wurden ... sämtliche Mitgliedsbetriebe ... von uns aufgesucht und für die Teilnahme der in den Betrieben beschäftigten Jugendlichen ... geworben.“²⁶¹

„Neuer Kurs“ - Förderung der Privatwirtschaft

Mitte Juli 1952 verkündete die SED den „Übergang zum Aufbau des Sozialismus“. Damit verbunden war eine verstärkte Förderung der ohnehin nach sowjetischem Muster bevorzugten Schwerindustrie. Für die bereits stark dezimierte Privatwirtschaft gab Walter Ulbricht, stellvertretender Ministerpräsident und starker Mann der DDR, gleichzeitig so etwas wie eine Bestandsgarantie ab. „Was die Mittelschicht betrifft, so haben wir ... nicht die Absicht, den Weg der Enteignung der kleinen Privatunternehmer zu beschreiten.“ Dies aber mit einer etwas eigentümlichen Begründung: Die DDR-Regierung sei nämlich „nicht gewillt, dem Staate unnötig die Last des Unterhalts dieser Schichten und die Funktionen, die sie gegenwärtig [!] in der gesellschaftlichen Produktion ausüben, aufzubürden“.²⁶²

Versorgungsengpässe und Normerhöhungen führten im Frühjahr 1953 allerdings zu wachsender Unruhe in der DDR-Bevölkerung und einem Anschwellen der Fluchtbewegung. Die Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen brach sich am 16./17. Juni 1953 in einem Volksaufstand Bahn, der vom sowjetischen Militär mit Panzern niedergeschlagen wurde.

Nicht zuletzt auf Druck von Moskau entschloss sich die SED-Führung in dieser Krisensituation von 1953 zu Lockerungen in ihrer Wirtschaftspolitik. Im Rahmen des „Neuen Kurses“ sollte der Ausbau der Schwerindustrie verlangsamt, dafür die Leicht- und Konsumgüterindustrie gestärkt werden. Bei zahlreichen Konsumwaren wurden Preissenkungen verfügt.

Für die private Wirtschaft bedeutete dies eine – vorübergehende – Milderung des staatlichen Drucks und die Ausweitung ihres ökonomischen Spielraums. In den beiden folgenden Jahren ging denn auch die Zahl der Betriebsaufgaben im privaten Sektor (aufgrund von Enteignungen, Geschäftsaufgaben etc.) auf 192 (1954) sowie 266 (1955) zurück. In den Jahren 1952 und 1953 hatte der Rückgang in der gesamten DDR noch 695 respektive 2.513 Unternehmen betragen.²⁶³

Die teils repressiven, politisch motivierten Steuersätze für private Fabriken und Geschäfte (unter anderem Einkommensteuer) wurden gesenkt, die Kreditaufnahme wurde erleichtert sowie die Rohstoffzuteilung für die Privatwirtschaft erhöht. Auch die staatliche Preisüberwachung wurde gelockert.

Industrie- und Handelskammer der DDR

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem „Neuen Kurs“ wurde auch der IHK von der SED-Führung wieder ein höherer Stellenwert zugemessen, nachdem ein Ministerratsbeschluss vom März 1953 sie bereits faktisch für überflüssig erklärt hatte. Damals hatte es noch geheißen: Die „Aufgaben, die den Industrie- und Handelskammern nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus übertragen wurden, [sind] gelöst oder auf die örtlichen Organe des Staatsapparates oder auf Ministerien ... übergegangen.“²⁶⁴ Nun aber – nach dem 17. Juni und der Verkündung des „Neuen Kurses“ – brauchte man dringend die Produktionsstärke der privaten Wirtschaft und auch wieder die IHK als Vermittlungsinstanz.

Deren Organisationsstruktur wurde zugleich stark verändert. Durch Regierungsbeschluss vom 6.8. 1953 wurde die „Industrie- und Handelskammer der DDR“ als zentrale Organisation mit Sitz in Berlin eingerichtet. Sie stand unter Aufsicht der Regierung, konkret des Staatssekretariats für Örtliche Wirtschaft. Mit diesem Gremium wurde im November 1953 übrigens erstmals eine zentrale staatliche Institution zur Lenkung und Kontrolle der privaten Wirtschaft in der DDR gebildet. Ihr Chef war Karl Kasten (SED). Die unmittelbare Dienstaufsicht über die IHK lag beim Abteilungsleiter Private Wirtschaft, Richard Buchhorn. Der Vorstand der IHK setzte sich aus je 15 Vertretern des Staates, des Gewerkschaftsbundes (FDGB) und der privaten Wirtschaft zusammen. Zum ersten Präsidenten wurde Erich Wächter (CDU) ernannt. Dem Vorstand gehörte auch der Tuchfabrikant Hermann Fritsche aus Cottbus an.

In den 1952 in der DDR an Stelle der traditionellen Länder neu geschaffenen 14 Bezirken (plus Ost-Berlin) wurden jeweils Bezirksdirektionen eingerichtet, so auch in Cottbus, wo sie im Gebäude an der Sandower Brücke unter der Leitung von Georg Schramke residierte. Damit wurden auch die Kammern in den verstärkten Zentralismus der DDR einbezogen.²⁶⁵ In ihrem Gründungsjahr umfasste die IHK der DDR insgesamt rund 190.000 kammerzugehörige Unternehmen. Deren Zahl verringerte sich bis 1958 auf etwa 136.000. Verursacht wurde der starke Rückgang insbesondere durch Verstaatlichungen, mehr oder minder freiwillige Geschäftsaufgabe und Flucht in den Westen. Im Bezirk Cottbus wurden Anfang 1954 rund 7.100 Mitgliedsfirmen gezählt.²⁶⁶ Die Eröffnungsansprache zur offiziellen Gründung der IHK der DDR im Dezember 1953 hielt übrigens der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Kurt Opitz. Das passte zur Stellung und Funktion der IHK der DDR sowie der 15 Bezirksdirektionen. Wie ihre Vorgänger-Organisationen auf Landesebene hatten sie für die möglichst effektive Einbindung der privaten Wirtschaft in die zentral gesteuerte Planwirtschaft zu sorgen. Ihr Aufgabenkatalog umfasste folgende Kernpunkte:

„Beratung der Staatsorgane durch Vorschläge, Gutachten u.ä. in Fragen
- der Materialversorgung
- der Finanzwirtschaft
- der Eröffnung, Verlegung und Schließung von Privat-Unternehmen.“

Auf der anderen Seite zählten dazu die Beratung der privaten Wirtschaft bei

„- Realisierung der volkswirtschaftlichen Anforderungen
- Vertragsangelegenheiten und anderen Rechtsfragen
- Berufsausbildung
- Vorbereitung von Ausstellungen und Messen.“²⁶⁷



IHK-Sitzung um 1959

Zur Erfüllung dieser Aufgaben setzten die Zentrale und die einzelnen Bezirksdirektionen unter anderem Fachausschüsse und Verbindungsmänner ein. Letztere waren zumeist private Einzelhändler und Gastwirte mit „positiver Grundhaltung“ zu Regierung und Staat, die im persönlichen Kontakt zu den Firmeneinhabern für die Wirtschaftspolitik der SED Reklame machten. Als DDR-weite Mitgliederzeitschrift wurde zwischen 1955 und 1972 monatlich „Die private Wirtschaft. Organ der Industrie- und Handelskammer der DDR“ herausgegeben.

Zentralen Stellenwert hatte die Lenkungs- und Kontrollfunktion der IHK-Bezirksdirektionen. Im industriellen Bereich ging das so weit, dass von der IHK in Cottbus auch „Planvorschläge“ erarbeitet wurden, sie also direkt an den Planvorgaben für die Betriebe beteiligt war. Ab Januar 1955 waren sie zudem alleinverantwortlich für die Berichterstattung über den Stand der Planerfüllung an die zuständigen Ministerien.²⁶⁸

Die Verbesserung der Warenversorgung war wie erwähnt nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wichtigstes Ziel der DDR-Wirtschaftspolitik. Auf dem IV. SED-Parteitag forderte Ulbricht in diesem Bereich eine Übererfüllung des Plans im Volumen von einer Milliarde Mark.²⁶⁹ Dazu sollte die private Wirtschaft einen bedeutenden Teil beitragen. IHK-Vizepräsident Heinz Behrendt – bis 1949 IHK-Präsident in Cottbus – brachte im Mai 1954 die Aufgaben der Industrie- und Handelskammern auf eine knappe Formel: „Zwei Aufgaben sind es, die zu lösen sind: einmal die Einbeziehung der privaten Wirtschaft in den nationalen Kampf gegen EVG [Europäische Verteidigungsgemeinschaft] ²⁷⁰ und Militarismus, zweitens, den Kampf um die Milliarde zu gewinnen.“²⁷¹ In seltener Klarheit ist hier die politisch-ideologische und wirtschaftlich-treibende Doppelfunktion der IHK zum Ausdruck gebracht.

„Staatliche Beteiligung“ und „Kommissionshandel“

Die 1956 von der SED ausgerufene Kampagne für „staatliche Beteiligungen“ und „Kommissionshandel“ bedeutete für die Kammern der DDR eine besondere Bewährungsprobe. Im Juli 1956 verabschiedete der DDR-Ministerrat ein Gesetz über die Errichtung von „Betrieben mit staatlicher Beteiligung“. Damit war für den Staat die Möglichkeit geschaffen, durch Kapitalbeteiligung an privaten Unternehmen diese enger in das planwirtschaftliche System einzubinden und stärkerer Einflussnahme zu unterwerfen. Die Eigentümer wurden zu persönlich haftenden Gesellschaftern („Komplementäre“). Die landläufige Bezeichnung „halbstaatliche Betriebe“ ist inkorrekt, da der Staatsanteil keineswegs immer 50 Prozent betrug, sondern von wenigen Prozent bis über 90 Prozent reichen konnte. Als die gängige Bezeichnung wird sie im Folgenden dennoch benutzt.

Die Werbung unter den Privatunternehmern für die Aufnahme staatlicher Beteiligungen wurde in den folgenden Jahren zu einer der Hauptaufgaben der IHK-Bezirksdirektionen in der gesamten DDR. Wohlgermerkt trug die IHK damit zu ihrer eigenen Marginalisierung bei, da alle halbstaatlichen Betriebe unabhängig von der Höhe des staatlichen Kapitalanteils aus der IHK ausschieden.

Für nicht wenige Privatunternehmer hatte eine staatliche Beteiligung durchaus positive Wirkungen. Mit dem zusätzlichen Kapital konnten zum Beispiel moderne Maschinen angeschafft und die Produktpalette erweitert werden. In den halbstaatlichen Betrieben durften mehrere Familienmitglieder angestellt werden, was bis dahin aus arbeits- und steuerrechtlichen Gründen untersagt war. Zudem unterlagen Komplementäre einer geringeren Besteuerung, so dass sie mitunter ein beachtliches Einkommen erzielten, das weit über dem Durchschnitt der DDR-Bevölkerung lag.



Ab 1956 warb die IHK für den „Kommissionshandel“. Einzelhändler schlossen mit der staatlichen Handelsorganisation (HO) Lieferverträge

Es gab allerdings zahlreiche Firmeninhaber, die keinerlei Interesse an einer staatlichen Beteiligung zeigten; entweder, weil sie keine zusätzlichen Finanzmittel benötigten, oder weil sie die Hereinnahme des Staates aus politischen Gründen ablehnten. Ein Firmeninhaber äußerte sich dazu Ende 1956 auf einer IHK-Versammlung ganz unverhohlen: „Wenn ich die Absicht habe, die Kapazität meines Betriebes zu erweitern, dann kann ich das aus eigener Kraft. Die staatliche Beteiligung bedeutet nichts anderes als kalte Enteignung.“²⁷² Derlei Widerstände in der Privatwirtschaft zu überwinden, bildete fortan eine der Hauptaktivitäten der IHK-Geschäftsstellen, auch der Cottbuser. Diese richtete ihr Augenmerk insbesondere auf die mittelständischen Textilbetriebe ihres Bezirks. Die Werbekampagne zeigte – mit einer Mischung aus Versprechungen und Druck – durchaus Erfolge. Bis Ende 1960 waren in der DDR im industriellen Sektor bereits rund 4.450 Privatunternehmen in halbstaatliche Betriebe umgewandelt. Ihre Zahl wuchs bis zum Jahr 1971 auf über 5.650.²⁷³

Was die „staatliche Beteiligung“ in der Industrie bedeutete, war der „Kommissionshandel“ für Einzelhändler und Gastwirte. Auch dieses Modell staatlicher Teilhabe wurde 1956 eingeführt. Private Händler und Gastwirte wurden veranlasst, mit der staatlichen Handelsorganisation HO und der Konsumgenossenschaft Abnahme- und Lieferverträge zu schließen. Die Kommissionshändler blieben selbstständige Eigentümer ihrer Geschäfte, verpflichteten sich aber vertraglich, ihre Waren vom staatlichen Großhandel zu beziehen. Für den Verkauf erhielten sie eine gestaffelte Provision. Diese konnte bei entsprechendem Umsatz recht hoch ausfallen, so dass nicht wenige Kommissionshändler – ähnlich wie Komplementäre halbstaatlicher Betriebe – ein weit überdurchschnittliches Einkommen erzielten.



Einzelhändler und Gastwirte bildeten nach 1960 die größte Mitgliedergruppe der IHK. Cottbuser Drogist und Kunde, Ende der 60er Jahre

Im Unterschied zu den halbstaatlichen Betrieben blieben die Kommissionshändler Mitglieder der IHK. Zu den Hauptaufgaben der Kammer gehörte es fortan zum einen, die Händler ihres Bezirkes für den

Abschluss eines Kommissionsvertrages zu gewinnen; zum anderen, die Kommissionshändler und -gastwirte im „Kampf“ um Waren- und Materialzuteilungen zu unterstützen – so weit es in ihren Kräften stand.

Das war für die Mitarbeiter der IHK ein mühsames, Zeit und Kräfte raubendes Unterfangen. Aus einem Bericht der IHK-Bezirksdirektion Cottbus über eine Versammlung mit Einzelhändlern vom Oktober 1963: „Verständlicherweise nahmen ... Fragen der Versorgung der Bevölkerung und die damit in Zusammenhang stehende Warenbereitstellung einen sehr breiten Raum ein. Fast ausnahmslos standen die [staatlichen] Großhandelsgesellschaften im Blickpunkt der öffentlichen Kritik deswegen, weil die Belieferung der Einzelhandelsgeschäfte und Gaststättenbetriebe nicht immer kontinuierlich erfolgt und teilweise Waren ausgeliefert werden, die ... nicht bestellt worden sind.“²⁷⁴ Ein anderes Stimmungsbild der IHK aus dem Herbst 1963: „In fast allen Versammlungen wird eine harte Kritik an der Arbeitsweise der Großhandelsgesellschaften [GHG] geübt. ... Auch mit dem Umgangston mancher Mitarbeiter [der] GHG ist man nicht einverstanden. In dieser Hinsicht wird viel Klage über den Kollegen Zapf von der GHG (L) des Kreises Luckau geführt. So äußerte er sich bei Anforderung von Waren durch den Einzelhändler: `Mir ist es egal, ob die Gaststätte oder das Geschäft zugemacht wird.`“²⁷⁵

Immer wieder musste die IHK Cottbus feststellen, dass die Kooperation mit der staatlichen Handelsorganisation (HO) stark zu wünschen ließ. Ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse – zumindest für die ersten Jahre – warf ein IHK-Bericht vom November 1962 aus Weißwasser (damals noch zum Bezirk Cottbus gehörig): Dort „häuften sich in der letzten Zeit die Beschwerden der Kommissionshändler über die schlechte Zusammenarbeit mit der HO. Aus diesem Grunde wurde eine Aussprache ... organisiert. Als Vertreter der HO erschien zu dieser wichtigen Aussprache der stellv. Hauptbuchhalter. ... Durch die völlig ungenügende Kenntnis der Verordnungen und Anordnungen über Kommissionshandel konnte der stellv. Hauptbuchhalter ... keine Entscheidungen treffen und die Beratung war dadurch mehr oder weniger erfolglos“.²⁷⁶

Hier war natürlich die IHK gefordert, die gegenüber einer staatlichen Einrichtung wie der HO aber nur wenige Einflussmöglichkeiten hatte, um Abhilfe zu schaffen. Beharrliches Hinweisen auf Schwachstellen und Verhandlungsgeschick – viel mehr stand ihr nicht zur Verfügung.

Das „Kohle- und Energieprogramm“ – Beispiel einer künstlichen Industrialisierung

Im März 1957 beschloss die Regierung der DDR das „Kohle- und Energieprogramm“, das eine beträchtliche Steigerung der Kohlenförderung und Energiekapazitäten binnen weniger Jahre vorsah. Hintergrund dieser Entscheidung waren schwerwiegende Engpässe bei der Energieversorgung – verursacht durch Lieferausfälle aus Polen und der Sowjetunion –, die 1956 in der ganzen DDR zu Produktionsausfällen geführt hatten.²⁷⁷ Der Lausitz als traditionellem Braunkohlenrevier sollte bei der Umsetzung des Programms eine Schlüsselrolle zukommen.

Es war ein so aufwendiges wie ehrgeiziges Projekt, das für die wirtschaftliche und soziale Struktur der Niederlausitz tiefgreifende Veränderungen bewirken sollte. Deren Folgen sind in der Region auch mehr als zehn Jahre nach dem Untergang der DDR noch spürbar. Zentrale Vorhaben innerhalb des Kohle- und Energieprogramms waren die Errichtung des Braunkohlenkombinats „Schwarze Pumpe“ bei Spremberg/Hoyerswerda (1955 – 1966) – eines der größten Industrieprojekte der DDR – sowie die Kohlekraftwerke in Trattendorf (Neubau 1954 – 1959), Lübbenau (1957 – 1964) und Vetschau (1960 – 1967). Gleichzeitig begann der Neuaufschluss zahlreicher Tagebaue, so dass die Produktionsmengen stark anstiegen.

Insgesamt löste das Kohle- und Energieprogramm in der Lausitz einen enormen Investitionsschub aus, mit dem die Produktionskapazitäten stark erhöht wurden. Dementsprechend stieg die Zahl der im Bergbau Beschäftigten im Cottbuser Raum zwischen 1956 und 1960 von 40.300 auf 47.700. Die meisten Städte der Region verzeichneten ab Mitte der 50er Jahre ein deutliches Bevölkerungswachstum (eine Ausnahme bildete Forst). Besonders stark war der Anstieg in Hoyerswerda von 9.600 (1956) auf 43.990 (1965). In Cottbus wuchs die Einwohnerzahl zwischen 1955 und 1965 von 64 500 auf 75.500 (1965), in Senftenberg von 19.900 auf 24.500.²⁷⁸ Die forcierte Industrialisierung der Lausitz ab Mitte der 50er Jahre ist auch vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zu sehen. Die DDR wurde ökonomisch immer fester in den sowjetisch beherrschten Block eingegliedert. Hinzu kamen verstärkte Autarkiebestrebungen nicht zuletzt auf dem Energiesektor.²⁷⁹

Das Thema „Kaderarbeit“ hatte in der IHK-Bezirksdirektion Cottbus stets einen hohen Stellenwert – wie generell in Politik und Gesellschaft der DDR. Die Berliner IHK-Zentrale, der Rat des Bezirkes und die zuständigen Regierungsstellen achteten streng darauf, dass die Leitungsebenen mit politisch genehmen – im SED-Jargon „fortschrittlichen“ – Leuten besetzt wurden. 1955 hatte die Bezirksdirektion Cottbus 49 Mitarbeiter. Davon gehörten 13 der SED an, drei der CDU, drei der LDPD. Ein Beschäftigter war NDPD-Mitglied. Neben der fachlichen Eignung war die politische Einstellung ein entscheidendes Kriterium für die Übernahme bestimmter Aufgaben. So ersuchte etwa die Kaderabteilung der IHK der DDR mit Schreiben vom 30.12.1955 die Bezirksdirektion Cottbus um Auskunft, „ob die genannten Kollegen die politische und fachliche Qualifikation besitzen, um die verantwortliche Tätigkeit im [Leipziger] Messebüro zu übernehmen.“²⁸⁰

Dass die IHK-Mitarbeiter in einem politisch sensiblen Bereich arbeiteten, zeigte sich auch an den Beschränkungen, denen sie unterworfen waren. Eine Anordnung der IHK-Zentrale vom Dezember 1957 untersagte ihnen etwa „Privatreisen in das Gebiet der NATO-Staaten (USA, BRD usw.)“. Ausnahmegenehmigungen wurden nur bei Todesfällen oder schweren Erkrankungen im engsten Verwandtenkreis erteilt.

„Transmissionsriemen“ der SED – Kammerarbeit nach 1960

Vor allem infolge der staatlichen Beteiligungen ging die Zahl der kammerzugehörigen Privatbetriebe langsam, aber stetig zurück. Die IHK Cottbus hatte 1961 noch 3.839 Mitglieder, davon 1.034 Gaststätten, 546 Einzelhändler, 747 Fuhrbetriebe, 150 Industrieunternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten sowie rund 200 Steuerberater und Schausteller.²⁸¹

Chef der IHK-Bezirksdirektion Cottbus war zu jener Zeit Günther Konietzky, der das Amt 1960 von Hans-Joachim Heusinger übernommen hatte. Dieser wurde 1961 Volkskammerabgeordneter und 1972 Justizminister der DDR. Wie sein Vorgänger gehörte auch Konietzky der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD) an. Übrigens war die Leitung der IHKn in der DDR unter den einzelnen Blockparteien fest aufgeteilt. Zwei Bezirksdirektionen – Cottbus und Rostock – wurden stets von LDPD-Leuten geführt. Neun Leitungsposten beanspruchte die SED für sich. Je zwei waren der CDU (Frankfurt/Oder sowie Suhl) und der NDPD (Potsdam, Leipzig) vorbehalten. Allerdings stellte die SED in den Bezirken, deren IHK-Chef einer anderen Partei angehörte, stets dessen Stellvertreter, wodurch die politische Kontrolle gewährleistet blieb.²⁸²

Die Cottbuser Bezirksdirektion an der Sandower Brücke hatte um 1961 rund 50 Mitarbeiter. Neben der Zentrale bestanden Anfang der 60er Jahre sechs Kreisgeschäftsstellen für Cottbus-Stadt, Spremberg, Senftenberg, Finsterwalde, Forst und Herzberg.

Ihren Finanzbedarf bestritt die IHK Cottbus ausschließlich mit den Beiträgen der Mitgliedsfirmen. Ende der 50er Jahre hatte der Rat des Bezirkes einmal einen Zuschuss von einigen tausend Mark gewährt, der in den folgenden Jahren wieder zurückgezahlt wurde. Die Umlage wurde gestaffelt nach dem Umsatz erhoben. Ab Anfang der 60er Jahre betrug sie – bei einem Grundbetrag von 24 Mark im Jahr – zwischen 0,5 und drei Promille vom Umsatz bei der Industrie; bis 1,5 Promille für Fuhrbetriebe. Kommissionshändler und Gastwirte hatten zwischen vier und sieben Promille der Bruttoprovision zu entrichten.

Viel kam bei diesen Umlagesätzen nicht in die Kasse, zumal die Zahl der Mitglieder kontinuierlich sank. Sparsamkeit war darum oberstes Gebot in der Kammerarbeit, nicht nur was Materialverbrauch und Fahrtkosten betraf. So verzichtete man in Cottbus etwa auf die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes. Der Jahresetat der Bezirksdirektion betrug denn auch seit Beginn der 60er Jahre nicht mehr als rund 350.000 Mark. In etwa parallel mit der Zahl der Mitgliedsfirmen ging auch die der Mitarbeiter in der IHK Cottbus zurück, so dass sie sich zwischen 1960 und 1971 von rund 50 auf 19 nahezu drittelte. Im selben Zeitraum sank die Zahl der kammerzugehörigen Privatfirmen auf etwa 3.200. Bemerkenswert ist, dass es für alle IHK-Mitarbeiter in der DDR einen gesonderten Tarifvertrag gab, der sie finanziell schlechter stellte als Angehörige staatlicher Betriebe oder Behörden in vergleichbaren Positionen. Nicht zuletzt das DDR-notorische Prämienwesen war in der IHK ungünstiger geregelt. Unter diesen Umständen fiel es der Leitung oft schwer, besonders qualifiziertes Personal für die IHK zu finden.²⁸³

Unterstellt war die IHK dem Wirtschaftsrat beim Rat des Bezirkes Cottbus, ab Anfang der 70er Jahre der dortigen Abteilung Handel und Versorgung, dessen stellvertretender Leiter unmittelbarer Vorgesetzter des IHK-Direktors war. Nach Aussage des damaligen Direktors Günther Konietzky ließ der SED-dominierte Rat des Bezirkes die IHK Cottbus jedoch zumeist an der „langen Leine“. Persönliche Kontakte zu Vertretern der Staats- und Bezirksmacht hätten ein Übriges getan, um manches Problem, etwa

bei der Warenzuteilung im Sinne der privaten Händler zu lösen.²⁸⁴ In vielen Bezirken sei das anders gewesen, so die Einschätzung des damaligen IHK-Direktors. Dort sei die politische und ökonomische Einflussnahme der SED zumeist strenger gehandhabt worden.

Was waren nun die Aufgaben der IHK, oder anders gefragt, welche Aufgaben waren der Kammer noch verblieben in einer zentral verwalteten Planwirtschaft und vor dem Hintergrund einer ständig schrumpfenden Klientel?

Immer noch war die IHK eine Interessenvertretung der privaten Wirtschaft. Doch auf wirtschaftspolitische Entscheidungen hatte sie faktisch keinerlei Einfluss. Die wurden andernorts getroffen und mussten von der Kammer ihren Mitgliedern vermittelt werden.

Eine wichtige Aufgabe der IHK bestand in der Unterstützung der Privatwirtschaft im Verteilungskampf um Waren, Rohstoffe, Brennmaterial oder Fahrzeuge. Vor allem bei der „Verwaltung des Mangels“ fungierte die Kammer somit als Anwalt ihrer Mitglieder.

Gab es beispielsweise Südfrüchte oder andere Mangelwaren zu verteilen, bemühte sich die Kammer darum, dass auch die Kommissionshändler im Bezirk Cottbus ausreichend mit den begehrten und umsatzfördernden Produkten beliefert wurden. Entsprechende Gespräche wurden in der regelmäßig tagenden Versorgungskommission des Bezirks geführt, deren ständiges Mitglied auch der IHK-Direktor war. Trotz aller Schwierigkeiten konnte die IHK dabei immer wieder kleinere oder größere Erfolge erzielen.

Im März 1963 berichtete die Kreisgeschäftsstelle Finsterwalde nach Cottbus: „Über die schwerpunktmäßige Verteilung der Bekleidungsstücke für die Jugendweihe wird Einspruch erhoben. Als krasses Beispiel wird angeführt, daß zwar Herr Elfes in Doberlug-Kirchhain den Verkauf der Anzüge hat, jedoch der Verkauf der Hemden und Lincoln-Schleifen in einem anderen Geschäft erfolgen muß.“²⁸⁵ Es ist nicht bekannt, ob hier die Kammer für Abhilfe sorgen konnte.

Im folgenden Fall schon: Im Februar 1967 schrieb die IHK-Bezirksdirektion an die Kreisgeschäftsstelle Finsterwalde: „Zur uns am 10.1.1967 übersandten Eingabe des Herrn Hilscher teilen wir Ihnen mit, daß durch die Aussprache in Cottbus, die am 1.2.1967 mit allen Kreisverteilern für Verpackungsmaterial ... stattfand, die aufgeworfenen Fragen behandelt wurden. Nach Rücksprache mit dem Versorgungskontor Papier und Graphischer Bedarf in Dresden konnte erreicht werden, daß Herr Hilscher für das I. Quartal 1967 eine Nachplanung in Tüten aller Sorten erhalten hat. ... Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die Versorgungslage in Tüten und Beuteln sehr angespannt ist und man weitgehend auf Ersatzbeutel aus Polyäthylen ausweichen muß.“²⁸⁶

Im Halbjahresbericht I/1967 heißt es: „Fa. Gerh. Koppel, Werben. Schlechte Belieferung durch die GHG und nicht gerechte Aufteilung von kontingentierten Waren durch die KG [Konsumgenossenschaft] Burg-Kolkwitz als Vertragspartner. Diese Fragen wurden in einer [persönlichen] Aussprache bei Herrn Koppel mit der KG und der Abt. H.u.V. [Handel und Versorgung] des Rates des Kreises Cottbus geklärt.“ Ein anderes Beispiel aus demselben Jahr: „Schlechte Belieferung der Gaststätte in Jehserig durch das GHG/L. Diese Fragen wurden mit der GHG durch die Kolln. Lünskens geklärt. Teilweise konnte keine vollständige Belieferung erfolgen, da bestimmte Sortimente (Pfefferminzlikör, Tabak `Columbus Silber') nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren.“²⁸⁷

Auch um die Verteilung („Zuweisung“) von neuen Lkw für die privaten Fuhrunternehmer kümmerte sich die IHK. So führte sie etwa im Jahr 1970 einen regen Schriftwechsel mit interessierten Firmen und den Behörden, als es um mehrere heißbegehrte Lkw vom Typ W50 ging.²⁸⁸

Und wenn mal zur Abwechslung eine Ware reichlich zur Verfügung stand, war die Kammer ebenfalls gefordert, um den Warenfluss sicherzustellen. So wurden im Sommer 1966 größere Mengen Fisch in die Lausitz geliefert, was die IHK-Bezirksdirektion zu folgendem Rundschreiben an die Kreisgeschäftsstellen veranlasste: „Vom Rat des Bezirkes wurde das Fischprogramm für das Jahr 1966 erarbeitet, welches auch einige Punkte enthält, für deren Durchführung wir als IHK verantwortlich gemacht werden... Es sind alle erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Fisch-Spezialverkaufsstellen nicht durch Urlaub, Krankheit usw. geschlossen werden. Auch auf die Spezialverkaufsstellen des privaten Einzelhandels ist Einfluß zu nehmen, um eine Schließung zu vermeiden... Es ist zu sichern, daß in den Speisegaststätten ständig mehrere Fischgerichte angeboten werden. In den Speisegaststätten ist ein Rohstoffeinsatz von 200 g Fisch auf 1 kg Fleisch durchzusetzen.“²⁸⁹

Auch bei der geplanten Neueröffnung eines HO- oder Konsumgeschäfts meldete sich die IHK manchmal zu Wort, wenn nämlich abzusehen war, dass ein privates Geschäft in der Nähe dadurch in seiner Existenz gefährdet würde. Und in einigen Fällen hatten diese IHK-Einsprüche gegen staatliche Konkurrenz sogar Erfolg.²⁹⁰

Was ihre innere Struktur betraf, so war die IHK in der DDR keine demokratisch verfasste Institution. Der Direktor wurde vom Rat des Bezirkes ernannt. Seine direkten Vorgesetzten saßen im dort angesiedelten Wirtschaftsrat bzw. später in der Abt. Handel und Versorgung. Wahlen fanden nicht statt. Als „Ersatz“ für eine Vollversammlung war bei den IHK-Bezirksdirektionen ein so genannter Beirat gebildet worden, der aus je fünf Vertretern der Staatsmacht, der privaten Wirtschaft und des Gewerkschaftsbundes (FDGB) zusammengesetzt war, allerdings kaum über Entscheidungskompetenzen verfügte. In den 60er Jahren fanden Beiratssitzungen noch drei bis vier Mal im Jahr statt. Doch der damalige IHK-Direktor Konietzky sah in den unergiebigsten Sitzungen bald keinen Sinn mehr und berief ab 1970 den Beirat nicht mehr ein, ohne dass er von irgend jemandem vermisst worden wäre.²⁹¹

Sehr breiten Raum beanspruchte die politische Arbeit der IHK, also die Propagierung der wirtschaftspolitischen Vorgaben der Partei- und Staatsführung bei ihren Mitgliedsfirmen. Als Verbindungsglied zwischen Staatsmacht und privater Wirtschaft hatte die IHK für die Übernahme staatlicher Beteiligungen und den Abschluss von Kommissionsverträgen ebenso zu werben wie für die Teilnahme an diversen Wettbewerben.²⁹² Vielfach geschah dies in Form direkter Firmenbesuche von Kammermitarbeitern. Im März 1963 berichtete die IHK Cottbus: „Daß viele der uns angeschlossenen Mitgliedsbetriebe den Ruf der Zeit erkannt und verstanden haben, dafür den Beweis: 1961 beteiligten sich nur 41,6 Prozent der Betriebe der privaten Industrie am Wettbewerb der Industrie- und Handelskammer, 1962 waren es bereits 81,9 Prozent. Der Wettbewerb 1962 erbrachte zusätzlich 2,64 Millionen DM an Konsumgütern, Dienstleistungen u.a. Der Volkswirtschaftsplan 1962 der privaten Wirtschaft ist mit 100,3 Prozent erfüllt worden.“²⁹³

Nicht immer stießen die IHK-Mitarbeiter bei ihrer Propaganda-Arbeit auf Gegenliebe. So schrieb die damalige Kreisgeschäftsstelle Herzberg im Juni 1964 an die Cottbuser Zentrale: „Die Inhaberin [eines Schreibwarengeschäfts in Herzberg] begründet die Ablehnung damit, daß sie von einem Wettbewerb nichts wissen will, da der Staat von ihr zu viel Steuern verlange.“²⁹⁴ Der Unmut dieser Geschäftsfrau – den sie mit vielen Privatunternehmern teilte – erscheint durchaus berechtigt. Tatsächlich unterlag die Privatwirtschaft in der DDR einer hohen Besteuerung, welche die Erträge schmälerte und beispielsweise Rücklagen für Investitionen erschwerte. Die Steuersätze wurden immer wieder verändert. Ihre Höhe hing nicht zuletzt davon ab, welchen Stellenwert die Privatwirtschaft gerade im politischen Konzept der SED einnahm, gemäß der Äußerung aus dem Jahr 1948 von Alfred Lemnitz, einem führenden SED-Ökonomen: „Steuerfragen sind Fragen des Klassenkampfes und nicht der ewigen Gerechtigkeit.“²⁹⁵

Insgesamt aber erzielten zahlreiche Privatunternehmer trotz hoher Steuerlast über dem DDR-Durchschnitt liegende Einkommen.

Breiten Raum in der Kammerarbeit nahm die politisch-ideologische Einflussnahme auf die privaten Firmeninhaber ein. Propaganda für die SED-Wirtschaftspolitik auf Unternehmensversammlungen und bei Firmenbesuchen band immer wieder einen Großteil der Kräfte einer IHK-Bezirksdirektion. Dazu gehörte auch die Abfassung von Stimmungsberichten aus dem Kammerbezirk.

In der IHK-„Jahresanalyse“ für 1961 heißt es: „Unsere Hauptaufgabe war es ..., das alte bürgerliche Gedankengut in den Köpfen dieser Schichten durch eine sozialistische Denkweise zu verändern. Neben der ständigen ideologischen Arbeit wurden besonders die nationalen gesellschaftlichen Höhepunkte genutzt, um ihnen die Problematik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nahezubringen....“²⁹⁶

„Bei der Firma Ahrens in Fermerswalde mußten wir feststellen, daß Herr Ahrens sich nicht ganz klar über das Ziel unserer Politik ist und es macht immer große Schwierigkeiten, ihm die politischen-ideologischen Probleme zu erläutern. ... Wir sehen hier auch die Entwicklung des Betriebes, die nicht mehr dem heutigen Stand entspricht und eine rückläufige Entwicklung zeigt. Auch die Einstellung der Werk-tätigen in diesem Betrieb ist keine besonders gute und die Arbeitsmoral und Disziplin zeigen große Mängel.“²⁹⁷

Im Oktober 1963 berichtete die IHK Cottbus: „Zu den politischen Gegenwartsfragen wurde ... immer wieder das Argument vorgebracht: 'Warum können westdeutsche Bürger ... ihre Angehörigen in der DDR besuchen, wogegen die Bürger unserer Republik gegenwärtig keine Möglichkeiten [zu Besuchen in Westdeutschland] haben...' Wir schätzen ein, ... daß gerade diese Frage einen großen Teil unserer Bürger weiterhin interessieren wird, und darauf auch in der Zukunft in unserer Arbeit besonderer Wert gelegt werden muß.“²⁹⁸

Mit Blick auf eine bevorstehende Volkskammerwahl gab die IHK-Bezirksdirektion an die Kreisgeschäftsstellen folgende Direktive heraus: „... wir [haben] im Monat August 1965 verstärkt Versammlungen mit den uns angeschlossenen Schichten durchzuführen... Aufgabe und Ziel aller Kreisgeschäftsstellen muß sein, alle Betriebe zu erfassen und mit jedem Inhaber das große politische Gespräch zu führen.“²⁹⁹ Nach dem „großen politischen Gespräch“ stand jedoch längst nicht allen Privatunternehmern der Sinn. „Bei unseren Betriebsbesuchen versuchen sie ..., klaren Stellungnahmen auszuweichen und die Diskussion auf das polit-ökonomische Gebiet allein abzulenken. ... z.B. Herr Rautschke ist zwar im ADMV [Allgemeiner Deutscher Motorsport-Verband] aktiv tätig und auch Luftschutzbeauftragter seines Betriebs, jedoch kann nicht gerade gesagt werden, daß dadurch die Bewußtseinsbildung wesentlich beeinflußt wurde. Bei Diskussionen steht eben immer noch im Vordergrund das Problem, gebt uns mehr Glas im gewünschten Sortiment und mehr Arbeitskräfte, dann erfüllen wir eure Auflagen und das ist für mich das wichtigste Problem.“ So eine Klage der IHK-Geschäftsstelle Spremberg vom Juli 1964.³⁰⁰

Ein zentraler Punkt in der Kammerarbeit waren Vorbereitung und Abhaltung von Mitgliederversammlungen. Neben den Firmenbesuchen bildeten diese Versammlungen das wichtigste Instrument, um bei den Privatunternehmern politische Überzeugungsarbeit zu leisten, nicht zuletzt auch, um sie über neue Gesetze und Verordnungen zu informieren. Wie erwähnt, gab es zu jener Zeit bei der IHK Cottbus kein eigenes Mitteilungsblatt. Die Berliner IHK-Zentrale veröffentlichte bis 1972 das Monatsblatt „Die private Wirtschaft“.

Auch die Abhaltung fachspezifischer Lehrgänge war Sache der IHK. So gab es etwa für private Händler, Fuhrunternehmer oder Steuerberater zum Teil mehrtägige Lehrgänge, auf denen ihnen Informationen und Tipps für ihre jeweiligen Betätigungsfelder vermittelt wurden. Politische Agitation durfte dabei nie fehlen. Das Programm für einen „Qualifizierungslehrgang für die Inhaber privater Verkehrsbetriebe“ vom November 1970 in Wolzig umfasste beispielsweise neben Fachinformationen auch folgende Themen:

- Der Leninismus - der Marxismus unserer Epoche
- Die Aufgaben der privaten Verkehrsbetriebe beim entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus.³⁰¹

Verstaatlichungswelle 1972

Die unter Walter Ulbricht eingeleiteten Wirtschaftsexperimente unter anderem mit einer stärkeren Eigenverantwortung der Betriebe (Neues ökonomisches System der Planung und Leitung; NÖSPL) wurden Mitte 1971 auf Beschluss des VIII. Parteitags der SED abgebrochen. Der neue starke Mann Erich Honecker – er hatte Ulbricht im Mai 1971 an der SED-Spitze abgelöst – erzwang die Rückkehr zu einem straff zentralisierten Planungs- und Lenkungssystem nach sowjetischem Muster. Zugleich wurde im Rahmen des neuen Fünfjahresplanes (1971 – 1975) eine Intensivierung der Sozialpolitik, vor allem des Wohnungsbaus, proklamiert. Die von Honecker ausgegebene Parole lautete: „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“.³⁰² Ein ehrgeiziges Programm. Daraus hätte auch eine neue Bewährungsprobe für die Privatwirtschaft etwa bei der Konsumgüterproduktion werden können. Doch es kam ganz anders. 1972 wurden innerhalb weniger Monate in der DDR alle noch verbliebenen Privatbetriebe bis auf einen kleinen Rest verstaatlicht. Übrig blieben unter anderem einige tausend private Handwerksbetriebe.

Die SED-Führung um Erich Honecker und Günter Mittag setzte mithin voll und ganz auf zentral gesteuerte Planwirtschaft mit Großkombinaten als Basis der Produktion.

Im Verlauf der Aktion wurden in der DDR insgesamt rund 10.850 private Betriebe verstaatlicht, darunter 2.568 Privatfirmen, rund 5.600 halbstaatliche Betriebe, 182 private Baugeschäfte und 802 halbstaatliche Baubetriebe. Bei dieser Gelegenheit wurden auch gleich noch rund 1.700 „industriell produzierende“ Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) mit zusammen 114.000 Mitgliedern in volkseigene Betriebe umgewandelt. Kleinere Betriebe wurden erhalten.

Konkret sah die Verstaatlichung so aus, dass die Eigentümer oder Komplementäre halbstaatlicher Betriebe ihre Firmenanteile an den Staat nach mehr oder weniger sanftem Druck verkauften. Die Inhaber erhielten somit eine (vergleichsweise geringe) Entschädigung, die noch zu versteuern war. Der verbleibende Betrag wurde in der Regel auf ein Sperrkonto gelegt, von dem pro Jahr höchstens 5.000 Mark abgehoben werden durften.³⁰³ Zusätzlich „abgefedert“ wurde die Verstaatlichungsaktion dadurch, dass mehr als drei Viertel der früheren Unternehmer und Komplementäre in ihren zu Volkseigentum erklärten Betrieben eine Leitungsfunktion erhielten.³⁰⁴

Bei der Umsetzung des Verstaatlichungsbeschlusses war den Blockparteien CDU, LDPD und NDPD eine zentrale Rolle zgedacht, da die privaten Unternehmer zu ihrer Klientel gehörten. So begrüßte der

Partei Vorstand der LDPD ausdrücklich die Verstaatlichungen und erbot sich, bei ihren Mitgliedern dafür zu werben. LDPD-Chef Manfred Gerlach schrieb im Januar 1972 an Honecker: „Angesichts der Versuche des imperialistischen Gegners, die Bündnispolitik zu diffamieren, müssen wir in der politisch-ideologischen Arbeit besonderen Wert auf den Nachweis legen, daß die geplanten Maßnahmen eine logische Konsequenz der Bündnispolitik sind, die die politisch-moralische Einheit unseres Volkes stetig fördert.“³⁰⁵ Jenseits derartiger Ergebnisbekundungen bemühte sich die LDPD, die Bedingungen der Verstaatlichung für die früheren Besitzer vergleichsweise günstig, etwa mittels „Entschädigungen“, zu gestalten.

Politisch nicht ungeschickt, überließ es die SED den Blockparteien CDU und LDPD, nach außen hin die Initiative für die Verstaatlichungswelle zu übernehmen. So erfuhr die erstaunte Öffentlichkeit davon erstmals auf dem LDPD-Parteitag im Februar 1972, als mehrere Komplementäre in einer vorbereiteten Aktion den Wunsch nach Umwandlung ihrer Betriebe in Volkseigentum vortrugen. Das offizielle Prinzip der Freiwilligkeit wurde in den folgenden Wochen und Monaten jedoch von Seiten der SED wiederholt unterlaufen. Als der damalige Justizminister Kurt Wünsche (LDPD) dagegen protestierte, wurde er von der SED umgehend „abserviert“.³⁰⁶ Sein Nachfolger als Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident wurde Hans-Joachim Heusinger, von 1957 bis 1959 Präsident der IHK-Bezirksdirektion Cottbus.

Die IHK Cottbus stellte sich der Verstaatlichungswelle nicht entgegen. Vielmehr rührte sie auch diesmal weisungsgemäß auf Versammlungen und in Einzelgesprächen mit Privatunternehmern die Werbetrommel für die Entscheidung der SED-Führung.

Tatsächlich führte die von Honecker 1971 ausgerufenen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in den 70er Jahren anfangs zu spürbaren Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der DDR. Niedrige Löhne und Renten wurden angehoben, die Förderung von Familien und berufstätigen Frauen wurde verstärkt. Der Wohnungsbau machte sichtbare Fortschritte. Gleichzeitig beschleunigte sich aber der Verfall der städtischen Altbausubstanz. Da die Leistungskraft der DDR-Wirtschaft jedoch nicht im notwendigen Maße gesteigert werden konnte, mussten zur Finanzierung dieser Maßnahmen immer größere Kredite, vor allem im westlichen Ausland, aufgenommen werden. Warnungen von DDR-Ökonomen vor den Gefahren einer überwiegend kreditfinanzierten Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden von der Partei- und Staatsführung aus ideologischen Gründen in den Wind geschlagen.

Jedoch geriet die DDR-Wirtschaft bereits Mitte der 70er Jahre in eine schwere Krise, die sich für die Menschen nicht zuletzt durch verschärfte Versorgungsmängel bemerkbar machte. Das Wachstum bei der Konsumgüterproduktion reduzierte sich um rund die Hälfte, die Investitionsquote ging zurück, was zu einem starken Nachlassen der Innovationen führte.³⁰⁷

In dieser Lage erinnerte sich die SED-Führung wieder einmal der privaten Wirtschaft. Relativ überraschend startete sie 1976 eine Kampagne zur Neugründung von Gewerbebetrieben, welche die Misere im Konsumgüter- und Dienstleistungsbereich mit bekämpfen sollten. Der Effekt dieser staatlich verordneten „Gründungsoffensive“ hielt sich jedoch in engen Grenzen. Es gab kaum Gewerbebeantragungen. Allerdings wurde zugleich das Verfahren für die Übergabe von privaten Betrieben an einen Nachfolger erleichtert, was dazu führte, dass mehrere (Handwerks-) Betriebe, die wegen hoher steuerlicher und administrativer Hürden verkauft worden wären, nun doch an Sohn oder Tochter übergeben wurden und damit in privater Hand verblieben.³⁰⁸

Der „traurige Rest“ - Handels- und Gewerbekammer

1972 waren fast alle noch in privater Hand verbliebenen Industriebetriebe in der DDR verstaatlicht worden. Im Bezirk Cottbus verringerte sich die Zahl der Kammermitglieder auf rund 2.000. Diese wurden von nunmehr 19 IHK-Mitarbeitern betreut. Die Zahl der Kreisgeschäftsstellen war inzwischen auf zwei gesunken (Senftenberg und Finsterwalde). Private Industriebetriebe gab es in der DDR ab 1972 so gut wie keine mehr und so war es nur konsequent, die IHKn umzubenennen. Ab 1983 lautete ihre offizielle Bezeichnung „Handels- und Gewerbekammern“. An Organisationsstruktur und Aufgaben änderte sich dadurch nichts Wesentliches. Der Personalbestand blieb erhalten.

Apropos Personal – Die Staatssicherheit der DDR wollte auch über die Vorgänge innerhalb der IHK Cottbus genauestens informiert sein. Wie Akten aus der „Gauck-Behörde“³⁰⁹ belegen, gab es bis zum Ende der SED-Herrschaft innerhalb des Hauses Zuträger, die über Kollegen IM-Berichte lieferten.

Im April 1989 erfolgte noch einmal ein Führungswechsel in der Handels- und Gewerbekammer Cottbus. Nach mehr als 25 Jahren an der Spitze der Kammer trat Günther Konietzky von seinem Amt zurück. Zu seinem Nachfolger wurde Rainer Krautheim (LDPD) ernannt.

Damals hatte die Kammer noch rund 1.950 Mitgliedsbetriebe, überwiegend Einzelhandelsgeschäfte und Gaststätten. Hinzu kamen Fuhrbetriebe und einige wenige private Taxiunternehmen sowie rund 100 Schausteller. In letzterer Branche hatte die SED-Führung sich nie um einen volkseigenen Bereich bemüht, sondern ihn ganz der privaten Initiative überlassen. Neben einigen anderen Gewerben waren Mitte 1989 auch noch 15 Steuerberater im Kammerbezirk tätig.³¹⁰

Neugründung und Marktwirtschaft

Am 30. Oktober 1989 fand in Cottbus die erste „Montagsdemonstration“ statt, an der rund 20.000 Menschen teilnahmen. Unter der Parole „Wir sind das Volk“ forderten sie demokratische Reformen. Wie in Leipzig und anderswo machte sich nun auch in Cottbus die Unzufriedenheit mit politischer Unfreiheit und Misswirtschaft lautstark Luft. Nachdem am 9. November die Mauer gefallen war und die Grenzen offen standen, zogen auch aus der Niederlausitz Tausende Menschen los, um sich in der Bundesrepublik den „real existierenden Kapitalismus“ mit eigenen Augen anzusehen. Die meisten kamen nicht gerade abgeschreckt zurück.

Mit der ersten Zusammenkunft am „Runden Tisch“ am 11. Dezember 1989 trat die friedliche Revolution in Cottbus und der Niederlausitz in eine neue Phase. Die oppositionelle Bürgerbewegung war von nun an unmittelbar an den politischen Entscheidungen beteiligt. Die alten SED-Kader verloren zusehends ihre Machtpositionen in Politik und Wirtschaft. Am 13. Dezember 1989 erklärte Oberbürgermeister Erhard Müller (SED) seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wurde Waldemar Kleinschmidt (CDU).

Auch in der Cottbuser Handels- und Gewerbekammer wusste man, dass sich in der DDR sowohl politisch als auch ökonomisch vieles – wenn nicht alles – ändern musste. Immer dringlicher stellte sich die Frage, welche Rolle die Kammer in diesem Umbruch übernehmen sollte. Bereits im Dezember 1989 war der Gedanke aufgetaucht, die alte Industrie- und Handelskammer wieder zu beleben. Zweifellos würden auch in der DDR über kurz oder lang marktwirtschaftliche Strukturen eingeführt. Die entstehenden Unternehmer würden wieder eine wirkungsvolle Interessenvertretung brauchen. Nicht zuletzt die zahlreichen zu erwartenden Gründer betraten Neuland und würden Rat und Unterstützung benötigen. Eine von Grund auf erneuerten Industrie- und Handelskammer erwartete ein weites Betätigungsfeld.

Der neue Ministerpräsident Hans Modrow und seine Wirtschaftsministerin Christa Luft (beide SED-PDS) bezeichneten die Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen immer wieder als ein Kernstück ihres Reformprogramms. Da wäre es doch nur sinnvoll, wenn die zunehmend freier agierende Wirtschaft auch wieder einen kompetenten und funktionstüchtigen Ansprechpartner und Interessenvertreter hätte.

In Cottbus handelte man schneller als in anderen Bezirken der DDR. Bereits am 20. Januar 1990 konstituierte sich im Kammergebäude an der Sandower Brücke ein vorläufiger Gründungsvorstand der Industrie- und Handelskammer.³¹¹ An dieser ersten „Vollversammlung“ der neuen Kammer nahmen rund 30 Unternehmer aus dem Bezirk Cottbus teil, die Direktor Krautheim und seine Mitstreiter zuvor gezielt angesprochen hatten. Zum Präsidenten wurde der Cottbuser Textilkaufmann Heinz Herfarth gewählt. Das neu geschaffene Amt des Hauptgeschäftsführers übernahm Rainer Krautheim.

In wahrhaft bewegten Zeiten wollte die wieder gegründete IHK Cottbus den Neuanfang in der Niederlausitzer Wirtschaft mitgestalten. Übrigens bewegten sich die Cottbuser mit ihrer raschen Wiedergründung etwas außerhalb der Legalität, da die Modrow-Regierung erst Anfang März 1990 die gesetzlichen Voraussetzungen für Industrie- und Handelskammern in der DDR schuf. Die am 1. März 1990 verabschiedete „Verordnung über die Industrie- und Handelskammern in der DDR“ bestimmte sie als „Organisationen der gewerblichen Selbstverwaltung und der regionalwirtschaftlichen Interessenvertretung.“ Ihr sollten verpflichtend angehören die „Gewerbetreibenden, also Unternehmen aller Eigentumsformen

in den Bereichen Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr, Tourismus, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen sowie andere Zweige der Volkswirtschaft..., mit Ausnahme der in den Rollen der Handwerkskammern eingetragenen Betriebe...“³¹²

Die neuen Kammern unterstanden der Rechtsaufsicht der Behörden, bis zur Kommunalreform und der Wiedereinführung der Länder in der DDR also dem Rat des Bezirks, waren aber demokratisch verfasst. So wurde der Kammerpräsident nicht mehr von „oben“ eingesetzt, sondern von der Vollversammlung gewählt. Gleichzeitig wurde die Auflösung der bisherigen Handels- und Gewerbekammern verfügt. Aufgelöst wurde auch die Kammer für Außenhandel, die exportierende Betriebe und Kombinate betreut hatte. Auch diese Unternehmen gehörten wieder zur IHK. Damit war die alte „Kammerherrlichkeit“ – die allerdings so herrlich keineswegs immer war – in Cottbus weitgehend wieder hergestellt.

Übrigens trug das „Vorspreschen“ der Cottbuser Kammer bei der Gründung ihr rund zehn Jahre später juristischen Ärger ein, als nämlich ein Verwaltungsrichter feststellte, dass die IHK Cottbus noch vor Erlass der besagten „Verordnung über die Gründung der Industrie- und Handelskammern in der DDR“ die Arbeit aufgenommen hatte und ihre Satzung gewisse Lücken in Bezug der Veröffentlichungspraxis von Bekanntmachungen aufwies. Das Problem konnte aber rasch bereinigt werden, indem die Vollversammlung im August 2003 eine rückwirkende Satzungsänderung annahm und in einer Marathonsitzung zahlreiche frühere Verordnungen erneut – diesmal juristisch nicht anfechtbar - beschloss.

Sprung in die Marktwirtschaft

„Friedliche Revolution“ von 1989/90: Wieder einmal standen die Menschen in der Niederlausitz vor gewaltigen Veränderungen ihrer gesamten Lebenssituation. Vordringlich war neben der politischen Demokratisierung die Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen in der DDR. Jedoch konnte Anfang 1990 noch niemand wissen, wie schnell und unter welchen Schwierigkeiten dieser Prozess ablaufen würde. Viele DDR-Bürger verbanden mit dem Begriff „Marktwirtschaft“ große Hoffnungen und die Erwartung enormer Chancen. Andere – vielleicht die Mehrheit – überkam aber auch Angst vor den kommenden Veränderungen und Unsicherheiten.

Nur so viel war klar: Die staatssozialistische Kommandowirtschaft (Zentralverwaltungswirtschaft) hatte auf der ganzen Linie versagt und die DDR in den Ruin getrieben. An ihre Stelle sollten – das war auch der erklärte Wille der Modrow-Regierung – marktwirtschaftliche Strukturen treten. Das war leichter gesagt als getan. Mit der Transformation einer maroden Plan- in eine Marktwirtschaft hatte noch niemand Erfahrungen gemacht.

Aus einem Zauberwort – denn das war der schillernde Begriff „Marktwirtschaft“ anfangs für die Mehrheit der DDR-Bürger – sollte ökonomische Wirklichkeit werden, und zwar in schier atemberaubender Geschwindigkeit.



Aufbruch in bewegter Zeit. Beratung in den Räumen der neu entstandenen IHK Cottbus im Frühjahr 1990 über die ersten Schritte in die Marktwirtschaft

Eine Grundvoraussetzung für die Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen waren der Aufbau und die Förderung eines gewerblichen Mittelstandes. Dessen faktische Zerschlagung hatte wesentlich zum Niedergang der DDR-Wirtschaft beigetragen. Ohne die spezifische Vitalität, Flexibilität und Innovationskraft kleiner und mittelständischer Unternehmen würde aber der marktwirtschaftliche Neuanfang nicht funktionieren. Allerdings waren in dieser Beziehung in der durch Braunkohle- und Chemie-Kombinate geprägten Niederlausitz die Ausgangsbedingungen besonders schwierig.

Der wieder gegründeten IHK Cottbus musste dabei eine zentrale Rolle zukommen. Wann war denn der Beratungs- und Informationsbedarf, die Notwendigkeit kompetenter Interessenvertretung für die gewerbliche Wirtschaft jemals größer gewesen als in derartigen Umbruchzeiten? Doch woher sollte das nötige Know-how kommen? Auch für die Mitarbeiter der wieder gegründeten IHK Cottbus war die Marktwirtschaft – in jenen Monaten stets mit dem Zusatz „sozial“ versehen – weitgehend Neuland. Die Vorgänger-Institution war eingebunden in ein System von Planvorgaben und Mängelverwaltung. Woher sollten marktwirtschaftliche Erfahrungen und Kenntnisse kommen, so fernab eines freien Marktgeschehens?

Improvisieren, Lernen, Erfahrungen sammeln – das waren die Gebote der Stunde, nicht zuletzt beim Wiederaufbau funktionierender Kammerstrukturen. Ratschläge und Hilfe holte man sich im Westen. IHK-Mitarbeiter reisten aus Cottbus nach West-Berlin und Bayreuth. Auch in Saarbrücken sammelte man Eindrücke von der Arbeit einer Industrie- und Handelskammer unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Bereits am 9. Januar 1990 kam es in West-Berlin auf Einladung der dortigen IHK und des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) zu einem Treffen mit Vertretern aller 14 Handels- und Gewerbevereinen der DDR, auf dem über Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit gesprochen wurde. Besonders intensive Unterstützung erfuhr die IHK Cottbus in der Aufbauphase von der nordrhein-westfälischen Kammer-Vereinigung, deren Hauptgeschäftsführer Hans-Georg Crone-Erdmann

den Cottbusern immer wieder mit Rat und Tat zur Seite stand. Auch in Politik, Verwaltung und Justiz übernahm Nordrhein-Westfalen eine Art „Patenschaft“ für das 1990 wiederhergestellte Land Brandenburg. Materielle und ideelle Unterstützung kam in der Anlaufphase insbesondere auch von der IHK Saarbrücken, da zwischen Cottbus und der saarländischen Landeshauptstadt seit Jahren eine Städtepartnerschaft bestand. Die neu geknüpften Kontakte zur IHK Hagen erwiesen sich vor allem im Bereich der Berufsausbildung als hilfreich.³¹³

Bald war klar, dass die wichtigste Aufgabe der IHK Cottbus in der Mitgestaltung und Begleitung des ökonomisch unvermeidlichen Strukturwandels in der Region bestehen musste. Die „künstliche Industrialisierung“ der 50er und 60er Jahre – Stichwort „Kohle- und Energieprogramm“ – hatte in der Niederlausitz zur Herausbildung riesiger Kombinate geführt, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht würden bestehen können. Die Technologie war veraltet, die Produktivität viel zu gering. Der damalige Hauptgeschäftsführer Krautheim: „Erinnern wir uns: Größter Arbeitgeber mit über 36.000 Beschäftigten war die Braunkohlenförderung, gefolgt von der Energieerzeugung, den großen Kraftwerken in Jänschwalde, Schwarze Pumpe, Lübbenau und Vetschau. Hier gab es Umbrüche, die in ihren Auswirkungen kaum abschätzbar waren.“³¹⁴ Überaus fraglich war 1990 auch, ob die Textilindustrie ihre für die Region seit Generationen so wichtige Position würde halten können.

Unterdessen unternahm die Regierung Modrow erste Schritte in Richtung Marktwirtschaft. Eine entscheidende Maßnahme war die Wiedereinführung der Gewerbefreiheit durch das Anfang März 1990 erlassene „Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligungen“. Nunmehr durften unternehmungslustige DDR-Bürger wieder eine eigene Firma gründen. Für viele Menschen auch in der Niederlausitz ging damit ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung. In manchen Monaten gingen bei der IHK Cottbus rund 1.000 Gewerbeanmeldungen ein. Dass es nicht leicht würde, war den meisten Neu-Unternehmern sicher klar. Wie schwierig allerdings für viele Firmen – wie für die gesamte Wirtschaftsregion – der Übergang in marktwirtschaftliche Verhältnisse dann tatsächlich wurde, konnten – oder wollten – sich die meisten nicht ausmalen. Allein, einige IHK-Mitarbeiter gaben sich bereits Anfang 1990 keinen Illusionen hin. Dazu kannten sie den Zustand der DDR-Wirtschaft zu genau. Rainer Krautheim sagt rückblickend: „Viele meinten, der westliche Wohlstand werde auf administrativem Wege kommen, ohne daß dafür entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden mußten. Die sozialistischen `Errungenschaften' sollten beibehalten werden. Diese waren jedoch teuer, zu teuer, erkaufte worden. Die DDR hatte ihre wirtschaftliche Substanz aufgebraucht.“³¹⁵

Wie erwähnt, konnte die IHK ihr ursprüngliches Gebäude an der Sandower Brücke nur zu einem Teil nutzen, da in dem Flügel an der Goethestraße seit Ende der 40er Jahre die örtliche Staatsanwaltschaft saß. Es war jedoch abzusehen, dass die neu begründete Industrie- und Handelskammer für ihre vielfältigen Aufgaben in Zukunft erheblich mehr Platz benötigen würde. Was lag da näher, als den 1959 enteigneten Bau – in dem die IHK seither zur Miete residierte – zurückzufordern, um ihn mittelfristig wieder in Gänze selbst nutzen zu können. Verständlich auch, dass die Staatsanwaltschaft nicht gerade erbaut war. Doch es half nichts. Im Mai 1991 wurde der IHK Cottbus ihr Gebäude, das sie 1924 bezogen hatte, vom „Amt für offene Vermögensfragen“ zugesprochen. In dieser Angelegenheit hatte sich Hauptgeschäftsführer Krautheim besonders engagiert.

Ab Februar 1990 beschleunigten sich die Ereignisse in der DDR. Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass die politische Entwicklung auf eine Vereinigung beider deutscher Staaten hinauslaufen würde. Letzte Zweifel wurden bei den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 mit dem unerwartet hohen Sieg der „Allianz für Deutschland“ beseitigt. Das Wahlergebnis im Bezirk Cottbus: „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU, DA) 48,3 Prozent; SPD 19,3 Prozent; PDS 17,9 Prozent; Bund freier Demokraten 5,2 Prozent; Bündnis '90 2,7 Prozent.

Deutsche Einheit, das hieß natürlich auch „Marktwirtschaft“, wemgleich „sozial“ abgefedert, wie alle politischen Kräfte von der CDU bis zur SPD nicht müde wurden, zu versichern. Die PDS gefiel sich zu jenem Zeitpunkt noch in Entwürfen eines „Dritten Weges“ zwischen „Staatssozialismus“ und Kapitalismus. In dieser Umbruchphase war die Unterstützung und Beratung bestehender wie neu gegründeter Unternehmen durch die IHK Cottbus von elementarer Bedeutung. Auch die Politik war für die anstehenden Weichenstellungen auf Informationen und Ratschläge von Seiten der IHK angewiesen. Somit hatte die Kammer innerhalb weniger Wochen ihren traditionellen Doppelcharakter einer Interessenvertretung der regionalen Wirtschaft und einer Schnittstelle zu den Behörden wieder erlangt.

Dass tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der Niederlausitz unausweichlich sein würden, lag auf der Hand. Ökonomische und soziale Härten sollten aber nach Möglichkeit vermieden werden. Als Perspektive schwebte der IHK bereits 1990 für die Niederlausitz eine breite Branchenmischung und ein ausgeglichenes Verhältnis von großen, mittelständischen und kleinen Betrieben vor. Nach der staatlich verordneten Kombinatmegalomanie mit ihren desaströsen Folgen fiel nun den kleinen und mittelständischen Unternehmen eine zentrale Rolle bei der Erneuerung der Wirtschaftsregion zu. Hier war die IHK in ihrem Element. Allerdings galt es auch, industrielle Kerne zu erhalten, ohne die ein gesunder Mittelstand sich nicht entwickeln kann.

Der Strukturwandel

Die gerade neu gewählte Vollversammlung bestimmte im Dezember 1990 Ulrike Staake zur neuen IHK-Präsidentin, als Nachfolgerin von Heinz Herfarth. Damit stand erstmals in der fast 200-jährigen deutschen Kammergeschichte eine Frau an der Spitze einer Industrie- und Handelskammer.³¹⁶ Mit Energie und großem Engagement setzte sich die aus Trier stammende Bankerin für die Lausitzer Wirtschaft ein.

Nach Währungsunion (Juli 1990) und deutscher Vereinigung (3. Oktober 1990) beschleunigte sich der Umstrukturierungsprozess in der Niederlausitz mit schier atemberaubendem Tempo. Es musste nun der Versuch gemacht werden, die dramatischen Strukturveränderungen tatsächlich zu einem „Prozess der schöpferischen Zerstörung“ (Joseph A. Schumpeter) zu gestalten und damit auch die Chancen der Krise zu nutzen. Dass hieß, dass dem Schrumpfen oder Verschwinden zahlreicher Unternehmen und ganzer Branchen der Aufbau innovati-



Seit der Erweiterung des Kammerbezirks 1995 besteht die IHK-Geschäftsstelle Königs Wusterhausen. Auch in Senftenberg gibt es eine Geschäftsstelle für die Arbeit vor Ort

ver Firmen, die Erschließung zukunftsfähiger Geschäftsfelder gegenüberstehen musste. Die IHK hatte hierbei eine tragende Rolle zu übernehmen. Die Zahl der Mitarbeiter stieg in den folgenden Monaten rasch auf rund 90 an.

Auf der anderen Seite gerieten die Lausitzer Braunkohlen- und Energiebetriebe immer tiefer in eine Absatz-, Produktivitäts- und Rentabilitätskrise mit der Folge eines massiven Arbeitsplatzabbaus. So sank im Senftenberger Braunkohlenrevier die Zahl der dort Beschäftigten von einst 65.000 auf rund 7.000 (Stand 1998). In der gesamten Region (Kreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Dahme-Spreewald und kreisfreie Stadt Cottbus) stieg die Arbeitslosigkeit zwischen Dezember 1990 und Dezember 1993 von rund 22.100 (Arbeitslosenquote 5,7 Prozent) auf 47.100 (16 Prozent). Schmerzlich bekam die Lausitzer Wirtschaft zudem das Wegbrechen der Exportmärkte in Mittel- und Osteuropa ab 1991 zu spüren.

In enger Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt beteiligte sich die IHK an der Privatisierung volkseigener Betriebe. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bildete die Beratung privatisierter oder neu gegründeter Firmen bei der Suche nach Fördermitteln und dringend benötigtem Kapital. Es bedurfte (und bedarf) eines großen Überblicks und Findigkeit, um sich im Dschungel der Fördermöglichkeiten zurechtzufinden, so dass gerade Jungunternehmer für Hinweise und Tipps stets dankbar waren und sind.

Da es vielen Unternehmern an Erfahrungen mit ausländischen Kunden oder Zulieferern fehlte, richtete die IHK Cottbus bald so genannte Auslandssprechtage ein und beteiligte sich maßgeblich an der Organisation gemeinsamer Messeauftritte von Niederlausitzer Firmen im In- und Ausland.

Auch die mit neuen Kompetenzen und Pflichten ausgestatteten Kommunen bedurften der Unterstützung und Beratung durch die IHK, etwa wenn es um die Erschließung von Gewerbegebieten und die Ansiedlung von Firmen ging. Politische Entscheidungsträger auf kommunaler und Landesebene suchten rasch den direkten Kontakt zur IHK Cottbus. So war beispielsweise der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe seit 1990 immer wieder Gast in der Cottbuser Kammer, um sich über die wirtschaftliche Situation der Niederlausitz zu informieren und Ratschläge und Empfehlungen für anstehende Entscheidungen zu holen.

Sehr früh erkannte die IHK, dass eine Chance der Region in der Entwicklung und Vermarktung innovativer Technologien liegen würde. Einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten setzte sie darum auf die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft im südlichen Brandenburg. So schloss sie im September 1992 einen Kooperationsvertrag mit der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus, neben der TU Dresden die einzige technische Hochschule in Ostdeutschland. Auch an der Gründung der Fachhochschule Lausitz mit Standorten in Senftenberg und Cottbus war die IHK beteiligt. Mit großem Engagement wirkt das IHK-Ressort „Technologie/Innovation“ daran mit, dass technologische Innovationen möglichst schnell in marktfähige Produkte umgesetzt werden.

Die Schaffung und Vermittlung von Ausbildungsplätzen war der IHK Cottbus von Beginn an ein besonderes Anliegen, da Umfang und Qualität der Ausbildung über die Zukunft der Wirtschaftsregion wesentlich mitentscheiden. Und gerade auf dem Lehrstellenmarkt schuf der Umstrukturierungsprozess ab 1990 erhebliche Probleme. Zahlreiche Großbetriebe, die zu DDR-Zeiten oft hunderte Lehrlinge pro Jahr ausgebildet hatten, existierten nicht mehr oder waren einem dramatischen Schrumpfungs- oder Rationalisierungsprozess unterworfen, wie die Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG). In der Niederlausitz herrschte akuter Lehrstellenmangel. Auf der anderen Seite bestand bei zahlreichen kleinen und mittelständischen Betrieben die Bereitschaft, sogar über den eigenen Bedarf auszubilden, was in nicht wenigen Fällen Verdienst von Kammermitarbeitern war.

Rainer Krautheim: „Für die Kammer war die Lehrstellensituation stets eine große Herausforderung. Ständig mußten neue Lehrstellen akquiriert werden. `Klinkenputzen' nennen die Mitarbeiter ... diese zwar harte, aber am Ende doch immer wieder von Erfolg gekrönte Arbeit“.³¹⁷ Richtungweisend waren 1993 die Gründung der IHK-Bildungszentrum GmbH als Tochtergesellschaft der Kammer und der Aufbau des eigenen Bildungszentrums. Dieses war zunächst in der so genannten Barackenstadt in der Straße der Jugend in Cottbus, später auf dem Firmengelände von Asea Brown Boveri (ABB) untergebracht.

Nicht nur für das Bildungszentrum waren das auf die Dauer untragbare Zustände. Auch die Mitarbeiter am traditionellen Kammersitz Sandower Brücke litten unter Raumnot und angegriffener Bausubstanz. Nachdem der Kammer ihr angestammtes Gebäude im Mai 1991 wieder zugesprochen worden war, musste sie es für grundlegende Renovierungsarbeiten zunächst einmal völlig räumen.

Die Arbeit wurde in der erwähnten Barackenstadt und einer Büroetage in der Wilhelm-Pieck-Straße 5 (heute Ottilienstraße) erledigt. Ende 1992 konnten die Mitarbeiter in dem von Grund auf sanierten Gebäude an der Sandower Brücke ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Zu jenem Zeitpunkt waren die Arbeiten am Neubau des Bildungszentrums in vollem Gange. Das mit einem Kostenaufwand von rund sechs Millionen DM errichtete Gebäude schließt sich mit seiner Fassadengestaltung harmonisch an das alte Kammergebäude an. 1996 wurde das neue Bildungszentrum feierlich eingeweiht.

1993 startete die IHK zusammen mit der Handwerkskammer und dem Arbeitsamt unter dem Motto „Karriere mit Lehre“ eine Kampagne, die Jugendliche für Lehrberufe interessieren und die Betriebe der Region zur Einrichtung neuer Ausbildungsplätze ermuntern sollte. Neuauflagen der erfolgreichen Kampagne in den folgenden Jahren liefen unter den Slogans „Sicher investieren – ausbilden!“ und „Jugend will Zukunft. Wir bilden aus.“

Als bekannt wurde, dass Cottbus 1995 als erste Stadt in den neuen Bundesländern eine Bundesgartenschau (Buga) ausrichten sollte, waren Unternehmer und Kaufleute der Region wie elektrisiert, erhofften sie doch von der Buga starke Investitions- und Wachstumsimpulse. Auch die IHK sah dies natürlich als große Chance für Stadt und Region, insbesondere mit Blick auf den zu erwartenden Imagegewinn in der deutschen Öffentlichkeit, welche die Niederlausitz eher mit veralteten Braunkohlen- und Chemieindustrien als mit Parklandschaften und innovativer Wirtschaft in Verbindung brachte. Tatsächlich war die im April 1995 von Bundespräsident Roman Herzog eröffnete Buga unter diesem Aspekt ein



Richtfest für das IHK-Bildungszentrum

voller Erfolg. Das Investitionsvolumen von insgesamt rund 250 Millionen Mark – davon 100 Millionen für Ausstellungsgelände und Infrastruktur, 150 Millionen Mark für indirekte Investitionen – konnte sich sehen lassen. Neben zahlreichen anderen Projekten wurde am Bugapark für 23 Millionen Mark ein neues Messegelände errichtet. Rund 2,4 Millionen Menschen besuchten bis Oktober 1995 die Buga, die dem Hotel- und Gaststättengewerbe in Cottbus einen wahren Boom bescherten. Die zur Gartenschau angereisten Besucher ließen rund 250 Millionen Mark in Cottbus und der näheren Umgebung. Doch die IHK hatte bereits im Vorfeld vor allzu hochgesteckten Erwartungen gewarnt. Und tatsächlich wuchsen auch im Falle der Bundesgartenschau die Bäume nicht in den Himmel. Es fehlte an anschließenden Investitionen, um den ökonomischen Aufschwung nach Ende der Schau zu verstetigen. „Cottbus fiel sozusagen in ein `Nach-Buga-Loch'. Der große wirtschaftliche Befreiungsschlag fand nicht statt“, beschreibt Rainer Krautheim die damalige Situation.³¹⁸

Durch die Kreisgebietsreform von 1994 wurde der bisherige Landkreis Königs Wusterhausen Teil des neu gebildeten Landkreises Dahme-Spreewald. Für die IHK Cottbus bedeutete dies eine erneute Erweiterung ihres Bezirks, der nunmehr bis an die südliche Stadtgrenze von Berlin reicht. Die Kammer gewann rund 3.000 Mitgliedsbetriebe hinzu. In Königs Wusterhausen wurde mit der Bezirkserweiterung 1995 neben Senftenberg eine zweite Geschäftsstelle eingerichtet.

Die Ausdehnung des Kammerbezirks nach Norden ist auch deshalb von erheblicher Bedeutung für die Kammer, weil sich gerade im Berliner „Speckgürtel“ seit 1991 zahlreiche Betriebe neu angesiedelt haben, darunter Logistikzentren der Großfilialisten Spar und Aldi sowie mehrere Möbelhäuser. Seitdem gehört auch die Gemeinde Wildau zum Kammerbezirk, deren „VEB Schwermaschinenbau“ in der DDR rund 3.500 Beschäftigte hatte. Die IHK hatte auch daran Anteil, dass nach 1991 auf dem ausgedehnten Gelände – das neben anderen auch die Technische Fachhochschule Wildau beherbergt – mehrere kleinere Maschinenbauunternehmen entstanden, die mit ihren hochwertigen Produkten, zum Beispiel Kurbelwellen, auf den Weltmärkten erfolgreich sind.



Ansturm beim Anfang: Viele Existenzgründer suchten und suchen den Rat der IHK-Experten

Von herausragender Bedeutung für die Region und für die Kammerarbeit ist der neue Großflughafen BER, für den die Planungen Mitte der 1990er Jahre anliefen. Die IHK Cottbus war – und ist – in alle Phasen der Planung und des Baus des Großflughafens, nicht zuletzt in die Entwicklung des Flughafen-Umfelds, eingebunden. Seit den Entwurfsplanungen bildet diese größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands einen Schwerpunkt der Kammerarbeit. Entsprechend groß sind Enttäuschung und Ärger der IHK Cottbus über die gewaltigen Verzögerungen bei der Fertigstellung des Flughafens BER.

Nicht zuletzt wegen der immer engeren Verflechtung der brandenburgischen und Berliner Wirtschaft setzte sich die IHK Cottbus nachdrücklich für die Fusionspläne der Bundesländer Berlin und Brandenburg ein und wertete deren Ablehnung in einer Volksabstimmung im Mai 1996 als Rückschlag. Die Brandenburger hatten mehrheitlich offenbar Furcht vor einer zu starken Dominanz Berlins. Der damalige Hauptgeschäftsführer Rainer Krautheim: „Leider haben bei zu vielen Bürgern vor allem in Brandenburg vordergründige Emotionen die Sicht auf die Vorteile der Fusion verdeckt.“³¹⁹

Besonderes Gewicht legt die IHK Cottbus an allen drei Standorten (Cottbus, Senftenberg, ab 1995 Königs Wusterhausen) seit Einführung der Marktwirtschaft auf die Beratung und Unterstützung von Existenzgründern. Es war von Anfang an klar, dass die wirtschaftliche Perspektive der Region vor allem in der Schaffung zahlreicher kleiner und mittelständischer Betriebe liegt, die für innovative Produkte und Arbeitsplätze sorgen sollen. Geschäftsideen wurden (und werden) auf ihre Marktchancen geprüft, Finanzierungskonzepte unter die Lupe genommen und Fördergelder vermittelt. Die Kammer richtete Existenzgründerseminare ein, in denen Jungunternehmer und solche, die es werden wollen, mit dem notwendigen Know-how ausgestattet werden. Viele Menschen suchten ihre Perspektive in einer Unternehmensgründung. So registrierte die IHK Cottbus allein zwischen Juli 1990 und Dezember 1995 rund 45.000 Neuanmeldungen.

Wenn es dann aber nicht so recht klappt mit der Neugründung, ist die IHK wieder zur Stelle. Etwa mit dem „Runden Tisch“, den sie im Mai 1996 zusammen mit der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) einrichtete. Dort können in Bedrängnis geratene Firmen Rat und Unterstützung in punkto betriebswirtschaftlicher Problemanalyse, Tilgungstreckung, Umschuldungsverfahren und anderen erhalten - vorausgesetzt, dass sie sich beizeiten an die Kammer wenden. Das aber tun längst nicht alle „Problemfirmen“, so dass es manchmal nicht mehr viel zu beraten gibt.



*Wirtschaft und Politik im Dialog: Ministerpräsident Manfred Stolpe,
Präsidentin Ulrike Staake und Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt (1. Reihe, v.l.n.r.)*

Seit dem 6. Mai 1997 besteht in der IHK Cottbus ein „Service- und Beratungs-Centrum“ (SBC), das besondere Angebote der Kammer bündelt. Unternehmer haben dort beispielsweise Zugang zu wichtigen Datenbanken für Markt- und Zuliefer-Recherchen, können sich Kontakte zu Technologietransfer-Stellen und Hochschulen sowie anderen Beratungsstellen vermitteln lassen oder Informationen über Förderprogramme des Landes und der EU einholen.

Den rauen Wind der Marktwirtschaft bekamen viele neu oder wieder gegründete Unternehmen in Südbrandenburg nur allzu rasch zu spüren. Um die Wettbewerbsfähigkeit gerade der kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stärken, entwickelte die IHK Cottbus 1994/95 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Mittelstandsberatung (DGM) das „System Expert“, ein Trainings- und Kommunikationsprogramm speziell für Manager mittelständischer Unternehmen. Die IHK Cottbus war die erste Kammer Ostdeutschlands, die ein derartiges – weitgehend von der Kammer selbst finanziertes – Trainingsprogramm anbietet. Seither haben mehr als 1 600 Führungskräfte aus Unternehmen der Region an den im „Baukastenprinzip“ organisierten Kursen von „System Expert“ teilgenommen und von theoretischen Erläuterungen wie praktischen Tipps profitiert.

Bei der wirtschaftlichen Neuorientierung der Region ab 1990 setzte die IHK Cottbus nicht zuletzt auf den Tourismus. Neben dem traditionellen Ausflugsziel Spreewald sah die Kammer auch in der gewässerreichen Landschaft des Dahme-Seen-Gebiets große Entwicklungschancen, insbesondere als Naherholungs- und Kurzurlaubsgebiet für die Berliner. Tatsächlich weisen seitdem sowohl die Bettenkapazität als auch die Zahl der Übernachtungen dort – wie auch im Spreewald – beachtliche Zuwachsraten auf. So lag die Zahl der Übernachtungen im Jahr 2000 bei rund drei Millionen. Allerdings blieb die IHK weiterhin gefordert, um im Tourismussektor zusammen mit den Betrieben weiter bestehende Defizite – etwa bei Service und Marketing – zu beseitigen.

Ohne die Realisierung von Großprojekten und die Ansiedlung größerer Firmen ist der noch zu bewältigende Strukturwandel in der Lausitz kaum im ausreichenden Maße zu schaffen. Kleine und mittelständische Unternehmen allein können das nicht leisten. Der Erhalt bzw. der Ausbau „industrieller Kerne“ in der Region bildet darum ein zentrales Anliegen der Potsdamer Landesregierung, worin sie von der IHK Cottbus nach Kräften unterstützt wird. Traditionell kommen hier der heimischen Braunkohle-Förderung, der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie zentrale Bedeutung zu.

Mit Nachdruck setzte sich die IHK Cottbus u.a. auch für den – vom Land stark geförderten – Bau der Rennstrecke „Lausitzring“ ein – insbesondere für die Beteiligung einheimischer Firmen an Bau und Betrieb der Strecke. Zu den Erfolgen regionaler Ansiedlungspolitik zählt auch, dass die Charterfluggesellschaft CondorBerlin Anfang 1998 Schönefeld zu ihrem Heimatflughafen machte.

Vor allem der Bau des Großflughafens Berlin Brandenburg BER in Schönefeld im Landkreis Dahme-Spreewald und damit im Cottbuser Kammerbezirk fand in der Kammer stets eine energische Fürsprecherin. Dass dieses größte Infrastrukturprojekt in Ostdeutschland sich allerdings in den folgenden Jahren zu einem Desaster mit verheerenden wirtschaftlichen und politischen Folgen entwickeln sollte, hatten sich zu Beginn des Projekts nicht einmal die größten Pessimisten ausgemalt. Zum Reinfall – jedoch in viel kleineren Dimensionen als der BER – wurde auch die Ansiedlung des Luftschiffbauers CargoLifter AG in Brand bei Lübben, die mit einigen Hoffnungen in Bezug auf Investitionen und Arbeitsplätze verbunden war. Die Geschäftsidee klang vielversprechend. Mit einem völlig neu konstruierten Transportluftschiff wollten die Investoren den weltweiten Markt für Logistiktechnologie bei Großtransporten revolutionieren. Sowohl tausende Aktionäre als auch die Landesregierung in Potsdam ließen sich von den selbsternannten Nachfolgern des Grafen Zeppelin so weit überzeugen, dass ein hoher zweistelliger Millionenbetrag durch Fördergelder und Aktienverkäufe in die Kasse kam.

Doch im Jahr 2002 war der Traum vom innovativen Lasten-Luftschiff aus Südbrandenburg endgültig geplatzt. Ungelöste technische Probleme und Missmanagement führten zur Insolvenz. Tausende Anleger verloren ihr Geld, mehrere Millionen Euro an Fördergeldern versickerten im märkischen Sand. Doch nahm die Geschichte noch eine relativ positive Wendung, als ausländische Investoren auf die Idee kamen, in der leer stehenden CargoLifter-Halle bei Brand ein großflächiges Erlebnisbad einzurichten, das im Dezember 2004 unter dem Namen „Tropical Islands“ seine Tore öffnete und sich nach Überwindung

von Anlaufschwierigkeiten zu einem Freizeit-Zentrum mit überregionaler Ausstrahlung entwickelte. Die IHK Cottbus durfte das auch als ihren eigenen Erfolg verbuchen, hatte sie sich doch insbesondere bei der Kontaktaufnahme mit den Investoren aus Fernost, ihrer Begleitung im Planungs- und Genehmigungsprozess, der Einbindung des heimischen Beherbergungsgewerbes sowie bei der Errichtung der nötigen Infrastruktur stark engagiert.

Ende der 90er Jahre hatte die südbrandenburgische Wirtschaft bei allen Fortschritten den Prozess der marktkonformen Strukturanpassung noch längst nicht abgeschlossen. Auch zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung war es noch nicht gelungen, die aus dem Zusammenbruch der Planwirtschaft resultierenden Umbrüche durch Neuansiedlungen, Unternehmensentwicklungen und -neugründungen auszugleichen. Die Region hatte weiterhin mit einer für den selbst tragenden Aufschwung zu geringen Wertschöpfung und einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Die Wirtschaftsstruktur war geprägt durch eine noch zu schmale industrielle Basis, eine überdimensionierte Bauwirtschaft und durch zu kleine, meist nur für den lokalen und regionalen Markt arbeitende Unternehmen. Der Arbeitsplatzabbau war noch nicht beendet und junge Menschen verließen angesichts fehlender Ausbildungsplätze in Scharen die Region.

Hier war die IHK Cottbus mit ihrem ökonomischen Sachverstand in besonderer Weise gefordert. Sie bemühte sich, durch Vorschläge und Gutachten Investitions- und Ansiedlungsaktivitäten zu unterstützen, das Gründungsklima zu verbessern und setzte sich energisch für die Sicherung und Stabilisierung der bestehenden Unternehmen ein. Zu diesem Zweck baute sie ihr Serviceangebot für die zwischenzeitlich auf 36.000 kammerzugehörige Unternehmen angewachsene Mitgliederzahl kundenorientiert aus und entwickelte zahlreiche Aktivitäten, um ihre Dienstleistungen für Mitglieder wie für die Öffentlichkeit transparenter zu machen. Zugleich vergrößerte sie durch vielfältige Vorschläge – aber auch durch konstruktive Kritik – ihren Einfluss auf die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Förderpolitik, um ihrer Verantwortung als Vertreter der gesamtwirtschaftlichen Interessen der regionalen Wirtschaft noch wirkungsvoller nachzukommen. Von besonderem Gewicht für die Stabilisierung und Entwicklung der regionalen Wirtschaft war in dieser Zeit neben einer umfassenden Beratung und Betreuung von Existenzgründern vor allem ein aktives Sanierungsmanagement, mit dem die Kammer unter Nutzung des Runden Tisches der Deutschen Ausgleichsbank erfolgreich half, in Schieflage geratene Unternehmen am Markt zu erhalten.



Außenwirkung: Mit ihren Informationsständen informiert die IHK regelmäßig auch die breite Öffentlichkeit

Damit konnten nicht zuletzt viele Arbeitsplätze gesichert werden. Gerade auch für die mittelständischen Unternehmen hatte die Industrie- und Handelskammer Cottbus ihr Angebot an Informationen zur

Markterschließung – insbesondere auch für Auslandsmärkte – ausgeweitet; ebenso ihr nachhaltiges Engagement für Firmengemeinschaftsstände auf nationalen und internationalen Messen.

Angesichts der auseinander klaffenden Schere zwischen der Zahl der Schulabgänger und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen in der Region veröffentlichte die Kammer 1998 erstmals so genannte Ausbildungsatlanten, mit denen Ausbildungsplatzsuchende eine Übersicht über vorhandene Ausbildungsbetriebe und -plätze in der Region in die Hand gegeben wurde. Die Kammer entwickelte zudem computergestützte Eignungstests für Schulabgänger und unterstützte kleine Unternehmen in Fragen der Berufsausbildung durch ein spezielles Projekt „Ausbildungsmanagement für kleine und mittelständische Unternehmen“. Auf großes Interesse stießen seit 1999 die jährlichen Bestenfeiern, in denen die jeweils besten Lehrlinge und aktivsten Ausbildungsbetriebe der Region ausgezeichnet wurden.

Eine von der IHK 1998 erarbeitete Vergleichsanalyse (Handelsatlas) von städtischen Einwohnerzahlen und Kaufkraft einerseits und den vorhandenen Einzelhandelsflächen andererseits unterstützte die Bemühungen der Kommunen, einen Interessenausgleich zwischen Handel und örtlicher Kommunalpolitik durch aktives Stadtmarketing zu schaffen. Mit einer vergleichenden Studie der IHK zu den kommunalen Finanzen im Kammerbezirk gab die IHK Haushaltspolitikern und Investoren ein Instrument in die Hand, mit dem Standortentscheidungen für die Region positiv beeinflusst werden konnten.

Mit Erfolg setzte sich die Industrie- und Handelskammer durch eigene Vorschläge und Forderungen für die nachhaltige Verbesserung der Standortqualität der Region ein. Nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union erfolgten Initiativen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Intensivierung der grenzüberschreitenden Kooperation: Unter anderem in enger Zusammenarbeit mit den polnischen Partnerkammern in Gliwice und Zielona Gora sowie der Euroregion Spree-Neiße-Bober, aber auch in internationalen Verbänden wie der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandkammern oder der Kammerunion Elbe/Oder.

Zahlreiche Initiativen und Vorschläge entwickelte die IHK zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaft. So sprach sie sich im September 2000 gegen Subventionen für Sanierungen aus, forderte vielmehr die Konzentration der Fördermittel auf Markterschließung, die Unterstützung innovativer Vorhaben sowie unternehmensnahe Qualifizierungen als neue Ansätze in der Förderpolitik. Zugleich kritisierte die IHK den Mangel an Klarheit, Rechtssicherheit und Kalkulierbarkeit in den Förderprogrammen. Parallel dazu leistete sie eigene Beiträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, so zur Deregulierung im Umweltbereich im Rahmen der Umweltpartnerschaft zwischen Wirtschaft und Landesregierung oder zur Abfallentsorgung beim Bau des künftigen Flughafens Berlin Brandenburg International.

Zunehmende Bedeutung innerhalb der Kammerarbeit erlangte in dieser Zeit die Unterstützung innovativer Entwicklungen, etwa durch Herausbildung projektbezogener Netzwerke zwischen Hochschulen und Unternehmen, aber auch von Unternehmen untereinander oder durch das Angebot an Unternehmen zur Unterstützung bei der Nutzung der neuen Medien. Beispielhaft seien hier die „InnoRegio-Initiative“ und die Organisation eines so genannten Venture Capital-Stammtisches im Jahre 2000 genannt, an dem seither Wagniskapital suchende Unternehmen und potenzielle Kapitalgeber zusammentreffen.

Die Stärkung der Innovationskraft der südbrandenburgischen Unternehmen war auch ein besonderes Anliegen des neuen Hauptgeschäftsführers Dr. Joachim Linstedt, der im September 1998 die Leitung der operativen Arbeit der IHK Cottbus übernahm. Der promovierte Finanzwirtschaftler hatte seit 1991 mehrere Jahre an leitender Stelle im ostdeutschen Bankenverband (Regionalverband im Bundesverband Deutscher Banken) gearbeitet und kannte daher die spezifischen Probleme der ostdeutschen Wirt-

schaft im Detail. Nach seinem Studium war Dr. Linstedt u.a. als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Finanzministerium der DDR tätig, bevor er ins Sekretariat der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD) wechselte.

Als Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus legte Dr. Linstedt besondere Schwerpunkte neben der Stärkung der Innovationskraft der heimischen Wirtschaft auf die Themen Bildung und Ausbildung sowie auf ein engeres Verhältnis zu Polen. Die Kammer bemühte sich intensiv, ihren Mitgliedsunternehmen die großen Chancen aufzuzeigen, die der sich dynamisch entwickelnde polnische Markt bot, sei es als Absatzmarkt für südbrandenburgische Produkte, sei es zu Gewinnung von zuverlässigen und preisgünstigen Lieferanten. Mit dem EU-Beitritt Polens und anderer osteuropäischer Staaten im Mai 2004 erweiterten sich diese Chancen noch einmal erheblich. Zur Intensivierung speziell der deutsch - polnischen Geschäftsbeziehungen ergriff die IHK Cottbus eine Reihe von Initiativen. Zu nennen sind hier u.a. die 1999 geschlossene Kooperationsvereinbarung mit der Handelskammer im westpolnischen Gliwice (Gleitwitz) und die Gründung eines Regionalen Kooperationsbüros Cottbus – Zielona Gora im Jahr 2002, eines Gemeinschaftsprojekt der IHK Cottbus und der Euroregionalen Industrie- und Handelskammer Zielona Gora (Grünberg). Unterstützt und bestärkt bei dieser Schwerpunktsetzung wurde der neue HGF Dr. Linstedt nicht zuletzt vom Präsidenten der IHK Cottbus, Jürgen Kothe, der dieses Amt im September 1997 als Nachfolger von Ulrike Staake übernommen hatte.

Breite Aufmerksamkeit und Anerkennung in der Öffentlichkeit und bei den Unternehmen erwarb sich die IHK um das Jahr 2000 auch durch mehrere Veranstaltungen, bei denen prominente Redner zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik Rede und Antwort standen. So kamen beispielsweise zwischen 1999 und März 2001 Staatsminister Rolf Schwanitz, der „Ostbeauftragte“ der deutschen Wirtschaft und früherer Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, Bundesfinanzminister Hans Eichel und EU-Kommissar Günter Verheugen zur IHK nach Cottbus.

Mit einem breiten Spektrum von Informationen, etwa zu Themen wie Unternehmensnachfolge, e-business oder die Einführung des Euro, griff die IHK darüber hinaus spezielle, für viele Unternehmen in der Region besonders aktuelle Fragen auf.

Immer wieder übernahm die IHK Cottbus seit ihrer Wiedergründung auch gesellschaftliche Verantwortung. Als beispielsweise die Region in den Jahren 1998 bis 2000 wegen ausländerfeindlicher Vorfälle negativ in die Schlagzeilen geriet, beteiligte sich die IHK an allen gegen Gewalt und Menschenverachtung in der Region gerichtete Initiativen und Aktivitäten, wie den „Spaziergängen gegen Rechts“, dem „Cottbuser Aufbruch gegen Fremdenfeindlichkeit“ und an der Aktion „Cottbuser Zuflucht“. In dieser Zeit wurde in Cottbus im Übrigen der erste Ausländerbeauftragte in einer deutschen Industrie- und Handelskammer bestellt.

Aufbruch ins 21. Jahrhundert

150 Jahre IHK Cottbus

Am 3. September 2001 feierte die IHK Cottbus mit einer großen Festveranstaltung in der Cottbuser Stadthalle den 150. Jahrestag ihrer Gründung. Dazu waren auch zahlreiche Prominente aus Politik und Wirtschaft in die Niederlausitz gekommen, an ihrer Spitze Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) und der Präsident des Dachverbandes DIHK, Ludwig Georg Braun. Alle drei würdigten in ihren Redebeiträgen die konstruktive und erfolgreiche Arbeit, die die Industrie- und Handelskammer Cottbus seit der deutschen Vereinigung 1990 für die wirtschaftliche Entwicklung Südbrandenburgs geleistet hatte.

Angesichts der schwierigen Ausgangslage und der starken Verwerfungen, die der Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen nach dem Ende der DDR mit sich gebracht habe, sei das eine gewaltige Aufgabe, der sich die IHK Cottbus und ihre Mitarbeiter mit hohem Einsatz im Interesse ihrer an Zahl rasant zunehmenden Mitgliedsunternehmen gestellt haben. Wie Bundeswirtschaftsminister Müller wies auch der Kammerpräsident Jürgen Kothe darauf hin, dass die südbrandenburgische Wirtschaft - und damit auch die IHK Cottbus - zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiterhin vor großen, zum Teil neuen Herausforderungen stünden. So öffne die rasante Globalisierung zwar neue Märkte, verschärfe aber auch den Kostendruck und die Konkurrenz. Die bevorstehende EU-Erweiterung werde aber, davon zeigten sich alle Redner überzeugt, vor allem positive Impulse für die Wirtschaft beiderseits der dann offenen Grenzen bringen.

Die Bewältigung des Strukturwandels sei in Südbrandenburg ebenso notwendig wie eine Modernisierung der Energiewirtschaft, damit diese eine Kernbranche der Lausitz bleiben könne. Ohne die Stärkung der Innovationskraft der heimischen Unternehmen sei beides nicht zu schaffen, wozu insbesondere eine engere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft erforderlich sei. Auch dafür werde sich die IHK Cottbus, so ihr Präsident Kothe, verstärkt einsetzen, ebenso wie für die stetige Verbesserung von Bildung und Berufsausbildung.

Mit den genannten Stichworten wurden auf der Festveranstaltung zum 150. Jahrestag der IHK exakt diejenigen Schlüsselthemen angesprochen, die im folgenden Jahrzehnt die wirtschaftliche Entwicklung Südbrandenburgs und darum auch die Arbeit der IHK Cottbus wesentlich bestimmen sollten. Zu ergänzen wären noch das Problem des Bevölkerungsverlusts, allgemein der demographische Wandel, der u.a. dazu führte, dass ab 2010 sich der Mangel an Fachkräftenachwuchs immer stärker bemerkbar machte und aus einer „Lehrstellenlücke“ binnen weniger Jahre eine „Bewerberlücke“ mit schwerwiegenden Folgen gerade für mittelständische Unternehmen wurde.

Geschäftsbeziehungen zu Polen/ EU-Osterweiterung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts nahm die IHK Cottbus den östlichen Nachbarn Polen verstärkt in den Blick, wobei insbesondere Hauptgeschäftsführer Dr. Joachim Linstedt und sein Mitarbeiterstab nicht müde wurden, auf die großen Chancen hinzuweisen, die der polnische Markt für südbrandenburgische Unternehmen bietet. Nicht zuletzt im Hinblick auf die für 2004 geplante Osterweiterung der Europäischen Union galt es für die Kammer, im Interesse ihrer Mitgliedsunternehmen frühzeitig Position zu beziehen und aktiv zu werden. So schloss die IHK Cottbus bereits im Dezember 1999 eine Kooperationsvereinbarung mit der Handelskammer im westpolnischen Gliwice (Gleiwitz). Fortan unterstützten beide Kammern in enger Abstimmung ihre Mitgliedsunternehmen bei der Markterschließung in den Regionen beiderseits von Oder und Neiße. Ein weiterer Schritt zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Polen war die Gründung des „Regionalen Kooperationsbüros Zielona Góra – Cottbus“ im Jahr 2003, kurz bevor Polen, Tschechien, Ungarn und andere osteuropäische Staaten der EU beitraten. Auf die Erweiterung der Märkte mit ihren zahlreichen Chancen vor allem für das grenznahe Südbrandenburg war die IHK Cottbus gut vorbereitet.

Fortan übernahm das Regionale Kooperationsbüro eine Art Scharnierfunktion für die Außenhandelsförderung im deutsch-polnischen Wirtschaftsraum. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen nutzten die Beratungs- und Vermittlungsleistungen im Kooperationsbüro Zielona Góra – Cottbus und im Business Centrum Zielona Góra. Im Mittelpunkt standen dabei die Anbahnung von Geschäftskontakten, die Veranstaltung von Unternehmertreffen, Informationsabfragen zu Marktdaten, Handels- und Niederlassungsbestimmungen sowie Rechtsfragen. Auch Fragen der Außenwirtschaftsförderung und beruflichen Ausbildung wurden bearbeitet. Bei all diesen Aktivitäten kamen mehrere Datenbank- und Informationsdienste zum Einsatz, die teilweise aus EU-Mitteln finanziert wurden.



*Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (l.)
und der Marschall der Wojewodschaft Lubuskie Edward
Fedko (2. v. r.) eröffnen 2005*

Knapp ein Jahr nach Eröffnung des Cottbuser Büros nahm 2005 auch in Zielona Góra ein eigenes Büro die Arbeit auf, so dass nunmehr die polnischen Unternehmen einen Ansprechpartner direkt vor Ort hatten. Während der Laufzeit des Projekts von 2003 bis 2008 wurden u.a. für mehr als 1.000 Unternehmen datenbankgestützte Adressrecherchen vorgenommen und für über 300 kleine und mittelständische Unternehmen aus der Region gezielt Kontakte zu potentiellen Geschäftspartnern jenseits der seit Mai 2004 weit offenen Grenze vermittelt.

Flankiert wurden diese Kammer-Aktivitäten u.a. durch die von der „Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftskammern entlang der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern“ bereits

1998 ins Leben gerufene Initiative „Gemeinsam mit Europa wachsen“. So waren zu diesem Zeitpunkt im Kooperationsnetzwerk ARGE28 rund 150 Partnerorganisationen in den mittel- und osteuropäischen Ländern vereint, die als Ansprechpartner bei Geschäftsanbahnung- und Vermittlung in den EU-Beitrittsländern behilflich sein konnten. Das ARGE28- Internetportal stellte beispielsweise Informationen zu den rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen oder zu Finanzierungs- und Beihilfemöglichkeiten in den Mitgliedstaaten zur Verfügung und unterstützte auf diese Weise die grenzüberschreitenden Aktivitäten heimischer Unternehmen.



Am Grenzübergang nördlich von Forst (Lausitz)

Im Frühjahr 2005 – genau ein Jahr nach der EU-Osterweiterung – zog die Industrie- und Handelskammer auf einer Veranstaltung in Cottbus mit deutschen und polnischen Unternehmern eine erste Bilanz des EU-Beitritts von Polen. Sie fiel durchweg positiv aus. Allein im ersten Jahr der EU-Osterweiterung waren die Exporte brandenburgischer Unternehmen in die Beitrittsländer um rund 16 Prozent gestiegen, die Ausfuhren nach Polen hatten dabei einen Löwenanteil. Sämtliche eingeladenen Unternehmer wussten von einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung zu berichten, nachdem im Mai 2004 Zollschranken, bürokratische Hürden und langwierige Grenzkontrollen entfallen waren. Dieser positive Trend in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Südbrandenburg und Polen setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Insgesamt hat die EU-Osterweiterung, und dabei besonders der Beitritt Polens, die Hoffnungen der südbrandenburgischen Wirtschaft auf neue Impulse erfüllt. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen verzeichnete deutliche Zuwachsraten. Die Zahl grenzüberschreitender Geschäftsbeziehungen stieg kontinuierlich an. Sei es, dass südbrandenburgische Unternehmen mit polnischen Vertriebspartnern ihre Produkte auf dem Nachbarmarkt absetzten, sei es, dass sie in Polen neue Lieferanten fanden. Auf der anderen Seite haben sich Befürchtungen, dass polnische Firmen etwa durch Lohn- und Preisdumping in den Brandenburger Markt drängen würden, als stark übertrieben erwiesen.

Diese in Summe überaus positive Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung kann sich auch die IHK Cottbus als ein Verdienst anrechnen, hat sie doch schon vor der EU-Erweiterung und verstärkt seit dem Beitritt Polens diese Entwicklung – wie oben gezeigt - mit vielfältigen Aktivitäten befördert.

Einen weiteren Meilenstein hinsichtlich der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen setzte die IHK Cottbus in Verbindung mit dem polnischen Arbeitgeberverband Lebusser Land (OPLZ) mit dem 2009 geschaffenen Gemeinschaftsprojekt „Koordinationsstelle Deutsch-Polnisches Netzwerk Wirtschaftsförderung“ (WIKON) mit Sitz in der IHK-Hauptgeschäftsstelle in Cottbus. Nach dreijähriger Laufzeit des Projekts bis 31. Dezember 2011 fiel die Bilanz überaus positiv aus. WIKON hatte in diesem Zeitraum Kontakte zu mehr als 1.400 Unternehmen vermittelt, aus denen rund 80 feste deutsch-polnische Geschäftsbeziehungen resultierten. Es wurden mehr als 900 Firmenrecherchen durchgeführt. An den von WIKON organisierten Seminaren nahmen über 600 Unternehmen aus beiden Ländern teil. Mit dem Auslaufen des erfolgreichen WIKON-Projekts wurden dessen Aktivitäten zum großen Teil verlagert.

Anfang 2013 startete die IHK Cottbus zusammen mit dem polnischen Arbeitgeberverband Lebusser Land ein weiteres, wiederum aus EU-Mitteln gefördertes grenzüberschreitendes Kooperationsprojekt

mit Polen. Das „Wirtschaftskooperationsbüro der Euroregion Spree-Neiße-Bober“ (WIKOB) unterstützt – ähnlich wie schon das Vorgängerprojekt WIKON – deutsche und polnische Unternehmen bei der Markterschließung beiderseits der Grenze.

Dies geschieht u.a. mit Hilfe spezifischer Datenbanken oder durch Organisation von Unternehmertreffen und Workshops. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die südbrandenburgischen Unternehmen, wofür die Gewinnung von polnischen Praktikanten und Auszubildenden eine immer wichtigere Rolle spielt. WIKOB verfügt über eigene Büros in Cottbus in den Räumen der IHK sowie auf polnischer Seite in Zielona Gora und Zary.

Amtsverzicht von IHK-Präsident Kothe

Noch bevor die EU-Osterweiterung einen wachsenden Teil der Kammer-Aktivitäten auf sich zog, geriet die IHK Cottbus im Herbst 2002 vorübergehend in gewisse Turbulenzen, die durch den Amtsverzicht ihres langjährigen Präsidenten Jürgen Kothe ausgelöst wurden. Hintergrund waren Ermittlungen gegen die Cottbuser Gebäudewirtschaft (GWC), dem größten Wohnungsunternehmen der Stadt, wegen des Verdachts unkorrekter Geschäftspraktiken. Im Verlauf der Ermittlungen gegen die GWC wurden auch Geschäftsräume von Kothes Firma BZ Bau GmbH durchsucht. In dieser Situation entschied sich Kothe dafür, sein Amt als IHK-Präsident bis zur vollständigen Klärung der Vorwürfe ruhen zu lassen. Als Interims-Präsident trat Hubert Marbach an die Spitze der IHK Cottbus.

Anfang 2005 stellte die zuständige Staatsanwaltschaft Neuruppin die Ermittlungen gegen Jürgen Kothe wie auch gegen die GWC ein, da sich die Vorwürfe nicht hatten erhärten lassen.

Knapp zwei Jahre zuvor hatte Kothe wegen der damals noch laufenden Ermittlungen darauf verzichtet, bei den anstehenden Kammer-Wahlen erneut als IHK-Präsident zu kandidieren. Im September 2003 wurde Ulrich Fey von der Vollversammlung zum neuen Präsidenten der IHK Cottbus gewählt.

Umstrukturierung für mehr Transparenz

Im Jahr 2002 nahm die IHK Cottbus eine innere Umstrukturierung in Angriff, die zu höherer Transparenz und einer besseren Überschaubarkeit der vielfältigen Kammeraktivitäten führen sollte. Ziel war es, eine engere Verbindung zu den Mitgliedsunternehmen, höhere „Kundenzufriedenheit“ sowie eine stärkere politische und gesellschaftliche Akzeptanz der Kammer zu erreichen. Konkret wurde das Service- und Leistungsangebot der IHK Cottbus in sechs Geschäftsbereiche gegliedert, so dass die Mitgliedsunternehmen ihre spezifischen Wünsche und Anliegen zielgerichtet bei den Bereichen „Standortpolitik“, „Starthilfe und Unternehmensförderung“, „Aus- und Weiterbildung“, „Innovation/Umwelt“, „International“ sowie „Recht/Fair Play“ anbringen konnten. Gleichzeitig vereinheitlichte die IHK Cottbus in Abstimmung mit dem deutschlandweiten Marketingkonzept des Dachverbandes DIHK ihr Erscheinungsbild und trat im Verbund mit anderen IHKs als weithin sichtbare „Marke IHK“ nach außen. Teil dieses Erneuerungsprozesses, den sich die IHK in einem Auditierungsverfahren von unabhängiger Seite bestätigen ließ, war auch ein verbessertes Qualitätsmanagement innerhalb des Hauses.

Hohe Service-Qualität im Interesse ihrer Mitgliedsunternehmen war und ist ein zentrales Anliegen der IHK Cottbus. Darum erfüllt es die Mitarbeiter mit einigem Stolz, wenn ihnen dieser hohe Service-Standard auch offiziell bescheinigt wird, wie beispielsweise dem Geschäftsbereich Starthilfe und Unternehmensförderung, der im März 2010 mit dem Qualitätssiegel „ServiceQ“ ausgezeichnet wurde. Um die Prüfungsinstanzen zu überzeugen, hatte die IHK Cottbus ihre Dienstleistungen konsequent aus der Perspektive ihrer Kunden organisieren und die internen Abläufe laufend optimiert, und das mit großem Erfolg.



Hauptgeschäftsführer Linstedt und Präsident Fey begrüßen Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (v.l.n.r.) als Gast auf dem Jahresempfang der IHK Cottbus 2006 im „E-Werk“

Der neue IHK-Präsident Ulrich Fey, der im Herbst 2003 an die Spitze der IHK Cottbus gewählt wurde, hatte bereits zu DDR-Zeiten den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt. Nach jahrelanger Tätigkeit als Chemiker im VEB Synthesewerk, Schwarzheide, hatte Fey zusammen mit seiner Frau ab 1982 ein Gewerbe zur Herstellung und Vertrieb von Kunstgewerbe-Artikeln aufgezogen. Nach der deutschen Einheit wurde er bald Geschäftsführender Gesellschafter der FGT Glaswerk GmbH in Senftenberg. Von daher war ihm das Wohl der kleinen und mittelständigen Unternehmen naturgemäß immer ein besonderes Anliegen. Mit Blick auf die Kammerarbeit trieb Fey das Projekt einer Fusion mit der IHK Ostbrandenburg voran, um eine Effektivitätssteigerung der Kammerarbeit zu erreichen. (Zum Scheitern des Projektes und den Gründen dafür weiter unten einige Erläuterungen.) Was die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln anging, trat er als IHK-Präsident mit besonderem Nachdruck für eine Vereinfachung des Steuersystems ein, um die Wirtschaft von drückenden Steuerlasten und Bürokratie zu befreien. Immer wieder nahm Fey die Politik auch beim Thema Bildung in die Pflicht, deren nachhaltige Verbesserung eine Grundbedingung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung in der Region und darüber hinaus ist.

Neuer Hauptgeschäftsführer

Im Juli 2008 gab es einen Wechsel an der Führungsspitze des Hauptamtes der IHK Cottbus. Als Nachfolger von Dr. Joachim Linstedt, der nach zehn Jahren als operativer Kammer-Chef in den Ruhestand trat, übernahm Dr. Wolfgang Krüger das Amt des Hauptgeschäftsführers. Der promovierte Historiker und gelernte Journalist hatte zuvor vier Jahre als Staatssekretär im brandenburgischen Wirtschaftsministerium gewirkt.

Von daher war er sowohl mit der wirtschaftlichen Situation in Brandenburg als auch mit der Arbeit der Industrie- und Handelskammern des Landes bestens vertraut. Seine journalistische Karriere hatte Dr. Krüger seit den 1980er Jahren in leitende Funktionen u.a. beim Westdeutschen Rundfunk und der Deutschen Welle (Fernsehredakteur und stellv. Intendant) geführt.

Es mag vor diesem Hintergrund nicht erstaunen, dass der neue Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Krüger u.a. in einer erhöhten Außenwahrnehmung wie auch in einer stärkeren politischen Profilierung der IHK Cottbus Schwerpunkte seiner Arbeit sah. Daneben bleibt die stärkere Präsenz der IHK vor Ort, d.h. die Regionalisierung der Kammerarbeit, eines seiner zentralen Anliegen, das er mit voller Rückendeckung der beiden IHK-Präsidenten Ulrich Fey und Klaus Aha (Präsident seit 2011) ins Werk setzt. Regionalisierung „In die Fläche gehen – näher an die Unternehmen“, um auf ihre Interessen und Bedürfnisse schneller und effektiver eingehen zu können - dies wurde ab 2008 zu einer bestimmenden Maxime der Kammerarbeit.

Im Zuge dieser Regionalisierungsstrategie entstanden u.a. neue IHK-Geschäftsstellen und es wurde das Leistungsangebot für die Unternehmen vor Ort deutlich erweitert. So wurden etwa die IHK-Stellungnahmen zu Förderanträgen – z.B. zu GA-Anträgen, für Bürgschaften oder zu Gründungszuschüssen - aus der Cottbuser Hauptgeschäftsstelle in die Geschäftsstellen verlagert.



IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Krüger, IHK-Präsident Aha und DIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Wansleben (v.l.n.r.) begrüßen die Gäste zum IHK Jahresempfang 2012 in der „Alten Chemiefabrik“ in Cottbus.



Die IHK-Geschäftsstelle Herzberg

Im März 2011 wurde in Herzberg eine eigene IHK-Geschäftsstelle mit vier Mitarbeitern eröffnet, so dass sich die Wege der rund 6.500 im Elbe-Elster-Kreis angesiedelten Unternehmen zu den IHK-Mitarbeitern und ihren Beratungs- und Serviceangeboten spürbar verkürzten.

Auch im Norden des Kammerbezirks war die IHK näher ans Geschehen gerückt und hatte 2009 ihre Geschäftsstelle von Königs Wusterhausen nach Schönefeld verlegt, um die am Bau des Flughafens BER und an der Entwicklung des Flughafenumfeldes beteiligten Unternehmen direkt vor Ort beraten und unterstützen zu können. Diese Nähe zu den Unternehmen hat sich gerade auch in den wirtschaftlichen Turbulenzen nach der Absage der Flughafen-Eröffnung Mitte 2012 bewährt.

Die Geschäftsstelle in Senftenberg bezog im September 2010 neue großzügige Räumlichkeiten, in denen die Unternehmerinnen und Unternehmer des Landkreises Oberspreewald-Lausitz auf ein stark erweitertes Service- und Beratungsangebot zurückgreifen können.

Das IHK-Geschäftsstellennetz wurde zudem um eine eigene Geschäftsstelle Cottbus/Spree-Neiße erweitert, die im April 2012 am Hauptsitz der IHK Cottbus ihre Arbeit aufnahm. Sie fungiert nun als erste Anlaufstelle für alle Unternehmen aus der Stadt Cottbus und ihrer Umgebung.

Damit verfügt die IHK Cottbus über ein dichtes Standortnetz, dessen Service- und Betreuungsangebot faktisch den gesamten Kammerbezirk abgedeckt. Im Ergebnis dieser „Vor-Ort-Strategie“ haben die Unternehmen nur noch kurze Wege zu dem vielfältigen Aufgaben- und Serviceangebot der Kammer. Auf der anderen Seite sind die IHK-Mitarbeiter in den Geschäftsstellen näher am Puls des Geschehens, so dass sie den Entscheidungsträgern im IHK-Hauptsitz schneller und konkreter, als das früher oft der Fall war, über bestimmte wirtschaftliche Entwicklungen und spezifische Interessenlagen ihrer regionalen Klientel berichten.

Auch die Erhöhung der regelmäßigen Sprechtage von IHK-Mitarbeitern in mehreren Städten des Kammerbezirks dient einem engeren Kontakt zu den Mitgliedsunternehmen.

Die Arbeit der einzelnen IHK-Geschäftsstellen steht dabei unter wechselnden Schwerpunkten. So lag beispielsweise im Jahr 2012 in der Geschäftsstelle Senftenberg der Schwerpunkt auf dem Thema „Förderung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen“. Dafür wurde ein starker Focus auf die Erarbeitung von Stellungnahmen, Begründungen und Dokumentationen für kommunale Bau- und Modernisierungsvorhaben gelegt, um Möglichkeiten auszuschöpfen, die sich aus den von Land, Bund und EU offerierten Fördertöpfen ergeben hatten. Dank des Engagements der Senftenberger IHK-Geschäftsstelle und in enger Zusammenarbeit mit der Kommune konnte etwa die Förderung des 2. Bauabschnitts der Kraftwerkstraße in Vetschau realisiert werden. In Großräschen wurde der Antrag zur Bereitstellung von Fördermitteln für einen neuen Stadthafen beratend begleitet.

Im Zuge der Regionalisierung wurde nicht zuletzt auch die Zahl der Betriebsbesuche deutlich erhöht, um Unternehmen, die bislang keinen oder nur wenig Kontakt zur IHK hatten, direkt anzusprechen. Im Jahr 2009 wurden zudem sogenannte „Begrüßungsabende“ eingeführt. Dort werden neue Kammermitglieder über das Leistungs- und Serviceangebot der IHK in persönlichem Gespräch informiert.

Neue Regionalausschüsse

Die stärkere Regionalisierung der Kammerarbeit kommt auch in der Bildung von speziellen Regionalausschüssen zum Ausdruck. Die Regionalausschüsse ermöglichen es den Unternehmen einer bestimmten Region, eines Landkreises, sich mit ihren spezifischen Anliegen und Problemen deutlicher Gehör zu verschaffen und sich auf diese Weise stärker in die Kammerarbeit einzubringen. Konkret heißt das, dass die hauptamtlichen Kammermitarbeiter – vor allem der jeweiligen Geschäftsstellen - sich eng mit den Regionalausschüssen abstimmen, um zum Beispiel regionale Straßenbauprojekte entsprechend den Bedürfnissen der Unternehmen vor Ort voranzubringen.

Den Anfang machte im Jahre 2004 der Regionalausschuss Elbe-Elster. Im November 2012 beschloss die IHK-Vollversammlung sodann die Bildung von drei weiteren Regionalausschüssen, und zwar für die Regionen Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz und Cottbus/Spree-Neiße.

Service-Leistungen für die Unternehmen

Nicht zuletzt der praxisorientierte Service der IHK für ihre Mitgliedsunternehmen profitierte vom Ausbau des Geschäftsstellennetzes im Zuge der Regionalisierungen. Kurze Wege und engerer Kontakt führte dazu, dass die Beratungs- und Serviceleistungen der IHK in steigendem Maße abgerufen wurden.

Unter diesen Service-Leistungen der IHK Cottbus bildet die Existenzgründerberatung seit je einen Schwerpunkt. Die Prüfung einer Geschäftsidee, Marktanalyse und Vermittlung von Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten helfen dabei, erfolgversprechende Projekte über die immer schwierige Anfangsphase zu begleiten und auf dem Markt zu etablieren. Das ist allerdings häufig ein sehr kleinteiliges Unterfangen, da es im Kammerbezirk sehr viele kleine und kleinste Gründungsprojekte mit eher geringem Finanzierungs- und Personalbedarf gibt. Die Gründung aus der Arbeitslosigkeit heraus ist eine der häufigsten Formen der Existenzgründung.

So führten die IHK-Mitarbeiter beispielsweise im Jahr 2009 insgesamt 3.140 Beratungsgespräche mit Gründungswilligen. Wie wichtig eine kompetente Beratung ist, zeigte sich nur allzu oft an den unzureichend ausgearbeiteten Finanzierungsplänen der Gründer oder deren mangelhaften oder gleich gar nicht erfolgten Recherchen über die Chancen ihrer jeweiligen Geschäftsidee am Markt. Daneben bietet die IHK-Cottbus kontinuierlich Existenzgründer-Basisseminare an, in denen sich Interessenten eine Art Grundwissen zu den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der angestrebten Selbstständigkeit aneignen können. Ein Angebot, das ab 2006 durch zusätzliche Vertiefungsseminare erweitert wurde. In der IHK-Geschäftsstelle Schönefeld lief zu diesem Thema im September 2009 eine neu konzipierte Veranstaltungsreihe an. Unter dem Titel „In fünf Schritten zum Unternehmer“ wurden Schlüsselthemen im Gründungsprozess wie Kundenakquisition, Steuerrecht, allgemeines Rechnungswesen und Buchhaltung behandelt, aber auch vertiefende Hinweise zur eigenen Absicherung, für die Abfassung eines Businessplans oder zur erfolgreichen Personalpolitik vermittelt.

Von entscheidender Bedeutung ist die Beschaffung von Finanzmitteln, ohne die die beste Geschäftsidee nicht zum Laufen gebracht werden kann.

In diesem Zusammenhang bietet die IHK Cottbus seit 2004 in enger Zusammenarbeit mit der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) spezielle Bankensprechtag an. Allein im Jahr 2005 konnten durch ca. 56 Millionen Euro aus dem Topf der GA-Fördermittel (Gemeinschaftsaufgabe – Mittel) insgesamt Investitionen von 220 Millionen Euro initiiert werden, was einer Verdoppelung des Volumens aus dem Vorjahr entsprach.

Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009

Wie zuverlässig die IHK Cottbus an der Seite der Unternehmen in Südbrandenburg stand und steht, zeigte sich nicht zuletzt in der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009. Sie brachte im globalen Maßstab starke Verwerfungen im Wirtschafts- und Finanzsystem und verursachte eine drastische Steigerung der Staatsverschuldungen. Die Konjunktur brach weltweit ein.

Zwar zeigten sich die südbrandenburgischen Unternehmen im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen in Deutschland im Durchschnitt von der Krise weniger stark betroffen, was insbesondere auf die geringere Exportabhängigkeit hiesiger Betriebe und deren verhältnismäßig geringeren Verflechtungsgrad mit der Automobil- und Finanzindustrie zurückzuführen ist. Aber auch im Kammerbezirk nahm die Krise für etliche Unternehmen bedrohliche Ausmaße an.

Zunächst und vor allem galt es aus Sicht der IHK Cottbus, der starken Verunsicherung vieler Unternehmerinnen und Unternehmer nach Ausbruch der Krise zu begegnen. Ein zentraler Punkt dabei war die Liquiditätssicherung. Mit „Krisen-Sprechstunden“ und einem stark nachgefragten Online-Merkblatt „IHK-Hilfe in schwierigen Zeiten“ vermittelte die IHK ihren Mitgliedsunternehmen wichtige Informationen und Tipps für ein erfolgreiches Krisen-Management.

Dabei bewährte sich erneut die schon seit 1996 bestehende Kooperationspartnerschaft der IHK Cottbus mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Rahmen des „Runden Tisches“.

Speziell der von der IHK in Zusammenarbeit mit der KfW eingerichtete „Runde Tisch – Hilfe für Unternehmen in Schwierigkeiten“ vermochte es, für akut bedrohte Betriebe konkrete Hilfestellungen anzubieten und dadurch deren Liquiditätssicherung zu gewährleisten. In Schieflage geratene Betriebe können eine von der KfW finanzierte, externe Fachanalyse eines Sanierungsberaters erhalten, der erste Empfehlungen für eine mögliche Sanierung abgibt. Auf der Grundlage dieser Einschätzung haben die Hauptgläubiger die Möglichkeit – zumeist bei einem von der IHK organisierten und moderierten Treffen – die eigenen Sanierungsvorstellungen mit der externen Fachanalyse abzugleichen und Entscheidungen zu treffen.

Überdies setzte sich die IHK Cottbus in der Krise 2008/09 bei der Landespolitik verstärkt dafür ein, kurzfristig Investitionsimpulse zu setzen und kontraproduktive Marktregulierungen aufzuheben oder zumindest temporär auszusetzen.

„Stark für den Aufschwung“

Als dann 2010 der Wiederaufschwung der Wirtschaft erfreulich rasch einsetzte, war die Kammer gefordert, diesen Aufschwung zu fördern. Dies geschah vor allem dadurch, dass sie sich verstärkt bei der Anbahnung internationaler Geschäftsbeziehungen - vor allem nach Polen - engagierte und sich um Zugang zu Förderprogrammen für die wieder Tritt fassenden Unternehmen kümmerte.

Es gab eine deutliche Zunahme der Beratungsleistungen und der angeforderten Stellungnahmen zu Förderanträgen, denn mit wachsenden Auftragseingängen nahm bei den Unternehmen die Investitionsneigung wieder zu. Namentlich im verarbeitenden Gewerbe, das 2010 einen Umsatzanstieg von fast acht Prozentpunkten gegenüber dem Krisenjahr 2009 zu verzeichnen hatte, wuchs nun die Bereitschaft, aufgeschobene Investitionen in Angriff zu nehmen, etwa zur Modernisierung des Maschinenparks oder auch im Hinblick auf die Optimierung von Produktionsprozessen.

Vor diesem Hintergrund wurden im Verlauf des Jahres 2010 von den IHK-Mitarbeitern nahezu 20 Prozent mehr Stellungnahmen zu beantragten Zuschüssen und Bürgschaften abgegeben. Die bewilligten Zuschüsse aus Mitteln der GA (Gemeinschaftsaufgabe) erhöhten sich gegenüber dem Krisenjahr 2009 um 54 Mio. Euro auf insgesamt fast 100 Mio. Euro. Die damit ermöglichten Investitionen erreichten innerhalb des Kammerbezirks ein Volumen von rund 387 Mio. Euro.



Das Hauptgebäude der IHK Cottbus in der Goethestraße

In langfristiger Perspektive setzte sich die IHK Cottbus in der Phase des Wiederaufschwungs bei der Politik mit Nachdruck für die Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen ein, insbesondere für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, damit die wirtschaftlichen Potentiale der Region Südbrandenburg besser ausgeschöpft werden konnten.

Kommunikation – „IHK Cottbus :besser für alle“

Die seit etwa 2008 energisch vorangetriebene Regionalisierung der IHK Cottbus, d.h. ihre breite Verankerung in der Fläche, machte auch eine intensivere Kommunikation mit den Unternehmen erforderlich. Von der IHK Cottbus wurde darum in Zusammenarbeit mit einer heimischen Agentur ein neues Kommunikationskonzept entwickelt, dessen zentraler Slogan lautet: „IHK Cottbus :besser für alle“. Es kommt darin die Doppelfunktion der Kammer gut zum Ausdruck. Als branchenübergreifende Interessenvertretung hat sie in ihrer täglichen Arbeit die Belange eines jeden einzelnen Unternehmens ebenso im Blick wie die gedeihliche Entwicklung des gesamten südbrandenburgischen Wirtschaftsraumes.

Im Zusammenhang mit dem Bemühen um verbesserte Kommunikation wurde 2011 auch der Internet-Auftritt der Kammer modernisiert, wo durch ein besserer Online-Zugang zu den vielfältigen Leistungen und Service-Angeboten der IHK erreicht wurde.

Dass die verbesserte Kommunikation und der engere Kontakt mit den Mitgliedsunternehmen sich insgesamt positiv auf die IHK-Arbeit auswirkt, zeigt sich an mehreren Indikatoren. Zu nennen sind hier u.a. die erhöhten Teilnehmerzahlen bei den verschiedenen Veranstaltungen der IHK (Gesprächskreise, Workshops, Vorträge etc.), eine intensivere Nutzung der Beratungs- und Serviceangebote und nicht zuletzt eine deutlich wachsende Bereitschaft von südbrandenburgischen Unternehmerinnen und Unternehmern, sich im Rahmen der IHK Cottbus ehrenamtlich zu engagieren, sei es als Prüfer, als Mitglied eines der Fach- oder Regionalausschüsse oder auch in der Vollversammlung, dem obersten Entscheidungsgremium der IHK Cottbus.

Ehrenamt – Ausschüsse

Ohne das Ehrenamt könnte die IHK Cottbus ihre vielfältigen Aufgaben zur Interessenvertretung und praktischen Unterstützung ihrer Mitgliedsunternehmen in Südbrandenburg nicht bewältigen. Das Ehrenamt, d.h. das Engagement zahlreicher Unternehmerinnen und Unternehmer aus der Region, ist traditionell die Basis der Kammerarbeit. Die hauptamtlichen Mitarbeiter sind bei vielen Fragen angewiesen auf die Erfahrungen und den Sachverstand Ehrenamts, wobei die mehr als ein Dutzend Fach- und Regionalausschüsse eine herausgehobene Rolle spielen.



Eine Sitzung des IHK-Handelsausschusses 2008

So gelang es etwa im Jahr 2012 durch das starke Engagement des Fachausschusses Umwelt und Energie, die Interessen der südbrandenburgischen Wirtschaft bei den Verhandlungen um eine sowohl effektive als auch wirtschaftsfreundliche Umweltgesetzgebung einzubringen. So erreichten die IHK Cottbus und der zuständige Fachausschuss in gemeinsamer Anstrengung, dass mehrere Passagen im Entwurf zum Naturschutzänderungsgesetz, die im Ergebnis zu einer Benachteiligung der hiesigen Wirtschaft gegenüber der anderer Bundesländer geführt hätten, gestrichen bzw. modifiziert wurden. Ein schönes Beispiel für den Erfolg eines koordinierten Einsatzes von Ehrenamt und Hauptamt der IHK für die spezifischen Interessen der südbrandenburgischen Wirtschaft.

Förderpolitik – „Stärken stärken“

Ein immer wieder kontrovers diskutiertes Thema war (und ist) die Förderpolitik in Brandenburg. Aber auf welche Weise, mit welchen Instrumenten soll die wirtschaftliche Förderung ausgestaltet werden, um die Region voranzubringen? Die IHK Cottbus bezog in dieser Frage wiederholt Stellung. Und so begrüßte sie auch ausdrücklich die 2005 von der brandenburgischen Landesregierung vollzogene Neuausrichtung ihrer Förderstrategie. In Abkehr von der bis dahin geübten Praxis einer flächendeckenden Vergabe von Fördermitteln („Gießkannenprinzip“) setzte die Landespolitik nunmehr auf die Bildung sektoraler und regionaler Schwerpunkte. Das Motto dazu lautet „Die Stärken stärken“.

Die Politik reagierte damit auch auf die dramatisch geschrumpften finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte, die eine möglichst viele Standorte und Branchen versorgende Förderung nicht mehr erlaubte.

Das neue Konzept „Stärken stärken“ entsprach in seinem Kern den Vorstellungen der brandenburgischen Kammern und nahm einige ihrer zentralen Forderungen und Anregungen auf. Bereits vor der Landtagswahl im Jahr 2004 hatte die IHK Cottbus mit den IHKs Ostbrandenburg und Potsdam im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der brandenburgischen Industrie- und Handelskammern eine „Allianz für Wachstum“ erarbeitet, die am 5. Mai 2004 in Potsdam Vertretern der Landespolitik übergeben wurde. Sie basierte auf einem Forderungskatalog von vierzehn unverzichtbaren „Wachstumssäulen“. Das Konzept betonte aber auch, dass eine „sachgerecht gestaltete Wachstumsförderung nicht auf Wachstumskerne reduziert“ werden darf, sondern „auch innovative Unternehmen in den übrigen Regionen“ gefördert werden müssen. Diese dann auch umgesetzte Forderung verdankte sich nicht zuletzt den Erfahrungen der IHK Cottbus mit den im Kammergebiet ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die immer wieder große Schwierigkeiten hatten, Innovationen zu finanzieren und zu marktfähigen Produkten weiterzuentwickeln.

Die Basis der neuen Förderstrategie bilden seither speziell ausgewiesene „Regionale Wachstumskerne“ (RWK). Dabei handelt es sich um einzelne Städte oder Gemeindeverbände, die über hohe Wirtschaftskraft und Potential wie auch über eine solide Basis an wissenschaftlichem Knowhow in Form von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen verfügen. Im Kammerbezirk wurden als Wachstumskerne (Oberzentren) die Städte Cottbus und Spremberg sowie die Region Wildau/Königs Wusterhausen/Schönefeld und die Westlausitz mit den Orten Lauchhammer, Schwarzheide und Senftenberg ausgewiesen. Für diese südbrandenburgischen Wachstumskerne hat die IHK Cottbus gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft und der Wissenschaft und unter Einbeziehung der Kommunen und der Verbände eine Reihe einschlägiger Konzepte und Strategiepläne sowie daraus abgeleitete Maßnahmenkataloge erarbeitet bzw. Vorarbeiten geleistet.

Für mehr Innovationen – Netzwerke und „Innovationscluster“

Gerade für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland bilden Ideen und Konzepte den eigentlichen „Rohstoff-Schatz“, der wiederum entscheidend ist für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Ob es um neue Produkte, moderne Verfahrenstechniken oder auch bisher unbekannte, stärker bedarfsorientierte Dienstleistungen geht: Innovationen sind unverzichtbar und in Deutschland der wichtigste Treibstoff für den Wirtschaftsmotor.

Diese Innovationen sind indessen nur zu erreichen, wenn es gelingt, neben den regionalen Unternehmen, den kommunalen Verwaltungen und Verbänden auch die wissenschaftlichen Einrichtungen mit ihren Forschungen in innovativen Netzwerken einzubinden. Seit Jahren bemüht sich die IHK Cottbus daher intensiv um eine für alle beteiligten Seiten fruchtbare Netzwerk-Arbeit. Die IHK Cottbus initiiert die Bildung neuer Netzwerke, übernimmt bei schon existierenden die organisatorische Betreuung und unterstützt die „netzinterne“ Kommunikation, etwa durch Forumsveranstaltungen für den Erfahrungsaustausch unter den Netzwerk-Mitgliedern.



Forschung an der Hochschule Lausitz 2010, an Mikroalgen, die Kohlendioxid (CO₂) binden und damit energiereiche Biomasse erzeugen.

Hochschullandschaft

Zu den entscheidenden Voraussetzungen gleichermaßen für Netzwerke und Cluster und die aus ihnen potenziell erwachsenden Innovationen gehören - neben innovativen und finanziell gut ausgestatteten Unternehmen - eine möglichst gut entwickelte und in ihren Inhalten angebotsreiche Hochschul- und Forschungslandschaft sowie eine ausreichende Zahl von gut ausgebildeten und qualifizierten Fachkräften.

Um ein realistisches Bild vom Innovationspotential der Region zu bekommen, gab die IHK Cottbus im Jahre 2010 bei der Brandenburgischen Technischen Universität eine Studie in Auftrag, in der zum einen der Ist-Zustand der Netzwerk- und Innovationskultur im Kammerbezirk beleuchtet und zum anderen etwaige Entwicklungsmöglichkeiten in diesem Zusammenhang aufgespürt und benannt werden sollten.

Das Ergebnis überraschte insofern als trotz gewisser Defizite sich für beide Fragestellungen ein durchaus positives Gesamtergebnis ergab, wonach in der Region erfreulich viele innovative bzw. innovationsbereite Unternehmen ansässig sind.

Räumlich konzentrieren sie sich im Einzugsbereich Berlins (etwa in Königs Wusterhausen oder in Wildau), im Großraum Cottbus, in der West-Lausitz (vor allem um Bad Liebenwerda, Elsterwerda, Finsterwalde, Großräschen, Lauchhammer und Senftenberg), in und um Spremberg, im Raum Lübbenau/Lübben sowie Guben.

Von den Branchen her sind Metall- und Energiewirtschaft und Energietechnologie oder Medien ebenso vertreten wie der ganze Bereich Chemie (in Gestalt von Kunststoffen, Mineralöl und Biokraftstoffen) und die besonders zukunftssträchtigen Bereiche Biotechnologie/Life Sciences und Gesundheitswirtschaft.

Auffallend war allerdings, dass die Innovationen zumeist in Zusammenarbeit mit den Kunden und Zulieferern (63 und 44 Prozent) verwirklicht werden und bedeutend weniger zusammen mit den Hochschulen Brandenburgs und anderen Hochschulen (26 und 22 Prozent), was bedeutet, dass die speziellen Innovationspotentiale einer engen Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft noch nicht ausreichend genutzt werden.



Das IKMZ Informations-, Kommunikations- und Medienzentrum der BTU Cottbus-Senftenberg ist ein Wahrzeichen der Stadt Cottbus geworden.

Kooperation Hochschule - Wirtschaft

Auf die intensivere Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft sowie auf die Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, legt die IHK Cottbus ein besonderes Augenmerk. So wurden 2010 mehrere „Unternehmertage“ an den Hochschulen der Region abgehalten. Bei diesen Veranstaltungen erhalten Unternehmerinnen und Unternehmer, die von der IHK gezielt angesprochen wurden, vertiefende Einblicke in bereits existierende Gemeinschaftsprojekte von Hochschule und Wirtschaft. Auf der bereits vorhandenen Grundlage – verwiesen sei auf die erfolgreiche Clusterbildung aus Wirtschaft und Forschung im Bereich der Kunststofftechnologie und der Energiewirtschaft – müssen weitere der Wirtschaft Impulse gebende Schritte unternommen werden.

In welchem Maße dabei auf die vorhandenen Beispiele gut funktionierender Netzwerke unter Beteiligung der IHK Cottbus aufgebaut werden kann, belegt etwa das Forschungszentrum für Leichtbauwerkstoffe „Panta Rhei“ in Cottbus. Leichtbauwerkstoffe gewinnen bekanntlich aus ökonomischen und ökologischen Gründen immer mehr an Bedeutung. Energieersparnis und Emissionsreduzierung sind nur zwei Beispiele für die Vorteile von Leichtbauwerkstoffen. Eben auf dem Gebiet der Produktion und Verarbeitung neu entwickelter Leichtbauwerkstoffe betreibt das Forschungszentrum Panta Rhei seine Entwicklungen. Dabei entstehen in engster Zusammenarbeit mit Kunden und Partnern und deren Anforderungen innovative Lösungen über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg. Die vorhandene moderne Fertigungs- und Messtechnik erlaubt den Partnern den direkten Zugang zu moderner Prüf- und Simulationstechnik und den dabei gewonnenen Erfahrungen im Leichtbau. Die IHK Cottbus ist in diese Aktivitäten u.a. dadurch eingebunden, dass sie praxisorientierte Veranstaltungen durchführt, innerhalb des Netzwerks die Förderung und Umsetzung konkreter Projekte begleitet und Vorschläge für erforderliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen erarbeitet.

Auch die Arbeit der IHK-Ausschüsse, insbesondere des Fachausschusses IT und Innovation, befasst sich immer wieder mit dem Ausbau der regionalen und überregionalen Vernetzung von Forschung und Produktion.

Bildung und Ausbildung

Dem Thema Bildung und Ausbildung kommt – nicht nur, aber auch – im Bereich Innovationen eine Schlüsselrolle zu. Zugleich gewährleisten gute Bildung und Ausbildung die Teilhabe nachwachsender Generationen an der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die IHK Cottbus widmet diesem fundamentalen Thema, das für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung ist, seit jeher ihre besondere Aufmerksamkeit. Investitionen in Bildung sind auch deshalb Zukunftsinvestitionen, weil nur dadurch dem Fachkräftemangel in Südbrandenburg im Besonderen wie in Deutschland wirkungsvoll begegnet werden kann. In der Arbeit der IHK Cottbus war und ist die Bildung daher auf allen Ebenen ein Schlüsselthema.

Gemeinsam mit anderen Kammern und Teilen der Politik gelang es beispielsweise im Jahr 2004, die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe zu verhindern. Es war ein zäher Kampf gepaart mit Verhandlungsgeschick, bis im Juni 2004 der Nationale Ausbildungspakt unterzeichnet werden konnte. Darin verpflichteten sich Bundesregierung und Wirtschaft, jedem ausbildungswilligen- und fähigen Jugendlichen ein Angebot zur Ausbildung oder zur Qualifizierung zu machen. Auch die Unternehmer des Kammerbezirks beteiligten sich am Ausbildungspakt mit sehr beachtlichen Ergebnissen:

Allein bis Ende 2004 stellte die südbrandenburgische Wirtschaft 489 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung. Überdies konnten 385 Angebote für Einstiegsqualifikationen unterbreitet werden. Ein Erfolg, der in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und der Handwerkskammer in der Nachvermittlung freier Stellen noch ausgebaut werden konnte. Dabei wurde in dieser Phase auch darauf geachtet, in der Ausbildungsplatzberatung näher an die Unternehmen heranzurücken bzw. auch mit dieser Leistung der IHK Cottbus in die Fläche zu gehen. Im März 2004 wurde in der IHK-Geschäftsstelle Senftenberg eine neue Mitarbeiterin eingestellt, die sich speziell auf die Ausbildungsplatzentwicklung und Beratung konzentriert und auf in Frage kommende Betriebe zugeht. Auch hier war der Erfolg messbar: Im Vergleich zum Vorjahr gelang es, im Landkreis Oberspreewald-Lausitz zusätzlich 27 Ausbildungsbetriebe zu gewinnen.

Diese Aktivitäten erstreckten sich bereits früh auch auf die Hochschul- und Fachhochschulbildung im Land. Sie verkörpert insbesondere die potenzielle Innovationskraft der südbrandenburgischen Wirtschaft. Erst im Juni 2011 appellierte die IHK Cottbus gemeinsam mit der Handwerkskammer in einer Resolution an die Landesregierung, trotz aller finanziellen Probleme der öffentlichen Haushalte die erreichte Qualität der akademischen Ausbildung zu erhalten und auszubauen und sie nicht durch Standortschließungen zu beeinträchtigen oder gar zu gefährden. Bestens ausgebildete Naturwissenschaftler und Ingenieure stellen das Rückgrat der Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang hat sich die IHK Cottbus stets für den Erhalt des hohen Qualitätsstandards der hiesigen Hochschullandschaft eingesetzt. So sprach sie sich grundsätzlich für den umstrittenen Zusammenschluss der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) in Cottbus mit der Fachhochschule Lausitz in Senftenberg im Jahr 2012 aus, mahnte aber geeignete Maßnahmen an, um den Standard der BTU in der neuen Hochschule zu halten bzw. auszubauen.



Die duale Berufsausbildung in ihrer Kombination Betriebspraxis und theoretischer Ausbildung ist ein international anerkanntes Erfolgsmodell der Fachkräftesicherung.

Von der Lehrstellen- zur Bewerberlücke

Die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses stehen angesichts des seit 2007/2008 immer spürbarer werdenden demografischen Wandels vor neuen Herausforderungen. Aus der „Lehrstellenlücke“ entwickelte sich in den vergangenen Jahren eine „Bewerberlücke“ – vor dem Hintergrund stark sinkender Schüler- und Bewerberzahlen ein brisantes Problem, mit dem sich namentlich ostdeutsche Länder, nicht zuletzt auch Brandenburg konfrontiert sehen. Allein im Jahr 2009 sank die Zahl der Schulabgänger in Südbrandenburg von 6.480 im Vorjahr auf nunmehr 5.826, ein Jahr später waren es noch 5.000. Überdies betraf der Rückgang vor allem die Schulabgänger nach der 10. Klasse – und damit eben jene Generationskohorte, die relativ am häufigsten in die betriebliche Ausbildung strebt. Insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen blieben nun viele angebotene Lehrstellen frei.



IHK-Bestenfeier 2012: Die Jahrgangsbesten Jungfacharbeiter des Abschlussjahres 2011/12. Diese Jungen Menschen haben ihren Leistungswillen unter Beweis gestellt.

Die Probleme, die sich aus dem demografischen Wandel für den Bildungs- und Ausbildungssektor ergeben – und deren Auswirkungen mutmaßlich noch mindestens bis 2020 anhalten werden – fallen zusammen mit neuen Anforderungen an die Bewerber. Höhere Spezialisierungen, praktisch-motorische Fähigkeiten, die sich nicht unbedingt in den Schulensuren abbilden, und komplexe Produktions- und Serviceleistungen stellen auch höhere Ansprüche an die lebenslange Fortbildungsbereitschaft. Die IHK Cottbus hat sich mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen auf die neue Lage eingestellt. Angebote wie die „Passgenaue Vermittlung“, der „IHK-Bewerber Check“ oder das online installierte „Berufsorientierungsportal“ gehören zu den besonders stark nachgefragten Serviceleistungen der Kammer.

Ergänzt werden diese Aktivitäten zum Beispiel durch regelmäßige Ausbildertage der IHK Cottbus. So konnten sich auf dem 4. Ausbildertag im Juni 2012 rund 150 Vertreter aus Schule und Wirtschaft in

Cottbus über neue Trends und Anforderungsprofile in der Berufsausbildung informieren. Zudem nehmen seit 2009 IHK-Mitarbeiter vermehrt an Projekttagen in Schulen teil und vermitteln dabei gezielt in den 9. und 10. Klassen Informationen über Ausbildungsbedingungen und Möglichkeiten im Lehrstellenbereich.

Wachsende Bedeutung gewinnt im Hinblick auf das Thema Fachkräftesicherung die Anwerbung ausländischer, ausbildungsbereiter junger Menschen. Erfolgreich entwickelte sich die 2011 gestartete Initiative der Kammer zur Vermittlung polnischer Praktikantinnen und Praktikanten an südbrandenburgische Unternehmen. Das mit rund 80 Teilnehmern begonnene Projekt wird fortgesetzt.

Dass die heimischen Unternehmen vor dem Hintergrund sinkender Bewerberzahlen auf potentielle Mitarbeiter zugehen müssen, d.h. ihrerseits aktiv werden und den Bewerbern Angebote machen müssen, versucht die IHK Cottbus ihren Mitgliedern verstärkt zu vermitteln. Neben der Bezahlung spielen zunehmend „weiche“ Faktoren („Corporate Social Responsibility“) wie Betriebsklima, Karriere-Möglichkeiten oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine immer wichtigere Rolle. Die IHK Cottbus unterstützt darum entsprechende Initiativen von Unternehmen und Kommunen und bietet ihrerseits spezielle Seminare, Informationsmaterialien etc., um die südbrandenburgische Wirtschaft bei der Konkurrenz um die besten Bewerber praktisch zu unterstützen.

Einsatz für eine leistungsstarke Infrastruktur

Eine leistungsfähige und zuverlässige Infrastruktur ist und bleibt eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung einer jeden Region. Der möglichst reibungslose Verkehr von Menschen, Gütern und Dienstleistungen zu Wasser, zu Lande, auf der Schiene und in der Luft bildet die Basis für wirtschaftlichen Wohlstand und ermöglicht erst das Funktionieren einer arbeitsteiligen Wirtschaft.

Daraus ergibt sich notwendig, dass die IHK Cottbus seit jeher einen ihrer Hauptschwerpunkte auf die Themen Logistik und Verkehrsinfrastruktur legt, d.h. konkret auf die Verbesserung und den weiteren Ausbau der Verkehrswege.

Schienenverkehr

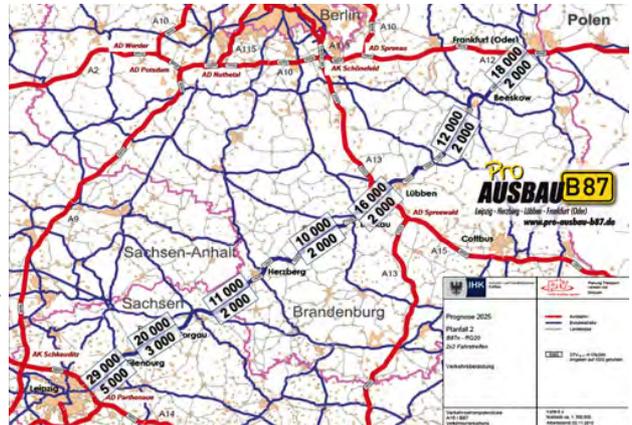
Im Bereich des Schienenverkehrs steht der weitere Ausbau der Bahnverbindung von Berlin nach Cottbus und im Sinne des grenzüberschreitenden Verkehrs nach Wroclaw/Breslau über Forst, Zary und Zagan weit oben auf der Agenda. Erfreulicherweise wurde die Verbindung Berlin - Cottbus bis 2011 merklich verbessert.

Weiterhin setzt sich die IHK Cottbus für den Ausbau des Bahnhofs Ruhland ein, der für die Anbindung des BASF-Standorts in Schwarzheide an das europäische Streckennetz von Bedeutung ist. Für die bestehenden Schienenverbindungen nach Polen fordert die Kammer u.a. eine Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Cottbus, Horka und Görlitz. Es ist nicht zuletzt ein Erfolg der beharrlichen Kammerarbeit, dass dieses Projekte trotz massiver Sparzwänge im Landeshaushalt weiterhin auf der Prioritätenliste des Verkehrswegeplans stehen.

Straßen

Im Bereich Straße liegt nach wie vor das Hauptaugenmerk der Kammer auf dem Ausbau der Bundesstraße B 87, mit der die Wirtschaftszentren Frankfurt (Oder) und Leipzig besser verbunden wären. Dies hätte auch günstige Auswirkungen auf die Verkehrsströme in Südbrandenburg. Eine von der Kammer 2010 in Auftrag gegebene Studie untermauerte die Forderung der Wirtschaft und trug dazu bei, dass das Projekt wenigstens in Teilstücken in Angriff genommen wurde.

Auch für den Bau von Ortsumgehungen, die die Verkehrsströme entzerren, macht sich die Kammer immer wieder stark. Bis 2012 sind die Planungen für mehrere Ortsumfahrungen, u.a. in Lübben, Bad Liebenwerda und Elsterwerda/Plessa abgeschlossen, so dass dort die Realisierung beginnen kann.



Prognose zur Verkehrsbelastung auf der Trasse der B87



Die IHK-Forderung nach Ausbau der B87 findet breite Unterstützung.

Wasserstraßen

Auf den Wasserwegen in der Region ist die Lage nach wie vor angespannt. Die vom Bund verordnete „Wasserstraßenkategorisierung“ hat bei der südbrandenburgischen Wirtschaft zu großem Ärger, in der Konsequenz auch zum Wegfall oder zur Aussetzung einiger Großprojekte in der Region geführt. Besonders schmerzlich ist die Streichung des geplanten und für die Wirtschaftlichkeit des Hafens Königs Wusterhausen zwingend erforderlichen Schleusenausbaus in Kleinmachnow. Um den Forderungen der hiesigen Wirtschaft Nachdruck zu verleihen, beteiligte sich die IHK Cottbus im September 2012 maßgeblich an einer spektakulären Protestaktion der ostdeutschen Wirtschaft unter dem Motto „Dem Osten nicht das Wasser abgraben“. Dazu wurde ein spezielles „Protest-Schiff“ auf eine dreitägige Reise von Eisenhüttenstadt nach Berlin geschickt, wo IHK-Präsident Aha eine von 40 Vertretern ostdeutscher Unternehmen, Kammern, Verbände und Kommunen unterzeichnete Resolution zum Ausbau der ostdeutschen Wasserstraßen an einen Vertreter des Bundesverkehrsministerium mit überreichte. Als kleiner Teilerfolg war zu werten, dass sich die Landesverkehrsminister auf ihrer Tagung in Cottbus Ende 2011 für eine Überarbeitung der Regierungspläne aussprachen.

Positiv zu verbuchen war auch, dass der von der IHK Cottbus jahrelang geforderte Ausbau des Hafens Mühlberg im Jahr 2011 abgeschlossen werden konnte.



„Protest-Schiff“ auf der Fahrt von Eisenhüttenstadt nach Berlin



IHK-Präsident Klaus Aha (l.) bei der Übergabe der Protestresolution zum Ausbau der ostdeutschen Wasserstraßen in Berlin

Flughafen BER - Destaster um einen Hoffnungsträger

Das mit Abstand größte Infrastrukturprojekt im Kammerbezirk bzw. in ganz Ostdeutschland, der Großflughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt (BER) in Schönefeld, entwickelte sich allerdings vom einstigen Hoffnungsträger für eine ganze Region zu einem Desaster mit schwer abzuschätzenden finanziellen und wirtschaftlichen Folgen, vom Imageschaden ganz abgesehen.

Von den ersten Planungen in den 1990er Jahren an war die IHK Cottbus stets eine entschiedene Fürsprecherin eines Großflughafens Berlin-Brandenburg und hat das Projekt zuverlässig nach Kräften unterstützt. Neben dem politischen Einsatz für den BER ging es ihr dabei vordringlich immer auch um eine möglichst starke Beteiligung südbrandenburgischer Unternehmen am Bau und dem späteren Betrieb des Großflughafens. Auch bei der Entwicklung des Flughafenumfelds hat sie sich stark engagiert. Um so größer waren Enttäuschung und Ärger bei der IHK Cottbus, als die für Mitte 2012 geplante Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg wegen verheerender Planungs- und Baumängel abgesagt werden musste. Seither beteiligt sich die IHK Cottbus energisch an den Bemühungen, das Desaster um den BER einzugrenzen und den Flughafen möglichst zügig in Betrieb zu nehmen. Welche wichtige Rolle der IHK Cottbus dabei zukommt, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass ihr Hauptgeschäftsführer Dr. Krüger in den Aufsichtsrat des BER aufgenommen und seither an den zentralen Weichenstellungen unmittelbar beteiligt ist.

In der Planungs- und Bauphase hatte die IHK sich immer wieder für den Ausbau des Flughafens als internationales Drehkreuz eingesetzt, das der Region Berlin-Brandenburg besonders starke wirtschaftliche Impulse bringen soll. Diese Position vertrat die Kammer sowohl in den Diskussionen über Flugrouten, Nachtflugverbot und Lärmschutz als auch in der Frage der verkehrstechnischen Anbindung des BER, vor allem auf der Schiene. So setzte sich die IHK Cottbus beharrlich für eine möglichst wirtschaftsfreundliche Regelung der Betriebszeiten des Flughafens, insbesondere für die Nutzung der Nachtrandzeiten, ein. Insofern kann die Kammer die getroffene Regelung, wonach Starts und Landungen auch in der Zeit von 22 und 24 Uhr bzw. 5 und 6 Uhr in gewissem Umfang möglich sind, als einen gemeinsam mit den Schwesterkammern in Berlin und Brandenburg erzielten Erfolg verbuchen.



Der BER ist das größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands

Mit beachtlichem Resultat engagierte sich die Kammer für die Beteiligung heimischer Firmen am BER. In Form der in Schönefeld ansässigen Auftragsberatungsstelle und dem Bieterverzeichnis stellte sie wirkungsvolle Instrumente zur Verfügung, damit möglichst viele brandenburgische Unternehmen von dem

Projekt profitieren konnten. Das von der Auftragsberatungsstelle Brandenburg geführte Bieterverzeichnis ermöglichte es Unternehmen, sich mit ihrem spezifischen Leistungsprofil an den jeweiligen Ausschreibungen zu beteiligen. Speziell für kleine und mittlere Unternehmen, die im Gastronomie-, Handels- und Dienstleistungsbereich am BER aktiv werden wollten, jedoch über wenig Erfahrungen mit Bewerbungsverfahren bei Großprojekten hatten, bot die IHK Cottbus einen individuell zugeschnittenen Beratungsservice an. Dieser bestand aus einem finanziellen „Fitness-Check“ und der Vermittlung von flughafenspezifischem Know-how, um die Bewerbungschancen zu erhöhen. Die IHK-Geschäftsstelle Schönefeld, nach ihrem Umzug von Königs Wusterhausen seit 2009 direkt vor Ort, veranstaltete unter anderem einen wöchentlichen Flughafensprechttag, bei dem Unternehmen aus der Region individuelle Beratung zu Fragen der Auftragsvergabe, Gewerbeansiedlung und zum Entwicklungsstand des Flughafenumfelds in Anspruch nehmen konnten.

Beeindruckendes Ergebnis all dieser Aktivitäten war, dass Brandenburger und Berliner Unternehmen zu mehr als 70 Prozent an Bau und (zukünftigem) Betrieb des BER beteiligt sind. So hatten Unternehmen aus Brandenburg und Berlin bis Anfang 2012 rund 70 Prozent von insgesamt knapp 600 Ausschreibungen gewonnen. Beim gesamten Wertumfang der Vergaben betrug der Anteil heimischer Unternehmen im genannten Zeitraum rund 63 Prozent. Insofern hat der Großflughafen ungeachtet aller desaströsen Verwerfungen seine Rolle als Wachstumsmotor für die Region in gewissem Maße doch erfüllt.

Schadensbegrenzung für regionale Wirtschaft

Als der Eröffnungstermin des BER im Juni 2012 erstmals verschoben werden musste, hatte das für zahlreiche Unternehmen zum Teil existenzbedrohende Konsequenzen. Hier war vor allem die IHK-Geschäftsstelle Schönefeld gefordert, um betroffenen Händlern Lieferanten, Dienstleistern etc. mit Rat und Tat zu helfen, die im Vorfeld der geplanten Flughafeneröffnung hohe Summen investiert hatten, nun aber keine Einnahmen erzielten. Auch der im Dezember 2012 neu gegründete Regionalaussschuss Dahme-Spreewald sieht in der Unterstützung der vom BER-Desaster betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit. Die Lösungsansätze für Einzelfälle standen dabei ebenso auf der Agenda wie die intensive Lobbyarbeit für die betroffenen Unternehmen bei der Politik, deren Entscheidungsträger teilweise für die durch die Verschiebung verursachte dramatische Lage vieler Unternehmen stärker sensibilisiert werden mussten.

Digitalisierung

Wesentliches Bestandteil der Infrastrukturmaßnahmen war seit je der Ausbau der Kommunikationswege. Im Übergang zur informationsgestützten „Wissensgesellschaft“ kommt der Digitalwirtschaft ein immer größerer Stellenwert zu. Die IHK Cottbus setzt sich darum mit Nachdruck für den Ausbau der digitalen Netze ein. Vor allem mahnt sie dabei großzügige Investitionen in den Aufbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes in Südbrandenburg an.

Auch bei den Unternehmen selbst bemüht sich die IHK um eine Bewusstseinschärfung für die Folgen der rasant zunehmenden Digitalisierung. So steht etwa der Einzelhandel in den Städten und Gemeinden angesichts des expandierenden Online-Handels vor großen Herausforderungen. Für die Händler wird es darauf ankommen, in der Konkurrenz zum Online-Geschäft die spezifischen Stärken des stationären Handels für den Kunden sichtbar herauszustellen. Mit Workshops und Informationsveranstaltungen etwa zum Thema Schaufenstergestaltung gibt die IHK den Unternehmen Handlungsmodelle an die Hand. In diesem Zusammenhang rät die IHK aber auch, den Online-Handel als eigenes Zusatzgeschäft für den traditionellen Handel zu nutzen.



Screenshot der Internetseite des Breitbandatlas Brandenburg

Gescheiterte Fusion mit IHK Ostbrandenburg

Zu den zentralen Anliegen des im September 2003 gewählten Kammer-Präsidenten Fey gehörte das Projekt einer mittelfristigen Fusion der IHK Cottbus und der IHK Ostbrandenburg, deren Hauptsitz in Frankfurt (Oder) ist. Dabei wusste sich der IHK-Präsident mit vielen Unternehmern und auch Mitgliedern der Vollversammlung in der Ansicht einig, dass durch ein Zusammengehen der beiden Kammern eine schlagkräftigere Körperschaft entstehen würde, die ihre gebündelten Kompetenzen und Ressourcen kostengünstiger, vor allem aber effektiver würde einsetzen können, als es den beiden einzelnen Kammern je möglich wäre. Ab 2007 nahmen die beiderseitigen Gespräche und Verhandlungen immer mehr Fahrt auf, so dass im April 2009 die Vollversammlungen beider Kammer einen offiziellen Beschluss zur Fusion bis zum Jahr 2013 fassten.

Doch je konkreter in der Folgezeit die zu klärenden Fragen wurden, umso schwieriger gestaltete sich der Verhandlungsprozess. Immer deutlicher traten auch die unterschiedliche Verfasstheit der Kammern und divergierende Vorstellungen von organisatorischem Aufbau und Funktionsweise der angestrebten fusionierten Kammer zu Tage. Da die Zahl der unüberbrückbaren Gegensätze weiter anstieg, beschloss die Vollversammlung der IHK Cottbus im November 2010 die Gespräche abzubrechen, den Fusionsprozess zu beenden und weiterhin als eigenständige Kammer in eigener Verantwortung zum Wohl der südbrandenburgischen Wirtschaft zu agieren.

Rücktritt des IHK-Präsidenten

Im Februar 2011 sorgte der überraschende Rücktritt von IHK-Präsident Ulrich Fey in der Kammer selbst und darüber hinaus für erhebliches Aufsehen. Mit seinem Amtsverzicht am 23. Februar 2011 zog Fey die Konsequenz aus Presseberichten, die ihn als langjährigen Informanten des Staatssicherheitsdienstes der DDR darstellten. Zugleich betonte er, dass er mit seinem Rücktritt Schaden von der Kammer abwenden wolle.

Auf einer am Tag zuvor einberufenen Pressekonferenz hatte sich Fey gegen den Vorwurf gewehrt, er habe wissentlich als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) Spitzeldienste für die Stasi geleistet. Fey räumte allerdings ein, zwischen 1974 und 1986 mehrmals Gespräche mit Stasi-Mitarbeitern geführt zu haben, doch habe er mit diesen Kontakten nie jemandem geschadet. Auch habe er nie eine Verpflichtungserklärung unterschrieben. Nach Presse-Recherchen soll Fey in den Jahren 1974 bis 1986 von der Stasi als IM geführt worden sein.

Das Präsidium der IHK Cottbus zeigte sich erleichtert über den Rücktritt von Fey und sprach seinen Respekt für diese Entscheidung aus. Gleichzeitig dankte es dem langjährigen IHK-Präsidenten für seine geleistete Arbeit, bei der er sich stets nachdrücklich für die Interessen der Südbrandenburger Unternehmerschaft eingesetzt habe.

Das IHK-Präsidium bestimmte am 1. März 2011 Klaus Aha, Finanzvorstand bei Vattenfall in Cottbus, zum amtierenden Präsidenten, wodurch die Handlungsfähigkeit der Kammer gewahrt blieb.

Am 20. Juni 2011 wählte die IHK Vollversammlung dann Klaus Aha zum Präsidenten. Klaus Aha kommt aus der Energiewirtschaft. Als Vorstandsmitglied der Vattenfall Europe Mining AG und der Vattenfall Europe Generation AG, zuständig für den Bereich Finanzen, ist er mit der Lausitzer Braunkohle-Wirtschaft besonders vertraut, wie auch mit den Problemen der eingeleiteten Energiewende, ein für die weitere Entwicklung der südbrandenburgischen Wirtschaft entscheidendes Thema. Der Jurist und Betriebswirt Aha hat in den 1980er Jahre im hessischen Kassel reiche Erfahrungen in der Kommunalpolitik gemacht, u.a. als Stadtkämmerer und als Vorstandsmitglied der Verkehrs- und Versorgungsbetriebe der Stadt Kassel (1986 – 1995). Vor seinem Wechsel zu Vattenfall war Aha Personal- und Finanzvorstand der WEMAG AG in Schwerin.

Transparenzoffensive

Im Dezember 2012 schloss sich die IHK Cottbus einer vom Dachverband DIHK angestoßenen Transparenzoffensive an, indem sie durch die Veröffentlichung wichtiger Kennzahlen Einblick in die inneren Strukturen ihrer Tätigkeit gibt. In ihrem Online-Auftritt finden sich u.a. Angaben zur Anzahl der Mitarbeiter, exakte Zahlen zu den Einnahmen und Ausgaben der Kammer sowie der durchschnittlichen Höhe der Mitgliedsbeiträge.

Genau ausgewiesen sind auch die Gesamthöhe der Personalausgaben und Rückstellungen für Pensionsleistungen. Viele der genannten Angaben waren schon öffentlich zugänglich, allerdings oft verstreut und an entlegenen Stellen, so dass eine zusammengefasste Präsentation des Zahlenwerks geboten schien. Die IHK Cottbus und andere Kammern reagierten mit dieser Initiative nicht zuletzt auf einen gewachsenen Rechtfertigungsdruck für ihre Arbeit. Die Mitgliedsunternehmen und alle Interessierten

sollen klar nachvollziehen können, welche Aktivitäten und Serviceleistungen mit den eigenommen Beiträgen von der Kammer im Interesse der regionalen Wirtschaft erbracht werden.

Straffung der Organisationsstruktur

Um die inneren Abläufe effektiver zu gestalten und die einzelnen Tätigkeitsfelder besser aufeinander abstimmen zu können, wurde 2011 der organisatorische Aufbau der Kammer umstrukturiert. An die Stelle der bisher sechs Geschäftsbereiche traten drei übergeordnete Geschäftsbereiche „Wirtschaft“, „Aus- und Weiterbildung“, „Zentrale Dienste“, in denen die jeweils einschlägigen Tätigkeitsfelder unter einheitlicher Leitung integriert sind. Durch diese Straffung werden Reibungsverluste vermieden, Zuständigkeiten klarer abgegrenzt und die inneren Abläufe beschleunigt.

Im Übrigen bietet die IHK Cottbus ihr stark erweitertes Service-Angebot einschließlich eines ausgebauten IHK-Geschäftsstellen-Netzes im Interesse einer stärkeren Vor-Ort-Präsenz zu deutlich niedrigen Beitragssätzen an. Denn in den vergangenen Jahren wurde auf Beschluss der Vollversammlung der Hebesatz für die Umlagen auf den Gewerbebeitrag – Grundlage für die Ermittlung des jeweiligen Mitgliedsbeitrags – in mehreren Stufen abgesenkt, zuletzt Anfang 2012 um fast ein Drittel von 0,22 auf 0,15 Prozent.

Energiewende – für die Lausitz eine besondere Herausforderung

Der Energiewirtschaft als dem industriellen Kern der Lausitz hat die IHK Cottbus seit jeher ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Immer wieder trat sie dabei für einen vernünftigen Energie-Mix unter Einschluss der heimischen Braunkohle ein. Auch fand die 2011 von der Bundesregierung eingeleitete Energiewende bei der Kammer grundsätzliche Zustimmung, wobei sie stets betonte, dass deren Kosten die Wirtschaft nicht zu stark belasten dürfen.



Braunkohlentagebau in Welzow

Die Energiewende stellt die Wirtschaft Südbrandenburgs und damit auch die IHK Cottbus vor besondere Herausforderungen. So begrüßenswert auch aus Sicht der Kammer das Ziel der langfristigen Abkehr von der Atomenergie und der CO₂-Reduktion durch erneuerbarer Energien ist, so wichtig ist es für die Wirtschaftsregion Südbrandenburg, die Braunkohle als heimischen Energieträger mittelfristig zu erhalten. Dabei gilt es, die beschleunigte Hinwendung zu erneuerbaren Energien ökonomisch und technologisch abzufedern.

Die IHK Cottbus vertritt daher die Position, dass dazu Innovationen in der Kohlewirtschaft ebenso notwendig sind wie wirtschaftsfreundliche Modifikationen des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Zudem betont die Kammer immer wieder, dass im Interesse der Wirtschaft die Aspekte der Versorgungssicherheit und bezahlbarer Preise im Rahmen der Energiewende keinesfalls vernachlässigt werden dürfen.

Fest steht die IHK auch weiterhin zu ihrer Position, dass die Braunkohle ein unverzichtbarer Bestandteil der Energieversorgung bleiben muss. Darin weiß sie sich mit der Landesregierung in Potsdam auf einer Linie. 2011 beteiligte sich die IHK Cottbus maßgeblich an einer gemeinsamen Braunkohlen-Resolution an Ministerien und Landtagsabgeordnete, in der mehrere ostdeutsche IHKs für den Erhalt der Braunkohleförderung eintraten.

Um aber auch die Umweltverträglichkeit dieses Energieträgers zu erhöhen, hat sich die IHK Cottbus immer wieder für die Einführung technisch ausgefeilter Verfahren wie die CCS-Technologie stark gemacht. 2009 verabschiedete sie eine eigene Resolution, in der die Vorteile dieser Technologie, bei der CO₂-Gas abgeschieden und unterirdisch verpresst wird, betont werden. Allerdings stieß die CCS-Technik auf zunehmende Akzeptanz-Probleme in der Gesellschaft, so dass sich Vattenfall 2012 zum Rückzug aus der Technologie entschloss.

Die Energiewende mit der einhergehenden Dezentralisierung der Stromerzeugung erfordert auch gewaltige Investitionen in den Ausbau der Netze. Von den aufzubringenden Kosten wäre Südbrandenburg als „Erzeugerregion“ besonders belastet, weshalb sich die IHK Cottbus für eine administrative Deckung dieser Investitionskosten einsetzt.

Es bleibt vor diesem Hintergrund eine zentrale Aufgabe der IHK Cottbus, sich dafür stark zu machen, dass die Energiewende für die traditionelle Energieregion Lausitz nicht zum Nachteil ausschlägt. Vielmehr muss auch Südbrandenburg die spezifischen Chancen dieses Mammutprojekts nutzen können.

Stärkeres politisches Profil der IHK Cottbus

Hauptgeschäftsführer Dr. Krüger war 2008 auch mit dem Vorsatz angetreten, der Kammer ein stärkeres politisches Profil zu geben. Dabei kamen ihm seine Erfahrungen sowohl im Journalismus als auch in der Politik als Staatssekretär zu Gute.

Tatsächlich wurde die IHK Cottbus in den vergangenen Jahren zu einem zunehmend gefragten Ansprechpartner für Politik und Medien, wenn es um zentrale Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region und im Land Brandenburg geht. Dass seit einigen Jahren der Ministerpräsident von Brandenburg, seit 2012 Dietmar Woidke, zuvor Matthias Platzeck, regelmäßiger Gast bei den Jahressempfängen ist, ist dabei mehr als eine nette Geste, vielmehr Indiz für das politische Gewicht der Kammer als wirtschaftliche Interessenvertretung einer ganzen Region.



Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck auf IHK Jahressempfang 2009 in Cottbus

Ausblick

Im September 2013 machte der neue Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke, Nachfolger von Matthias Platzeck, beim Jahresempfang der Industrie- und Handelskammer seinen „Antrittsbesuch“ in Cottbus.

Bei dieser Gelegenheit zog Woidke eine positive Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahrzehnt. So hat sich die Wirtschaftsleistung von Brandenburg in diesem Zeitraum deutlich gesteigert, die Arbeitslosenquote hat sich mehr als halbiert - auf unter zehn Prozent. Dies sei auch ein Erfolg der guten Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft in den zurückliegenden Jahren. Besonders hob er das, ungeachtet aller auftretenden Meinungsunterschiede, konstruktive Verhältnis zwischen Landesregierung und den Kammern, nicht zuletzt der IHK Cottbus hervor. Er stehe dafür, so der Ministerpräsident weiter, dass dieser fruchtbare Dialog weitergeführt werde. Denn die künftigen Herausforderungen verlangten geradezu nach einer noch engeren Kooperation von Wirtschaft und Politik. Als zentrale Aufgabenfelder der brandenburgischen Politik nannte der neue Ministerpräsident die anstehende Energiewende, das Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019, Erhalt bzw. Ausbau der industriellen Basis in Südbrandenburg, die Stärkung der Innovationskraft der heimischen Wirtschaft, die Bewältigung des demografischen Wandels und insbesondere zielgerichtete Investitionen in Bildung und Ausbildung.

Für die Entwicklung Südbrandenburgs wird es eine nicht geringe Rolle spielen, in welchem Maße die Politik geeignete Rahmenbedingungen schafft, um diese Herausforderungen zu meistern. Die Industrie- und Handelskammer Cottbus wird dabei weiterhin das Ihre für den wirtschaftlichen Fortschritt der Region beitragen.



Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke auf dem IHK Jahresempfang 2013

Geschichte der IHK Cottbus

2012 – 2018

Zentrale Themen der IHK-Arbeit in der vergangenen Dekade

- Regionalisierung der Kammerarbeit
- Flüchtlingsintegration
- Würdigung unternehmerischen Handelns und des ehrbaren Kaufmanns
- Infrastruktur
- Fachkräftesicherung
- Digitalisierung
- Exportwirtschaft

Strukturwandel und Digitalisierung – Wirtschaft und IHK Cottbus vor großen Herausforderungen

Mit der Mitte 2011 von der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung verfügten Energiewende bekam das für Südbrandenburg seit langem zentrale Thema Strukturwandel zusätzliche Brisanz und Dringlichkeit. Zusammen mit den Themen „Digitalisierung“, „Ausbau der Infrastruktur“ und dem bedrohlich zunehmenden „Fachkräftemangel“ bildet der Strukturwandel jene vier fundamentalen Herausforderungen, deren Bewältigung über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft Südbrandenburgs entscheiden wird. Vor allem für die Lausitz waren und sind es ziemlich unruhige Zeiten des Umbruchs.

Die IHK Cottbus ihrerseits steht vor der Herausforderung, ihren Teil bei der Bewältigung dieser für das Land, seine Wirtschaft und seine Bewohner entscheidenden Aufgaben beizutragen - durch politische Initiativen, konkrete Beratungsleistungen für ihre Mitgliedsunternehmen, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die Stärkung der dualen Ausbildung wie auch durch die Mitwirkung an verschiedenen Projekten zur Gestaltung des Strukturwandels, wie beispielsweise der „Innovationsregion Lausitz“ (iRL).

Positiv ist dabei zu vermerken, dass die Südbrandenburger Wirtschaft seit mehreren Jahren eine anhaltend gute bis sehr gute Konjunktorentwicklung verzeichnet und die Region inzwischen über einen leistungsfähigen unternehmerischen Mittelstand verfügt. Damit kann der notwendige Strukturwandel in relativ günstigem wirtschaftlichen Umfeld gestaltet werden. Es fehlt in Südbrandenburg auch nicht an Ideen, Konzepten und an finanziellen Ressourcen, um innovative Produkte zu entwickeln und neue Geschäftsfelder zu erschließen. Viele Voraussetzungen sind gegeben, um die Region auch während und nach dem schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle als industriellen Standort zu erhalten.

In diesem Zusammenhang kommt nicht zuletzt der Stärkung des Exportgeschäfts der Südbrandenburger Unternehmen eine entscheidende Bedeutung zu. Denn beim Außenhandel verfügt die Wirtschaft Südbrandenburgs über ein erhebliches, noch nicht ausreichend genutztes Potential. So liegt die Exportquote der Region bei rund 20 Prozent, während der bundesweite Durchschnitt zirka 50 Prozent beträgt. Darum intensiviert die IHK Cottbus seit einigen Jahren gerade im Bereich der Exportwirtschaft ihre Aktivitäten, um heimische Unternehmen beim Zugang in Auslandsmärkte zu unterstützen.

Zudem hat der erwähnte Fachkräftemangel inzwischen ein so großes Ausmaß angenommen, dass der wirtschaftliche Aufwärtstrend davon nachhaltig beeinträchtigt werden könnte. Hier energisch gegenzusteuern, sind alle Beteiligten besonders gefordert – Unternehmerinnen und Unternehmer, Politik und Verwaltung, nicht zuletzt die Industrie- und Handelskammer Cottbus als Vertreterin vor allem der mittelständischen Wirtschaft in Südbrandenburg.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Eine belastbare und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur – Straße, Schiene und Wasserwege – bildet die Grundvoraussetzung für eine florierende Wirtschaft, da die Produkte möglichst schnell und kostengünstig an die Kunden, Material und Rohstoffe an die Unternehmen in der Region gelangen müssen. Seit jeher gehört es darum zu den Kernaufgaben der IHK Cottbus, sich mit besonderem Nachdruck auf diesem Feld zu engagieren. Das Thema „Infrastruktur“ steht immer mit ganz oben auf der Kammer-Agenda.

Wasserwege

Mit der effektivsten – und umweltfreundlichsten – Transportweg speziell für Massengüter ist die Binnenschifffahrt, bei der in Südbrandenburg allerdings besonders viel im Argen liegt. Um hier möglichst bald Abhilfe zu schaffen, wirkte die IHK Cottbus im Jahr 2013 an zentraler Stelle bei einer von einem breiten Bündnis wirtschaftlicher Interessenvertreter getragenen Petition mit, die den Deutschen Bundestag aufforderte, das Thema „Ausbau der Wasserwege“ in den ostdeutschen Ländern auf die Tagesordnung zu setzen. Vor allem sollte die Bundesregierung zur Rücknahme eines Beschlusses bewegt werden, mit dem dringend benötigte Finanzmittel für die ostdeutschen Wasserstraßen gestrichen wurden. In Brandenburg waren von dieser Finanzkürzung besonders betroffen der geplante Schleusen Neubau in Kleinmachnow und Fürstenwalde sowie die Grundsanierung mehrerer Schleusen am Oder-Spree-Kanal, einer wichtigen Ost-West-Verbindung zum Transport von Massengütern.



Der Hafen Königs Wusterhausen ist ein wichtiger Umschlagplatz für Massengüter.

Bereits im September 2012 hatte sich die IHK Cottbus federführend an einer spektakulären Aktion beteiligt, bei der unter dem Motto „Dem Osten nicht das Wasser abgraben“ ein Protestschiff von Eisenhüttenstadt nach Berlin gefahren war, wo IHK-Präsident Klaus Aha einen Forderungskatalog Brandenburger Wirtschaftsverbände bezüglich der Wasserwege im Bundesverkehrsministerium überreichte. [\(siehe Seite 167\)](#)

Allerdings entsprach der 2016 veröffentlichte Verkehrswegeplan der Bundesregierung insbesondere bei den Wasserstraßen in den meisten Punkten nicht den Forderungen der Kammern und Wirtschaftsverbände.

Schienenwege

Während bei der Situation der Wasserstraßen kurz- und mittelfristig kaum Erfolge erzielt werden konnten, sind im Bereich des Schienenverkehrs einige positive Entwicklungen zu verzeichnen, an denen die IHK Cottbus durch beharrliche Aktivitäten ihren Anteil hat. So gab im Dezember 2013 die Deutsche Bahn AG eine verbindliche Zusage, ab 2015 den Bahnhof Ruhland von Grund auf zu sanieren. Die von der Kammer jahrelang geforderten Baumaßnahmen umfassen neben der Erneuerung von Gleisen und Weichen auch neue Bahnsteige, einen neuen Personentunnel sowie den Neubau eines elektronischen Stellwerks. Durch die Verlegung von zwei neuen „Ganzzuggleisen“ werden sich zudem die Bedingungen für den grenzüberschreitenden Güterverkehr deutlich verbessern, was insbesondere der Schienenlogistik von BASF Schwarzheide zugute kommt.

Anfang 2016 wurde die Grundsanierung des Cottbuser Hauptbahnhofs in Angriff genommen, verbunden mit einer veränderten Konzeption für die Anbindung des öffentlichen Nahverkehrs (Bus, Straßenbahn) und der Lage der Taxi-Zufahrten und der Parkplätze.

Dem ökonomisch wie ökologisch sinnvollen Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, widmete sich die IHK Cottbus mit einer Reihe weiterer Initiativen. Dazu zählten der Einsatz bei Politik und Verwaltung für die Schaffung internationaler Bahnverbindungen über Cottbus, nachdem die Deutsche Bahn den EC Wawel zwischen Hamburg und Breslau (Wroclaw) im Dezember 2014 eingestellt hatte. Der temporäre Kulturzug Berlin-Breslau (aus Anlass des Titels „Europäische Kulturhauptstadt“ für Breslau) kann diese Verbindung nicht ersetzen, zeigt aber den hohen Bedarf auf dieser Strecke. Der Kulturzug wurde nicht zuletzt aufgrund des massiven Protestes der IHK Cottbus gegen das Aus der Bahnverbindung von Cottbus nach Breslau eingesetzt. Zumindest in das nationale IC-Netz ist Cottbus seit Mitte 2017 wieder eingebunden, und zwar durch einen IC zwischen Cottbus und Norddeich Mole bei Emden.



Protestaktion der IHK Cottbus bei der Einstellung des IC „Wawel“ im Dezember 2014

Dass es bei der Durchsetzung von (verkehrs-)politischen Forderungen entscheidend auf eine datenbasierte Argumentation ankommt, weiß man in den Kammern aus jahrzehntelanger Erfahrung. Darum steckt die IHK Cottbus im Bereich Verkehrsinfrastruktur viel Energie in entsprechende Studien, mit denen die Notwendigkeit bestimmter Projekte untermauert wird. So geschehen beispielsweise mit einer Anfang 2014 vorgelegten Pünktlichkeitsstudie für die Regionalbahnstrecke RE2 von Cottbus nach Berlin und weiter nach Wittenberge



Der Bahnhof-Ruhland wird seit 2015 modernisiert und ausgebaut – nicht zuletzt ein Erfolg des beharrlichen Einsatzes der IHK Cottbus

bzw. Wismar, auf der täglich Zehntausende Berufspendler unterwegs sind. Die von der IHK zusammen mit dem Fahrgastverband Pro Bahn e.V. erstellte Studie legte gravierende Defizite bezüglich Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit offen, auf welche die Betreibergesellschaft ODEG und deren öffentliche Auftraggeber reagieren mussten. Tatsächlich sorgte die ODEG für eine Reihe technischer und organisatorischer Veränderungen, die bald zu einer spürbaren Verbesserung beim Thema Pünktlichkeit führten.

Des Weiteren veröffentlichte die IHK Cottbus zusammen mit der IHK Dresden im Herbst 2017 eine wissenschaftliche Studie zum Verkehrspotential der Bahnstrecke Cottbus-Horka-Görlitz mit Anschluss nach Wrocław (Breslau). Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass nicht weniger als eine Vervielfachung des Gütertransports zu erwarten wäre, wenn die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen würden, d.h. vor allem den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke. Dies untermauert die von der IHK Cottbus und anderen Kammern seit Jahren erhobene Forderung nach einer raschen Modernisierung des Streckenabschnitts zwischen Cottbus und Görlitz.

Straßen-Infrastruktur

Beim Straßenverkehr setzte sich die IHK insbesondere für den Ausbau der B169 zwischen Cottbus und der Landesgrenze zu Sachsen ein, damit die vielbefahrene Straße ihre Funktion als eine der Hauptverbindungen für den Güter- wie auch Pkw-Verkehr angesichts stark zunehmender Transportmengen besser erfüllen kann. Daneben forderte die Kammer die zügige Realisierung weiterer Ortsumfahrungen, vor allem bei Cottbus und Lübben, durch die der Verkehr flüssiger und die Anwohner von Lärm und Schadstoffen entlastet werden. Die IHK Cottbus wirkte auch federführend an einer Resolution aller drei brandenburgischen IHKs zur „Finanzierung der Straßeninfrastruktur im Land Brandenburg“ mit, die im November 2013 in Potsdam an den zuständigen Infrastrukturminister übergeben wurde.

Als Erfolg ist dabei zu werten, dass die genannten Forderungen zu großen Teilen für den Bundesverkehrswegeplan 2015 – 2030 angemeldet wurden.



Der weitere Ausbau der B169 zwischen Cottbus und der Landesgrenze zu Sachsen ist dringend notwendig.

Der Flughafen BER in Schönefeld konnte im Berichtszeitraum bis Mitte 2018 immer noch nicht in Betrieb genommen werden. Die Verzögerung dieses Großprojekts zieht damit schon seit mehreren Jahren die gesamte Region in Mitleidenschaft. Allerdings schritten die Bauarbeiten weiter voran, so dass nun mit einer Inbetriebnahme im Jahr 2020 zu rechnen ist. Die IHK Cottbus widmete dem größten Infrastrukturprojekt in Brandenburg, das für die heimischen Unternehmen von größter Relevanz ist, höchste Aufmerksamkeit. So ist ihre IHK-Geschäftsstelle für den Landkreis Dahme-Spreewald direkt in Schönefeld angesiedelt, um die Unternehmen im Flughafenumfeld intensiv zu betreuen. Denn schon jetzt sind Schönefeld und die benachbarten Kommunen mit die wichtigsten Wirtschaftsstandorte im Kammerbezirk.

Vor diesem Hintergrund wurde IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Krüger im Juli 2013 in den Aufsichtsrat der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH gewählt. In dem Gremium setzte sich Dr. Krüger „als Stimme der Wirtschaft“ dafür ein, dass das Großprojekt BER nach dem Scheitern der Eröffnung im Jahr 2012 endlich voranschreitet. Dabei hatte er insbesondere die Interessen der brandenburgischen Unternehmen im Blick.

Für ein flächendeckendes Breitbandnetz

Die Digitalisierung ist auch in Südbrandenburg ein Schlüsselthema für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft der Region. Zusätzliche Brisanz gewinnt es im Zusammenhang mit dem tiefgreifenden Strukturwandel, den die 2011 von der Politik eingeleitete Energiewende, d.h. insbesondere die mittelfristige Abkehr von der Braunkohle, unausweichlich gemacht hat. Dabei bietet die zunehmende Digitalisierung sämtlicher Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft die Chance, dass für die Lausitz und ganz Südbrandenburg aus der Not eines rasanten Strukturwandels die Tugend einer hochmodernen Wirtschaftsregion wird, die zudem Industriestandort mit effizienten Wertschöpfungsketten bleibt. Seiner zentralen Bedeutung entsprechend hat die IHK Cottbus das Thema auf ihrer Agenda ganz nach oben gesetzt. Nicht zuletzt verstärkte die Kammer ab 2013 ihre Beratungsleistungen für Unternehmen. Sie verdeutlichte im Rahmen größerer Veranstaltungen mit IT-Experten oder im direkten Gespräch das Ausmaß der anstehenden Veränderungen, zeigte aber auch ganz praktische Wege auf, wie die einzelnen Unternehmen von der Digitalisierung profitieren können. Die Unternehmen müssen – so die Botschaft der IHK – frühzeitig den Prozess der Digitalisierung mitgestalten und für sich nutzen, der sämtliche Bereiche der Produktion und Marktbeziehungen verändern wird. Auch die duale Ausbildung ist davon unmittelbar betroffen, da die „Wirtschaft 4.0“ neue Typen von Arbeitskräften braucht. Die Mitarbeiter/innen der IHK Cottbus setzten sich ebenfalls dafür ein, dass das Thema Digitalisierung im Ausbildungs- und Prüfungswesen in den Mittelpunkt gerückt wird.

Eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Digitalisierung in der Wirtschaft ist allerdings eine entsprechende Infrastruktur. Um die hier bestehenden Defizite – insbesondere in den ländlichen Regionen Südbrandenburgs – möglichst schnell auszugleichen, unterstützte die IHK Cottbus 2014 nach Kräften die vom Land Brandenburg beschlossene Glasfaserstrategie 2020.

Ende 2013 startete das Projekt „eBusiness-Lotse Südbrandenburg“, das die IHK Cottbus zusammen mit der TH Wildau konzipiert und auf den Weg gebracht hat. Im Rahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanzierten Projekts unterstützten vier „eBusiness-Lotsen“ klein- und mittelständische Unternehmen in der Region bei der kompetenten Anwendung von neuesten Informations- und Kommunikationstechnologien. Themenschwerpunkte sind dabei Online-Handel und Marketing sowie Datenschutz und IT-Sicherheit. Im Mai 2014 organisierten die eBusiness-Lotsen den „IT-Sicherheitstag Brandenburg“ und im September desselben Jahres den „Südbrandenburger eBusiness-Tag“ mit rund 80 bzw. 110 Teilnehmern. Insgesamt realisierten die eBusiness-Lotsen innerhalb der dreijährigen Laufzeit des Projekts mehr als 95 Veranstaltungen zum Zukunftsthema „Digitalisierung“ mit insgesamt über 3 400 Teilnehmer/innen. Auch nach Auslaufen des Projektes bietet die IHK Cottbus einen durch eigene Mittel finanzierten eBusiness-Service mit einem speziell dafür zuständigen Mitarbeiter an.

Dass es allerdings trotz vorhandener Finanzmittel mit dem flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur, nicht allein in Südbrandenburg, sondern in ganz Deutschland nur sehr schleppend vorangeht, steht auf einem anderen Blatt. Dabei stellt das Breitbandnetz eine Grundvoraussetzung für die umfassende Digitalisierung der Wirtschaft dar. Die IHK Cottbus jedenfalls wird nicht müde, bei politischen Entscheidungsträgern und Verwaltungen immer wieder auf die Dringlichkeit des Breitband-Ausbaus hinzuweisen.

Förderung der Exportwirtschaft

Seit etwa 2010 hat sich die IHK Cottbus die Förderung der Exportwirtschaft in Südbrandenburg verstärkt auf die Fahnen geschrieben. Denn gerade in diesem Sektor verfügen heimische Unternehmen über große, bislang nicht oder nur unzureichend genutzte Potentiale. Eine langjährige Exportquote im verarbeitenden Gewerbe von lediglich rund 18 Prozent, d.h. weit weniger als die Hälfte des deutschen Durchschnitts von 50 Prozent Exportanteil, spricht eine deutliche Sprache. Immerhin konnte die Südbrandenburger Export-Quote bis 2018 auf über 20 Prozent gesteigert werden.

Speziell der Förderung von Geschäftsbeziehungen mit Polen widmete sich das „Wirtschaftskooperationsbüro Euroregion Spree-Neiße-Bober“ (WIKOB), ein größtenteils aus EU-Mitteln finanziertes Projekt, das bei der IHK Cottbus als „Leadpartner“ angesiedelt wurde und Anfang 2013 seine Arbeit aufnahm. Direkter Partner in Polen war der Arbeitgeberverband Lebuszer Land. Nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit konnte WIKOB im Juni 2015 eine positive Abschlussbilanz vorlegen. So hat das Kooperationsbüro elf deutsch-polnische Unternehmertreffen mit zusammen mehr als 600 Teilnehmern organisiert. Infolge der Aktivitäten von WIKOB entstanden über 50 dauerhafte Geschäftsbeziehungen zwischen südbrandenburgischen und polnischen Unternehmen. Insgesamt kamen zu den von WIKOB organisierten Veranstaltungen zur Intensivierung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen – darunter der „Deutsch-polnische IKT-Branchentag“ (Juni 2015) - über 1.400 Teilnehmer aus beiden Ländern.



Zufriedene Gesichter bei der Vorstellung der Abschlussbilanz von WIKOB im Juni 2015 im Lindner Congress Hotel Cottbus. Ein Rückblick auf mehrere Jahre erfolgreichen Einsatzes für intensivere Wirtschaftsbeziehungen mit Polen.

Geschäftsbeziehungen nach Russland und China

Intensiv kümmerte sich der Fachbereich „International“ der IHK Cottbus auch um Geschäftsverbindungen nach Russland, wobei ein besonderer Fokus auf der Region Kursk lag. In Zusammenarbeit mit der Euroregion Spree-Neiße-Bober wirkte die IHK Cottbus dabei als Türöffner, indem sie etwa Unternehmerreisen in die Region Kursk und den Besuch einer Kursker Wirtschaftsdelegation in Südbrandenburg im September 2015 organisierte. Der 500 km südlich von Moskau gelegene Kursker Oblast ist deshalb für die Wirtschaft Südbrandenburgs so interessant, weil beide Regionen eine ähnliche Branchenstruktur haben. Insbesondere in den Bereichen Fördertechnik, Automatisierung, Chemie/Kunststoffe und Verkehrstechnik bieten sich für südbrandenburgische Unternehmen große Exportchancen, da auf russischer Seite der Technisierungs- und Modernisierungsbedarf außerordentlich hoch ist.



Dr. Wilfried Berg (l.) , Vizepräsident der IHK Cottbus, am Gemeinschaftsstand der IHK Cottbus im Gespräch mit dem Gouverneur des Oblast Kursk Michailov (2.v.r.) und dem Vize-Gouverneur Krivolapov (3.v.r.) auf der Kursker Messe 2016.

Auch für die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen in den chinesischen Wachstumsmarkt setzte die IHK Cottbus sich ein. Auf Vermittlung eines Mitglieds des IHK-Fachausschusses Außenwirtschaft kamen z. B. im September 2017 Vertreter der chinesischen CRRC Corporation Ltd., des weltweit größten Herstellers von Schienenverkehrstechnik, nach Südbrandenburg, wo sie auch Gäste beim Jahresempfang der IHK Cottbus waren. Die chinesische Delegation führte mit mehreren Unternehmen aus der Region intensive Gespräche über mögliche Geschäfte, die für beide Seiten von großem Nutzen sein könnten. Der chinesische Bahntechnik-Konzern sucht innovative und zuverlässige Komponenten-Lieferanten. Südbrandenburger Unternehmen könnten gerade in Zeiten des Strukturwandels vom Zugang zum chinesischen Wachstumsmarkt stark profitieren.



Im September 2017 war eine chinesische aus der Provinz Hubei zu Gast bei der IHK Cottbus.

Darüber hinaus kümmerte sich die IHK Cottbus auch um andere, scheinbar entlegene Wirtschaftsräume, die gleichwohl für exportorientierte Unternehmen aus Südbrandenburg sehr interessant sein könnten. Am 24. September 2015 lud darum die IHK Cottbus gemeinsam mit der ZukunftsAgentur Brandenburg zu einer Veranstaltung

nach Schönefeld, um heimische Unternehmen über mögliche Geschäfte im Raum der aufstrebenden „Pazifik-Allianz“ zu informieren. Die Mitglieder dieses Zusammenschlusses – Mexiko, Kolumbien, Chile und Peru – haben zusammen rund 214 Millionen Einwohner und erwirtschaften rund 40 Prozent des Bruttosozialprodukts von ganz Lateinamerika.

Besonders in den Bereichen Bergbautechnologie und Tourismus sehen Experten gute Chancen für Geschäfte. Zudem bietet sich die „Pazifik-Allianz“ auch als Einstieg in schwerer zugängliche Märkte wie Argentinien oder Brasilien an. Denn in Zeiten eines von den USA ausgehenden verschärften Protektionismus ist es doppelt wichtig, dass Unternehmen sich verstärkt um Zugang zu internationalen Märkten bemühen. Anregungen und Informationen dazu gab es auch auf dem „Wirtschaftstag Indien“, den die IHK Cottbus im Januar 2015 veranstaltete.

Dem Ausbau der internationalen Handelsbeziehungen sollte auch eine ebenso spektakuläre wie letztlich vergebliche Veranstaltung dienen, welche die IHK Cottbus im April 2016 ausrichtete. Dabei warb der damalige US-amerikanische Botschafter John B. Emerson vor rund 300 Vertretern aus Wirtschaft und Politik eindringlich für das geplante Freihandelsabkommen TTIP. Allerdings machte der neugewählte US-Präsident Donald Trump wenige Monate später das geplante Abkommen mit einem Federstrich zunichte und damit auch die Hoffnungen auf einen beschleunigten Ausbau des internationalen Handels. Stattdessen vollzogen die USA wirtschaftspolitisch einen radikalen Kurswechsel, hin zu mehr Protektionismus und Zollschranken.

Im Rahmen der Exportförderung spielt die Unterstützung der IHK Cottbus für ihre Mitgliedsunternehmen bei Messe-Auftritten eine wichtige Rolle. Die jährlich stattfindende Hannover Messe bildet stets einen Schwerpunkt der IHK-Aktivitäten. So organisierte die Kammer 2015 den Gemeinschaftsstand „Industrial Automation“, auf dem sich 14 Unternehmen aus der Region Berlin-Brandenburg, davon fünf aus Südbrandenburg, präsentierten. Nach Einschätzung aller Beteiligten lohnt sich der hohe Arbeitsaufwand der IHK-Mitarbeiter/innen in jedem Jahr aufs Neue, wenn man allein die Summe der Geschäftskontakte zu internationalen Unternehmen betrachtet.



Vertreter der chinesischen Industrie erkunden im November 2017 bei der Lausitzer Klärtechnik GmbH in Luckau Chancen für Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen in Südbrandenburg.



Eine Wirtschaftsdelegation aus Chile im Mai 2018 zu Gast bei der IHK Cottbus. Der südamerikanische Markt ist für Brandenburger Unternehmen zunehmend von Interesse.

Regelmäßig engagiert sich die IHK Cottbus auch auf der Fachmesse Husum Wind, wo sie Südbrandenburger Unternehmen dabei hilft, ihre innovativen Produkte im Bereich Windenergietechnik zu präsentieren.

Dies gilt ebenso für die AERO, die größte Fachmesse für Allgemeine Luftfahrt in Europa, auf der 2015 in Friedrichshafen ein Dutzend Südbrandenburger Unternehmen auf einem Gemeinschaftsstand ihre Produkte und Dienstleistungen vorstellten.

Das Messe-Engagement der IHK kommt vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zu Gute, die einen Messeauftritt aus eigener Kraft nur schwer stemmen könnten. Die spezifischen Unterstützungsleistungen der IHK Cottbus beinhalten dabei unter anderem Hilfe bei der organisatorischen Vor- und Nachbereitung der Messe, Informationen zu Fördermitteln, die Organisation von Firmengemeinschaftsständen, die Organisation von Catering, Hostessen, Strom- und Wasserversorgung etc. wie auch eventuelle politische Begleitung und Pressearbeit.

Wechsel im Amt des IHK-Präsidenten

Anfang September 2015 wurde Klaus Aha im Rahmen einer Festveranstaltung mit rund 400 Gästen als Präsident der IHK Cottbus verabschiedet. Nach fünf Jahren an der Spitze der IHK Cottbus legte Klaus Aha sein Ehrenamt nieder, da er zum Jahresende 2015 als Vorstandsmitglied der Vattenfall Europe Mining & Generation AG in den Ruhestand trat. Auch der DIHK-Präsident Eric Schweitzer war eigens



Verabschiedung von Klaus Aha als Präsident der IHK Cottbus im Barbarasaal der Vattenfall-Hauptverwaltung in Cottbus im September 2015. (v.l.n.r.) Dr. Wilfried Berg (Vizepräsident der IHK Cottbus), Ralf Christoffers (bis 2014 Wirtschaftsminister von Brandenburg), Dr. Ulrich Müller (Präsident der IHK Ostbrandenburg), Dr. Wolfgang Krüger (Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus), Christian Görke (Finanzminister von Brandenburg), Frau Aha, DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer, Klaus Aha.

nach Cottbus gekommen, um dem scheidenden IHK-Präsidenten persönlich für sein langjähriges, erfolgreiches Wirken zu danken. Klaus Aha sei über all die Jahre „eine starke Stimme für die Lausitz und ganz Ostdeutschland gewesen“ und habe die Interessen der südbrandenburgischen Wirtschaft sowohl innerhalb der Kammerlandschaft als auch gegenüber den politischen Entscheidungsträgern stets mit Nachdruck vertreten.

Als Vertreter der Landesregierung sprach der brandenburgische Finanzminister Christian Görke. Dabei hob er das besondere Engagement von Klaus Aha als IHK-Präsident hervor, mit dem er dazu beigetragen habe, dass die südbrandenburgische Wirtschaft 2015 so gut dastehe wie noch nie seit der deutschen Vereinigung. Im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IHK Cottbus dankte Hauptgeschäftsführer Wolfgang Krüger dem scheidenden IHK-Präsidenten für eine stets vertrauensvolle Zusammenarbeit und für die hohe Wertschätzung, die Klaus Aha stets der Arbeit aller Bereiche der IHK Cottbus entgegengebracht habe.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 bestimmte das Präsidium der IHK Cottbus den Cottbuser Unternehmer Peter Kopf zum neuen amtierenden Präsidenten. Im Juli 2017, mit der turnusgemäßen Neuwahl der Vollversammlung, wurde Peter Kopf von den Mitgliedern der neuen Vollversammlung zum IHK-Präsidenten gewählt.

*Der Cottbuser Unternehmer Peter Kopf
steht seit 2016 als Präsident
an der Spitze des IHK-Ehrenamtes.*



Tiefgreifender Strukturwandel

Es ist auf lange Sicht wohl das wichtigste Thema der südbrandenburgischen Wirtschaft und damit auch der IHK Cottbus – der dringend notwendige Strukturwandel. Die Kammer sieht darum eine ihrer zentralen Aufgaben darin, diesen unausweichlichen Transformationsprozess in einer Weise mitzugestalten, dass Südbrandenburg und die Lausitz als Industriestandorte (mit neuem Profil) erhalten bleiben. Standorte, an denen nicht zuletzt kleine und mittlere Unternehmen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen für kontinuierliche Wertschöpfung und attraktive Arbeitsplätze sorgen. In Sachen Strukturwandel hat die IHK Cottbus insbesondere seit 2014 ihre Aktivitäten deutlich verstärkt und neue Projekte mit auf den Weg gebracht.

Es ist eine wahre Herkules-Aufgabe, denn wie keine andere Region in Deutschland hängt die Lausitz von der Energiewirtschaft ab. Das Bergbauunternehmen LEAG ist mit rund 8.000 Beschäftigten mit Abstand größter Arbeitgeber und zugleich mit einem Volumen von rund 900 Millionen Euro pro Jahr auch größter Auftraggeber für zahlreiche Zulieferer und Dienstleister in der Region. Der politisch gewollte mittelfristige Ausstieg aus Braunkohleförderung- und Verstromung trifft somit den industriellen Kern der Region. Die IHK Cottbus fordert darum, den absehbaren Kohleausstieg mit Ausgleichsmaßnahmen zu flankieren, welche die Lausitz als Industriestandort - in veränderter Form – sichern und das soziale und politische Gleichgewicht in der Region auf Dauer erhalten.

Immer wieder betont die Kammer dabei die besondere Verantwortung der Bundesregierung und der Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen für die Ausgestaltung und finanzielle Absicherung des anstehenden Transformationsprozesses. Das sollte am besten in Form einer verbindlichen Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Kommunen geschehen. Konkret fordert die IHK Cottbus politische Entscheidungen und Maßnahmen, die vor allem den Ausbau der gesamten Infrastruktur in der Lausitz (Verkehr, Glasfasernetz, Mobilfunk im 5G-Standard), die Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Lausitz sowie die Förderung der kulturellen und touristischen Potentiale der Region zum Ziel haben. Darüber hinaus spricht sie sich dafür aus, im Zuge des Transformationsprozesses auch einzelne Bundeseinrichtungen in die Lausitz zu verlagern. Statt der von der Politik in Aussicht genommenen 1,2 Milliarden Euro an Unterstützungsgeldern für fünf Jahre hält die IHK Cottbus einen Betrag von 2,5 Milliarden Euro für notwendig.

„Innovationsregion Lausitz GmbH“ (iRL) - ein Motor des Strukturwandels

Eine zentrale Rolle für die regionale Wirtschaft im anstehenden Transformationsprozess übernimmt die Innovationsregion Lausitz GmbH (iRL), die im Januar 2016 gegründet wurde, mit der IHK Cottbus als Hauptgesellschafter. Die weiteren Gründungsgesellschafter der iRL sind die Handwerkskammer Cottbus, die BTU Cottbus-Senftenberg, die Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. sowie die Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg e.V.. IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Krüger übernahm den Vorsitz der iRL-Gesellschafterversammlung.

Über einen iRL-Beirat sind Kommunen, Unternehmen, Hochschulen, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Akteure aus der brandenburgischen und sächsischen Lausitz in die Arbeit der iRL eingebunden. Zur Vorsitzenden des Beirates wurde Christine Herntier, Bürgermeisterin von Spremberg, gewählt. Zweck der iRL ist es, die Innovationsfähigkeit und -bereitschaft der regionalen Unternehmen für die Zeit „nach der Braunkohle“ zu stärken und damit den Strukturwandel voranzubringen. Das soll insbesondere durch die Entwicklung neuer Geschäftsideen und Geschäftsfelder in Wachstumsmärkten, die Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie den politischen Einsatz für günstige Rahmenbedingungen geschehen.

Im April 2016 wählte die Gesellschafterversammlung Dr. Hans Rüdiger Lange zum Geschäftsführer der iRL, einen Physiker mit internationalen Erfahrungen insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft. Bereits im ersten Jahr ihres Bestehens hat die Innovationsregion Lausitz GmbH mehr als 80 Projekte in Brandenburg und Sachsen ausgemacht, deren Innovations- und Wachstumspotentiale in speziellen Innovations-Workshops analysiert und gestärkt wurden. Eines ihrer Hauptanliegen ist dabei, durch gezielte Vernetzung von innovativen Unternehmen die Umsetzung zukunftsweisender Projekte zu fördern. Bis Mitte 2018 hat die iRL in Zusammenarbeit mit rund 150 Unternehmen aus der Region sechs Wachstumsmärkte identifiziert, welche die Lausitz als Industriestandort sichern könnten. Im Einzelnen sind dies die Themen:

- Erneuerbare Energie
- Energiewende in urbanen Zentren
- Automatisierung
- das Umland der Metropolen
- Serviceleistungen im Produktionsbereich
- Innovative Mobilitätssysteme



Der Beirat der Innovationsregion Lausitz GmbH am Rande einer Sitzung im IKMZ der BTU Cottbus-Senftenberg im April 2016

„Lausitzpapiere“ geben Impulse für Strukturwandel

Eine ihrer Hauptaufgaben bei der erfolgreichen Gestaltung des Strukturwandels in der Region sieht die IHK Cottbus darin, dass von Politik und Verwaltung die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. So dringt die Kammer darauf, dass auch in Politik und Verwaltung entsprechende Strukturen entstehen, um den Wandel zu managen.

Besonders intensiv setzt sich die IHK dafür ein, dass der Lausitz auch die für den Strukturwandel notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stehen. Immer wieder meldet sich die Kammer mit diesen Forderungen in der öffentlichen Debatte deutlich vernehmbar zu Wort. So zum Beispiel mit den „Lausitzpapieren I und II“, welche die IHK Cottbus Anfang 2017 zusammen mit der Innovationsregion Lausitz GmbH veröffentlichte. Sie fassen die Forderungen der regionalen Wirtschaft in einer griffigen „Lausitzformel“ zusammen: „ein Gigawatt für ein Gigawatt“.

Konkret bedeutet die „Lausitzformel“, dass für jedes in der Kraftwerksleistung wegfallende Gigawatt in der Region Aufbauinvestitionen von gleichem Marktwert erfolgen müssen, um die Wirtschaftsleistung der Lausitz insgesamt stabil zu halten und damit auch Arbeitsplätze zu sichern.

IHK-Engagement zur Fachkräftesicherung

Neben dem tiefgreifenden Strukturwandel bildet der zunehmende Mangel an Fachkräften eine große Herausforderung für die Wirtschaft Südbrandenburgs. Zwar herrscht auch in Südbrandenburg seit einigen Jahren eine anhaltend gute Konjunkturlage, doch sehen 2018 bereits zwei Drittel der heimischen Unternehmen den Fachkräftemangel als größte Gefährdung für die wirtschaftliche Entwicklung. Es ist nur selbstverständlich, dass die IHK Cottbus einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den Bereich Fachkräftesicherung/Ausbildung legt.

Eine zentrale Rolle bei den IHK-Aktivitäten spielen dabei die Ausbildungsberater. Angesiedelt sind sie in den vier IHK-Geschäftsstellen (Cottbus/Spree-Neiße, Herzberg, Schönefeld und Senftenberg) und stehen mit ihrer ständigen Vor-Ort-Präsenz für die regionale Verankerung der IHK-Arbeit. Sie fungierten als Ansprechpartner sowohl für die heimischen Unternehmen als auch für Azubis in allen Fragen der betrieblichen Ausbildung. Seit etwa 2015 setzten sie verstärkt auf spezifische Aktionen, um angesichts



IHK-Präsident Peter Kopf (l.) und Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Krüger (r.) überreichen das Ausbildungssiegel an Direktor Michael Fehrmann (2.v.l.) vom Lindner Congress Hotel in Cottbus.

der hohen Studierneigung von Schulabgängern wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu begeistern. Dazu gehören z.B. „Azubis auf Entdeckertour“ oder das Projekt „Ausbildungsbotschafter“, bei dem Azubis in Schulen für ihren Beruf werben. Bei zahlreichen Schulbesuchen und auf Bildungsmessen werben IHK-Mitarbeiter/innen bei Jugendlichen ebenfalls verstärkt für die Vorteile einer betrieblichen Ausbildung.

Duales Studium im Aufwind

Auch den Einsatz für das „duale Studium“ hat die IHK Cottbus mit Blick auf die Fachkräftesicherung in den vergangenen Jahren intensiviert. Bei diesem Modell verfügen die Absolventen zugleich über einen Hochschul- und einen betrieblichen Ausbildungsabschluss. Namentlich IHK-Präsident Klaus Aha setzte sich ab 2014 verstärkt für dieses Studienmodell ein, das nicht zuletzt dazu beitragen soll, befähigte junge Leute später im mittleren bzw. oberen Management oder als Unternehmensnachfolger in der Region zu halten. Die BTU Cottbus-Senftenberg griff bei diesem Thema immer wieder auf die Ausbildungsexpertise der IHK Cottbus zurück.

So entwickelten Kammer-Mitarbeiter gemeinsam mit Hochschul-Professoren, Ausbildungsexperten aus Unternehmen und Berufsschullehrern ausbildungsintegrierte Studienangebote in den Fächern Maschinenbau, Elektrotechnik, Wirtschaftsingenieur- und Bauingenieurwesen. Im Wintersemester 2015/16 konnten die ersten vier Studenten aus zwei regionalen Unternehmen ihr duales Studium aufnehmen. Seitdem nutzen immer mehr Mitgliedsunternehmen der IHK Cottbus diese innovative Möglichkeit zur Fachkräftesicherung.



IHK-Präsident Klaus Aha wirbt im Juni 2015 am Campus Senftenberg der BTU Cottbus-Senftenberg für das „Duale Studium“.

Zum Wintersemester 2018/19 stellen Unternehmen, die meisten davon aus Brandenburg, insgesamt 94 Studienplätze zur Verfügung, von denen rund die Hälfte mit einer betrieblichen Ausbildung verbunden ist. Seit 2014 ist die IHK Cottbus auch im Beirat „Duales Studium“ beim Ministerium für Wissenschaft und Forschung in Potsdam engagiert.

Weil den Ausbildungsbetrieben die zentrale Rolle im bewährten System der dualen Ausbildung zukommt, vergab die IHK Cottbus im Jahr 2016 erstmals das „IHK-Siegel für exzellente Ausbildungsqualität“. Damit werden regionale Unternehmen ausgezeichnet, die sich für die Qualität ihrer Ausbildung besonders engagiert haben. Andere Unternehmen sollen zur Nachahmung angespornt werden, um sich bald auch mit dem Exzellenz-Siegel der IHK schmücken zu können und für junge Menschen als Ausbildungsbetrieb attraktiver zu werden.

Wie schon erwähnt ist eine der Ursachen für den zunehmenden Fachkräftemangel der ungebrochene Trend zum Studium. Immer mehr junge Menschen entscheiden sich nach Abschluss der Schule für ein Hochschulstudium, was den Mangel an Azubis und Fachkräften weiter verschärft. Im Juli 2014 widmete die IHK Cottbus diesem Thema eine hochkarätig besetzte Diskussionsveranstaltung, auf der der Philosoph und Kulturstaatsminister a.D. Julian Nida-Rümelin das Hauptreferat hielt. Nida-Rümelin warnte dabei eindringlich vor den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefahren dieses massenhaften Runs auf die Hochschulen, für den er den Begriff „Akademisierungswahn“ prägte. Er appellierte an alle Beteiligten, die Attraktivität handwerklicher, technischer und sozialer Berufe wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen.

Zu einem leistungsfähigen Ausbildungssystem gehört unbedingt ein gut funktionierendes Prüfungswesen, welches seit je her zu den Kernaufgaben und –kompetenzen der IHK gehört. Mit rund 850 Prüferinnen und Prüfern bildet es das zahlenmäßig größte Ehrenamt der IHK Cottbus. Im Hinblick auf die für 2019 anstehende Neuberufung warb die IHK Cottbus verstärkt um erfahrene Unternehmer/innen und Berufspraktiker, die als Prüfer/innen die hohe Ausbildungsqualität auf Dauer zu sichern helfen.

Gründung der BTU Cottbus-Senftenberg

Im Juli 2013 wurde durch Fusion der BTU Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) die BTU Cottbus-Senftenberg gegründet. Bei der Realisierung dieses Zusammenschlusses, der die brandenburgische Hochschullandschaft leistungsfähiger und attraktiver machen soll, war auch die IHK Cottbus eingebunden. Eine enge und effektive Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist wesentlicher Faktor für die Innovationskraft der Region.

Darum übernahm IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Krüger den Vorsitz im Wissenschaftlichen Beirat Hochschulregion Lausitz, der im Juli 2012 von der damaligen Wissenschaftsministerin Dr. Sabine Kunst eingesetzt wurde. Die Hauptaufgabe des Beirats bestand darin, den Strukturbildungsprozess der BTU Cottbus-Senftenberg vorzubereiten. Dazu veranstaltete der Beirat unter der Leitung von Dr. Krüger zahlreiche Plenarsitzungen, Anhörungen und Fachkonferenzen, bei denen man insbesondere die künftigen Fachbereiche der neuen Universität diskutierte. Die Ergebnisse flossen als Empfehlungen in den Entscheidungsprozess der zuständigen Ministerien ein.

Integration von Geflüchteten

Seit im Herbst 2015 die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland und auch in Südbrandenburg sprunghaft angestiegen ist, hat auch die IHK Cottbus ihren erheblichen Teil dazu beigetragen, die Geflüchteten aufzunehmen und beruflich zu integrieren. Dabei leistete auch das IHK-Bildungszentrum mit seinen Sprachkursen wertvolle Arbeit.

Für die Kammer gewann der Aspekt rasch an Bedeutung, dass die Flüchtlinge bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – Sprachkenntnisse, Flüchtlingsstatus etc. – einen Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels leisten können. Und so wurde 2017 von der IHK Cottbus ein eigener „Integrationslotse“ bestellt, der regionale Unternehmen wie auch Geflüchtete in allen Fragen einer möglichen Arbeitsaufnahme bzw. Fachkräfteausbildung berät. Finanziert wird die Stelle größtenteils aus Mitteln, die bei der IHK Cottbus durch das Abschmelzen der Rücklagen frei werden.

Der Handel in Zeiten der Digitalisierung

Auch der Handel, mit rund 9.500 Unternehmen traditionell eine Säule der Wirtschaft Südbrandenburgs, steht seit geraumer Zeit vor gewaltigen Herausforderungen. Hauptursache ist die rasante Digitalisierung aller Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Die IHK bietet dem Handel umfangreiche Unterstützung beim notwendigen Wandlungsprozess an.

Dabei geht es der Kammer sowohl darum, die Branche für den „Handel 4.0“ fit zu machen, als auch darum, bewährte „Formate“ des Einzel- und Fachhandels zu stützen. Den passenden Rahmenbedingungen, etwa im Hinblick auf attraktive Innenstädte, günstige Verkehrsführung etc., kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Gerade was diese Rahmenbedingungen betrifft, sind die Mitarbeiter/innen der IHK Cottbus in vielfältiger Weise aktiv.



So unterstützt die Kammer mit Workshops und praxisorientierten Fachveranstaltungen Handelsgeschäfte bei der Verbesserung ihrer online-Präsenz bis hin zur Einrichtung eines professionellen Onlineshops.

Die im April 2016 gestartete Aktion „Heimatmärkte“ ist ein großer Erfolg. Regionale Produkte liegen im Trend.

Ungeachtet des Booms beim Online-Handel behält auch der traditionelle stationäre Handel seine Attraktivität. Insbesondere das Segment der regionalen Produkte erfreut sich wachsender Beliebtheit. Und so startete die IHK Cottbus 2016 zusammen mit mehreren Partnern das Projekt „Heimatmärkte“, bei dem an zunächst fünf Standorten in Südbrandenburg Einheimische und Touristen eine Fülle regionaler Produkte kaufen konnten. Der Erfolg dieser „Heimatmärkte“ veranlasste die IHK zu einer deutlichen Ausweitung des Projekts in den Folgejahren.

Ein besonderes Augenmerk richtet die IHK Cottbus zudem auf den Zustand der Innenstädte in Südbrandenburg. Denn attraktive Innenstädte mit guter verkehrstechnischer Anbindung bilden die Basis für einen umsatzstarken Fach- und Einzelhandel. Auf der anderen Seite sorgen attraktive Geschäfte und Gastronomie für vitale Innenstädte.

...

Interview

mit Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Krüger.



„Die Kammer ist politischer geworden.“

Interview mit Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Krüger, der nach zehn Jahren an der Spitze der IHK Cottbus im September 2018 aus dem Amt scheidet.

Frage: Wie hat sich die Arbeit der IHK Cottbus in den vergangenen Jahren verändert, um die großen Herausforderungen der Zukunft – Stichwort Strukturwandel, Digitalisierung – gemeinsam mit der Wirtschaft zu bewältigen?

Dr. Krüger: Der anstehende Strukturwandel und die Digitalisierung sind in der Tat zentrale Herausforderungen. Bei ihrer Bewältigung kommt es entscheidend auf die politischen Rahmenbedingungen an. Und genau darum musste die IHK in ihrer Arbeit politischer werden. Damit meine ich, dass sich die Kammer stärker auch als ein politisches Instrument der Wirtschaft positionierte. Konkret heißt das, dass die IHK sich noch intensiver um die politischen Rahmenbedingungen kümmert, in denen die Unternehmen agieren. Sie muss dafür sorgen, dass die Stimme der Wirtschaft etwa bei langfristigen Infrastrukturprojekten oder Förderprogrammen bei den politischen Entscheidungsträgern frühzeitig und deutlich gehört wird. Denn nur so können wir den fundamentalen Strukturwandel im Interesse der Südbrandenburger Wirtschaft und der Menschen, die hier leben, mitgestalten. Als ein Beispiel für diese politische Rolle der IHK Cottbus nenne ich das Forderungspapier zum Strukturwandel, das wir im November 2017 an die Öffentlichkeit gebracht haben. Auch mit unserer „Lausitzformel“ - 1 Gigawatt für 1 Gigawatt – haben wir in der Diskussion um die Folgen der Energiewende den Interessen der Lausitzer Wirtschaft starkes Gehör verschafft.

Frage: Überschätzt die IHK nicht etwas ihre Position, wenn sie verstärkt politisch wirken will?

Dr. Krüger: Ganz und gar nicht. Im Gegenteil. Die öffentliche Nachfrage nach der politischen IHK Cottbus ist in den vergangenen Jahren signifikant gewachsen. Das zeigt sich nicht zuletzt an den zahlreichen Presse-Anfragen an die Kammer, wenn es um Fragen der Strukturpolitik, der Wirtschaftsförderung, der Integration von Geflüchteten und vieles andere geht. Das zeigt sich auch an den Rückmeldungen von Seiten der politischen Entscheidungsträger auf unsere wirtschaftspolitischen Vorschläge und Konzepte. Und der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke kommt auch nicht nur aus Höflichkeit mit schöner Regelmäßigkeit zu unseren Jahresempfängen, sondern weil er die IHK Cottbus – wie schon sein Vorgänger Matthias Platzeck – als wichtigen Ansprechpartner und einflussreiches Verbindungsglied zwischen Politik und regionaler Wirtschaft wahrnimmt.

Frage: Sieht das Ehrenamt der IHK Cottbus das auch so?

Dr. Krüger: Erfreulicherweise ist das Ehrenamt immer mitgezogen. So stand der langjährige IHK-Präsident Klaus Aha und auch der jetzige Präsident Peter Kopf voll und ganz hinter dieser Linie einer politisch denkenden und handelnden IHK. Beide haben uns immer das unternehmerische Umfeld freigehalten, d.h. bei den Unternehmerinnen und Unternehmern mit Erfolg für diesen Kurs geworben. So können wir es schaffen, bei den entscheidenden politischen Weichenstellungen der kommenden Monate und Jahre für die südbrandenburgische Wirtschaft das Optimale zu erreichen.

Von 2013 bis 2014 hatten wir, d.h. die IHK Cottbus, auch turnusgemäß den Vorsitz in der Landesarbeitsgemeinschaft der Brandenburger Kammern. Während dieser Zeit hat Klaus Aha auch das wirtschaftspolitische Gewicht der Landesarbeitsgemeinschaft stärker zur Geltung gebracht. Und bei der Gründung des „Heringsdorfer Kreises“, in dem die ostdeutschen Kammern ihre Kräfte bündeln und so ihren Einfluss stärken wollen, waren wir von der IHK Cottbus – in aller Bescheidenheit sei es gesagt – ebenfalls maßgeblich beteiligt. Im Hinblick auf eine stärkere Außenwirkung der IHK Cottbus haben wir in den vergangenen Jahren auch die Pressearbeit intensiviert.

Frage: Was hat sich vor diesem Hintergrund in der praktischen Arbeit der IHK Cottbus verändert?

Dr. Krüger: Dem Ehrenamt und auch mir als Hauptgeschäftsführer war es stets ein zentrales Anliegen, dass die Kammer ihre Präsenz in der Fläche verstärkt. Wir wollen eine Kammer der kurzen Wege, damit die Unternehmen möglichst schnell und direkt von unserem Leistungsangebot profitieren. Es bestätigt sich immer wieder, dass so unsere Unterstützung für die Unternehmen, etwa in Fragen der Digitalisierung, der Gewinnung von Azubis, des Zugangs zu Auslandsmärkten oder auch der Unternehmensnachfolge, am besten funktioniert. Darum haben wir auch unsere vier Geschäftsstellen aufgewertet, die ja am besten den direkten Kontakt zu den Unternehmen herstellen können. Nicht zu vergessen unsere neu gegründeten IHK-Regionalausschüsse, die sich mit den spezifischen Interessen und Problemen ihrer Region befassen. Im Übrigen haben wir in der Zentrale auch die Fachbereiche neu aufgestellt, um die genannten Schwerpunktsetzungen innerhalb der Kammerarbeit, also Regionalisierung, verbesserter Service, stärkere politische Ausrichtung, möglichst effektiv umzusetzen.

•••

Wahl zu Vollversammlung 2017

Wie bei allen demokratisch verfassten Körperschaften bilden auch bei der IHK Cottbus die Wahlen zum obersten Beschlussorgan – im Fall der IHK die Vollversammlung – quasi ihren Wesenskern. Im Frühjahr 2017 war es bei der IHK Cottbus wieder einmal so weit. Nach Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode fanden vom 5. Mai bis 15. Juni 2017 turnusgemäß Neuwahlen zur Vollversammlung statt. Um die insgesamt 45 Sitze hatten sich 204 Kandidatinnen und Kandidaten beworben, so viele wie noch nie in der über 165-jährigen Geschichte der Kammer. Wahlberechtigt waren rund 34.000 IHK-Mitglieder, die erstmals auch die Möglichkeit hatten, ihre Stimme online abzugeben. Etwa jeder vierte Wähler machte davon Gebrauch. Mit 10,4 Prozent lag die Wahlbeteiligung allerdings auch 2017 niedrig, ein Phänomen, das alle IHKs betrifft.

Die Stimmenausszählung erfolgte am 16. Juni unter Aufsicht des vom Cottbuser Rechtsanwalt Peter Albert geleiteten IHK-Wahlausschusses. Von den insgesamt 45 Mitgliedern wurden 33 neu in die Vollversammlung gewählt. Zwölf der Gewählten hatten dem obersten IHK-Gremium bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode angehört. Die Anzahl weiblicher Mandatsträgerinnen stieg von acht auf 13, so dass der Frauenanteil in der neuen Vollversammlung nunmehr bei 29 Prozent liegt.

Die konstituierende Sitzung der neuen Vollversammlung fand am 19. Juli 2017 statt. Die Delegierten wählten bereits im ersten Wahlgang den Cottbuser Unternehmer Peter Kopf (61) zum Präsidenten der IHK Cottbus. Gegen ihn hatte Jens Warnken, Geschäftsführer der airkom Druckluft GmbH in Wildau, kandidiert. Peter Kopf, Geschäftsführer der Kopf Heizungs- und Klimatechnik GmbH in Cottbus, hatte dem IHK-Ehrenamt bereits seit Januar 2016 als amtierender Präsident der IHK Cottbus vorgestanden. Die Vollversammlung wählte auch das Präsidium, um dessen acht Sitze sich zwölf Unternehmerinnen und Unternehmer beworben hatten. Drei der bisherigen Präsidiumsmitglieder wurden erneut in das Führungsgremium gewählt. Der neu gewählte IHK-Präsident Kopf nannte als Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit vor allem „den Erhalt der Lausitz als Industrie- und Energiestandort, eine schnellere Infrastrukturanpassung im Bereich der Hauptstadtregion, eine Stärkung der dualen Ausbildung sowie die Fachkräftesicherung“.



Wahlen zur IHK-Vollversammlung im Juni 2017. Der Cottbuser Rechtsanwalt Peter Albert (l.) und Tim Berndt, Verwaltungsleiter der IHK Cottbus, bei der Stimmenausszählung.

Mehr finanzieller Spielraum durch Abbau von Rücklagen

Durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 9. Dezember 2015 wurden die Industrie- und Handelskammern zum teilweisen Abbau ihrer finanziellen Rücklagen verpflichtet, sofern diese über die „Risikovorsorge für mögliche Einnahmeausfälle“ hinausgingen. Auch die IHK Cottbus begann daraufhin mit dem schrittweisen Zurückfahren ihrer Rücklagen bis Ende des Jahres 2018 – mit positiven Effekten für die heimische Wirtschaft. So beschloss die Vollversammlung für die Jahre 2016 bis 2018 jeweils Beitragsentlastungen für ihre Mitgliedsunternehmen um 40 Prozent.

Des Weiteren entschied die IHK-Vollversammlung im Dezember 2017, den durch das Abschmelzen der Rücklagen gewonnen finanziellen Spielraum für die Umsetzung zukunftssträchtiger Projekte zu verwenden. Dabei handelt es sich insbesondere um die Projekte „Verkehrsanalyse Flughafen- und Flughafenumfeldanbindung Schönefeld (alt) und BER“, die Mitarbeit der IHK Cottbus in der „Innovationsregion Lausitz GmbH (iRL)“ und um das Projekt „Unternehmensnachfolge“. Auch das Projekt zur Integration von Flüchtlingen profitierte vom größeren finanziellen Spielraum der Kammer. So konnte bei der IHK Cottbus die Stelle eines Arbeitgeber- und Flüchtlingsberaters („Integrationslotse“) geschaffen werden.

Neuer Hauptgeschäftsführer für die IHK Cottbus

Am 12. April 2018 bestellte die Vollversammlung Marcus Tolle zum neuen Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus. Das Präsidium hatte nach einem vorangegangenen Auswahlverfahren zwei Kandidaten nominiert: Marcus Tolle und Dr.-Ing. Klaus Freytag, der zu diesem Zeitpunkt als Leiter der Abteilung Energie und Rohstoffe im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg tätig war.

Der 55-jährige Tolle wird im September 2018 die Nachfolge von Dr. Wolfgang Krüger antreten, der nach zehn Jahren im Amt des Hauptgeschäftsführers der IHK Cottbus in den Ruhestand geht.



*Der designierte IHK-Hauptgeschäftsführer
Marcus Tolle*

Der designierte Hauptgeschäftsführer begann nach einem Jura-Studium seine berufliche Laufbahn bei der IHK zu Schwerin als Leiter der Rechtsabteilung. Nach Zwischenstationen in leitenden Funktionen unter anderem bei den Treuhand-Niederlassungen in Frankfurt (Oder) und Neubrandenburg wurde Marcus Tolle 1995 alleiniger Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für das Land Sachsen-Anhalt GmbH. Er wechselte später in die Privatwirtschaft und war seit 2009 geschäftsführender Gesellschafter der PMG Consult GmbH mit Sitz in Berlin.

Anhang

Geschichte der IHK Cottbus – Chronologie

15. August 1851	Gründungserlass durch König Friedrich Wilhelm IV.
November 1851	Erste Kammer-Wahlen
März 1852	Erste Plenarsitzung
um 1855	Beginn des Braunkohlen-Booms in der Niederlausitz
1857	Erster öffentlicher Telegraf in Cottbus
1860	Fertigstellung der befestigten Chaussee Cottbus - Forst
1866	Eröffnung der Eisenbahnverbindung Berlin - Cottbus - Görlitz
1869	Eröffnung einer Webschule in Spremberg
1871	Gründung des Deutschen Reiches, Gründung der Handelskammer Sorau
1872	Eröffnung der ersten Brikett-Fabrik in der Niederlausitz (Calau)
1874	Eröffnung der Bahnverbindung Lübbenau - Senftenberg - Kamenz
1881	Eröffnung einer Handelsschule in Cottbus
1883	Eröffnung einer Webschule in Cottbus
ab 1883	Initiative der Handelskammern Cottbus, Sorau, Liegnitz, Sagan für Kanalbau
1887	Erweiterung des Kammerbezirks (Cottbus) um die Kreise Calau und Spremberg
1888	Gründung der Ilse Bergbau A.G.
1890	Eröffnung einer Webschule in Forst
1890	Eröffnung des ersten Teilstückes des Oder-Spree-Kanals
1892	Eröffnung einer Handelsschule in Spremberg
1897	Handelskammer Cottbus bezieht erstmals eigene Räume (Kaiser-Wilhelm-Platz 57); Anstellung des ersten hauptamtlichen Sekretärs
1898	Erweiterung des Kammerbezirks um die Kreise Luckau und Lübben
1898	Gründung des „Niederlausitzer Bergbauvereins“
1901	Bestellung der ersten Sachverständigen durch die Handelskammer Cottbus
1906	Gründung des „Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie“
1914 - 1918	Erster Weltkrieg
1917	Gewährung des aktiven Wahlrechts für Frauen bei Kammerwahlen (das passive Wahlrecht bleibt Frauen verwehrt)
9. November 1918	Ausrufung der Republik

November 1918	Gründung der „Zentralarbeitsgemeinschaft“, in der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenarbeiten
1923	Hyper-Inflation
1924	Zusammenschluss der IHK Cottbus mit der IHK Sorau zur „IHK für die Niederlausitz“ mit Sitz in Cottbus, Umzug in das Gebäude an der Sandower Straße
1927	Erste Handlungsgehilfen-Prüfungen durch die Kammer
1933	Machtergreifung der Nationalsozialisten; Hans Kehrl (NSDAP) wird IHK-Präsident
1934	Durchsetzung des „Führerprinzips“ in der IHK Cottbus
1936	Erste Industrie-Facharbeiter-Prüfungen durch die Kammer
1938	Beteiligung der IHK an „Arisierungen“
1939 - 1945	Zweiter Weltkrieg; Beteiligung der IHK am Zwangsarbeiter-Einsatz
März 1943	Auflösung der IHK Cottbus
Mai 1945	Kapitulation der deutschen Wehrmacht; Beginn der alliierten Besatzungsherrschaft
Oktober 1945	Gründung der „IHK der Provinz Mark Brandenburg“
April 1946	Eröffnung der IHK-Bezirksgeschäftsstelle Cottbus
1949	Verkündung des ersten „Zweijahresplans“ in der DDR; Einbeziehung der IHK in das System der zentralistischen Wirtschaftslenkung
1953 - 1958	Größerer ökonomischer Spielraum für die Privatwirtschaft
August 1953	Gründung der „IHK der DDR“; Eröffnung der IHK-Bezirksdirektion Cottbus
1956	Gesetz über „Betriebe mit staatlicher Beteiligung“; Einführung des „Kommissionshandels“
1957/58	„Kohle- und Energieprogramm“; Rasanter Ausbau der Bergbau- und Energiewirtschaft in der Niederlausitz
1972	Verstaatlichungswelle; Zahl der kammerzugehörigen Betriebe im Bezirk Cottbus sinkt auf rund 2 000
1983	Umwandlung in „Handels- und Gewerbekammer“
Herbst 1989	„Montagsdemonstrationen“; Ende der SED-Herrschaft
Januar 1990	Wiedergründung der Industrie- und Handelskammer Cottbus
Juli 1990	Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
3. Oktober 1990	Deutsche Wiedervereinigung
1993	Gründung des IHK-Bildungszentrums
1995	Erweiterung des Kammerbezirks um den neu gebildeten Landkreis Dahme-Spreewald; Bundesgartenschau in Cottbus
1996	Fertigstellung des Erweiterungsbaus am Hauptsitz der IHK Cottbus
1997	Eröffnung des „Service- und Beratungs-Centrums“
1998/2000	Beteiligung der IHK an Aktionen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit
1999	Partnerschaftsvertrag mit der Regionalen IHK Gliwice (Gleiwitz)/Polen

2001	Eröffnung des Info-Centers; Partnerschaftsvertrag mit der Euroregionalen IHK Zielona Gora (Grünberg)/ Polen
2002	Eröffnung des Regionalen Kooperationsbüro Cottbus – Zielona Gora (Grünberg)
2003	Wahlen zur IHK-Vollversammlung Wahl von Ulrich Fey zum neuen Präsidenten der IHK Cottbus
2004	Polen, Tschechien, Ungarn und mehrere andere Staaten Osteuropas treten der EU bei
2009	Verlegung der IHK-Geschäftsstelle von Königs Wusterhausen nach Schönefeld
2011	Eröffnung der neuen IHK-Geschäftsstelle Herzberg
2011	Wahl von Klaus Aha zum neuen Präsidenten der IHK Cottbus
2012	Eröffnung der eigenständigen IHK- Geschäftsstelle Cottbus/Spree-Neiße mit Sitz in Cottbus
2012	Juli: IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Krüger übernimmt den Vorsitz im Wissenschaftlichen Beirat Hochschulregion Lausitz. Der Beirat ist maßgeblich an der Fusion der BTU Cottbus und der Hochschule Lausitz (FH) zur BTU Cottbus-Senftenberg beteiligt, die im Juli 2013 vollzogen wird.
	WIKOB
2013	Januar: Das „Wirtschaftskooperationsbüro Euroregion Spree-Neiße-Bober“ (WIKOB) nimmt seine Arbeit auf. Das bei der IHK Cottbus als „Leadpartner“ angesiedelte Projekt dient der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen Brandenburger Unternehmen nach Polen.
2013	Die IHK Cottbus übernimmt turnusgemäß den Vorsitz in der Landesarbeitsgemeinschaft der Brandenburger Kammern. Während dieser Zeit gelingt es dem Präsidenten der IHK-Cottbus Klaus Aha, das wirtschaftspolitische Gewicht der Landesarbeitsgemeinschaft stärker zur Geltung zu bringen.
2015	Die IHK Cottbus und die Handelskammer Kursk/Russland unterzeichnen ein Kooperationsabkommen. Die IHK Cottbus organisiert in der Folgezeit u.a. Unternehmerreisen in den Oblast Kursk zur Anbahnung von Geschäftsbeziehungen.
2015	Klaus Aha wird im Rahmen einer Feierstunde als Präsident der IHK Cottbus verabschiedet. Nachfolger wird der Cottbuser Unternehmer Peter Kopf, der das Amt bis Juli 2017 amtierend, seither als gewählter Präsident innehat.
2015	Mit spezifischen Aktionen wie „Azubis auf Entdeckertour“ oder dem Projekt „Ausbildungsbotschafter“ verstärken die Ausbildungsberater bei den vier Geschäftsstellen der IHK Cottbus ihre Bemühungen zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses.
2016	Gründung der „Innovationsregion Lausitz GmbH (iRL)“ mit der IHK Cottbus als Hauptgesellschafter. Die iRL soll für den Strukturwandel in der Lausitz innovative Projekte identifizieren und voranbringen.
2016	Die IHK Cottbus vergibt erstmals das „IHK-Siegel für exzellente Ausbildungsqualität“, mit dem Unternehmen in Südbrandenburg für hervorragendes Engagement in der Ausbildung gewürdigt werden.
2016	Die IHK Cottbus startet mit Partnern an fünf Standorten in Südbrandenburg das Projekt „Heimatmärkte“ zur Förderung des Verkaufs von regionalen Produkten. Wegen des großen Erfolgs wurde das Projekt in den Folgejahren ausgebaut.
2017	Bei der IHK Cottbus wird die Stelle eines „Integrationslotsen“ eingerichtet, der regionale Unternehmen wie auch Geflüchtete in allen Fragen einer möglichen Arbeitsaufnahme bzw. Fachkräfteausbildung berät.

2017	Bei den Neuwahlen zur Vollversammlung der IHK Cottbus bewerben sich um die insgesamt 45 Sitze 204 Kandidatinnen und Kandidaten, so viele wie noch nie in der über 165-jährigen Geschichte der Kammer. Auf der konstituierenden Sitzung der neuen Vollversammlung am 19. Juli 2017 wird der Cottbuser Unternehmer Peter Kopf zum Präsidenten der IHK Cottbus gewählt.
2018	Die Vollversammlung bestellt Marcus Tolle zum neuen Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus. Er tritt sein Amt als Nachfolger von Dr. Wolfgang Krüger im September 2018 an.

Vorsitzende/Präsident der Kammer

Handelskammer Cottbus:

Name	Amtszeit
Julius Krüger, Cottbus	1852 - 1867
Albert Liersch, Cottbus	1868 - 1882/1888 - 1898
Emil Rosenberg, Cottbus	1883 - 1886
Adolf Gradenwitz, Cottbus	1887
Wilhelm Westerkamp, Cottbus	1898 - 1902
Ludwig Heimberger, Spremberg	1903 - 1914
Ludwig Ephraim, Cottbus	1914 - 1927
Alexander Lewin, Guben	1928 - 1933
Hans Kehrl, Cottbus	1933 - 1943

Industrie- und Handelskammer der Provinz Mark Brandenburg, Hauptgeschäftsstelle Potsdam (1945 - 1953):

Name	Amtszeit
Otto Schwarz	1945 - 1948
Otto Völz	1949 - 1953

Bezirksgeschäftsstelle Cottbus:

Name	Amtszeit
Gustav Martika	(1946/47)
Heinz Behrendt	Mitte 1947 - August 1949
Ernst Vehma	1949 - 1953 (zunächst kommissarisch)

IHK der DDR, Bezirksdirektion Cottbus

Name	Amtszeit
Georg Schramke	1953 - 1957
Hans-Joachim Heusinger	1957 - 1959
Günther Konietzky	1960 - März 1989
Rainer Krautheim	April 1989 - Januar 1990

Präsidenten Industrie- und Handelskammer Cottbus:

Heinz Herfarth	1990
Ulrike Staake	1990 - 1997
Jürgen Kothe	1997 – September 2002
Hubert Marbach (amtierend)	September 2002 – September 2003
Ulrich Fey	2003 - 2011
Klaus Aha	2011 – 2015
Peter Kopf	2016 – ... (von Januar 2016 – Juli 2017 amtierend)

Hauptgeschäftsführer:

Rainer Krautheim	1990 - 1998
Dr. Joachim Linstedt	1998 - 2008
Dr. Wolfgang Krüger	2008 - 2018
Marcus Tolle	ab 2018

Anmerkungen

- [<1] StACo 1.6.1b, Nr. 17, Bl. 31.
 [<2] Zit. n. Fechner, 1902, S. 2.
 [<3] StACo, 1.6.11b, Nr. 15, Bl. 2.
 [<4] StACo, 1.6.11b, Nr. 15, Bl. 5.
 [<5] Fechner, 1902, S. 4.
 [<6] Lehmann, 1963, S. 543.
 [<7] Schreiben des königlichen Kreis-Landrats vom 26.9.1851, StACo I.6.1b, Nr. 17, Bl. 30.
 [<8] Jahresbericht der Handelskammer Cottbus 1852, S. 2.
 [<9] Fischer, 1964, S. 35.
 [<10] Jahresbericht 1852, S. 15.
 [<11] StACo, I 6. 1b, Nr. 17, Bl. 34.
 [<12] 75 Jahre IHK Niederlausitz, 1927, S. 35.
 [<13] Fechner, 1902, S. 18f.
 [<14] Zit. n. Eschenburg, 1989, S. 9.
 [<15] Fischer, 1964, S. 10.
 [<16] Adam, 1979, S. 13ff.
 [<17] Henning, in: Eyll, 1987, S. 42.
 [<18] Wolfram Fischer bezeichnet sie auch als „Hilfsbehörden“, Fischer, 1964, S. 8.
 [<19] Ullmann, 1988, S. 24.
 [<20] C.G. Schmidt, zit. n. Hübner, 1995, S. 13.
 [<21] Lehmann, 1963, S. 594.
 [<22] Lehmann, 1963, S. 609.
 [<23] Christl u.a., 1994, S. 75.
 [<24] Lehmann, 1963, S. 596.
 [<25] Zuckermann, 1981 a, S.19.
 [<26] Fechner, 1902, S. 129.
 [<27] Christl u.a, 1994, S. 73.
 [<28] Lehmann, 1963, S. 548f.
 [<29] Christl u.a., 1994, S. 75.
 [<30] Krüger, 1930, S. 59.
 [<31] Zuckermann, 1981 a, S. 24; zu berücksichtigen ist, dass darunter auch Pendler aus umliegenden Dörfern waren.
 [<32] Jahresbericht 1853, S. 3.
 [<33] Jahresbericht 1855, S. 4.
 [<34] Jahresbericht, 1854, S. 3.
 [<35] Tanneberger, 1987, S. 88.
 [<36] Zit. n. Lehmann, 1963, S. 600.
 [<37] Fechner, 1902, S. 33f.
 [<38] Jahresbericht 1857, S. 7.
 [<39] Lehmann, 1925, S. 178.
 [<40] Jahresbericht 1860, S. 3.
 [<41] Lehmann, 1925, S. 180.
 [<42] Jahresbericht 1859, S. 6.
 [<43] Übrigens wusste Fürst Hermann von Pückler-Muskau es zu verhindern, dass die Eisenbahnstrecke durch den von ihm angelegten Landschaftspark Branitz geführt wurde.
 [<44] Borchart, 1991, S. 60ff.
 [<45] Zit. n. Fechner, 1902, S. 41.
 [<46] Ziegler, 1996, S. 164ff.
 [<47] Fechner, 1902, S. 44.
 [<48] BLHA Rep. 6 B, Nr. 476.
 [<49] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2543.
 [<50] Jahresbericht 1857, S. 5.
 [<51] Jahresbericht 1861, S. 3.
 [<52] Fechner, 1902, S. 30.
 [<53] Jahresbericht 1854, S. 3.
 [<54] Jahresbericht 1858, S. 4.
 [<55] Jahresbericht 1860, S. 5.
 [<56] Jahresbericht 1855, S. 4f.
 [<57] Jahresbericht 1856, S. 3.
 [<58] Jahresbericht 1861, S. 1.
 [<59] Lehmann, 1963, S. 615.
 [<60] Lehmann, 1963, S. 613f.
 [<61] Förster, 1979, S. 38.
 [<62] Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, 1906, S. 91.
 [<63] Lehmann, 1963, S. 620.
 [<64] Zit. n. Fechner, 1902, S. 106f.
 [<65] Hübner, 1995, S. 16.
 [<66] Christl u.a., 1994, S. 103; Hübner, 1995, S. 17.
 [<67] Krüger, 1930, S. 62.
 [<68] Christl u.a., 1994, S. 105.
 [<69] Jahresbericht 1852, S. 15.
 [<70] Christl u.a., 1994, S. 116.
 [<71] BLHA Rep. 70, Nr. 121.
 [<72] Krestin u.a., 1998, S. 7.
 [<73] Fechner, 1902, S. 58.
 [<74] Es hatte allerdings schon einige Schritte zur Münz-Vereinheitlichung gegeben, so die Einführung des 30-Taler-Fußes durch den Wiener Münzvertrag von 1857, wodurch das Münzgrundgewicht einheitlich auf 500 Gramm Silber für 30 Taler festgelegt wurde. In Preußen galt um 1860 noch folgende Einteilung: 1 Vereinsthaler = 30 Silbergroschen = 360 Pfennige. Vgl. Krestin u.a., 1998, S. 19.
 [<75] Zit. n. Fechner, 1902, S. 59.
 [<76] Krestin u.a., 1998, S. 23.
 [<77] Zit. n. Fechner, 1902, S. 59.
 [<78] Fechner, 1902, S. 60.
 [<79] Christl u.a., 1994, S. 117.
 [<80] Jahresbericht 1857, S. 6.
 [<81] Fechner, 1902, S. 45f.
 [<82] Zit. n. Fechner, 1902, S. 49.
 [<83] Zit. n. Fechner, 1902, S. 52.
 [<84] Uhlemann, 1987, S. 80.
 [<85] Töpfer, 1927, S. 17f.
 [<86] Eschenburg, 1989, S. 25.
 [<87] Zuckermann, 1981, S. 44f.
 [<88] Vgl. Fenske, 1994, S.80ff.
 [<89] StACo I 6 1b, Nr. 22, Bl. 1a.
 [<90] StACo I 6 1b, Nr. 22, Bl. 3.
 [<91] Zit. n. Fechner, 1902, S. 15f.
 [<92] Fechner, 1902, S. 26.
 [<93] Fechner, 1902, S. 27.
 [<94] Fechner, 1902, S. 29.
 [<95] Zit. n. Fechner, 1902, S. 128.
 [<96] Fechner, 1902, S. 66.
 [<97] Fechner, 1902, S. 66.
 [<98] Fechner, 1902, S. 67.
 [<99] Zit. n. Fechner, 1902, S. 63.
 [<100] Jahresbericht 1913, S. 4ff.
 [<101] Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, 1916, S. 129.
 [<102] Jahresbericht 1912, S. 26.
 [<103] Jahresbericht 1912, S. 26.
 [<104] Christl u.a., 994, S. 126.
 [<105] Lehmann, 1963, S. 636f.
 [<106] Christl u.a., 1994, S. 129.
 [<107] Lehmann, 1963, S. 641.
 [<108] Lehmann, 1963, S. 638.
 [<109] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2543.

- [←110] Töpfer, 1927, S. 18f.
- [←111] Schreiben der HK in Cottbus vom 1.11.1919; BLHA, Rep. 70, Nr. 14.
- [←112] Mitteilungen der Handelskammer für die westliche Niederlausitz, 1/1919, H.5/6, S. 7f.
- [←113] Jahresbericht 1919, S. 5f.
- [←114] Mitteilungen, 1/1919, S. 1f.
- [←115] BLHA, Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←116] Eingabe vom 7.3.1919, BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←117] Weisser, 1985, S. 23.
- [←118] BLHA, Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←119] BLHA, Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←120] Mitteilungen, 5/1920, S. 7.
- [←121] BLHA, Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←122] BLHA, Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←123] BLHA, Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←124] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2543.
- [←125] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2543.
- [←126] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2543.
- [←127] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←128] Lehmann, 1963, S. 645.
- [←129] Materna in: Materna/Ribbe, 1995, S. 594, Förster, 1979, S. 38.
- [←130] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 9/1929, S. 11.
- [←131] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 2/1929, S. 16.
- [←132] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 3/1929, S. 13.
- [←133] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←134] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 6/1929, S. 6.
- [←135] Lehmann, 1963, S. 648.
- [←136] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 3/1930, S. 2.
- [←137] Winkler, 1993, S. 370ff.
- [←138] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 7/1929, S. 6.
- [←139] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 8/1929, S. 7; 12/1929, S. 12.
- [←140] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 3/1930, S. 14.
- [←141] Hübner, 1995, S. 28.
- [←142] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 5/1931, S. 3.
- [←143] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 11/1931, S. 5.
- [←144] Der US-amerikanische Ingenieur Frederick Winslow Taylor (1856 – 1915) gilt als Pionier des modernen Managements und der rationellen Arbeitsorganisation. Er zerlegte zum Beispiel die Tätigkeit von Produktionsarbeitern in einzelne Arbeitsschritte, um durch deren Normierung und Festlegung den Herstellungsprozess zu rationalisieren.
- [←145] Müller, 1999, S. 23.
- [←146] Kehrl, 1973, S. 234ff.
- [←147] Speer, 1981, S. 104.
- [←148] Kehrl, 1973 (Einleitung), S. 7.
- [←149] Vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal erklärte der Angeklagte Kehrl, dass Fragen der Rasse ihn nie interessiert hätten. (Trials of War Criminals, The Ministries Case, Vol. XIII, S. 1190.) Als Textilunternehmer hatte Kehrl auch jüdische Mitarbeiter, unter anderem einen Firmenvertreter in Berlin, den er 1936 bei der Emigration aus Nazi-Deutschland unterstützt haben soll. Müller, 1999, S. 34.
- [←150] Müller, 1999, S. 105.
- [←151] Benz u.a. (Hg.), 1997, S. 471f.
- [←152] Kempner/Haensel(Hg.), 1950, S. 278.
- [←153] Blasius, 1999, S. 194f.
- [←154] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, Okt. 1934, S. 1.
- [←155] Satzung für die IHK der Niederlausitz in Cottbus, abgedruckt in: Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, Sept./Okt. 1935, S. 11-13.
- [←156] Geiseler/Hahn, 1998, S. 89.
- [←157] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, April/Mai 1935, S. 3.
- [←158] Ullmann, 1988, S. 198.
- [←159] Eyll, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. IV, S. 689f.
- [←160] Kehrl, 1973, S. 33.
- [←161] Kehrl, 1973, S. 33.
- [←162] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 7/1936, S. 2.
- [←163] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 5/1934, S. 2f.
- [←164] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 4/1934, S. 3ff.
- [←165] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, April/Mai 1935, S. 3.
- [←166] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 1/1935, S. 16.
- [←167] Ullmann, 1988, S. 186, 188.
- [←168] Thamer, 1986, S. 479.
- [←169] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, Nov. 1935, S. 11.
- [←170] Kehrl, 1973, S. 32.
- [←171] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 1/1934, S. 7.
- [←172] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, April 1935, S. 3.
- [←173] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←174] Eyll, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. IV, 1985, S. 691.
- [←175] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←176] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 5/1936, S. 10; 3/1938, S. 6.
- [←177] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, März 1936, S. 3.
- [←178] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 2/1934, S. 1.
- [←179] Handbuch Bildungsgeschichte, Bd. V, 1989, S. 231.
- [←180] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, Mai 1937, S. 2.
- [←181] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, Dezember 1937, S. 11.
- [←182] Kehrl, 1973, S. 141.
- [←183] Goerdeler gehörte später zu den führenden Köpfen des Widerstands gegen Hitler. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und Anfang 1945 hingerichtet.
- [←184] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, Mai 1937, S. 2; vgl. Boelcke, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. IV, 1985, S. 781f.
- [←185] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, April/Mai 1935, S. 1.
- [←186] BLHA Rep. 3 B IHG, Nr. 2546.
- [←187] Lehmann, 1963, S. 636.
- [←188] Kober, 1988, S. 128; nach einer Aufstellung der jüdischen Gemeinde lebten in Cottbus Mitte der 30er Jahre nur noch rund 165 Juden.
- [←189] Die Synagoge lag in der damaligen Jahrstraße, die heute nicht mehr existiert. Beim früheren Standort der Synagoge steht heute das Kaufhaus „Galeria Kaufhof“.
- [←190] Zit. n. Kober, 1988, S. 129ff.
- [←191] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 4/1935, S. 9f.
- [←192] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 3/1938, S. 2.
- [←193] Bajohr, 2000, S. 647f.
- [←194] Kehrl, 1973, S. 179.
- [←195] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 5/1939, S. 1.
- [←196] Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2, 1999, S. 557, S. 753ff.
- [←197] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 6/1939, S. 8.
- [←198] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 5/1940, S. 2.
- [←199] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 1/1940, S. 14.
- [←200] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 1/1942, S. 5.
- [←201] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 1/1942, S. 5.
- [←202] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 1/1942, S. 4.
- [←203] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 2/1942, S. 12.
- [←204] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 2/1942, S. 7.
- [←205] Rückert, 1997, S. 126ff.
- [←206] Herbert, 1999, S. 17.
- [←207] Wappler, in: Hübner, 1995, S.121.
- [←208] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 2/1941, S. 6.
- [←209] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 3/1942, S. 10.
- [←210] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 5/1942, S. 8.

- [←211] Niederlausitzer Wirtschaftsblatt, 2/1942, S. 2. Offenkundig machten sich viele Unternehmer auch 1942 Gedanken über Produkte und Handel für einen „Friedensmarkt“. Dies mag ein Hinweis darauf sein, dass der Sphäre der Wirtschaft durchaus etwas „Antikriegsgerisches“ innewohnt, insofern unternehmerisches Handeln (Entwickeln, Produzieren, Kalkulieren, Vermarkten etc.) berechenbare, insgesamt friedlich-stabile Verhältnisse benötigt, um sich entfalten zu können. Erinnert sei an den im 19. Jahrhundert stets wiederholten Wunsch der IHK Cottbus nach Vermeidung kriegerischer Konflikte. Dagegen steht allerdings die große Zahl von „Kriegsgewinnlern“ und „Rüstungsprofiteuren“, und auch die unmittelbare Beteiligung zahlreicher Firmen und führender Wirtschaftsvertreter an der Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. Man betrachte nur die Rolle von Hans Kehrl bei der Ausplünderung osteuropäischer Textilbetriebe und der „Verwertung“ der Besitztümer ermordeter Juden.
- [←212] Zit. n. Eyll, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. IV, 1985, S. 692.
- [←213] Thiede, 1993, S. 93f.
- [←214] Bereits 1939 hatten die Nazis polnische Bevölkerungsgruppen u.a. aus dem Warthegau vertrieben.
- [←215] Buck, 1995, S. 1088ff.
- [←216] Geiseler/Hahn, 1998, S. 106.
- [←217] Christl u.a., 1994, S. 181.
- [←218] Karlsch, 1993, S. 44.
- [←219] Karlsch, 1993, S. 290.
- [←220] Karlsch, 1993, S. 82.
- [←221] Karlsch, 1993, S. 173.
- [←222] Karlsch spricht in diesem Zusammenhang von einer „ersten Enteignungswelle“ im Bereich der kleinen und mittelständischen Betriebe, da es den Unternehmern nach Abschluss der Demontagen zumeist an Mitteln zur Wiederbelebung ihrer Firmen fehlte. Vgl. Karlsch, 1993, S. 85ff.
- [←223] Materna/Ribbe, 1995, S. 683.
- [←224] BLHA Rep. 280, Nr. 190, Bl. 74.
- [←225] BLHA Rep. 280, Nr. 190.
- [←226] BLHA Rep. 280, Nr. 190, Bl. 54.
- [←227] BLHA Rep. 280, Nr. 190, Bl. 52.
- [←228] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 2.
- [←229] Prowe, in: Eyll, 1987, S. 91.
- [←230] Prowe, in: Eyll, 1987, S. 93.
- [←231] Tatzkow, 1986, S. V.
- [←232] Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, 2/1946, S. 1ff.
- [←233] Zit. n. Geiseler/Hahn, 1998, S. 108.
- [←234] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 246.
- [←235] BLHA Rep. 280, Nr. 14.
- [←236] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 116.
- [←237] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 213.
- [←238] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 109.
- [←239] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 239.
- [←240] BLHA Rep. 280, Nr. 56, Bl. 1ff.
- [←241] BLHA Rep. 280, Nr. 14 Bl. 330.
- [←242] Buck, 1995, S. 1071.
- [←243] In einer Ost-Berliner Dissertation von 1986 wurde dieses strategische Konzept folgendermaßen beschrieben: „In schöpferischer Anwendung und Weiterentwicklung der Leninschen Erkenntnisse und den komplizierten Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus Rechnung tragend, wurde die IHK der DDR als für einen bestimmten historischen Zeitraum zweckmäßiges Mittel zur Einbeziehung privater Unternehmer, Einzelhändler u.a. Gewerbetreibender in den sozialistischen Aufbau geschaffen. Die Aufgaben und Funktionen der IHK der DDR wurden aus den konkreten Anforderungen der Wirtschafts- und Bündnispolitik beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus ... abgeleitet.“ Tatzkow, 1986, S. XI.
- [←244] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 281.
- [←245] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 223.
- [←246] Der IHK-Vorstand empfahl darum den Bezirksgeschäftsführern „zur Sicherstellung beschleunigter Nachrichten ...“, sich des Kurierdienstes der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg ausgiebig zu bedienen.“ Besprechung vom 17.4.1946, BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 3.
- [←247] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 97f.
- [←248] BLHA Rep. 280, Nr. 10, Bl. 3.
- [←249] BLHA Rep. 280, Nr. 10, Bl. 30/Bl. 92.
- [←250] BLHA Rep. 280, Nr. 205.
- [←251] BLHA Rep. 280, Nr. 14, Bl. 245.
- [←252] BLHA Rep. 280, Nr. 10, Bl. 341ff.
- [←253] BLHA Rep. 280, Nr. 10, Bl. 74.
- [←254] Zit. n. Buck, 1995, S. 1113f.
- [←255] BLHA Rep. 280, Nr. 193.
- [←256] Buck, 1995, S. 1091.
- [←257] BLHA Rep. 280, Nr. 193.
- [←258] BLHA Rep. 280, Nr. 10, Bl. 229.
- [←259] BLHA Rep. 280, Nr. 193.
- [←260] BLHA Rep. 280, Nr. 193.
- [←261] BLHA Rep. 280, Nr. 205.
- [←262] Zit. n. Buck, 1995, S. 1125.
- [←263] Buck, 1995, S. 1127.
- [←264] DDR-Gesetzblatt 1953, zit. n. Tatzkow, 1986, S. VII.
- [←265] Dabei wurden auch größere Gebiete der aufgelösten Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt dem Bezirk Cottbus angegliedert.
- [←266] Tatzkow, 1986, S. 60.
- [←267] Tatzkow, 1986, S. 18.
- [←268] Tatzkow, 1986, S. 69.
- [←269] In der DDR gab es im Lauf der Jahre verschiedene Währungsbezeichnungen. In den 50er Jahren war zeitweise die Bezeichnung „DM“ gebräuchlich. Zumeist wurde für die DDR-Währung die Bezeichnung „Mark“ (Abk. M), später „Mark der Deutschen Notenbank“ (Abk. MDN) verwandt.
- [←270] Von Bundeskanzler Konrad Adenauer zeitweise betriebenes, jedoch nicht realisiertes Projekt einer gemeinsamen westeuropäischen Armee.
- [←271] Zit. n. Tatzkow, 1986, S. 97.
- [←272] Zit. n. Tatzkow, 1986, S. 136.
- [←273] Buck, 1995, S. 1127.
- [←274] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
- [←275] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
- [←276] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
- [←277] Hübner, 1984, S. 195.
- [←278] Hübner, 1995, S. 52.
- [←279] Hübner, 1995, S. 49.
- [←280] BLHA Rep. 851, Nr. 22.
- [←281] BLHA Rep. 280, Nr. 56 (Stand September 1961).
- [←282] Interview Konietzky.
- [←283] Interview Konietzky.
- [←284] Interview Konietzky.
- [←285] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
- [←286] BLHA Rep. 851, Nr. 175.

- [←287] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
[←288] BLHA Rep. 851, Nr. 176.
[←289] BLHA Rep. 851, Nr. 175.
[←290] Interview Konietzky.
[←291] Interview Konietzky.
[←292] Dabei handelte es sich um die ideologisch-ritualisierte Form eines „Wettstreits“ um höhere Selbstverpflichtungen und Planerfüllungen, die mit marktwirtschaftlichem Wettbewerb inklusive freier Preisgestaltung nichts zu tun hatte. Den Siegern winkten zumeist Geld-Prämien.
[←293] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
[←294] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
[←295] Zit. n. Buck, 1998, S. 1142.
[←296] BLHA Rep. 280, Nr. 56, Bl.1ff.
[←297] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
[←298] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
[←299] BLHA Rep. 851, Nr. 175.
[←300] BLHA Rep. 851, Nr. 61.
[←301] BLHA Rep. 851, Nr. 176.
[←302] Zit. n. Schröder, 1998, S. 219.
[←303] Buck, 1995, S. 1141.
[←304] Kaiser, 1990, S. 9.
[←305] Zit. n. Kaiser, 1990, S. 76.
- [←306] Gerlach, 1991, S. 134f.
[←307] Schröder, 1998, S. 247.
[←308] Interview Jurtz.[←309] Offizielle Bezeichnung „Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“. Behörde zur Archivierung und Auswertung der Akten der „Stasi“.
[←310] Interview Krautheim.
[←311] Im Bezirk Potsdam erfolgte die Wiedergründung der Industrie- und Handelskammer am 15. Februar 1990 auf einer improvisierten Unternehmerversammlung. Erster Präsident wurde dort Hans-Joachim Leue. Vgl. Geiseler/Hahn, 1998, S.127.
[←312] Gesetzblatt der DDR, 1990, Teil I, Nr. 15, S. 112f.
[←313] Interview Krautheim.
[←314] markt und mark, 10/1998, S. 11.
[←315] markt und mark, 10/1998, S. 10.
[←316] Erinnerung sei an den bereits zitierten Beschluss des DIHT von 1917, Frauen den Zugang zu Wahlämtern in den Kammern zu verwehren.
[←317] markt und mark, 11/1998, S. 12.
[←318] markt und mark, 11/1998, S. 12
[←319] markt und mark, 12/1998, S. 12.